



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Umaskini Zanzibar“. Armutsbekämpfung auf Sansibar im
Diskurs der Zivilbevölkerung.

Verfasserin

Valerie Claire Mussa

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Diplomstudium Afrikanistik

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Walter Schicho

Für Irmis.

Vorwort und Danksagung

Von Anbeginn meiner Studien der Afrikawissenschaften und Internationalen Entwicklung an der Universität Wien entwickelte ich ein starkes Interesse für die ostafrikanischen Länder, wobei mich Tansania durch Lektüre und Lerninhalte besonders ansprach. Aus diesem Grund beschloss ich im Juli 2008, dieses Land drei Monate lang mit drei Studienkolleginnen und mittlerweile guten Freundinnen zu bereisen und einen Teil dieser Zeit für einen Kiswahili-Sprachkurs auf Unguja, einer Insel Sansibars zu verwenden. Dieser Kurs half mir nicht nur bei der Verbesserung meiner Sprachkenntnisse, sondern ermöglichte mir auch einen intensiven Kontakt zur Bevölkerung. So gewann ich in meinem ersten Sommer auf dieser Insel zumindest ansatzweise Einblick in die Lebensrealitäten der sansibarischen Gesellschaft. In den darauf folgenden Jahren besuchte ich Sansibar mehrmals. Die wachsende Menge an Begegnungen und Erfahrungen führten mich zur Erkenntnis, dass ich mich im Lauf meines Studiums auf dieses Land konzentrieren wollte. Innerhalb dieser Fokussierung habe ich mich zunehmend mit Armutsbekämpfungsstrategien und geschlechterpolitischen Fragen auseinandergesetzt. Im Rahmen eines Auslandssemesters an der *University of Dar es Salaam* (UDSM) hatte ich die Möglichkeit, mich noch intensiver mit diesen Themen zu beschäftigen und ebenso interessante wie relevante universitäre und außeruniversitäre Kontakte zu knüpfen.

Die Lehrinhalte an der UDSM und die an mein Auslandssemester anschließenden Monate auf Sansibar regten mich dazu an, die oben genannten Themen im Rahmen meiner Diplomarbeit für das Studium der Afrikawissenschaften zu behandeln. Nach intensivem Emailverkehr mit Prof. Irmtraut Maral-Hanak, die sich damals dazu bereit erklärte, die Betreuung meiner Arbeit zu übernehmen, konkretisierten sich meine Vor- und Fragestellungen immer weiter.

Die Fertigstellung dieser Arbeit war von diversen Herausforderungen begleitet. Der anfängliche Arbeitseifer wurde zunächst von meiner Schwangerschaft und all ihren körperlichen und emotionalen Veränderungen abgebremst. Ein weiterer, unerwarteter Einbruch trat mit dem traurigen frühen Tod von Frau Prof. Maral-Hanak ein. Doch der fachliche und soziale Kontakt zu vielen Menschen, die mir während der Anfertigung meiner Diplomarbeit zur Seite gestanden sind, hat mir auch in diesen Zeiten sehr geholfen.

Besonderer Dank gilt dabei Prof. Walter Schicho, der sich dankenswerter Weise dazu bereit erklärt hatte, die weitere Betreuung meiner Arbeit zu übernehmen und der mir mit offenem Ohr, Anregungen und Feedback unterstützend zur Seite gestanden ist. Den MitarbeiterInnen

des Instituts für Afrikawissenschaften danke ich für interessante fünf Jahre, die mich in besonderer Weise kritisches Denken gelehrt haben. Der Universität Wien danke ich für die finanzielle Unterstützung meines Aufenthaltes in Tansania und Sansibar.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Kontaktpersonen, InterviewpartnerInnen und FreundInnen in Tansania und Sansibar: Dr. Flora Kessy vom Institute of Development Studies, Emmanuel Shemaghembe M.A. vom Institute of Sociology, Dr. Natasha Shivji vom Department of History and Archeology, Edward Mhina von GAD Consult, Susanne Amsler von UNFPA Zanzibar, Halima Omar vom Ministry of Social Welfare, Youth, Women and Children Development (MSWYWCD), Shadya Karume von ZAYEDES und Khadija Mohammed von Fawe Zanzibar, Muhidin Ally, Mgeni und Zulegha Hamad Khamis, Idriss Ahmed Idriss, Ahmed, und noch viele weitere, auf die ich nicht vergessen habe.

Schließlich möchte ich noch meiner Familie und meinen FreundInnen für ihre Unterstützung vor allem in den letzten Monaten der intensiven Arbeit danken: für Diskussionen, Kaffee, Krisensitzungen und Kinderbetreuung. Meinen Eltern für die Korrektur der Arbeit, für ihr Vertrauen und Interesse und dafür, dass sie mir geholfen haben, meinen Weg zu finden. Bernhard Heiller danke ich für die abschließenden Korrekturen und Aufmunterungen. Meinem Ehemann für die Hilfe bei auftretenden Übersetzungsschwierigkeiten. Ihm und meinen Kindern danke ich außerdem für ihre unendliche Geduld für Stress und Gereiztheit in den letzten Wochen und verspreche, ab jetzt wieder mehr Zeit für sie zu haben.

Danke!

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	7
Abkürzungsverzeichnis.....	9
1. Einleitung	13
1.1 Relevanz und Aufbau der Arbeit.....	13
1.2 Forschungsfragen.....	14
1.3 Methoden und Forschung.....	15
1.4 Die Sprache der Entwicklung.....	17
I. Teil: Armut und Entwicklung	
2. Von „Wachstum und Moderne“ zu „Armutsbekämpfung“: der konzeptionelle Wandel innerhalb des Entwicklungsdiskurses	19
2.1 Interdisziplinäre Begriffsgeschichte	20
2.1.1 Fortschritt und Entwicklung.....	20
2.1.2 Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung.....	22
2.2 Theorien der Entwicklung.....	24
2.2.1 Wachstum und Modernisierung	24
2.2.2 Dependenztheorien.....	28
2.2.3 Vom Scheitern der „großen Theorien“	30
2.2.4 Grundbedürfnisse und Nachhaltigkeit.....	31
2.2.5 Die Verlorene Dekade	34
2.2.6 Armutsbekämpfung als neue Prämisse	35
3. Das Primat der Armut	38
3.1 Der Armutsbegriff im Wandel der Zeit	39
3.1.1 Armut in der Antike	39
3.1.2 Armut als religiöser Wert.....	40
3.1.3 Die Kriminalisierung der Armut	41
3.1.4 Verelendung und Soziale Frage	43
3.1.5 Die nationalsozialistische Armutspolitik	44
3.1.6 Der Wohlfahrtsstaat.....	45
3.2 Anthropologische Betrachtungen	46
3.2.1 Beispiele zu Armut in Afrika	48
3.3 Armutsforschung.....	51
3.3.1 Frühe wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Armut	51
3.3.2 Armutsmessung.....	54
Absolute Armut.....	56
Relative Armut	58
II. Teil: Länderstudie Sansibar	
4. Rahmenbedingungen der Armutsreduzierung auf Sansibar	60
4.1 Geschichte und Politik Sansibars.....	60
4.1.1 Die Herausbildung einer Swahili-Kultur in einem Handelszentrum Ostafrikas	60
4.1.2 Portugiesische Herrschaft.....	61
4.1.3 Das Sultanat Sansibar.....	62
4.1.4 Britische Herrschaft und Ethnizität auf Sansibar	63
4.1.5 Unabhängigkeit und Union	64
4.1.6 Mehrparteiensystem und politische Unruhen.....	66
4.1.7 Regierung und Verwaltung	69

4.2 Bevölkerung und Wirtschaft	70
4.2.1 Demographie	70
4.2.2 Fertilität	70
4.2.3 Lebenserwartung und Mortalität	71
4.2.4 Wirtschaft und Beschäftigung	71
4.3 Armut und soziale Ungleichheit.....	73
4.3.1 Vision 2020	73
4.3.2 Poverty Reduction Strategy Papers	75
4.4 Zivilgesellschaftliche Partizipation	77
4.4.1 Historischer Überblick über zivilgesellschaftliche Partizipation auf Sansibar	79
4.4.2 Überblick über zivilgesellschaftliche Akteure Sansibars.....	80
4.4.3 Medienlandschaft	82
Pressewesen.....	83
Radio	85
Fernsehen	86
4.4.4 Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Organisationen zu politischer Stabilität	86
4.4.5 Die Zivilgesellschaft im MKUZA II-Prozess	88
5. Analyse von Hauptarmutsgruppen.....	90
5.1. Kinderarmut	92
5.1.1 Kinderarmut auf Sansibar.....	95
Bildung.....	95
Gesundheit.....	106
Waisenkinder.....	111
5.2 Genderaspekte der Armutsbekämpfung.....	113
5.2.1 Gender in Armutsbekämpfungsstrategien auf Sansibar	119
Gesundheit.....	120
Bildung.....	127
Einkommen und Beschäftigung	130
Rechtliche Gleichstellung und Partizipation	138
6. Conclusio	143
Bibliographie.....	152
Zusammenfassung	170
Summary	171
Curriculum Vitae	172

Abkürzungsverzeichnis

ACRA	Cooperazione Rurale in Africa e America Latina
AFDB	African Development Bank
AFRODAD	African Forum and Network on Debt and Development
ANGOZA	Association of Non-Governmental Organization in Zanzibar
ASP	Afro-Shirazy-Party
AU	Afrikanische Union
BMZ	Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNP	Bruttonationalprodukt
CCM	Chama cha Mapinduzi
CDI	Child Development Index
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women
CEPAL	Comisión Económica para América Latina
CHIP	Child Poverty Research and Policy Centre
CIA	Central Intelligence Agency
COG	Commonwealth Observer Group
CSO	Civil Society Organisation
CTVG	Canadian Technical Vocational Group
CUF	Civic United Front
DAC	Development Assistance Committee der OECD
DAWN	Development Alternativen for Women for a New Era
EAHRI	East African Human Rights Institute
EFA	Jomtien Declaration on Education for All
EISA	Electoral Institute for Sustainable Democracy
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FAWE	Forum for African Women Educationalists
FBO	Faith Based Organisation
FIDH	International Federation for Human Rights
GAD	Gender and Development
GBV	Gender Based Violence
GDI	Gender Development Index
GEM	Gender Empowerment Measure

GNU	Government of National Unity
HBS	Zanzibar Household Budget Survey
HDI	Human Development Index
HIMA	Hifadhi ya Misitu ya Asili
HIPC	Highly Indebted Poor Countries
HPI	Human Poverty Index
IDS	Institute of Development Studies
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
ILO	International Labour Organisation
INGO	International Non Governmental Organisation
IRIN	Integrated Regional Information Networks
IWF	Internationaler Währungsfond
JUWAUZA	Jumuiya ya wanawake wenye ulemavu Zanzibar
KKP	Kaufkraftparität
MALE	Ministry of Agriculture, Livestock and Environment
MDG	Millennium Development Goal
MEW	Marx-Engels-Werke
MEWC	Make Every Woman Count
MKUZA	Mkakati wa Kukuza Uchumi na Kuondoa Umasikini Zanzibar
MoEVT	Ministry of Education and Vocational Training
MoFEA	Ministry of Finance and Economic Affair
MoHSW	Ministry of Health and Social Welfare
MoJCA	Ministry of Justice and Constitutional Affairs
MoLYWCD	Ministry of Labour, Youth, Women and Child Development
NGO	Non Governmental Organisation
NSGRP	National Strategy for Growth and Reduction of Poverty
OCGS	Zanzibar Office of the Chief Government Statistician
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OIC	Organization of the Islamic Conference
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
ÖFSE	Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung
PETS	Public Expenditure Tracking System Project
PHDR	Poverty and Human Development Report

PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
PSDA	Participatory Service Delivery Assessment
RAP21	Réseau Africain de Presse pour le 21ème Siècle
RDW	Radio Deutsche Welle
REPOA	Research on Poverty Alleviation
RGoZ	Revolutionary Government of Zanzibar
SACCO	Savings And Credit Co-operative
SACMEQ	Southern and Eastern Africa Consortium for Monitoring Educational Quality
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SMOLE	Sustainable Management of Land and Environment
STC	Save The Children
STZ	Sauti ya Tanzania Zanzibar
SU	Sauti ya Unguja
SWALP	Support Women in Accessing Leadership Positions
TAMWA	Tanzania Media Women Association
TANU	Tanganyika African National Union
TBC	Tanzania Broadcasting Corporation
TVZ	Television Zanzibar
TZS	Tanzanian Shilling
UN	United Nations
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS
UNDP	United Nation Development Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFPA	United Nations Population Fund
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women
UNPO	Unrepresented Nations and Peoples Organization
UNWOMEN	United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women
USD	Unites States Dollar
URT	United Republic of Tanzania
UWZ	Umoja wa Watu Wenye Ulemavu Zanzibar
VENRO	Verband Entwicklungspolitik Nichtregierungsorganisationen
WB	Weltbank

WEZA	Women Empowerment in Zanzibar
WHO	World Health Organisation
WID	Women in Development
ZAC	Zanzibar Aids Commission
ZACA	Zanzibar Advancement of Children Association
ZANGOC	Zanzibar NGO Cluster for HIV and AIDS Prevention, Control and Sustainable Development
ZANSASP	Zanzibar Non-state Actors Support Program
ZAPHA+	Association of Children Living with HIV/AIDS and Children with Special Needs
ZAYEDES	The Zanzibar Youth Education Environment Development Support Association
ZBC	Zanzibar Broadcasting Commission
ZEC	Zanzibar Electoral Commission
ZEDP	Zanzibar Education Development Programme
ZHR	Zanzibar House of Representatives
ZHSRSP II	Zanzibar Health Sector Reform Strategic Plan II
ZIADA	Zanzibar Interfaith Association for Development and Aids
ZIBS	Zanzibar Information and Broadcasting Service
ZL	Zanzibar Leo
ZNCCIA	Zanzibar National Chamber of Commerce, Industry and Agriculture.
ZLS	Zanzibar Law Society
ZNP	Zanzibar National Party
ZPPP	Zanzibar and Pemba People's Party
ZPRP	Zanzibar Poverty Reduction Plan
ZSGRP	Zanzibar Strategy for Growth and Reduction of Poverty
ZSSF	Zanzibar Social Security Fund

1. Einleitung

1.1 Relevanz und Aufbau der Arbeit

Spätestens seit der Verabschiedung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen im Jahr 2000, die als Hauptziel eine Halbierung der absoluten Armut bis 2015 definierte, ist Armutsbekämpfung ein zentrales Schlagwort der Entwicklungspolitik. Obwohl innerhalb der internationalen Entwicklungsgemeinschaft ein Konsens über die Dringlichkeit der Beseitigung der weltweiten Armut und sozialen Ungleichheit besteht, existiert innerhalb dieses Diskurses keine einheitliche Meinung über eine allgemeingültige Armutsdefinition. Um Armut allerdings messen, geeignete Reduzierungsmaßnahmen formulieren und diese schließlich auch evaluieren zu können, ist eine Definition von Armut unentbehrlich, ziehen doch unterschiedliche Definitionen auch unterschiedliche Maßnahmen nach sich. Der Konflikt darüber, was Armut eigentlich ist, ist daher ein wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen. Während die Multidimensionalität des Phänomens Armut weitgehend anerkannt ist, hat sich das Festhalten an monetären Armutskonzepten und -messungen innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit nicht verändert. So werden weiterhin die soziopolitischen Dynamiken von Armut ignoriert und reproduziert.

Ausgehend von der These, dass die gewählte Definition von Armut die Art der Messung und Evaluierung sowie die Formulierung von Maßnahmen und Strategien zu ihrer Bekämpfung impliziert, soll diese Diplomarbeit den Armutsdiskurs Sansibars innerhalb der internationalen Entwicklungszusammenarbeit positionieren. Dabei werden zunächst ausgewählte Regierungsdokumente der letzten Dekade auf ihr Armutskonzept untersucht, um zu sehen, in wie weit die Multidimensionalität von Armut in Entwicklungsplänen und Armutsbekämpfungsstrategien verankert ist und sich in formulierten Maßnahmen widerspiegelt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen in der Folge einer Analyse des zivilgesellschaftlichen Verständnisses von Armut gegenübergestellt werden. Letzteres erfolgt über die Analyse von Publikationen zivilgesellschaftlicher Akteure, von Tageszeitungen, Internetblogs, rezenten literarischen Werken und von Musik.

Im ersten Teil der Arbeit soll anhand ausgewählter Literatur einen Überblick über Definitionen von "Entwicklung" einerseits, sowie über die Ideengeschichte der Entwicklungstheorie

und ihren Umgang mit dem Phänomen „Armut“ andererseits gegeben werden. Der Wandel des gesellschaftlichen Umgangs mit Armut und die Erläuterung verschiedener Armutsbegriffe und Konzepte zur empirischen Erfassung soll die Multidimensionalität des Begriffs verdeutlichen und aufzeigen, inwiefern der Diskurs um Armut divergierende Motivationen widerspiegelt und politische Implikationen enthält.

Der zweite Teil der Arbeit bearbeitet das von mir gewählte Länderbeispiel Sansibar. Nach einem historischen Abriss und der Darstellung der sozioökonomischen Lage wird der gegenwärtige Armutsdiskurs an zwei besonders armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen analysiert: an Kindern und Frauen, wobei die Situation der Frauen immer im Zusammenhang mit Geschlechterverhältnissen verstanden werden sollte. Hierfür werde ich zunächst die Strategien der Regierung vorstellen und anschließend die Reaktion der zivilgesellschaftlichen Akteure darauf beschreiben. Dabei soll einerseits verdeutlicht werden, in wie weit die Prioritätensetzung von Regierung und Zivilgesellschaft bezüglich Sektoren und Bevölkerungsgruppen divergieren, sowie andererseits dokumentiert werden, welche alternativen Maßnahmen von zivilgesellschaftlichen Akteuren vorgeschlagen bzw. propagiert werden. Abschließend soll der Diskurs bezüglich seiner Relevanz zur nachhaltigen Beseitigung von Armut auf Sansibar kritisch bewertet werden.

1.2 Forschungsfragen

Die gewählte Definition von Armut bestimmt die Art der Messung und Evaluierung sowie die Formulierung von Maßnahmen und Strategien zu ihrer Bekämpfung.

⇒ Welche Armutskonzepte spiegeln sich in den Entwicklungsstrategien Sansibars wider? Wird der Multidimensionalität von Armut Beachtung geschenkt?

Politik- und Budgetentscheidungen haben unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Auswirkungen auf Individuen und Bevölkerungsgruppen.

⇒ Welche Hauptrisikogruppen von Armut können identifiziert werden? Wie äußert sich ihre Armut? Werden Strategien zur Verbesserung ihrer Situation in alle Politikfelder integriert oder werden ihre Interessen nur in vereinzelten Sektoren

wie Bildung und Gesundheit angesprochen? Wie werden die Auswirkungen und Effizienz der Interventionen gemessen?

Internationale Ziele und Strategien bezüglich Armutsreduzierung abstrahieren strukturelle Ursachen und globale Machtverhältnisse. Sie orientieren sich offenbar weder an einer nachhaltigen Strukturveränderung, noch an einem ganzheitlichen Modell von Entwicklung.

⇒ Werden Ursachen und Machtverhältnisse angesprochen und orientieren sich die Strategien an einer Strukturveränderung? Oder besteht das Hauptziel vor allem in einer Linderung der Armutssymptome.

Geschlechtergleichheit soll die Effizienz von Entwicklungsstrategien fördern.

⇒ Wie werden Geschlechterdimensionen von Armut angesprochen und welches Verständnis von Gender kann daraus abgeleitet werden?

Das neoliberale Wachstumsparadigma, in welches die internationale Entwicklungszusammenarbeit und auch das Instrument der PRSPs eingebettet sind, schafft einerseits ungünstige Voraussetzungen für Armutsreduzierung, andererseits lässt das Konzept unterschiedliche wirtschaftliche, soziale, kulturelle etc. Vorbedingungen in den Ländern außer Acht und bietet keinen Spielraum für alternative Entwicklungsstrategien, vor allem im ökonomischen Bereich nicht.

⇒ Inwiefern kann von *country ownership* und Partizipation die Rede sein? Wessen *ownership* und wessen Partizipation? Können Wechselwirkungen zwischen den von der Regierung gewählten Maßnahmen und negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung erkannt werden?

1.3 Methoden und Forschung

Die Arbeit soll Zusammenhang und Relevanz von Strategien der sansibarischen Regierung und nachhaltiger Armutsreduzierung aufzeigen und bewerten. Hierfür soll zunächst mit Hilfe

von einschlägiger Literatur ein theoretisches Gerüst erarbeitet und damit die angeführten Fragestellungen weiterentwickelt und überprüft werden. Die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen berücksichtigen die vergangenen zwölf Jahre seit Formulierung der *Zanzibar Vision 2020*. Zusätzlich zur Literaturarbeit sollen bereits verfügbare empirische Ergebnisse (Statistiken, Studien usw.) sowie eigens durchgeführte problembezogene Interviews die Theorie der Realität gegenüberstellen, um Ursachen- und Wirkungsbeziehungen aufzudecken. Die Interviews, die seit Sommer 2010 geführt worden sind, weisen teilweise einen narrativen Charakter auf. Die von mir als Interviewerin gestellten Fragen erfolgten nicht immer systematisch, da ich zu Beginn meiner Beschäftigung mit dem Thema über geringes Vorwissen zu diesem spezifischen Kontext verfügte und bestehen daher aus einer Reihe spontaner Fragen meinerseits. Erst als ein gewisser Grad an Informationen vorhanden war und ich eigene Hypothesen entwickelte, war ich in der Lage, präzisere Fragen stellen. Die GesprächspartnerInnen standen mir auch nach der Forschungsarbeit auf Sansibar für weitere Fragen per Email und Telefon zur Verfügung.

Umfangreiche Untersuchungen zu Armutsbekämpfungsstrategien und PRSPs, vor allem auch in Bezug auf die Kinder und Gender existieren zwar für das tansanische Festland, für das semiautonome Sansibar aber nur in äußerst beschränktem Ausmaß. Daher waren umfassende Datenanalysen sowie die Auswertung der Interviews notwendig. Der Zugang zu offiziellen Daten erwies sich oft als schwer und war mit bürokratischen Hürden und Zeitverzögerungen verbunden. Viele Informationen sind widersprüchlich und wenig vertrauenswürdig. Ich habe mich bemüht, durch eine große Breite an Material ein realistisches Bild zu bekommen. Ein großer Teil der ausgewerteten Informationen ist im Internet bereitgestellt, technische, in Sansibar liegende Mängel erwiesen sich aber häufig als Problem. So ist beispielsweise die offizielle Homepage der Regierung seit über einem Jahr in Bearbeitung, Gesetzestexte und Strategien sind nicht veröffentlicht und lokale Organisation verfügen meistens weder über Internetpräsenz noch eine eigene Email Adresse. Die Angaben zu Telefonnummern sind oft nicht mehr aktuell und selten ist gedrucktes Informationsmaterial erhältlich.

1.4 Die Sprache der Entwicklung

„Die Macht, Räume zu definieren ist eines der essentiellen Kennzeichen des Entwicklungsdiskurs. Die soziale Konstruktion von Raum ist an die Konstruktion von Differenzen und gesellschaftlichen Ordnungen gebunden.“ (Hoffmann 2003:28)

Der Beginn des „Zeitalter[s] der Entwicklung“ (Hoffmann 2003:19) wird für gewöhnlich mit der Inaugurationsrede des US-Präsidenten Harry S. Truman im Jahr 1949 festgelegt, in der er den Begriff „unterentwickelt“ in die Politik einführt und damit all jene Länder meinte, die die Erfahrung des Kolonialismus und Imperialismus teilten und von Armut gezeichnet waren. (Hoffmann 2003:29) Ihre Armut wurde als Bedrohung für die vermeintlich „entwickelten“ Länder gesehen, deren Aufgabe von da an darin bestand, die armen Ländern in ihrer „Entwicklung“ zu unterstützen. Das eigentliche Motiv der Hilfe bestand darin, „wirtschaftliche und politische Kontrolle über die sich befreienden und ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten.“ (Hoffmann 2003:32)

„Die ‚Entwicklungsländer‘ und ihren ‚Rückstand‘ gibt es nicht an sich, sondern nur in Relation und ‚ungleichzeitig‘ zu den ‚schon entwickelten‘.“ (Heintz; Münch; Hartmann 2005:3) Das Konstrukt der Entwicklung gliederte unterschiedliche Kulturen und Gesellschaftssysteme hierarchisch und implizierte damit eine diskriminierende Wertigkeit. Begriffe wie „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“, „1. Welt“ und „3. Welt“, „Zentrum“ und „Peripherie“, „Norden“ und „Süden“, „Westen“ und „Trikont“ haben sich in den alltäglichen Sprachgebrauch eingeschlichen und sind zu einer unhinterfragten Selbstverständlichkeit geworden. Dabei sind sie keineswegs wertfrei, denn „Sprache ist Kommunikationsmittel, kulturell geprägt und untrennbar mit politischen und sozialen Gegebenheiten verknüpft. Sie kann somit diskriminieren und vorherrschende Bilder und Normen bestätigen.“ (AG Globale Verantwortung 2009:1)

Die „historische Bedingtheit, ideologische Befangenheit und durchgängige Wirklichkeitsverfälschung des einschlägigen Vokabulars“ (Heintz; Münch; Hartmann 2005:3) ist mir durchaus bewusst, daher werde ich in dieser Arbeit von undifferenziertem Sprachgebrauch so weit wie möglich Abstand nehmen. Zur Meidung einer hierarchischen Darstellung wurde in den vergangenen Jahren häufig dazu übergegangen, alternative Bezeichnungen wie „Norden“ und „Süden“, „Westen“ oder „Trikont“ zu verwenden. Diese Begriffe suggerieren jedoch, dass „Entwicklung“ geographisch verortet werden könne, was nicht der Realität entspricht. In dieser Arbeit wird daher zwecks Mangel an für mich befriedigenden Alternativen von „Entwicklungsländern“ und „Industrieländern“ die Rede sein, wobei letztere ein bestimmtes sozioöko-

nomisches Niveau erreicht haben, das im aktuellen Entwicklungsdiskurs wohl als „entwickelt“ gewertet werden muss.

Des Weiteren habe ich mich um eine geschlechtersensible Sprache bemüht und verwende daher das Binnen-I oder geschlechtsneutrale Bezeichnungen, um die weibliche und männliche Form gleichermaßen sichtbar zu machen.

I. Teil: Armut und Entwicklung

„Ohne das Wissen um die Herkunft der Entwicklungsidee ist ein Verständnis der heutigen EZ sowie der Kritik an ihr nicht möglich.“ (Hoffmann 2003:7)

2. Von „Wachstum und Moderne“ zu „Armutsbekämpfung“: der konzeptionelle Wandel innerhalb des Entwicklungsdiskurses

Wenn wir heute von "Entwicklung" sprechen, meinen wir damit im Allgemeinen die "Beseitigung des schlimmsten Elends" (Fischer; Hödl; Parnreiter 2006:13), die Überwindung von Hunger und Armut. Die Debatte um "Entwicklung" ist weit verbreitet, ob in der politischen und öffentlichen Debatte oder im wissenschaftlichen Diskurs. Trotz seiner inflationären Verwendung gibt es im Grunde keine einheitliche Definition für den Begriff.

Das "Dilemma um die Begriffsbestimmung und Deutung des Entwicklungsbegriffs" (Stockmann; Menzel; Nuscheler 2010:3) ist kein neues: zahlreiche Arbeiten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen haben bereits versucht, normative Kriterien und Elemente von Entwicklung festzulegen, bis schließlich überhaupt die Frage nach dem Sinn von Entwicklung in den Raum gestellt wurde. (Stockmann et al. 2010:2ff; siehe auch Menzel 2010, Nuscheler 2001) Laut Stockmann et al. ist die kontroverse Diskussion dadurch bedingt, dass das Verständnis von Entwicklung "abhängig ist von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen, die sich in Raum und Zeit ständig verändern" (Stockmann et al. 2010:3) und sie daher auch nicht lösbar ist.

Das folgende Kapitel stellt den Versuch dar, anhand ausgewählter Literatur einen Überblick über die Ideengeschichte der Entwicklungstheorie einerseits und über gängige Definitionen von "Entwicklung" andererseits zu geben. Angesichts der Menge an Literatur lässt es sich nicht vermeiden, hierbei äußerst selektiv vorzugehen und sich nur auf jene Publikationen zu konzentrieren, die eine besondere Relevanz für die weitere Arbeit darstellen.

2.1 Interdisziplinäre Begriffsgeschichte

Etymologisch stammt der Begriff „Entwicklung“ aus dem Lateinischen (*evolutio, explicatio*), wo er das Auseinanderrollen einer Buchrolle beziehungsweise die Auslegung eines Textes bezeichnete. Aus dieser Übersetzung heraus entstanden in wissenschaftlichen Einzeldisziplinen jeweils eigene Interpretationen und Sinngebungen für den Terminus.

Bezeichnete „Entwicklung“ zunächst in der Theologie die Entfaltung und innere Selbstgestaltung, und in der Biologie die natürlichen Wachstumsvorgänge (Fischer et al. 2006:24; Köbler 1995:o.S.), fand der Begriff auch Einzug in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wo er schnell verbunden wurde mit einem „Fortschrittsglaube[n] an eine immer bessere Welt“ (Fischer et al. 2006:24). Mit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, der gesellschaftlichen Loslösung von theologischen und metaphysischen Prinzipien und dem Aufstieg der Naturwissenschaften unter dem Einfluss von Humanismus und Aufklärung kam es zu einer Aufwertung des Menschen. Entwicklung wurde zu einem Synonym für ein besseres Leben. Mit der Absage an eine von Gott determinierte Welt bekam menschliches Handeln unbegrenzten melioristischen Spielraum. (Schubert 2003:73ff.)

Seither bezieht sich "Entwicklung" laut Spicker (2009:51) weitgehend auf einen kontinuierlichen Wandel der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Beschaffenheit einer Gesellschaft, einer Region oder eines Landes. Sie konnotiert dabei eine „bipolare Meßlatte von ‚mehr‘ – ‚weniger‘; ‚höher‘ – ‚tiefer‘; ‚über‘ – ‚unter‘“. (Dauber 1997:104)

2.1.1 Fortschritt und Entwicklung

Entwicklungsforschung ist eine interdisziplinäre Disziplin, eingebettet in die „Mutterdisziplinen“ Soziologie, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft. (Stockmann et al.2010:31) Letztere reicht zurück bis in den Merkantilismus, im Zuge dessen es erstmals zu „entwicklungstheoretischem Denken" (Stockmann et al.2010:18) kam. 1615 unterstrich der französische Ökonom Antoine de Montchrétien (1576-1621) in seinem an Ludwig XIII. gerichteten Werk *Traicté de l'oeconomie politique* die Rolle der Politik in der Stärkung des Handels und der Marktwirtschaft.

Die klassische Nationalökonomie entstand im 18. Jahrhundert als Gegenbewegung zum Merkantilismus. Zu den ersten und wichtigsten Vertretern zählt Adam Smith (1723-1790) und sein 1776 erschienenes Hauptwerk *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Neben Smith setzten sich auch Robert Thomas Malthus (1766-1834), David Ricardo (1772-1823) und John Stuart Mill (1806-1873), um nur einige zu nennen, mit der Entwicklungsthematik auseinander. Im Gegensatz zu den Merkantilisten plädierten sie für einen freien Wettbewerb in der Marktwirtschaft mit minimalen staatlichen Interventionen, als Basis für wirtschaftlichen Fortschritt und Entwicklung. Eine besonders dominante Rolle im Bezug auf die Entwicklungsdebatte spielten dabei vor allem Smith und Ricardo, die mit ihren Freihandelstheorien den Aufstieg Großbritanniens zu erklären versuchten:

„Fortschreitende Arbeitsteilung bzw. soziale Differenzierung und Kapitalakkumulation erklären die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft (Smith 1776). Der Handel zwischen den Staaten ist (theoretisch) durch das „Gesetz der komparativen Kostenvorteile“¹ bestimmt (Ricardo 1817)“. (Kolland 2006:82)

Die Integration in den freien Welthandel galt als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg.

Im 20. Jahrhundert kam es durch die schwedischen Ökonomen Eli Heckscher und Bertil Ohlin zu einer Ausweitung der Theorie der Komparativen Kostenvorteile. Ricardo hatte sich vor allem auf natürliche Produktionsbedingungen wie Klima und Bodenbeschaffenheit konzentriert. Das sogenannte Heckscher-Ohlin-Theorem ergänzt diese Überlegungen durch die Miteinbeziehung der Faktoren Arbeit und Kapital. (Stockmann et al. 2010:67)

Kritisiert wurden die Freihandelstheorien von dem Deutschen Friedrich List. Beeinflusst durch die Ideen Alexander Hamiltons² entfernte sich List während seines Exils in den USA von den Lehren Smiths und Ricardos. Er erkannte, dass der Freihandel zu Wohlstandsunterschieden führen kann, wenn Länder mit ungleichem wirtschaftlichen Entwicklungsstand Handelsbeziehungen miteinander aufnehmen. List befürwortete daher den Protektionismus und sprach sich

¹ Kernaussage der Theorie der Komparativen Kostenvorteile, die auf David Ricardo und sein Werk *On the Principles of Political Economy and Taxation* (1817) zurückgeht, ist, dass Außenhandel für alle Handelspartner vorteilhaft ist, wenn ein Land sich auf die Produktion von Gütern spezialisiert, die es im Vergleich zu anderen Gütern kostengünstiger produzieren kann, auch wenn es alle Güter zu niedrigen Produktionskosten herstellen kann.

² Als erster Finanzminister der USA formulierte Alexander Hamilton in seinem *Report on Manufactures* (1791) die Idee des Erziehungszolls zum Schutz junger Industrien. Vgl. Hamilton 1791; siehe dazu auch Stockmann et al. 2010:5; Shafaeddin 2000:4.

für Schutzzölle für die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder aus, um ihre Industrien zu schützen und so ihren Aufbau zu unterstützen. (Stockmann et al. 2010:51ff.)

2.1.2 Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung

Die Ausbreitung des Kapitalismus in Westeuropa ging mit tiefgreifenden sozialpolitischen Umwälzungen einher. Im 19. Jahrhundert wurden innerhalb der neuen wissenschaftlichen Disziplin der Soziologie Theorien entworfen, die diese gesellschaftlichen Veränderungen erklären sollten. Die frühen Gesellschaftstheorien hatten auch das Ziel, den Glauben an die neue Ordnung zu stärken und die „Schattenseiten des Fortschritts“ (Novy 2007:41) zu beheben:

„Alle diskursiven Bemühungen waren von damals an darauf ausgerichtet, die immer rasanter werdenden Veränderungen einer sich modernisierenden und kapitalisierenden Welt zu verstehen. Entwicklung wurde sehr früh zu dem Begriff und dem politischen Instrument, mit dem die Übel des stattfindenden Wandels kuriert werden sollten. Entwicklung war daher von Herder über Marx und Comte der Versuch, durch rationale Intervention die Wunden, die Kapitalismus, Moderne und technologische Umwälzungen produzierten, zu heilen.“ (Novy 2007:44)

Geprägt wurde der Ausdruck „Soziologie“ durch Auguste Comte (1798-1857), der Anfang des 19. Jahrhunderts sein Dreistadiengesetz („Gesetz der Geistesentwicklung“) entwarf, ein soziokulturelles Evolutionsgesetz, demzufolge eine Gesellschaft sich vom theologischen und militärischen Stadium über das metaphysische Stadium zum positiv wissenschaftlichen Endstadium entwickelt. Das Ziel der Entwicklung ist Comte zufolge rationales und wissenschaftliches Denken. (Kolland 2005:20)

Karl Marx (1818-1883) klassifiziert in seiner Theorie fünf verschiedene Gesellschaftsstufen anhand der jeweils vorherrschenden Produktionsverhältnisse. Grundlage für die Entwicklung ist ihm zufolge der stetige Klassenkampf und die Steigerung der Produktivität, die zur Entwicklung der Gesellschaft von einer Stammesgesellschaft, über die feudale Gesellschaft und die kapitalistische Gesellschaft, mit dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft führt.

Angelehnt an das biologische Evolutionsgesetz unterscheidet Herbert Spencer (1820-1903) hingegen drei Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung, von der primitiven Gesellschaft mit fehlender zentraler Herrschaftsgewalt, über die sich im ständigen Krieg befindenden militärischen Gesellschaft hin zur industriellen Gesellschaft, die von hoher Komplexität und Differenzierung geprägt ist. (Kolland 2005:22)

Max Weber (1864-1920) ging in seinen religionssoziologischen Schriften vor allem der Frage nach, was zur Herausbildung einer modernen Gesellschaft im Zuge der Industrialisierung geführt hatte. Dabei bezog er sich nicht nur auf geschichtliche und ökonomische Gegebenheiten, sondern konzentrierte sich vorrangig auf die Rolle der Religion. In seinem Werk *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* von 1904 argumentiert er, dass ein Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Kapitalismus und der „religiös motivierten Wirtschaftsethik“ (Ahnert 2004:13) als integralem Bestandteil der puritanischen Lebensauffassung bestünde. Weber versucht damit, vermeintliche Entwicklungshemmnisse bzw. Stagnation in anderen Teilen der Welt zu erklären, welche einst zu den Hochkulturen zählten.

Im 20. Jahrhundert begründete der deutsche Soziologe Norbert Elias (1897-1990) seine Theorie *Über den Prozess der Zivilisation*. Er begreift dabei Zivilisation als einen historischen Prozess, im Zuge dessen es zu einer Veränderung der Sozialstruktur einerseits und der Persönlichkeitsstruktur der Individuen andererseits kommt. Die vermehrte Abhängigkeit (Verflechtungszusammenhänge) der Menschen untereinander führt zu einer stärkeren Zügelung ihrer Affekte. Familie und Gesellschaft bilden die Grundlage für die Konditionierung und Internalisierung von Normen und Moral, von Verboten und Tabus. Dabei kommt einem erhöhten Gefühl von Scham und Peinlichkeit eine bedeutende Rolle zu. Angst vor Bestrafung und Sanktionen führen zur Selbstdisziplin und Zurückhaltung. Dieses rationale Verhalten ist laut Elias typisch für den „abendländisch zivilisierten Menschen“. (Elias 1997:75; vgl. auch Paul 2007:78-81)

2.2 Theorien der Entwicklung

„Die Aufgabe von Theorie ist es, die Mannigfaltigkeit komplexer empirischer Phänomene für den wissenschaftlichen Erkenntniszugriff zu ordnen und zu erschließen, Zusammenhänge aufzuzeigen und zu begründen. Unterschiedliche Theorien erzeugen dabei unterschiedliche Vorstellungsbilder des Gegenstandsbereiches. Wie die Realität er- und gefasst wird, ist damit letztlich von theoretischen Positionen abhängig.“ (Ataç; Kraler; Ziai 2011:45)

Nach dem 2. Weltkrieg entwickelte sich die Entwicklungstheorien als „Pendant zu der Disziplin Entwicklungspolitik“ (Gonçalves 2005:1), deren Ursprung gemeinhin mit der Inaugurationsrede von US-Präsident Harry S. Truman zu seiner zweiten Amtszeit 1949 datiert wird. Die Aufgabe der Entwicklungstheorien beschränkte sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ausschließlich auf die Erklärung des Entwicklungsbegriffs, sondern sollte auch konkrete Handlungsanweisungen für die Entwicklungspolitik formulieren. (Nuscheler 1998:390) Dabei muss stets bedacht werden, dass alle Entwicklungstheorien einen gesellschaftspolitischen Entstehungshintergrund haben und auf eine bestimmte Öffentlichkeit abzielen. Das bedeutet, dass Universalitätsansprüche einzelner Theorien kritisch hinterfragt werden müssen. (Ataç et al. 2011:45)

2.2.1 Wachstum und Modernisierung

Mit der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonialgebiete wurde der neu entstehende Entwicklungsdiskurs zur direkten Nachfolge des Kolonialdiskurses und des kolonialen Überlegenheitsdenkens, wie Aram Ziai argumentiert: „The task of ‚civilising the uncivilised‘ was replaced by that of ‚developing the underdeveloped‘“ (Ziai 2007:65). Das Konstrukt „Unterentwicklung“ kann somit als Machtstrategie verstanden werden, um das Weiterbestehen der herrschenden Ordnung zu sichern und zu legitimieren. Die Legitimierung der wirtschaftspolitischen Interventionen in den postkolonialen Staaten erfolgt laut Novy über einen gesellschaftlichen Konsens und nicht mehr über Gewalt, wie es während der Kolonisierung der Fall war (Novy 2007:90ff.). Entscheidend dafür war auch die Entstehung von zahlreichen Institutionen, Wissenschaften, Banken, Literatur etc., die den Entwicklungsdiskurs flankieren.

Mit dem erstmals in die Entwicklungsdebatte eingeführten Begriff der „Unterentwicklung“ (*underdevelopment*) legte Truman den Grundstein für die seither bestehende Dichotomie zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Im vierten Punkt seiner Rede kündigte er ein neues Entwicklungshilfeprogramm an, das als *Point-IV-Programm* in die Geschichte einging und zum Ziel hatte, die Entwicklungsländer vom industriellen Fortschritt der USA profitieren zu lassen. Von da an waren die postkolonialen Gesellschaften der Gegenstand entwicklungstheoretischen Denkens:

„Fourth, we must embark on a bold new program for making the benefits of our scientific advances and industrial progress available for the improvement and growth of underdeveloped areas. More than half the people of the world are living in conditions approaching misery [...] For the first time in history, humanity possesses the knowledge and skill to relieve the suffering of these people [...] I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our store of technical knowledge in order to help them realize aspirations for a better life. And, in cooperation with other nations, we should foster capital investments in areas needing development“ (Truman 1949:o.S.)

Im Kontext des Kalten Krieges war der neue Entwicklungsdiskurs ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht und des Einflusses in den ehemaligen Kolonialgebieten, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach und nach ihre Selbstständigkeit erlangten. Innerhalb des Ost-West-Konfliktes hatte er das Ziel, die postkolonialen Staaten in einen der beiden sich konkurrierenden militärisch-ideologischen Machtblöcke zu integrieren und so die jeweilige Einflusszone zu erweitern. Die Debatte um Entwicklung war also ein Versuch Trumans, über diplomatische, militärische und wirtschaftliche Mittel Bündnispartner zu gewinnen und so eine weitere Expansion der Sowjetunion einzudämmen. Außenpolitische und Sicherheitsinteressen waren sein damaliges Hauptmotiv, seine Doktrin der Versuch der „ideologischen Attraktivität der Sowjetunion ein eigenes Modell wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung“ (Makambu 2011:5) entgegen zu setzen. (vgl. auch Fischer et al. 2006:14f.; Menzel 2010:19; Lehmann 2000:30ff.)

Dominiert wurde der Entwicklungsdiskurs der fünfziger Jahre von den sogenannten Modernisierungs- und Wachstumstheorien, die sich an dem damals vorherrschenden Paradigma des Keynesianismus und der klassischen Soziologie orientierte. Nach der Weltwirtschaftskrise und dem 2. Weltkrieg war die Konkurrenz zwischen Freihandel und Protektionismus weitgehend durch das Modell des britischen Ökonomen und Politikers John Maynard Keynes, das auch die wirtschaftswissenschaftliche Grundlage für den Marshall-Plan (*European Recovery Program*

1948-1952) darstellte, verdrängt worden. Wesentliche Merkmale des Keynesianismus war die Bedeutung des Staates als Akteur im und die Planbarkeit des Entwicklungsprozesses:

„Über Jahrzehnte hinweg galt die Planung von Wirtschaft und Gesellschaft als unersetzbare Ergänzung kapitalistischer Marktwirtschaften; erst in der Kombination von staatlicher Planung und Marktwirtschaft könne der Idealzustand von Entwicklung erreicht werden.“ (Novy 2007:43)

Wegen der positiven Erfahrungen und dem raschen Wiederaufbau in Europa und Japan wurde Wirtschaftswachstum und Industrialisierung in den fünfziger Jahren Leitbilder für Entwicklung. Unterentwicklung wurde zusehends als wirtschaftliches Problem verstanden, das mit ausreichender Kapitalakkumulation überwunden werden konnte. Für die Entwicklungsländer war dies angeblich nur durch die Einbindung in den Weltmarkt und vermehrte Investitionen durch Auslandsverschuldung und -investitionen möglich, um so die Nachfrage nach lokalen Produkten und Rohmaterialien zu steigern. Die dadurch erzielte Kapitalzufuhr sollte zum sogenannten „*Trickle-Down*“³-Effekt führen, der zur Beseitigung der Armut beitragen würde.

Die Modernisierungstheoretiker hatten demnach das Ziel, in den ehemaligen Kolonien eine nachholende Entwicklung nach dem Vorbild der westlichen Industriestaaten zu ermöglichen. Diesen Theorien ist die zentrale Annahme gemein, dass der Entwicklungsprozess universal und linear sei, man das bestehende Modell also lediglich kopieren müsse, wie folgendes Zitat verdeutlicht:

„[D]abei müssen feudale und ineffiziente Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen überwunden werden. Liberale Grundwerte wie individuelle Freiräume, Rechtssicherheit an Eigentum und funktionierende Marktmechanismen müssen etabliert werden, damit in den Entwicklungsländern eine ähnliche Entwicklung, wie in den heutigen Industrieländern, ablaufen kann. Ziel ist es, durch den ökonomischen Wandel das fordistische Zeitalter zu erreichen. So sind die Industrieländer zugleich Vorbild und Ziel des Entwicklungsprozesses.“ (Eisele 2000:23)

Diese Vorstellung griff der US-amerikanische Ökonom Walt Whitman Rostow in seinem 1960 veröffentlichten Werk *The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto*, in dem er die fünf Stufen der Entwicklung von einer „traditionellen“ zu einer „modernen“ Gesellschaft beschreibt. Rostow ging davon aus, dass folgende fünf Phasen wirtschaftlicher Entwicklung von jedem Staat durchlaufen werden, wenn auch mit gewissen Abweichungen:

³ Die Theorie hinter dem „*Trickle-down*“-Effekt geht davon aus, dass auch die schwächeren Bevölkerungsschichten auf lange Sicht von einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum und dem Wohlstand der Reichen profitieren. Wachstum bedingt weitere Investitionen, die der Gesamtbevölkerung durch Sickereffekte zugute kommt.

1. Die traditionelle Gesellschaft ist agrarisch geprägt und durch geringe Industrialisierung, Produktivität und Urbanisierung gekennzeichnet.
2. In der Übergangsphase wird der Strukturwandel von einer traditionellen zu einer industriellen Gesellschaft vorbereitet („*preconditions*“).
3. Die wichtigste Phase ist der sogenannte „*Take-off*“, der schnelle wirtschaftliche und technische Aufstieg, der schließlich zur Bildung der Industriegesellschaft führt.
4. Die Reifungsphase ist gekennzeichnet von einer stetig hohen Investitionsrate und von Bevölkerungswachstum („*drive to maturity*“).
5. Die letzte Phase ist das Zeitalter des Massenkonsums („*Age of high-mass-consumption*“), gekennzeichnet durch die Bildung des Wohlfahrtsstaats und den Konsum von Gütern und Dienstleistungen, der über die reine Befriedigung von Grundbedürfnissen hinaus geht.

Rostows Theorie galt als Antithese zum marxistischen Stufenmodell – welches den Übergang vom Feudalismus über Kapitalismus hin zum Sozialismus beinhaltet – das durch seinen Antikapitalismus immer mehr postkoloniale Staaten für sich gewinnen konnte.

Die angesprochene Dichotomie von Tradition und Moderne verdeutlicht, dass endogene kulturelle Faktoren für eine gesellschaftsimmanente Unterentwicklung verantwortlich gemacht wurden. Ähnlich wie bereits Max Weber im 19. Jahrhundert, argumentierte vor allem der US-amerikanische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Berthold F. Hoselitz in den fünfziger Jahren, dass traditionelle Grundeinstellungen einer Gesellschaft ausschlaggebend waren für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. (Kolland 2006:87)

„Economic development of an underdeveloped people by themselves is not compatible with the maintenance of their traditional customs and mores. A break with the latter is a prerequisite to economic progress. What is needed is a revolution in the totality of social, cultural and religious institutions and habits, and thus in their psychological attitude, their philosophy and their way of life. What is, therefore, required amounts in reality to social disorganization. Unhappiness and discontentment in the sense of wanting more than is obtainable at any moment is to be generated. The suffering and dislocation that may be caused in the process may be objectionable, but it appears to be the price that has to be paid for economic development; the condition of economic progress.“ (Sadie 1960: 302)

2.2.2 Dependenztheorien

Die Vorstellung von einer nachholenden Entwicklung wurde vor allem im Rahmen der CEPAL (*Comisión Económica para América Latina*), der 1948 gegründeten UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik unter der Leitung Raúl Prebischs kritisiert. In Anlehnung an die Marxsche Imperialismustheorie wurden exogene Faktoren wie Kolonialisierung und eine asymmetrische Integration in den von den Industrieländern (dem „Zentrum“) dominierten Weltmarkt, sowie die langfristige Verschlechterung der „*Terms of Trade*“⁴ für Ungleichheiten verantwortlich gemacht. Letzteres führt die Entwicklungsländer (die „Peripherie“) in eine neue Form der Abhängigkeit (*dependencia*).⁵ Die Modernisierungstheorien wurden als Mittel zur Legitimierung der Ausbeutung und Machterhaltung über die Peripherie durch das Zentrum verstanden. Die Lösung sahen die Theoretiker der CEPAL in der Abkoppelung vom Weltmarkt, einer Agrarreform und dem Ausbau einer eigenen Industrie. Statt auf Exporte sollten sich die Staaten der Peripherie auf eine importsubstituierende Wirtschaftspolitik („Importsubstituierende Industrialisierung“ - ISI)⁶ spezialisieren.

Spätestens durch den 1969 veröffentlichten *Pearson Bericht*⁷ wurde deutlich, dass der Effekt einer nachholenden Entwicklung nicht einsetzen würde, sondern im Gegenteil ein völlig uneinheitliches Wachstum globale Ungleichheiten noch weiter zunehmen ließ. Die durch einen wirtschaftlichen Aufschwung erwarteten Durchsickerungseffekte („*Trickle-Down*“) traten nicht ein, und nur eine äußerst kleine privilegierte gesellschaftliche Schicht in den Entwicklungsländern konnte von den Wachstumsstrategien profitieren. (Egger 2007:124)

⁴ Als „*Terms of Trade*“ werden die Austauschverhältnisse zwischen importierten und exportierten Gütern eines Landes bezeichnet. Die Verhältnisse verschlechtern sich, wenn die Preise der Importe gegenüber jenem der Exporte kontinuierlich steigen.

⁵ Das Zentrum-Peripherie-Modell geht auf den argentinischen Ökonomen Raúl Prebisch (1949) zurück. Es geht von einer hierarchischen Struktur des Welthandels aus, in der das globale Zentrum (Industrieländer) die Länder der Peripherie (Entwicklungsländer) durch ungleichen Tausch ausbeutet. (Nohlen 2002:901)

⁶ Die Importsubstituierende Industrialisierung ist der Beschluss von Restriktionen für den Import ausländischer Gütern in ein Land z.B. durch Schutzzölle, um diese, mit dem Ziel einer binnenorientierten Entwicklung, durch inländische Güter zu ersetzen.

⁷ Der 1969 vom kanadischen Friedensnobelpreisträger und Außenminister L. Pearson verfasste Bericht *Partners in Development. Report of the Commission on International Development* kritisierte erstmals offen die Modernisierungstheorie und argumentierte, dass Wirtschaftswachstum alleine für die Entwicklung eines Landes nicht ausreiche.

Im Gefolge der Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen, Antikriegsdemonstrationen und antikapitalistischen Bewegungen der späten 1960er Jahre und der zu Beginn der 1970er Jahre einsetzenden Ölschocks, „radikalisierte“ sich auch die Entwicklungsdebatte. (Fischer et al. 2006:36) Theoretiker wie Henrique Cardoso, Andre Gunder Frank und Raúl Prebisch kritisierten die neoliberalistischen Wirtschaftspolitiken und bezeichneten die Vorstellung von Entwicklung als linearem Prozess als „historisch deskriptive Konzeption“ (Eisele 2000:23). Erstmals wurde auf die Wechselseitigkeit von Entwicklung und Unterentwicklung hingewiesen.

Die Dependenztheoretiker teilten sich in zwei Strömungen: während einige von ihnen an die Konzepte der CEPAL anknüpften und eine Reform des Kapitalismus verlangten, forderten marxistische Theoretiker eine Revolution und damit die völlige Abwendung vom Kapitalismus sowie die Abkoppelung vom Weltmarkt (Dissoziation), um dem Transfer von Mehrwert aus der Peripherie ins Zentrum zu unterbinden. Ihr Ziel war eine autozentrierte Entwicklung, mit der - bei Konzentration auf den Binnenmarkt und eine starke, zivilgesellschaftliche Partizipation - eigene Ressourcen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse verwendet werden sollten.⁸ (Gruber 2001:9) Stark geprägt von dieser Idee einer an die eigenen soziokulturellen und ökonomischen Gegebenheiten angepassten Entwicklungsstrategie war auch der vom tansanischen Präsidenten praktizierte *Ujamaa*-Sozialismus⁹. Unter den Schlagwörtern *self-reliance* (Eigenständigkeit) oder *collective self-reliance* wurden auch Kooperationen zwischen Ländern des Südens initiiert, vor allem in den Bereichen Finanz- und Währungspolitik, Handel und Transport, die zur einer Verstärkung ihrer Position am Weltmarkt führen sollten. (Gruber 2001:9)

⁸ Vgl. dazu Amin 1974, Senghaas 1977

⁹ *Ujamaa* (Kiswahili: Gemeinschaft) war eine stark vom Sozialismus geprägte Entwicklungsstrategie des tansanischen Präsidenten Nyerere, dessen Ziel es war über die Konzentration auf die ländliche Entwicklung statt auf den Ausbau der Industrie die Grundbedürfnisse der Bevölkerung mit inländischen Produkten zu befriedigen. Dabei sollte die Bevölkerung Dorfgemeinschaften gründen und sich gegenseitig unterstützen. Da die Bevölkerung die Ideen nicht wie erwartet umsetzte, fanden Umsiedlungen in die sogenannten *Ujamaa*-Dörfer ab Mitte der siebziger Jahre gewaltsam statt. Rückgänge in der landwirtschaftlichen Produktion und folglich sinkende Exporteinnahmen zwangen Nyerere 1985 zum Rücktritt. (Siehe dazu Bliss/Schlichtung 1999:345ff.)-

2.2.3 Vom Scheitern der „großen Theorien“

Mit der zunehmenden Globalisierung und dem Aufstieg der ostasiatischen Schwellenländer¹⁰, der eine zunehmende Ungleichheit zwischen Entwicklungsländern erkennen ließ, endgültig jedoch mit dem Zerfall der Sowjetunion Ende der achtziger Jahre, kam es allerdings zu einem Bedeutungsverlust der Dependenztheorie, die gleichermaßen für das Ausblenden der Eigendynamik einzelner Gesellschaften und ihr verallgemeinerndes Zentrum-Peripherie-Modell, in dem die Peripherie dem Zentrum als homogener Raum gegenübersteht, kritisiert wurde. (Nohlen; Nuscheler 1993:44) Eine autozentrierte Entwicklung schien unter den realen Gegebenheiten des Weltmarktes nicht mehr möglich:

„Der Prozeß der wachsenden Interdependenz und schließlich Globalisierung des kapitalistischen Weltsystems erreichte vielmehr irgendwann im 20. Jahrhundert einen Punkt, an dem die entwicklungsstrategischen Folgerungen "umkippen" mußten: Die Kosten der Dissoziation wurden immer größer.“ (Hein 2001:223)

Zwar sind die Prämissen von Modernisierungs- und Dependenztheorien sehr unterschiedlich, beide teilen aber sowohl den Standpunkt, universelle Gültigkeit zu haben als auch die Vorstellung von Entwicklung als linearem Prozess, als Stufenleiter, ähnlich der menschlichen Entwicklung:

„Sei diese vom Kleinkind zum Jugendlichen und Erwachsenen oder vom Einzeller im Zuge der menschlichen Stammesgeschichte zum homo sapiens. Ländern ergehe es hierbei nicht anders, denn das entwickelte Land zeige dem weniger entwickelten das Bild seiner eigenen Zukunft.“ (Novy 2007:41)

Beiden Theorien ist die Annahme gemein, dass Entwicklung per se als etwas Positives zu sehen sei und es einen idealen Endzustand der menschlichen Entwicklung gäbe, den alle Gesellschaften nach dem Durchlaufen bestimmter Entwicklungsphasen erreichen würden. Eine Gesellschaft, die sich noch nicht in diesem Endzustand befindet, ist demnach „unterentwickelt“. „Unterentwicklung“ kann einem vermeintlich universellen Kriterienkatalog folgend definiert werden. (Novy 2007:90ff.) In der Literatur sind diese Gesellschaften auch als „primitiv“, „vorindustriell“ oder „gemeinschaftsorientiert“ beschrieben. Hier kommt wieder der Diskurs um die Dichotomie zwischen „Tradition“ und „Moderne“ ins Spiel, in dem gesellschaftsimmanente Faktoren für die „Unterentwicklung“ verantwortlich gemacht werden. Dieser Diskurs ist

¹⁰ Ursprünglich wurden die vier ostasiatischen Staaten Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkong als Schwellenländer, oder auch Tigerstaaten bezeichnet.

eng verbunden mit dem westlichen Verständnis von Raum und Zeit, „wobei normativ die hegemoniale Rolle des okzidentalen Europas hervortritt“ (Kolland 2005:20). Diese ethnozentrische Vorstellung vom universell gültigen Höhepunkt der „Entwicklung“ nach dem Vorbild der westlichen Industrieländer ist typisch für den gesamten Entwicklungsdiskurs bis heute und schöpft aus den Epochen der Aufklärung und der Industriellen Revolution. (Ziai 2007:65; siehe auch Ziai 2007:70ff., Novy 2007:90ff.)

Durch ihren Mangel an Erklärung für das wachsende Gefälle zwischen Entwicklungsländern einerseits, und zwischen Entwicklungs- und Industrieländern andererseits sowie an konkreten Lösungsvorschlägen wurden die „großen Entwicklungstheorien“ zusehends in Frage gestellt, ihr Scheitern wurde immer offensichtlicher. Eine Wende innerhalb des Entwicklungsdiskurses zeichnete sich ab.

2.2.4 Grundbedürfnisse und Nachhaltigkeit

Die Entkolonialisierung und die damit entstehenden neuen Mitgliedsländer führten innerhalb der Vereinten Nationen zu einer politischen Umgewichtung. (Andersen 2005:1) Im Zuge der beiden Ölkrisen von 1973 und 1978 kam es durch die Ölpreissteigerung durch die OPEC-Länder erstmals zu einer wirtschaftlichen Umverteilung zu Gunsten der Entwicklungsländer. Dadurch wurden Forderungen nach alternativen Entwicklungsstrategien und einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ immer lauter. Die Anhebung der Ölpreise ließ die Entwicklungsländer darauf hoffen, dass eine Erhöhung und vor allem Stabilisierung auch bei anderen Rohstoffen einsetzen würde. Außerdem beinhalteten die Forderungen die Demokratisierung der beiden Internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF)¹¹, die Öffnung der westlichen Märkte für Exporte aus dem Süden, die Förderung der Industrialisierung durch Technologie- und Finanzmitteltransfer sowie die Kontrolle über eigene Ressourcen. (Gruber 2001:8)

1969 diagnostizierte der von Weltbankpräsidenten Robert McNamara in Auftrag gegebene und vom kanadischen Friedensnobelpreisträger Lester B. Pearson ausgearbeitete Bericht

¹¹ Das Stimmrecht innerhalb der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds bemisst sich an den Einzahlungsquoten der Länder. Mehrfach wurde dies bereits kritisiert und ein System wie jenes der Vereinten Nationen gefordert, in deren Generalversammlung jedes Land das gleiche Stimmrecht hat. (Andersen 2005:1)

Partners in Development. Report of the Commission on International Development das Scheitern der Entwicklungsbemühungen. Die Pearson-Kommission zog eine Bilanz von 20 Jahren Entwicklungszusammenarbeit und kam zu dem Ergebnis, dass globale Ungleichheiten nur durch eine neue Weltwirtschaftsordnung verringert werden können und dass Wirtschaftswachstum nicht automatisch zu Entwicklung führen würde. Neben der Empfehlung, dass die Politik sich vorrangig auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen konzentrieren sollte, sprach sich die Kommission angesichts der wachsenden Verschuldung der Entwicklungsländer für bessere Bedingungen (Zinssätze, Laufzeiten...) für und eine Erhöhung der öffentlichen Hilfe (*Official Development Assistance*, ODA) auf 0,7% des BSP, wozu sich die OECD Länder in eine UN-Resolution 1970 verpflichteten.¹² (OECD o.J.:o.S.)

1969 kritisierte Dudley Seers, erster Direktor des Institute of Development Studies (IDS), in seinem Artikel *The Meaning of Development* sowohl die Modernisierungstheorie als auch die Dependenztheorie für ihren Mangel an konkreten und realistischen Strategien zur Armutsbekämpfung. Er plädierte vor allem für ein Abwenden von der Wahrnehmung von Armut als ausschließlich ökonomisches Problem. (Seers 1969; Nafziger 2005) Stattdessen forderte er eine klare Definition von Armut und interpretierte Entwicklung als Befriedigung von menschlichen Grundbedürfnissen, die nicht nur das Einkommen, sondern auch Faktoren wie Ernährung, Wohnen und Sozialleistungen inkludieren.¹³

Vor diesem Hintergrund kam es im Laufe der siebziger Jahre zu einem Strategiewechsel und der Formulierung der „Grundbedürfnisstrategie“ durch die Weltbank. In seiner Rede am 4. September 1973 in Nairobi proklamierte ihr damaliger Präsident Robert McNamara die Beseitigung der absoluten Armut¹⁴ bis zum Jahr 2000. Darunter verstand er:

„[A]bsolute poverty is a condition of life so degraded by disease, illiteracy, malnutrition, and squalor as to deny its victims basic human necessities. It is a condition of life suffered by relatively few in the developed nations but by hundreds of millions of the citizens of the developing countries represented in this room. [...] This is absolute poverty: a condition of life so limited as to prevent realization of the poten-

¹² Entgegen der Forderung einer Erhöhung der ODA-Leistungen auf 0,7% des BNE, wurde dieser Wert noch nie erreicht. Stattdessen ist ein kontinuierlicher Rückgang der ODA zu konstatieren. Lediglich fünf Länder der OECD/DAC-Mitgliedsstaaten (Schweden, Norwegen, Luxemburg, Dänemark und die Niederlande) erhöhten ihre ODA, während hingegen Österreich beispielsweise im Jahr 2009 nur 0,32% des BNE (820 Mio. Euro) ODA geleistet hat. (ÖFSE 2010:1)

¹³ Zur Definition und Messung von Armut siehe Kapitel 4.

¹⁴ McNamara führt hier den Begriff der „absoluten Armut“ erstmals in den Diskurs ein. Zur Definition des Begriffs siehe Kapitel 4.

tial of the genes with which one is born; a condition of life so degrading as to insult human dignity-and yet a condition of life so common as to be the lot of some 40% of the peoples of the developing countries. And are not we who tolerate such poverty, when it is within our power to reduce the number afflicted by it, failing to fulfill the fundamental obligations accepted by civilized men since the beginning of time?“ (McNamara 1973:o.S.)

Wirtschaftswachstum sollte von da an begleitet werden von Verteilungsgerechtigkeit, „*redistribution with growth*“ war eines der neuen Schlagwörter dieser Zeit. Die Umverteilung sollte durch Steuereinnahmen und Erhöhung öffentlicher Ausgaben herbeigeführt werden. Entwicklung wurde verstanden als die Verbesserung von menschenunwürdigen Lebensbedingungen, wie es auch das 1974 von Nohlen und Nuscheler vorgeschlagene Konzept des „magischen Fünfecks“ verdeutlicht.¹⁵ Die Grundbedürfnisstrategie stützte sich vor allem auf großangelegte Projekthilfe. Auf ein nationales Mitspracherecht der Entwicklungsländer legte man noch keinen Wert, auch die traditionelle Vorstellung des Entwicklungskonzeptes wurde nicht angezweifelt. (Teubl 2010:17)

Erstmals rückte die überproportionale Betroffenheit von Frauen und Mädchen durch extreme Armut und Deprivation sowie geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf politischer, rechtlicher und sozialer Ebene vermehrt ins Interesse der Analysen. Die Integration von Frauen in den Entwicklungsprozess wurde als entscheidend für die Befriedigung von Grundbedürfnissen und des sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Nutzens durch die Beseitigung ungleicher Geschlechterbeziehungen erkannt. (Kerner 2010; Maral-Hanak 2006)

Die 1972 vom *Club of Rome* veröffentlichte Studie *Grenzen des Wachstums* leitete die Debatte um „*Nachhaltige Entwicklung*“¹⁶ ein, die das Leitbild der „Nachholenden Entwicklung“ ablösen sollte“. (Burger/Mayer 2003:8) Sie verdeutlichte:

„If the present growth trends in world population, industrialization, pollution, food production, and resource depletion continue unchanged, the limits to growth on this planet will be reached sometime within the next one hundred years. The most probable result will be a rather sudden and uncontrollable decline in both population and industrial capacity.“ (Meadows/Meadows/Randers/Behrens 1972:o.S.)

¹⁵ Die Autoren schlagen fünf Ziele von Entwicklung vor: Wachstum, Arbeit, Gleichheit/Gerechtigkeit, Partizipation und Unabhängigkeit. (Stockmann et al. 2010:3f.)

¹⁶ „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (UN 1987:o.S.)

Unterstrichen wurde dies auch durch die Vereinten Nationen 1974 verabschiedete *Erklärung von Cocoyoc*, in welcher der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Ökologie aufgezeigt wurde und argumentiert wird, dass globale Ungleichheiten Resultat der Ressourcenverschwendung durch die Industrieländer seien. Die Entwicklungspolitik und das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ wurden scharf kritisiert:

„A growth process that benefits only the wealthiest minority and maintains or even increases the disparities between and within countries is not development. It is exploitation. And the time for starting the type of true economic growth that leads to better distribution and to the satisfaction of the basic needs for all is today. We believe that thirty years of experience with the hope that rapid economic growth benefiting the few will 'trickle down' to the mass of the people has proved to be illusory. We therefore reject the idea of 'growth first, justice in the distribution of benefits later.'“ (UN 1974:896)

Statt durch Hilfe von außen würde sich Entwicklung durch faire Rohstoffpreise von selbst einstellen.

2.2.5 Die Verlorene Dekade

Die Debatte um eine Neugestaltung der Wirtschaftsordnung und des Entwicklungskonzepts, die Schonung von Umwelt und natürlichen Ressourcen, sowie die 1980 im Brandt-Bericht¹⁷ geforderte Reform im Nord-Süd-Dialog wurde in den achtziger Jahren wieder eingedämmt. Angesichts der dramatischen Ausmaße der Verschuldungskrise kam zu einer Abwendung von der „Grundbedürfnisstrategie“ und einer Rückbesinnung auf Wirtschaftswachstum und Modernisierung. Diese „Renaissance der Neoklassik“ (Gruber 2001:10) wird gemeinhin als Neoliberalismus bezeichnet. Zur Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit und wirtschaftlichen Stabilität, sowie für die Qualifizierung für einen Schuldenerlass¹⁸ wurden den hochverschuldeten Ländern des Südens durch die Internationalen Finanzinstitutionen sogenannte Strukturanpassungsprogramme (*Structural Adjustment Program*, SAP) verordnet. Die in den Programmen durchgesetzten Maßnahmen werden auch unter dem Begriff *Washington Consensus* zusammengefasst und beinhalten vorrangig Einsparungen im öffentlichen Sektor, Handelsliberalisierung, Markt- und Preisderegulierungen, weitgehende

¹⁷ Brandt, Willy (Hg.) (1980): North-South: a programme for survival. The report of the Independent Commission on International Development Issues. London: Pan Books. Willy Brandt, Vorsitzender der 1977 von Robert McNamara gegründeten Nord-Süd-Kommission, legte diesen Bericht 1977 den Vereinten Nationen vor.

¹⁸ Im Rahmen der *Highly Indebted Poor Countries* (HIPC)-Initiative, siehe dazu Kapitel 4.

Privatisierungen und Zurückdrängung des Staates, sowie den Abbau von Subventionen. (Siebold 1995:2ff.) Die Auswirkungen dieser Politik waren verheerend für Gesellschaft und Umwelt der betroffenen Länder und führten vielerorts zu politischer Destabilisierung. So kam es insbesondere zu massiven Einbrüchen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, monokultureller Landübernutzung für den Export und einer Vernachlässigung der eigenen Nahrungsmittelproduktion, sowie Raubbau und Umweltbelastung unter anderem durch vermehrte Förderung von Tourismus (Gruber 2008:3f.; UNICEF 1987). Durch die fatalen sozialen Auswirkungen trugen die Strukturanpassungsprogramme nichts zur Armutsbekämpfung bei. Die Periode der achtziger Jahre trägt daher auch den Namen „die verlorene Dekade“.

2.2.6 Armutsbekämpfung als neue Prämisse

Die Internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF sahen sich ob der fatalen Folgen der Strukturanpassungspolitik und des Scheiterns ihrer Bemühungen einer massiven Kritik ausgesetzt. In ihrem *Weltentwicklungsbericht*¹⁹ 1990 schlug die Weltbank daher eine neue Richtung ein, die zwar weiterhin auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet war, daneben aber Aspekte der „Grundbedürfnis-“, und der „Nachhaltigkeitsstrategie“ aufnahm. Ab den neunziger Jahren nahm „Armutsbekämpfung“ auf der Agenda der Entwicklungsdebatte die dominierende Position ein. Anknüpfend an die Diskussion um Grundbedürfnisse war Armut zunächst bezogen auf Einkommen und Konsum, Bildung und Gesundheit. (Teubl 2010:19) Erst später sollten sich die Dimensionen von Armut zu einem äußerst kontrovers diskutierten Thema entwickeln.

Die Wende in der Entwicklungspolitik wurde unterstrichen durch die vermehrte Abhaltung bedeutender Konferenzen, in denen das Ziel der Armutsbekämpfung verankert und konkretisiert werden sollte, wie beim Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995. Im 1996 veröffentlichten Dokument *Shaping the 21st Century* des *Development Assistance Committee* der OECD wurde

¹⁹ The World Bank (1990): World Development Report: Poverty. Washington D.C.: The World Bank

erstmals die Halbierung der absoluten Armut bis 2015 anvisiert, welches schließlich auch oberstes Ziel der *Millenium Development Goals*²⁰ der Vereinten Nationen werden sollte.

Eine Neuerung innerhalb der Geber-Empfänger-Beziehung ist wohl das Bekenntnis zur Partnerschaftlichkeit in der Entwicklungszusammenarbeit und ihre neue Rhetorik. Die in der *Paris Declaration*²¹ von 2005 definierten fünf zu verwirklichende Merkmale der Entwicklungszusammenarbeit, nämlich *ownership*, *alignment*, *harmonization*, *result-based management* und *mutual accountability*, in der *Accra Agenda*²² von 2008 ergänzt durch die mittlerweile inflationär gebrauchten Konzepte wie *accountability*, *good governance* und *participation*, denen wir im Verlauf dieser Arbeit noch begegnen werden, lenken von der immanenten asymmetrischen Machtverteilung innerhalb des Entwicklungsdiskurses ab. (vgl. dazu auch Weidinger 2001; Gomes 2006; Win 2004)

Ein weiterer interessanter Aspekt seit den 1990er Jahren ist auch das Entstehen einer neuen, „postmodernen“ Entwicklungskritik, die das Gesamtpaket „Entwicklung“ an sich bemängelt und den Diskurs als Strategie der Industrieländer versteht, die Entwicklungsländer nach ihren Vorstellungen und Interessen zu konstruieren, zu normieren und zu unterwerfen. (Egger 2007:152)

Ziai beschreibt daher den Diskurs um das Phänomen „Entwicklung“ als „eurozentristisch, entpolitisierend und autoritär“ (Ziai 2010:o.S.), wobei er das gesamte Konzept von Entwicklung an sich im Auge hat:

„Wenn an dieser Stelle von einem Diskurs der "Entwicklung" die Rede ist, so ist damit eine Struktur in der Art und Weise, über einen Gegenstand zu sprechen, gemeint. Diese Struktur ist mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen verflochten. Sie verknüpft bestimmte Begriffe mit bestimmten Inhalten und Assoziationen und stellt bestimmte Aussagen und Argumentationsmuster zur Verfügung. Auf diese Weise konstruiert sie die soziale Wirklichkeit und, über entsprechende Wertvorstellungen und Bilder vom Eigenen und Fremden, auch unsere Identitäten. Die Regelmäßigkeit des Diskurses wird jedoch nicht nur auf der inhaltlichen

²⁰ Die Milleniums-Entwicklungsziele wurden, basierend auf der Milleniumserklärung, im Jahr 2001 von Vertretern der Vereinten Nationen, der Weltbank, des IWF und der OECD formuliert und sollen bis 2015 erreicht werden.

²¹ Die *Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit* wurde 2005 verabschiedet und soll zur Verbesserung der Kooperation zwischen Gebergemeinschaft und Empfängerländern beitragen. (vgl. OECD 2005)

²² Der *Aktionsplan von Accra* wurde 2008 verabschiedet und soll die *Paris Declaration* um jene Bereiche ergänzen, in denen seit ihrer Verabschiedung noch Schwächen bei der Umsetzung aufgetreten sind. (vgl. OECD 2008).

Ebene sichtbar, sondern auf einer abstrakteren Ebene auch darin, wie bestimmte Gegenstände und Begriffe gebildet werden.“ (Ziai 2010:o.S.)

3. Das Primat der Armut

Die Idee von „(Unter)Entwicklung“ ist eng mit jener der Armut verknüpft, wie die bereits erwähnte Antrittsrede von US-Präsident Harry S. Truman zeigt:

„More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. [...] Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. [...] I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our store of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life. [...] what we envisage is a program of development based on the concepts of democratic fair dealing. [...] Greater production is the key to prosperity and peace. And the key to greater production is a wider and more vigorous application of modern scientific and technical knowledge.“ (Truman 1949:o.S.)

Seit der Unabhängigkeit des Großteils der ehemaligen Kolonialgebiete, wurde die Beseitigung der Armut und Ungleichheit zu einer globalen Herausforderung. Spätestens aber mit der Verabschiedung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen im Jahr 2000, die als Hauptziel die Halbierung der globalen Armut bis 2015 definierte, ist Armutsbekämpfung wohl ein zentrales Schlagwort der Entwicklungspolitik.

Während die Idee der Armutsbekämpfung in der internationalen Entwicklungsgemeinschaft grundsätzlich eine breite Unterstützung erfährt, besteht weiterhin Uneinigkeit darüber, was mit „Armut“ eigentlich gemeint ist. Es fällt auf, dass ähnlich dem Begriff „Entwicklung“ auch für „Armut“ keine einheitliche Definition existiert. Um Armut allerdings messen, geeignete Reduzierungsmaßnahmen formulieren und diese schließlich auch evaluieren zu können, ist eine Definition von Armut unentbehrlich, ziehen doch unterschiedliche Definitionen auch unterschiedliche Maßnahmen nach sich.

„Jede wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Armut bedeutet, sich auf die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen über Armut einlassen zu müssen. Die Konflikte darüber, was Armut eigentlich ist, sind ein wichtiger Bestandteil des Diskurses und müssen in einer politikwissenschaftlichen Analyse von Armut einen Forschungsaspekt darstellen.“ (Lobner 2005:20)

Im Folgenden möchte ich zunächst den Wandel gesellschaftlichen Umgangs mit Armut beschreiben, die Entstehung verschiedener Armutsbegriffe und Konzepte zur empirischen Erfassung von Armut vorstellen und schließlich Überlegungen zur aktuellen Debatte um Armutsbekämpfung anstellen. Ich möchte aufzeigen, inwiefern der moderne Diskurs um Armut divergierende Motivationen widerspiegelt und politische Implikationen beinhaltet und

hinterfragen, ob der Anspruch auf Universalität einer Armutsdefinition überhaupt haltbar sein kann.

3.1 Der Armutsbegriff im Wandel der Zeit

„In der europäischen Kulturgeschichte spielt der Gegensatz zwischen Armen und Reichen seit der Antike eine bedeutend größere Rolle, als ihm von der wissenschaftlichen Aufarbeitung beigemessen wurde. Die Kategorien ‚arm – reich‘ wurden oft nicht mitreflektiert oder man übersah die armen gesellschaftlichen Gruppen, da sie weder Stand noch Klasse waren.“ (Böhler/Döring/Kühberger 2003:46)

Der Grund dafür liegt wohl darin, dass „Armut“ in „jeder Epoche [...] etwas anderes bedeutet, wobei die Unterschiede aus dem jeweiligen kulturellen und wirtschaftlichen Niveau der Gesellschaft resultieren würden und zudem die soziale Stellung und die Herkunft des Betroffenen nicht unbedeutend sind“ (Mollat 1984:13) und der daraus resultierenden Inhomogenität der „Armen“. Dennoch begleitet Armut in ihren unterschiedlichen Formen und Ausprägungen alle Phasen der Menschheitsgeschichte.

3.1.1 Armut in der Antike

Obdachlosigkeit und Bettler gab es schon in den antiken Hochkulturen des Nahen und Mittleren Orients sowie im pharaonischen Ägypten, doch sieht Eichler den Grund für die Entstehung einer Armutspopulation in der Sklaverei als Praxis der legitimen Aneignung und „Erbeutung von Feinden und Fremden“ (Eichler 2001:31). Erste Überlieferungen zur Sklavenhaltung finden sich bereits im frühen 3. Jahrtausend, doch erst ab der hellenistischen und römischen Ära kennen wir verlässliche Quellen, die sie belegen. (vgl. Flaig 2009:33ff.)

Ab dem 7. vorchristlichen Jahrhundert wurde die Sklaverei zu einem dauernden gesellschaftlichen Phänomen, die eine wichtige Rolle für den Erhalt des Lebensstandards der privilegierten, grundbesitzenden Bevölkerungsschicht spielte. Die Armut der Sklaven ergab sich aus ihrer absoluten Rechtlosigkeit und der durch die unmenschlichen Arbeitsbedingungen resultierenden Bedrohung ihrer Existenz. Es gilt jedoch zu bedenken, dass die Sklaverei differenziert diskutiert werden muss. Aufgrund von historischen Befunden kann man festhalten, dass Sklaven nicht per se arm waren: Aus Rechtlosigkeit und unselbständiger Arbeitskraft ergibt sich nicht automatisch Armut. Auch Frauen und Kinder besaßen im

Altertum keine Rechtspersönlichkeit. Große Teile der Gesellschaft wurden auf Grund ihres rechtlichen Status als arm wahrgenommen.

„Both in Greek city-states and during much of the Roman Republic political status was of greater significance than levels of wealth. As a result, the poor were not thought of as a distinct social group. It is true that Greek city-states, including democratic Athens, and Republican Rome both restricted certain economic opportunities (above all landownership) to citizens and made certain political rights depend upon wealth. In this way rights of participation might be curtailed, both theoretically and practically, by poverty.“ (Osborne 2006:6)

3.1.2 Armut als religiöser Wert

Durch den zunehmenden Einfluss des Christentums und dem damit verbundenen neuen Wertesystem kam es ab der Zeit der römischen Republik (zwischen 509-27 v.Chr.) zu einer teilweisen Verbesserung der Lage der Sklaven (Eichler 2001:20). Im Mittelalter veränderten sich die Herrschaftsstrukturen insofern, als die Sklavenhaltung zum Teil durch Lohnarbeit abgelöst wurde, wobei man auch für diese Zeit differenzieren muss zwischen verschiedenen Formen von Arbeit wie Leibeigenschaft, Fron, Vertragsarbeit, Zwangsarbeit und anderen, aus denen sich unterschiedliche Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse ableiten lassen.

In der mittelalterlichen Realität beschrieb Armut einen Zustand des Mangels an Privilegien und sozialem Ansehen sowie ein Bedürfnis nach Unterstützung. (Böhler et al. 2003:51) Der Armutsbegriff wurde eingeeengt auf diejenigen, die zum Überleben auf fremde Hilfe angewiesen waren. Erste karitative Einrichtungen entstanden im 12. und 13. Jahrhundert. (Dietz 1997:28)

Armut wurde aber auch zu religiösen Zwecken instrumentalisiert: so galten Almosen als wirksames „Mittel zur Erlangung des Heils“ (Böhler et al. 2003:86). Armut wurde als

„gottgegebenes Schicksal angesehen, das in engem Zusammenhang mit der Erbschuld der Menschen gebracht wurde. Diese vormoderne Einstellung des Christentums lenkte von den politischen und ökonomischen Ursachen der Armut ab und half so, feudale Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren.“ (Martius 2001:5)

Die Armenfürsorge (*Caritas*) hatte einen hohen Rang, galt als Heiligenideal und gab den Reichen die Möglichkeit, ihre Sünden abzubüßen. Ein religiöser Text dieses Zeitalters, die *Vita Eligii*, brachte dies zum Ausdruck: „Gott hätte alle Menschen reich erschaffen können, aber er

wollte, dass es auf dieser Welt Arme gibt, damit die Reichen Gelegenheit erhalten, sich von ihren Sünden freizukaufen“ (Geremek 1988:29) und rechtfertigte damit gleichermaßen Reichtum und Armut gesellschaftlich.

Im Übergang zum Feudalismus bildete sich in West- und Mitteleuropa eine neue, in der Nachfolge Jesu religiös motivierte, freiwillige Armut, die sich in den sogenannten „Bettelorden“ ab dem 13. Jahrhundert rasch ausbreitete. Die bekanntesten Orden unter ihnen waren die Franziskaner und die Dominikaner. Sie unterschieden sich von monastischen Orden dadurch, dass die Mönche (*pauper christi* genannt) jeglichen Besitz ablehnten und von Arbeitslohn und Betteln lebten. Sie waren dazu verpflichtet, unfreiwillig Armen zu helfen. Die Mönche beriefen sich auf die Bibel, in der Armut als etwas Tugendhaftes beschrieben wird:

„Jesus aber sprach zu seinen Jüngern: Wahrlich ich sage euch: Ein Reicher wird schwer eingehen ins Himmelreich. Abermals sage ich euch: Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als ein Reicher in das Himmelreich.“ (Evangelium nach Matthäus, Kapitel 19, Vers 23-24)

3.1.3 Die Kriminalisierung der Armut

Ab dem 14. Jahrhundert änderte sich die gesellschaftliche Einstellung in Bezug auf die Armenfürsorge allmählich:

„Die Moralisierung der Theologie vollzog einen Wandel, der auf das Erniedrigende und Demütigende der Armut hinwies. Armut war insofern zwar gottgewollt und folglich zu ertragen, die „Heiligkeit“ des Bettelstandes (Thomas von Aquin) büßte sie jedoch ein.“ (Dietz 1997:29)

Was hatte dazu geführt? Nachdem Europa im 13. Jahrhundert einen wirtschaftlichen Aufschwung unter anderem der Landwirtschaft sowie einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen konnte, kam es ab dem 14. Jahrhundert in Folge von Missernten, Hungersnöten und Pestepidemien zu einem Bevölkerungsrückgang. Der dadurch bedingte Einbruch in der Getreidenachfrage und in den Preisen, wird auch als die „spätmittelalterliche Agrardepression“ bezeichnet. (Isenmann 2005:514) Diese führte zu einem massenhaften Zustrom von bedürftigen, verarmten Menschen aus ländlichen Gebieten in städtische Zentren Europas, mit dem Ziel, durch Lohnarbeit oder dem Erlernen eines neuen Handwerks der Armut zu entfliehen. (Isenmann 2005:514) Doch auch in den Städten stießen sie auf eine schwierige Lage. Aufgrund der

immer größer werdenden Konkurrenzsituation kam es zu dramatischen Verarmungsprozessen der städtischen Bevölkerung, die auf Almosen und Sozialfürsorge angewiesen war. Angesichts des Ausmaßes der Armut sahen sich die Stadtherren gezwungen, „Bedürftigkeitskontrollen“ einzuführen. Dietz bezeichnet diese als „Vorläufer einer Sozialbürokratie“ (Dietz 1997:32).²³

Die sich mit der Reformation im 16. Jahrhundert verbreitende lutherisch-protestantische Soziallehre bedeutete eine weitere Zäsur in der Armenfürsorge. Arbeit wurde nun zu einem geistigen Wert, Reichtum hingegen als erstrebenswert erachtet:

„Während bis in die Frühe Neuzeit ‚Reichtum‘ und ‚Arbeit‘ sich widersprachen und ‚Armut‘ und ‚Arbeit‘ zusammengehörten, wurde dies mit John Locke überwunden und zur neuen gesellschaftlichen Norm erhoben. Damit einhergehend wurde die bisherige kirchliche Hochschätzung des Bettelns – und damit verbunden das Almosengeben – verworfen.“ (Böhler et al. 2003:86)

Armut wurde zum Synonym eines negativen Lebensentwurfs und zu einem Ergebnis von Untätigkeit abgestempelt. (Böhler et al 2003:87) Sie wurde abgewertet, mit Asozialität und Selbstverschulden verbunden, ja sogar kriminalisiert. Die ersten Verordnungen gegen das Betteln wurden von Papst Pius IV. erlassen. Ähnliches Vorgehen verbreitete sich schnell in ganz West- und Mitteleuropa.

Der britische Pfarrer und Ökonom Thomas Robert Malthus setzte sich in seinem 1798 erschienen Aufsatz *An Essay on the Principle of Population* mit dem Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungswachstum, Armut und Nahrungsmittelknappheit auseinander. Das von ihm entworfene Gesetz besagt, dass die Bevölkerungszahl exponentiell, die Nahrungsmittelproduktion hingegen nur linear wachse. Das Angebot an Nahrungsmitteln könne daher die Nachfrage nicht befriedigen, was zu Hungersnöten führen würde. Die Ursache dafür sah Malthus in einer mangelnden sexuellen Enthaltsamkeit der Armen, die durch die hohe Kinderzahl zu einer Überbevölkerung führen würde. Um die Armen zu ernähren, müssten diese also einen größeren Anteil des Nahrungsmittelangebots erhalten, als ihnen zustünde. (Schäuble 1984:50f.) Malthus kritisierte daher auch die Armenunterstützung, die Armut nur fördern würde:

„A man who is born into a world already possessed, if he cannot get subsistence from his parents on whom he has a just demand, and if the society do not want his labour, has no claim of right to the smallest portion of food, and, in fact, has no

²³ Vgl. dazu auch Meier Kressig 2003:4 und Dietz 1997:30ff.

business to be where he is. At nature's mighty feast there is no vacant cover for him. She tells him to be gone, and will quickly execute her own orders, if he does not work upon the compassion of some of her guests. If these guests get up and make room for him, other intruders immediately appear demanding the same favour. The report of a provision for all that come, fills the hall with numerous claimants. The order and harmony of the feast is disturbed, the plenty that before reigned is changed into scarcity; and the happiness of the guests is destroyed by the spectacle of misery and dependence in every part of the hall, and by the clamorous importunity of those, who are justly enraged at not finding the provision which they had been taught to expect. The guests learn too late their error, in counter-acting those strict orders to all intruders, issued by the great mistress of the feast, who, wishing that all guests should have plenty, and knowing she could not provide for unlimited numbers, humanely refused to admit fresh comers when her table was already full." (Malthus 1992:249)

Daher sprach Malthus sich für Enthaltbarkeit, Heiratskontrolle und Volksbildung aus.

Angelehnt an Malthus' Theorie wurden auch staatliche Armengesetze entworfen. In Zucht- und Arbeitshäusern wurde die Bevölkerung durch schwere Misshandlungen und Strafen zu einem disziplinierten Leben erzogen und zur Arbeit gezwungen. Arme wurden im Zuge dessen zu billigen Arbeitskräften für Manufakturbetriebe. Betteln in der Öffentlichkeit wurde verboten, nicht registrierte Notleidende vertrieben, Gesetze zur Disziplinierung von arbeitsfähigen Bettlern, die Zeichen ihres Standes tragen mussten, erlassen. Arme in Frankreich zum Beispiel mussten nachweisen, dass sie arbeitsunfähig waren und ihre Armut so nicht selbstverschuldet sei. Aufständische, die sich gegen diese Form der Stigmatisierung wehrten, wurden am Galgen erhängt. (Dietz 1997:36)

3.1.4 Verelendung und Soziale Frage

Da diese Maßnahmen keinerlei sozialpolitische Wirksamkeit zeigten, sondern - im Gegenteil - zusätzliches Elend evozierten, wurden die Arbeitshäuser zu Beginn der Industrialisierung gegen Ende des 18. Jahrhunderts abgeschafft, nicht jedoch die grundsätzliche Einstellung der Armut gegenüber.

Die mit der Industriellen Revolution einhergehenden gesellschaftlichen Umwälzungsprozesse führten zunehmend zur Verelendung der Arbeiterschaft in den wachsenden städtischen Ballungszentren. Armut wurde zum strukturellen Massenphänomen. Die Verarmung der Arbeiterklasse im Zuge des Umbaus zur Industriegesellschaft und der verstärkten Urbanisierung erreichte im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt. Die strukturelle

Benachteiligung einer ganzen Klasse machte bewusst, dass Armut nicht unmittelbar in „persönlichen Verfehlungen einzelner [...], sondern in gesellschaftlichen Verhältnissen ihren Grund haben.“ (Böhler et al. 2003:75)

Die desillusionierte Industriearbeiterschaft begann sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend in gesellschaftlichen Vereinigungen und Massenorganisationen, in Gewerkschaften und politischen Parteien zu organisieren und wurde so allmählich zu einer Gefahr für das bestehende Gesellschafts- und Herrschaftssystem. Die Auseinandersetzung mit der „sozialen Frage“ war der Ausgangspunkt der Debatte um staatliche Sozialpolitik. (Meier-Kressig 2003:14f.)

Die englische Fabrikgesetzgebung und die Bismarcksche Sozialgesetzgebung hatten das Ziel,

„die explosiven sozialen Gegensätze im Interesse der herrschenden Klasse zu entschärfen. So forderte Bismarck: „daß man realisiere, was an den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und im Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann.“ (Vossler 1943:363)

Die Sozialreform Bismarcks, die Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung für Industriearbeiter vorsah, war der erste Schritt in Richtung des heute sogenannten Wohlfahrtsstaats. Dieser Begriff bezeichnet allgemein das

„Vorhandensein oder [die] Herausbildung von staatlich garantierten und mitverwalteten Systemen sozialer Sicherheit, die, bei unterschiedlicher Breite und Intensität der Eingriffe in den weiterhin privatkapitalistisch organisierten, oligopolistisch oder monopolistisch strukturierten Produktionsprozeß, zumindest eine Herabmilderung der sozialen Risiken der Masse der abhängig Arbeitenden sowie die Gewährung eines gewissen Mindest-Lebensstandards intendieren.“ (Abendroth; Lenk 1968:86)

3.1.5 Die nationalsozialistische Armutspolitik

Allerdings wurden die Sozialleistungen sowie das Lohnniveau im Zuge der ab 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise stark eingedämmt. Im Nationalsozialismus wurden Arbeitshäuser und „Korrekturanstalten“ wieder eingeführt. Ab 1933 wurde das Betteln verboten und sogenannte „Bettlerrazzien“ durchgeführt. Ab 1938 wurden verhaftete Arbeits- und Obdachlose in Konzentrationslagern interniert, wo sie zunächst als Arbeitskräfte misshandelt und schließlich ermordet wurden. (Dietz 1997:45)

„Die Ausmerzung der erwachsenen Minderwertigen, der gewohnheitsmäßigen Trinker, der Bettler, Landstreicher usw. aus der Gesellschaft und ihre dauernde Unterbringung in Anstalten sei auch vom Standpunkt der öffentlichen Fürsorge eine Notwendigkeit. Den Personenkreis sollte man nicht zu eng ziehen.“ (Wilhelm Polligkeit, Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 1933 zitiert nach Dietz 1997:44)

3.1.6 Der Wohlfahrtsstaat

Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch wurde der Wohlfahrtsstaat in Westeuropa und den USA weiter ausgebaut. Der Unterschied zu früheren Formen der sozialen Fürsorge ist die Ausrichtung auf die gesamte Bevölkerung eines Landes und nicht nur auf bedürftige Bevölkerungsschichten. (Abendroth; Lenk 1968:94)

Diese Entwicklung führte zu einer Reduzierung der in Armut lebenden Bevölkerungsschichten in den Industrieländern. Der Übergang zum Wohlfahrtsstaat und die mehrheitliche Überwindung der Armut ließ das Thema „Armut“ immer mehr in Vergessenheit geraten.

3.2 Anthropologische Betrachtungen

Die im Armutsdiskurs der Entwicklungszusammenarbeit vorherrschenden Definitionen zur Konzeptualisierung von Armut sind geprägt von einem vorrangig eurozentristischen Verständnis von Armut, beeinflusst durch den oben beschriebenen Wandel des gesellschaftlichen Umgangs mit Armut in Europa. Die historische Armutsforschung ist für diese geographische Einheit sehr ausgeprägt und reicht weit bis in die Antike zurück. Ganz anders ist die Ausgangslage für eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Armut in anderen Regionen. John Iliffe nennt in seinem Werk *The African Poor. A History* von 1987 drei Hindernisse für die Aufzeichnung des Wandels bzw. der Bedeutung des Begriffs Armut für den afrikanischen Kontinent.

Zunächst ist hier einmal das Fehlen einer für Afrika geeigneten Definition von Armut zu nennen. Iliffe konstatiert, dass die Begriffe der absoluten und relativen Armut auf Messungen beruhen, für welche es in Afrika vor 1930 keine Daten gibt und dass darüber hinaus die „Armen“ eine sehr heterogene Gruppe in unterschiedlichen Kontexten bilden und immer gebildet haben. Es ist also nicht möglich, von einer „afrikanischen Armut“ zu sprechen. Iliffe geht aber davon aus, dass Armut immer verbunden ist mit physischer Not und unterscheidet in seiner Studie zwei Gruppen voneinander, die Armen und die Mittellosen (*destitutes*). Erstere sind für ihn jene, die um das Notwendigste für das Leben kämpfen, während letztere in einem Zustand eines chornischen Mangels leben. (Iliffe 1987:2) Iliffe argumentiert, dass es diese Unterscheidung in vielen präkolonialen afrikanischen Gesellschaften und Sprachen gab.

Zweitens nennt Iliffe die fehlende Quellenlage, vor allem von schriftlichen Quellen. Während mündliche Quellen (*Oral History*) und Sagen geprägt sind von Ausschmückungen und Übertreibungen, stammen die vorhandenen schriftlichen Quellen von außen: islamische Chroniken, Briefe und Aufzeichnungen von Missionaren und Reisenden, Anthropologen und Kolonialbeamten, welche ihrem subjektiven, oft europäisch geprägten Verständnis von Armut unterlagen.

Ein drittes Hindernis ist die bis vor kurzem propagierte Meinung, dass Armut im präkolonialen Afrika nicht existiert hat, sondern Ergebnis der Kolonisation, Urbanisierung und Eingliederung in kapitalistische Marktstrukturen sei. Davor hingegen hätte es einen Überschuss an der Ressource Land gegeben, sei wirtschaftliche Differenzierung noch nicht ausgeprägt gewe-

sen und hätte die Großfamilie als Auffangnetz gedient. Iliffe zitiert die UN *Economic Commission for Africa* 1972:

„In rural Africa, the extended family and the clan assume the responsibility for all services for their members, whether social or economic. People live in closely organized groups and willingly accept communal obligations for mutual support. Individuals satisfy their need for social and economic security merely by being attached to one of these groups. The sick, the aged and children are all cared for by the extended family. In this type of community, nobody can be labelled as poor because the group usually shares what they have. There is no competition, no insecurity, no big ambitions, no unemployment and thus people are mentally healthy. Deviation or abnormal behaviour is almost absent.“(Iliffe 1987:3)

Iliffe kritisiert diese vereinfachte Vorstellung. Er betont, dass der Unterschied zwischen präkolonialem Afrika und präindustriellem Europa in einem überwiegendem Fehlen eines gesellschaftlichen Klassensystems und darauf resultierenden Subkulturen lag, da

„poverty [...] implies the opposite, riches, in the same way that the slavery implies freedom, poverty was generally absent from these unstratified societies, along with such ancillary phenomena as asceticism, religious charity, and systematic begging. Only those exceptional regions – notably Ethiopia and perhaps the Central Sudan – which did have intensive agriculture, literacy, and world religions also possessed stratified subcultures and, by implication, conditions breeding numerous poor.“(Iliffe 1987:4)

Iliffe argumentiert also, dass im Gegensatz zu Europa und Asien strukturelle Armut in Afrika zunächst kaum existierte, sondern eher temporäre Armut, bedingt durch klimatische und politische Schocks und eines Fehlens von religiösen Wohltätigkeitsinstitutionen. Durch langfristige ökonomische und politische Prozesse, welche die Natur von Armut beeinflussten, bildete sich in Afrika ab dem 20. Jahrhundert strukturelle Armut unter jenen, die keine eigene Arbeitskraft besaßen und keinen Zugriff auf die Arbeitskraft anderer hatten, um Land zu bebauen. Darunter fielen vor allem die körperlich Gebrechlichen, die Alten und Jungen und jene ohne familiäre Unterstützung. Mit der Zeit wurde Land immer knapper und auch jene Arbeitsfähige, die keinen Zugang zu Land hatten, fielen in diese neue Kategorie Armer. Gleichzeitig kam es auch zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen und zu einer Abwertung der Bedeutung von Familie. In vielen afrikanischen Sprachen bedeutet „arm“ übersetzt soviel wie „ohne Familie und Freunde“, mit der Zeit wurde eine große Familie aber immer mehr zur Bürde für den einzelnen, die Bedeutung des Individuums und des Staates immer wichtiger. (Iliffe 1987: 7f.)

Durch das eurozentristisch geprägte Armutsverständnis in der EZA, in dem davon ausgegangen wird, dass ökonomischer Erfolg das „normativ vorgegebene Grundanliegen aller Individuen“ (Hahn 2010:117) sei, wird oft vergessen, wie signifikant der Unterschied ist zwischen den allgemein anerkannten Normen eines „Lebens in Wohlstand“ und den subjektiven Vorstellungen Armer über ein „besseres Leben“ (Hahn 2010:16). Eine allgemeingültige Definition von Armut kann es somit nicht geben. Der Armutsdiskurs übersieht oder ignoriert bewusst die eigene Sicht der Armen auf ihre jeweilige Lebenslage und ihre Kultur. Hahn meint dazu: „Armut ist unsichtbar, weil sie in jeder Gesellschaft anders ist. Es ist nicht möglich, sie zu erkennen, indem man ein einheitliches Kriterium anwendet“ (Hahn 2010:117).

Die Vereinheitlichung und Vereinfachung des Phänomens „Armut“ führen zu einer Ausblendung anderer Formen von Armut und zu der Annahme, dass ein Mangel generell als ein solcher und als Armut empfunden wird.

3.2.1 Beispiele zu Armut in Afrika

John Iliffe gibt in seinem Werk *The African Poor* mehrere Beispiele für die unterschiedlichen Konzeptionen von Armut in unterschiedlichen afrikanischen Gesellschaften. Das erste Beispiel ist Äthiopien, das einzige afrikanische Land, das nicht langfristig kolonisiert war. Dennoch scheint die soziale Ungleichheit größer zu sein, als in anderen Ländern, was der Autor auf die extreme gesellschaftliche Stratifikation durch Institutionen wie das Königshaus (bis 1974) und die äthiopisch-orthodoxe christliche Kirche zurückführt. Aufgrund von Naturkatastrophen und häufiger Dürre und Rinderseuchen waren konjunkturelle Armut und Hungersnöte in Äthiopien weit verbreitete Phänomene. Vor allem betroffen waren jene, die in den trockenen Regionen des Landes lebten, Viehbesitzer, die ihre Ressourcen verloren hatten, sowie Kinder, die in diesen Perioden in großer Zahl ausgesetzt wurden. Sie alle wurden abhängig von Kirche und Königshaus, die ihnen mit der Hoffnung auf göttliche Belohnung und Stärkung des eigenen Einflusses halfen. Aber auch Krieg und Invasionen waren ein Grund für konjunkturelle Armut.²⁴

Ein weiteres Beispiel sind die Hausa in Nordnigeria und die Dagomba in Nordghana, die früh unter den Einfluss des Islam kamen und Handel betrieben. Es waren daneben auch durch die Fruchtbarkeit ihrer Länder relativ reiche, wenn auch sehr ungleiche Gesellschaften, gekenn-

²⁴ Vgl. dazu auch Devereux 2003.

zeichnet von vermehrter Urbanisierung, Individualisierung und nur losen Familiensystemen. Von struktureller Armut betroffen waren Arbeitsunfähige, körperlich Behinderte, Sklaven und Bettler, wobei letztere durch die verpflichtende Almosengabe in islamischen Gesellschaften (*Zakat*)²⁵ besser gestellt waren, sowie Frauen ohne familiäre Netzwerke. Die Landwirtschaft basierte vor allem auf Getreide und war abhängig von Regenfällen, deren Aussetzen oder erhöhte Intensität zu Hungersnöten, Viehseuchen oder Überschwemmungen des Niger führen konnten. Bedeutend waren auch die vielen steuerlichen Regelungen durch den Emir, der zum Beispiel in Zeiten von Rinderseuchen wie 1982 die Viehsteuern erhöhte, um sein eigenes Einkommen zu sichern, was in Hungersnöten resultieren konnte.

Die Igbos in Nigeria hingegen bildeten nie eine politische und soziale Einheit, sondern waren in hunderte Dorfgruppen geteilt. Europäische Missionare behaupteten zunächst, bei den Igbos hätte es keine Armut und kein offenes Betteln auf der Straße gegeben. Anfang des 20. Jahrhunderts bemerkte der britische Anthropologe Northcote Whitridge Thomas dann, dass die Igbos sehr wohl unterschieden zwischen „*mbi*“ (arm), „*dinkpa*“ (mittel) und „*ogarny*“ (reich), dass aber Armut weniger im Zusammenhang mit fehlendem Einkommen, als mit Heirat in Verbindung gebracht wurde, also jene Männer als arm galten, die keine Frau erhalten konnten. (vgl. Thomas 1913) Finanzielle Armut galt als Schande, weshalb Betteln auch verpönt war. Davon betroffen waren Waisenkinder, Mütter von Zwillingen, welche aus religiösen Gründen getötet wurden sowie Alte, die der Hexerei bezichtigt wurden. Auch Menschen, die an Leprose erkrankten, wurden verstoßen, da sie beschuldigt wurden, die Götter beleidigt zu haben. Diese Gruppen bildeten ihre eigenen Gemeinschaften und fanden später Schutz und Hilfe in der katholischen Mission. Das niedrigste gesellschaftliche Glied aber war die Kaste der *Osu*, sogenannte Kultsklaven, die einer Gottheit geweiht waren und lebenslanglich ihrem Schrein dienen musste. *Osu* wurden auch als „lebende Menschenopfer“ (Ladurner/Sperr 2011:20) bezeichnet. Allerdings durften sie im Gegensatz zu Bettlern Almosen annehmen, weshalb vor allem Witwen freiwillig zu *Osu* wurden. Die Diskriminierungen und Erniedrigungen der *Osu* halten bis heute an.²⁶

Die Geschichte der Armut ist eine Geschichte sozialer Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese waren und sind auch

²⁵ Die Zakat als religiöse Pflicht ist eine auf den Koran zurückgehende Armensteuer, die von allen zahlungsfähigen Muslimen einmal im islamischen Mondjahr an Bedürftige abzugeben ist.

²⁶ Vgl. dazu Grau 1991; Grau 2008 und Adigwe 2007.

weiterhin für die Wahrnehmung und Bewertung von Armut bzw. von der gesellschaftlichen Schicht der „Armen“ von Bedeutung.

3.3 Armutsforschung

Obwohl innerhalb der internationalen Entwicklungsgemeinschaft ein Konsens über die Dringlichkeit der Beseitigung der weltweiten Armut besteht, existiert innerhalb dieses Diskurses keine einheitliche Meinung über eine allgemeingültige Armutsdefinition. Der Konflikt darüber, was Armut eigentlich ist, ist daher wie bereits erwähnt ein wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen (Lobner 2005:20).

Bei der Lektüre von wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema Armut muss stets hinterfragt werden, in wessen Auftrag und für welche politische Öffentlichkeit die Ergebnisse bestimmt sind. Das Wissen über Armut wird von ForscherInnen produziert und als legitim und objektiv wahrgenommen. Forschungsgeleitetes Wissen ist aber immer abhängig von politischen Kräften, das heißt die Macht instrumentalisiert die Wissenschaften. So ist es auch diese politische Macht, die durch die Wissenschaften festlegt, wer als „arm“ zu bezeichnen ist. Unter diesem Aspekt betrachtet entscheiden ForscherInnen bedingt darüber, wie Armut gesellschaftlich wahrgenommen wird und legitimieren dadurch politische Maßnahmen. (Lobner 2005:17f.) Die Wissenschaft dient nicht nur der Beschreibung der Realität, sondern vielmehr einer Definition der Realität, die praktische Konsequenzen hat:

„Diskurse sind der soziale Ort, an dem diese Bemühungen um die Definition sozialer Wirklichkeit stattfinden, so dass diese überhaupt kollektive Geltung erlangen können.“ (Donati 2001:151f.)

Die Analysen und Methoden, die herangezogen werden, beeinflussen schlussendlich die Darstellung der „Armen“ (Ruggeri Laderchi/Ruhi/Frances 2003:23).

„For people who are hungry, without drinkable water, living in shanties or on the street and watching their children die from lack of medical care, technical definitions of poverty are sheer mockery. However, all attempts to deal with poverty – least as assumption as to who is to be considered poor. To understand how poverty is dealt with – or not dealt with – one must be aware of how such definitions are used and how they can be misused.“ (Macarov 2003:14)

3.3.1 Frühe wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Armut

Die Anfänge der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Armut Zeit fallen zusammen mit der Industrialisierung. Als Pionierarbeiten auf diesem Gebiet gelten die Forschungen von

Charles Booth (1840-1916) und Benjamin Seebohm Rowntree (1871-1954) im England des späten 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Das Ausmaß der Verelendung breiter Bevölkerungsschichten wurde offen gelegt, als der Privatier und Sozialforscher Charles Booth seine ersten systematischen Untersuchungen zur Armut der Arbeiterklasse im Londoner Bezirk East End durchführte, die 1889 unter dem Titel *Labour and Life of the People* veröffentlicht wurde. Die Datenanalyse der Befragung nach eigens entworfener Klassifizierung ergab einen Armutsanteil von über 30%. In den Folgejahren weitete Booth seine Untersuchungen auf die ganze britische Hauptstadt aus. In einem insgesamt 17-bändigen Werk mit dem Titel *Life and Labour of the People in London* (1892-1897) erwähnte er erstmals den bis heute populären Begriff der Armutsgrenze (*poverty line*), der als Maßstab gilt, arm von nicht-arm zu unterscheiden und die Basis für das Konzept der absoluten Armut darstellt.²⁷ Booth definiert Armut weitgehend als Mangel an ausreichender Ernährung und macht dafür schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne verantwortlich.²⁸

Angelehnt an die Arbeit Booths untersuchte Benjamin Seebohm Rowntree zwei Jahre lang Armut in der britischen Kleinstadt York und veröffentlichte seine Ergebnisse 1901 unter dem Titel *Poverty. A Study of Town Life*. Er unterschied darin zwischen „*primary poverty*“ und „*secondary poverty*“. Unter „*primary poverty*“ litten die Haushalte, die ihre Grundbedürfnisse durch das Einkommen nicht decken konnten, während „*secondary poverty*“ jene Haushalte betraf, die nur grundlegende Bedürfnisse befriedigen konnten, jedoch keine weiteren Ausgaben, bzw. mit ihrem Einkommen verschwenderisch umgingen, wie zum Beispiel durch den Konsum von Alkohol und anderen Genussmitteln. Man kann in diesem Zusammenhang auch von einem „soziokulturellen Existenzminimum“ (Suter 2002:9) sprechen.

Rowntree zog eine Vielzahl unterschiedlicher Anhaltspunkte für seine Studien heran, unter anderem rechnete er die Mindestkalorienzufuhr abhängig von der beruflichen Tätigkeit aus und berechnete dann unter Einbeziehung der Nahrungsmittelpreise den täglichen Mindestbetrag, mit dem die berechnete Kalorienmenge abgedeckt werden konnte.

Er entwarf das Konzept des Teufelskreises der Armut, mit dem er illustrierte, wie und warum Individuen in unterschiedlichen Lebensabschnitten in die Armut hinein- und aus ihr herausrutschen. In seiner Studie verwarf Rowntree die bis dahin geltende Meinung, dass

²⁷ Zum Konzept der absoluten Armut siehe Kapitel „3.3.2. Armutsmessung“

²⁸ Die von Booth angefertigten Statistiken sowie detaillierte Karten sind online zu zugänglich unter <http://booth.lse.ac.uk/> [23.1.2013]

Armut eigenverschuldet sei und identifizierte sechs Ursachen für Armut: Niedriglöhne, Tod der LohnempfängerIn, Krankheit und Alter, Arbeitslosigkeit, unregelmäßige Arbeit bzw. Gelegenheitsjobs und eine große Kinderzahl. (Rowntree 2000:119f.)

Die erste Armutstheorie im deutschsprachigen Raum entwarf der Soziologe Georg Simmel in seinen Aufsätzen *Zur Soziologie der Armut* (Simmel 1906) und *Der Arme* (Simmel 1908). Simmel verstand die Gesellschaft grundsätzlich als das Ergebnis von Wechselwirkungen zwischen Individuen und Gruppen. (Suter 2002:10) Bei Armut handelt es sich um eine Wechselbeziehung zwischen Rechten und Pflichten, wobei auf der einen Seite die Pflicht des Gebenden steht, auf der anderen Seite aber das Recht des Empfangenden. Allerdings ist nicht der Arme der Berechtigte, sondern die ganze Gesellschaft, die aus sozialen Wesen besteht und durch die Armenunterstützung aufrechterhalten werden soll. In der Zeit, in der staatliche Sozialpolitik sich gerade erst zu etablieren begann, argumentiert Simmel, dass Wahrnehmung von Armut überhaupt erst durch Sozialpolitik perpetuiert wird. Arm ist also erst eine Person, die Unterstützung annimmt. (Simmel 1992:551) Armut ist daher das Konstrukt einer Gesellschaft, in der unterschiedliche soziale Klassen ihre ganz eigenen Grundbedürfnisse entwickeln. Kann ein Individuum einer bestimmten sozialen Klasse den für sie üblichen Lebensstandard nicht mehr aufrechterhalten, fühlt sich dieses subjektiv „arm“. Simmel veranschaulicht die gesellschaftliche Bestimmtheit von Armut folgendermaßen:

„Der Arme als soziologische Kategorie entsteht nicht durch ein bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung, sondern dadurch, daß er Unterstützung erhält, oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte. So ist [...] Armut nicht an und für sich als rein quantitativ festzulegender Zustand zu bestimmen, sondern nur nach der sozialen Reaktion, die auf einen bestimmten Zustand hin eintritt.“ (Simmel 1992:371f.)

Auch Karl Marx setzte sich im späten 19. Jahrhundert mit der Frage der Armut auseinander. Im ersten Band des *Kapital* (1867) meint er, das kapitalistische System führe zu einer sich vergrößernden sozialen Ungleichheit. Lohnarbeit und Armut sind unmittelbar miteinander verbunden und letztere durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse und der gesellschaftlichen Zustände hervorgerufen. Innerhalb der Klassengesellschaft würden die Lohnarbeiter (Proletarier) von der kapital- und produktionsmittelbesitzenden Klasse ausgebeutet, in dem sie ihre Arbeitskraft gegen Lohn austauschen müssen. Sie sind daher abhängig von den fremden Interessen der Bourgeoisie und reproduzieren ihre Armut durch Arbeit noch. (MEW 1983:497) Zusätzlich ist der Kapitalismus abhängig von der „industriellen Reservearmee“:

„Damit dieses kapitalistische System funktionieren kann, braucht es eine verarmte, nicht-arbeitende Bevölkerungsgruppe, die, wenn nötig, in den Arbeitsprozess mitbezogen werden kann.“ (Adami 2010:12)

Marx unterschied drei Gruppen von Armen: die durch den technischen Fortschritt verdrängten, die ländliche Bevölkerung und die unregelmäßig Beschäftigten bzw. nicht Vermittelbaren (Lumpenproletariat). (Adami 2010:12ff.) Reichtum ist demnach als direkte Folge von Herrschaft und Verfügen zu verstehen und führt automatisch zur Produktion von Elend. Marx ging davon aus, dass Armut durch einen Klassenkampf innerhalb der Gesellschaft mit dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung überwunden werden könne.

3.3.2 Armutsmessung

Laut Weltbank ist die Messung von Armut für vier Faktoren ausschlaggebend: für die Erkenntnis der aktuellen Armutssituation, also um festzustellen, wie viele Menschen in Armut leben und welches Ausmaß ihre Armut annimmt, für die Analyse der ihr zugrundeliegenden Ursachen, für die Formulierung politischer Strategien und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung und schließlich für Kontrolle und Evaluierung ihrer Effektivität. (WB 2001:29)

Bezüglich der Messung von Armut ist es zunächst wichtig, die damit verbundenen Problemstellungen voneinander zu unterscheiden: Zunächst einmal muss entschieden werden, welche Aspekte von Armut man zu untersuchen gedenkt. Es gibt eine Vielzahl von Armutsdimensionen, die mittlerweile gemessen werden. Welchen schlussendlich eine größere Bedeutung zugesprochen wird, spiegelt die Motivation der Messung und das Armutsverständnis wider. Darauf basierend muss eine Armutsgrenze festgelegt werden. Schließlich müssen Armutsmaße gewählt werden, die es ermöglichen, das Ausmaß der Armut, ihre Intensität und die Disparität zwischen Bevölkerungsgruppen zu messen bzw. Vergleiche zwischen Regionen und Ländern ziehen zu können.

Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte, Armut zu definieren, die aber lediglich als „Interpretationsmodelle“ (Lobner 2005:21) verstanden werden dürfen. Doch ist allen Ansätzen die Annahme gemein, dass eine Diskontinuität, ein Bruch besteht zwischen arm und nicht-arm. Dieser Bruch kann mit Hilfe einer Armutsgrenze festgelegt werden und auf unterschiedlichen Dimensionen des menschlichen Lebens stattfinden, sei es im Bezug auf Ressourcen, die einer Person oder Gruppe zur Verfügung stehen, dem Zugang zu Verteilungsmechanismen innerhalb einer Gesellschaft oder an der politischen und gesellschaftlichen Par-

tization. Arm ist also eine Person, die in unterschiedlichen Lebensbereichen ihre minimalen Bedürfnisse nicht befriedigen kann. Die Definition dieses Minimums ist ausschlaggebend für die Formulierung von Standards um „arm“ von „nicht-arm“ unterscheiden zu können. Solche absoluten Bedürfnisse zu definieren und für alle Gesellschaften allgemeingültige Standards zu setzen ist allerdings schwer, wenn nicht sogar unmöglich. Auch hier stellt sich wieder die Frage, wie und durch wen die Kriterien gewählt werden und ob eine solche Wahl überhaupt aussagekräftig sein kann.

Ruggeri Laderchi (et al.) zeigen in ihrem Artikel *Does it matter that we don't agree on the definition of poverty?*, welche Fragen sich beim Definitionsversuch von Armut auf tun. Als erstes nennen sie den Raum, in dem Armut gemessen wird (*spheres of concern*). Genannt werden unter anderem materielle, soziale, politische und kulturelle Bereiche des menschlichen Lebens (Ruggeri Laderchi et al. 2003:2). Zweitens stellt sich die bereits angeschnittene Frage nach einer möglichen Universalität einer Armutsdefinition, ob also eine für alle gesellschaftlichen Formen allgemeingültige Definition überhaupt existieren kann. Es stellt sich die Frage, in welcher Einheit Armut gemessen werden soll (Individuum, Haushalt, Gesellschaft) und auf welche geographische Einheit. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Frage nach dem zeitlichen Horizont, über den Armut gemessen werden soll und welchen Einfluss zum Beispiel schon temporäre Armut auf das spätere Leben haben kann beziehungsweise welche strukturellen Konsequenzen chronische Armut nach sich zieht. Schließlich die Frage danach, in wie fern eine Definition von Armut gleichzeitig ihre Ursachen erklären sowie Wege zu ihrer Beseitigung aufzeigen kann.

Generell gibt es zwei dominierende Konzepte Armut zu definieren: Armut als finanzieller Mangel und Armut als Ungleichheit und Exklusion. (Engels 2007:1) Beim ersten Konzept wird Minimalbedürfnissen ausgegangen, um Gesundheit und Arbeitskapazität zu erhalten. Das zweite Konzept begreift Armut als relative Positionierung eines Individuums oder einer Bevölkerungsschicht zu anderen, oder als

„strukturelle Ausgrenzung von Menschen oder Gruppen, welche an ungerechter Aufteilung des Zugangs zu Gütern sichtbar wird. Diese führt zu einem Mangel an Wahlfreiheit um diejenigen Fähigkeiten auszubilden, die notwendig sind, um eine Grundsicherung herbeizuführen, Exklusion zu unterbinden und eine gesellschaftliche Partizipation zu bewerkstelligen.“ (Böhm et al. 2003:18)

Dieses Konzept untersucht auch die Wechselwirkung zwischen arm und nicht-arm, zum Beispiel innerhalb einer Gesellschaft.

Es wird ersichtlich, dass Armut als absolute oder als relative Größe verstanden, dass sie als objektiv oder subjektiv wahrgenommen werden kann. Im Folgenden sollen nun einige Konzepte zur Messung von Armut vorgestellt werden.

Absolute Armut

Innerhalb des Entwicklungsdiskurses dominiert ein Armutskonzept, das Einkommen und Konsum misst, also die wirtschaftliche Dimension von Armut hervorhebt und – zurückgehend auf den bereits erwähnten Weltbankpräsidenten Robert McNamara – auch „absolute Armut“ bzw. der „Ressourcenansatz“ genannt wird. Von absoluter Armut sind jene Menschen betroffen, deren Einkommen, Konsum oder Ressourcen nicht ausreichen, um ihre existenziellen Grundbedürfnisse zu befriedigen. Nun muss dafür natürlich festgelegt werden, was denn menschliche Grundbedürfnisse sind. In der Deklaration von Kopenhagen²⁹ 1995 werden sie wie folgt zusammengefasst:

„Absolute poverty is a condition characterised by severe deprivation of basic human needs, including food, safe drinking water, sanitation facilities, health, shelter, education, and information. It depends not only on income but also on access to social services.“ (UN 1995:o.S.)

Zur Messung absoluter Armut gibt es verschiedene Methoden, wie die „*cost of basic needs method*“, die die Kosten für einen Korb von als lebensnotwendig erachteten Waren errechnet, oder der „*food energy intake method*“ (Haughton/Khandker 2009:39), die die Kosten für die Deckung einer Mindestkalorienbedarfs für eine erwachsene Person errechnet. Durchgesetzt hat sich zur Messung der absoluten Armut aber die 1-Dollar-Grenze, welche von der Weltbank 1990 festgelegt wurde. Die Grenze leitet sich aus den Wechselkursen für Kaufkraftparitäten ab, welche im *International Comparison Program Project* errechnet wurden. (UN 2009:47) Dadurch besitzt der eine Dollar KKP weltweit dieselbe Kaufkraft, wodurch sich diese Grenze hervorragend für internationale Vergleiche eignet. Die 1-Dollar-Grenze ist spätestens seit den MDGs der bekannteste Maßstab zur Messung extremer Armut. Ihr übergeordnetes Ziel, extreme Armut bis 2015 zumindest zu halbieren, basiert auf der Annahme, dass ein US-Dollar pro Tag für die Befriedigung der Grundbedürfnisse ausreichen. Abhängig davon, wie Grundbedürfnisse definiert werden, kann die gewählte Armutsgrenze also empfindlich tief gelegt werden (UN 2009:50) und wie schon Rowntree argumentierte, kann bei dieser Grenze eigentlich nicht mehr von „Leben“ gesprochen werden:

²⁹ Die Kopenhagener Deklaration für soziale Entwicklung war das Abschlussdokument des Weltgipfels für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen vom 6.-12. März 1995 in Kopenhagen.

„My primary poverty line represented the minimum sum on which physical efficiency could be maintained. It was a standard of bare subsistence rather than living.“
(Rowntree 1941:101f.)

Das Konzept der absoluten Armut geht davon aus, dass sie ökonomisch bedingt sei, also vor allem einen Mangel an finanziellen Ressourcen darstellt. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sollte folglich automatisch zu einer Reduzierung der Armut führen. Doch nicht alle menschlichen Bedürfnisse können finanziell befriedigt werden, wie die ILO bereits 1976 argumentierte:

„Die Erfüllung der Grundbedürfnisse bedeutet die Deckung des privaten Mindestbedarfs einer Familie an Ernährung, Unterkunft, Bekleidung. Sie umfasst ferner die Inanspruchnahme lebenswichtiger Dienste, wie die Bereitstellung von gesundem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, Transportmitteln, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, und das Erfordernis, dass für jede arbeitsfähige und arbeitswillige Person eine angemessen entlohnte Arbeit zur Verfügung steht. Schließlich sollte sie auch die Erfüllung mehr qualitativer Bedürfnisse umfassen: Eine gesunde, humane und befriedigende Umwelt sowie eine Beteiligung des Volkes an Entscheidungen, die sein Leben und seinen Lebensunterhalt sowie seine individuelle Freiheiten betreffen.“ (ILO 1976: 7 f.)

Obwohl sogar die Weltbank in ihrem *World Development Report 2000/2001* die Multidimensionalität von Armut anerkennt und ihr Armutsverständnis um die Begriffe Vulnerabilität, Unsicherheit, Stimm- und Machtlosigkeit erweitert (Demery/Marchant o.J.:1), ändert dies doch nichts an dem Festhalten an monetären Armutsmessungen, so werden die soziopolitischen Dynamiken von Armut weiterhin ignoriert. Durch die Einengung des Armutsbegriffs auf monetäre Faktoren wird Armut reproduziert, versteckt, geduldet, legitimiert und perpetuiert. (UN 2009:56) Die darauf aufbauenden Armutsbekämpfungsstrategien fokussieren auf wirtschaftliche Aspekte von Armut, obwohl die Ausblendung von sozialen Faktoren schon mehrfach Anlass zu scharfer Kritik gegeben haben, wie zum Beispiel im Rahmen der bereits erwähnten Strukturanpassungsprogramme.

Es gab daher Versuche, Alternativen für den monetären Ansatz zu finden. Gemeinhin werden diese unter dem Begriff „Lebenslagenansatz“ zusammengefasst. Die bekanntesten unter ihnen sind wohl die Indices des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Der wichtigste unter ihnen ist der *Human Development Index*, bemessen anhand einer Kombination aus Bruttoinlandsprodukt, Lebenserwartung bei der Geburt und Bildungsniveau. Weitere Indices sind der *Human Poverty Index* (HPI), der *Gender Related Development Index* (GDI)

und der *Gender Empowerment Measure*.³⁰ Obwohl diese Indices neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch andere Dimensionen von Armut messen, stehen auch hier internationale Vergleich im Mittelpunkt des Interesses. Die ungleiche Verteilung innerhalb der Länder werden nicht berücksichtigt und auch strukturelle Ursachen von Armut als langfristiger Prozess von globalen Ungleichheiten, Exklusion und Ausbeutung nicht angesprochen:

„By addressing only the immediate needs of the poor, superficial attempts are made at alleviating poverty. Eradicating poverty requires more than simply providing food, digging wells, donating seeds and farm tools, and offering technical assistance. Indeed to tackle the root cause of poverty, issues of politics, justice, and rights must be addressed.” (Dixon 2002:1)

Relative Armut

Unabhängig davon ist absolute Armut relativ zum gesellschaftlichen Kontext. Die oben beschriebenen Grundbedürfnisse müssen nicht für alle Gesellschaften zutreffen. So argumentiert zum Beispiel Macarov:

„However, even the very existence of these so-called basic needs can be argued. Homeless people, as their name implies, exist in many places without houses, living on the sidewalks, in parks, and other open places. Some desert nomads and Romas (once called Gypsies and still called „Travelers“ in some places) live completely without shelter. Australian aboriginies, African pigmies and some Papua-New Guineans, until influenced by missionaries, wore no clothing at all. Finally, it is doubtful whether most people would consider the blood sucked from a living cow that, together with milk from the same cow, is the total diet of some Kenyan tribes, to be food in the conventional sense.“ (Macarov 2003:20f)

Es wird deutlich, dass universell gültige Grundbedürfnisse nicht existieren können, sondern abhängig sind von Raum und Zeit, weshalb Townsend absolute Armut als einen Zustand definiert, der in der spezifischen Gesellschaft als solche wahrgenommene Grundbedürfnisse erfüllt. (Townsend 1979:915; Spicker/Leguizamon/Gordon 2007:7f.). Man spricht diesbezüglich auch von relativer Armut.

Laderchi (et al.) argumentieren, dass die Wahl für einen absoluten oder relativen Zugang mit der wirtschaftlichen Situation des Landes zusammenhängt. (Ruggeri Laderchi et al. 2003:4) In Ländern, in denen die Befriedigung minimaler Grundbedürfnisse eine dringende Angelegenheit ist, wird eher auf den absoluten Zugang zurückgegriffen. In Industrieländern hingegen wird mittlerweile fast ausschließlich von relativer Armut gesprochen, welche in der

³⁰ Die Indices der Vereinten Nationen sind zugänglich unter <http://hdr.undp.org/en/statistics/> [23.1.2013].

Regel mit unter 40-60% des Medianeinkommens festgelegt wird. Relative Armut ist somit sozial definiert und abhängig von der Positionierung des Individuums gegenüber der Gesamtgesellschaft, aber auch verbunden mit Nachteilen innerhalb dieser, resultierend aus Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungsschichten (Spicker et al. 2007:169; UN 2009:46). Die subjektive Wahrnehmung der eigenen Position innerhalb der Gesellschaft ist also ein wichtiger Aspekt dieses Konzepts.

Im Gegensatz zum Konzept der absoluten Armut basiert das Konzept der relativen Armut nicht auf purer Subsistenz der Individuen sondern steht in direkter Verbindung mit Ungleichheiten zwischen gesellschaftlichen Gruppen und mit Fragen der Umverteilung. Laut Weltbank stellt Ungleichheit ein breiter gefächertes Konzept als Armut dar, da sie die Gesamtgesellschaft umfasst. „Inequality is a broader concept than poverty in that it is defined over the entire population, not only below a certain poverty line.” (Haughton/Khander 2009:101) Dies lässt einiges auf das Armutsverständnis der Finanzinstitution schließen, zum Beispiel dass Armut und Reichtum nicht in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen.

Die Weltbank geht weiterhin davon aus, dass Armut bedingt ist durch Ungleichheiten im Bezug auf Einkommen und Konsum und argumentiert daher, dass ein Anstieg von Einkommen und Konsum zu Beseitigung von Armut beitragen würden. Dass generelles Wachstum ohne gesellschaftliche Umverteilung allerdings nicht zur Minderung von Ungleichheiten beiträgt, haben die vergangenen Jahrzehnte deutlich gezeigt. Da gesellschaftsimmanente Ungleichheiten aber nur durch eine Umverteilung verringert werden können, kann relative Armut auch nicht beseitigt werden.

An diesem Punkt wird auch die Arbeit von Amartya Sen wichtig, der fordert, Armut nicht als individuelles Problem, sondern als gesellschaftliches zu verstehen. Armut resultiert für ihn aus mangelnden Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft, welche schließlich zu einem Mangel führen. Armut ist also das Resultat gesellschaftlicher Exklusion, einer gesellschaftlichen Ungleichheit. Das eigentliche Ziel der Armutsforschung sollte also sein, Mechanismen von Inklusion und Exklusion zu untersuchen, um die Entstehung von Armut zu verstehen.³¹

³¹ Vgl. dazu Sen 2000.

II. Teil: Länderstudie Sansibar

4. Rahmenbedingungen der Armutsreduzierung auf Sansibar

4.1 Geschichte und Politik Sansibars

Bereits im griechischen Periplus des Eriträischen Meeres (*Periplus Maris Erythraei*) des ersten nachchristlichen Jahrhunderts, einer detaillierten Beschreibung der Handelsrouten zwischen der ostafrikanischen Küste, der arabischen Halbinsel und der indischen Küste, findet sich der Begriff „Zanj“ als Bezeichnung für die Küstenbewohner Ostafrikas. Bei Claudius Ptolemäus 150 n. Chr. finden wir die Beschreibung der Insel Menuthias, von der ausgegangen wird, dass es sich um das heutige Sansibar handelt. (vgl. Schlichter 1891; Hilton 1993) Der Begriff „Sansibar“ („Zanjibar“) selbst stammt aus dem Persischen und bedeutet so viel wie *Küste der Schwarzen*. Heute ist Sansibar ein halbautonomer Inselstaat der Vereinigten Republik Tansania (Kiswahili: *Jamhuri ya Muungano wa Tanzania*), die aus dem Festland Tansania und dem Insel-Archipel Sansibar mit seinen beiden Hauptinseln Unguja und Pemba besteht.

4.1.1 Die Herausbildung einer Swahili-Kultur in einem Handelszentrum Ostafrikas

Sansibar und die ostafrikanische Küste waren schon im Altertum eingebunden in das Handelssystem des Indischen Ozeans. Zu den frühen, mit Sansibar in Verbindung stehenden Händlern gehörten Perser, Hindus, Chinesen, Juden, Araber und Phönizier. Sie brachten chinesisches Porzellan, islamische Tonkunst, Stoffe, Gewürze und Dattel, die sie gegen Gold, Elfenbein, Schildkröten-Panzer, Tierhäute, Rhinoceroshorn, Kokosnüsse und Mangrovenstämme. Ab dem 17. Jahrhundert wurde Sansibar auch zum Zentrum des ostafrikanischen Sklavenhandels.

Im 5. bis 6. Jahrhundert kam es zur Besiedelung des Archipels durch bantusprechende Völker und ab dem 7. bis 10. nachchristlichen Jahrhundert zur verstärkten Niederlassung von Arabern, Persern und Indern sowie von afrikanisierten Shirazi³², die von der südsomalischen

³² Meinungen zu der ethnischen Gruppe der Shirazi gehen weit auseinander. Als Shirazi wurden vermutlich die Nachkommen aus Beziehungen zwischen persischen Immigranten und der afrikanischen Bevölkerung an der Ostafrikanischen Küste, vor allem auf den Inseln Sansibars und den Komoren bezeichnet. Einige Historiker dementierten diese Theorie und erklärten die persische Abstammung als

Banadir-Küste aus unter anderem die Städte und Inseln Mogadishu, Mombasa, Malindi, Lamu, Kilwa, Mafia und Sansibar besiedelten. Diese waren zwar politisch voneinander unabhängig, aber durch regen Handel eng miteinander verbunden. (Hanak 1994:31) Aus der Vermischung mit den Bantu-Völkern entstand die sogenannte „Swahili-Kultur“, eine

„afrikanische Stadtkultur mit arabischen Elementen. Wichtige Aspekte dieser Kultur waren die gemeinsame Sprache Swahili, eine Bantusprache mit einem wesentlichen Anteil arabischer Fremdworte, die islamische Religion, sowie ein eigener Stil in Kleidung, Architektur und Kunst.“ (Hanak 1994:31)

Innerhalb dieser Kultur lebte die afrikanische Bevölkerung vor allem von Landwirtschaft und Fischfang, während eine kleine, arabischstämmige Elite den Handel kontrollierte. Gleichzeitig führte die Absorption der Einwanderer aus dem Golfgebiet ab dem 11. Jahrhundert zur Ausbreitung des Islam in Ostafrika :

„In the twelfth century Idrisi and Yagut mention the presence of Muslims at Zanzibar and Pemba, a fact which is supported by the 1106/7 data on the famous reconstructed mihrab at Kisimkazi.“ (Pouwels 1987:22).

4.1.2 Portugiesische Herrschaft

Die ersten Muslime waren Sunniten aus Hadramaut und dem Yemen und Anhänger der shâfi'itischen Rechtsschule.³³ Der Islam wurde zu einem wesentlichen Bestandteil der Swahili-Kultur, auch wenn er mit der Zeit lokale Charakteristika annahm.

Nach der Umsegelung des Kap der Guten Hoffnung durch Vasco da Gama 1498/99 strebten die Portugiesen die Herrschaft über das Handelssystem des Indischen Ozeans an. Die Dominanz der Portugiesen und ihre rasche Übernahme der Kontrolle über die ostafrikanischen Küstengebiete ist auf die Überlegenheit ihrer Seeflotte und Waffen zurückzuführen, aber auch auf die Rivalitäten zwischen den Stadtstaaten. (Alpers 1969: 40) Das Interesse der Portugiesen galt dabei nicht der Kolonisierung Ostafrikas, sondern der Kontrolle der strategisch wichtigen Handelspunkte und vor allem des Goldhandels zwischen Kilwa Kisiwani und Sofala in Mosambik. (Alpers 1969: 41) 1505 stürmten ihre Truppen Kilwa und übernahmen allmählich

koloniale Konstruktion. Sheriff allerdings argumentiert „the Shirazi tradition has a historical kernel of truth which is important in understanding the survival of the ‚myth‘ over all these centuries over such a large area.“ (Sheriff 1990:3; siehe auch Maliyamkono 2000 und Bakari 2001:69f.)

³³ Die Schâfiiten bilden mit den Mâlikiten, den Hanafiten und den Hanbaliten die vier Rechtschulen (madhâhib) des sunnitischen Islams.

den Goldhandel, in dem sie muslimische Händler sukzessive von diesem ausschlossen. Kilwa war nach der Übernahme des Handels mit Sofala schließlich nicht mehr attraktiv genug, die Portugiesen verließen die Stadt 1512 und machten Mombasa und Sansibar zu neuen wichtigen Stützpunkten.

Neben den wirtschaftlichen Interessen wurde ab 1560 mit Gewalt und Inquisition versucht, das Christentum an der mittlerweile islamisch geprägten Küste zu verbreiten. Das aggressive Vorgehen der Portugiesen führte zu immensem Widerstand. 1698 wurden sie schließlich mit Hilfe des omanischen Herrschers Seif bin Sultan vertrieben.

4.1.3 Das Sultanat Sansibar

Durch seine Intervention im Widerstand gegen die Portugiesen kam die Ostafrikanische Küste zunehmend unter die Kontrolle der omanischen Herrscher. Als Sayyid Said bin Sultan 1821 seine Residenz von Muscat nach Sansibar verlegte und somit einen omanischen Staat errichtete, verlor die Insel endgültig ihre Autonomie und wurde gleichzeitig zum Handelszentrum der Küste. Der verstärkte arabische Einfluss führte zu drastischen Veränderungen der lokalen Gesellschaft, ausgelöst vor allem durch den Sklavenhandel und die dominanter werdende Rolle der Religion.

Der Sultan ließ im Norden Ungujas große Nelkenplantagen anlegen und machte die Insel zum Zentrum des ostafrikanischen Sklavenhandels. Die Sklaven wurden auch für die Plantagearbeiten eingesetzt: Sansibar wurde zum größten Exporteur für Gewürznelken. Durch die Abolition des Sklavenhandels 1873 und das Verbot der Sklavenhaltung 1897 veränderte sich die gesellschaftliche Struktur Sansibars abermals, viele ehemalige Sklaven wurden integriert, durch die entstand eine engere Verbindung zum Festland Ostafrikas (Alpers 1969: 55). Bis 1907 wurden 17.293 Sklaven freigelassen (Maliyamkono 2000:4). Nach der Abschaffung der Sklaverei kam es zu einem Arbeitskräftemangel auf den Plantagen, später wurden unter britischer Herrschaft Arbeitskräfte vom afrikanischen Festland rekrutiert, vor allem aus Tanganyika, Mosambik, Malawi, Kongo, Kenya und Uganda. 1948 belief sich ihre Anzahl auf 51.267. (Mosare 1969: 223; Chachage 2000:26)

Sultan Sayyid Said intensivierte auch den Handel mit den europäischen Mächten, die zunehmend in Ostafrika expandierten. Sansibar erfuhr dabei einen wirtschaftlichen Aufschwung und wurde so noch attraktiver für die Einwanderung aus dem Oman und für asiatische Händ-

ler. Die Anzahl der angesiedelten Asiaten, vor allem muslimische Inder stieg bis 1870 auf 5000. (Alpers 1969:47)

4.1.4 Britische Herrschaft und Ethnizität auf Sansibar

Vor allem Großbritannien gewann enormen Einfluss auf die Region, so dass Sultan Bargash sein Herrschaftsgebiet an britische und deutsche Handelsgesellschaften abtreten und 1873 auf britischen Druck den Sklavenhandel verbieten musste. (Mosare 1969:224) Durch die britische „Allianz“ erhoffte sich der Sultan allerdings eine Verstärkung seiner Machtposition. Unter seinem Nachfolger, Sultan Seyyid Khalifa, errichteten die Briten schließlich 1890 das Protektorat Sansibar als konstitutionelle Monarchie, der Sultan blieb Herrscher, der englischen Krone unterworfen. Als aber 1914 die Verwaltung Sansibars dem *Colonial Office* unterstellt wurde, endete die Souveränität des Sultans. Er blieb jedoch Präsident des *Executive Councils*, das außer ihm noch von einem *British Resident* und sechs britischen Beamten geführt wurde. Das *Legislative Council* hingegen stand unter dem Vorsitz des *British Resident*, acht weiteren britischen Beamten sowie acht Vertretern der ethnischen Gruppen, allerdings spiegelte die Verteilung der Stimmen nicht die realen Zahlenverhältnisse innerhalb der Bevölkerung wider. (Hanak 1994:38) Die britische Kolonialmacht privilegierte weiterhin die arabische und asiatische Minderheit und rekrutierte sie in das Kolonialsystem. (Mosare 1969:225)

Die sogenannten „Shirazi“ gingen aus der Vermischung von bantusprechenden Völkern und den frühen Einwanderern aus der Golfregion hervor. Maliyamkono allerdings bezeichnet sie als Konstruktion der Briten (Maliyamkono 2000:4) und argumentiert, dass ethnische Zuweisungen innerhalb der Bevölkerung Sansibars erst im 2. Weltkrieg notwendig wurden, als es aufgrund der Nahrungsmittelknappheit zu einer Rationierung der Lebensmittel kam und plötzlich die Kategorie „Shirazi“ in der Volkszählung eingeführt wurde. (Maliyamkono 2000:5) So erhielten letztere lediglich Maismehl und Bohnen, Araber und Inder erhielten Reis, während sich die Europäer über Brot, Reis und Fleisch freuen durften.

„One informant, when asked about the history of the Shirazis graphically put it that they were a product of famine: Ni njaa, mwanangu. Njaa ndiyo ilizaa makabila haya hapa Zanzibar’! (It is famine, my son. Famine created these tribes here in Zanzibar).“ (Maliyamkono 2000:5)

Die Volkszählung des Jahres 1948 ergab einen Shirazi-Anteil von 60,%, 21% waren Afrikaner vom Festland und 18,2% Asiaten (Araber, Inder, Goa, Pakistani). (Maliyamkono 2000:42)

Da die Araber zahlreiche Privilegien genossen, begannen die Sansibaris sich mehr und mehr mit dem Begriff „Shirazi“ zu identifizieren, um sich von den Festland-Afrikanern abzugrenzen:

„By the 1940s, many of these [*Anm. indigenous Zanzibar Africans*] considered themselves to be Shirazi. This was because many people, who outwardly appeared to be of African origin found it more advantageous to call themselves Arabs because Arabs received greater privileges“. (Chachage 2000:29)

Diese ethnische Zuordnung der Bevölkerung und Bevorzugung der arabischen Minderheit führte schließlich zur Herausbildung eines sansibarischen Nationalismus unter der „afrikanischen“ Mehrheit: die Araber wurden zum „racial and class enemy“ (Maliyamkono 2000:42), zum Feindbild, was einen wesentlichen Faktor für den Ausbruch der Revolution von 1964 darstellen sollte. Die Bevölkerung organisierte sich in über die ethnische Zugehörigkeit definierten Vereinigungen: ab den 1930ern kam es zur Bildung der *Shirazi Association*, der *African Association*, die eng verbunden war mit der *African Association* in Tanganyika sowie der *Arab Association*. Letztere war „anti-European and anti-African“ (Chachage 2000:33) und verlangte die Unabhängigkeit Sansibars unter der Herrschaft des omanischen Sultans. Aus ihr ging später die *Zanzibar National Party* hervor.

Im Jahr 1960 erhielt Sansibar eine neue Verfassung, ein Jahr später wurden Wahlen für das *Legislative Council*, das nun *National Assembly* hieß, durchgeführt, das zu einem Parlament ohne britische Beamte umgestaltet wurde. (Hanak 1994:39) Die *Afro-Shirazi-Party* (ASP) gewann zehn Sitze, die *Zanzibar National Party* neun Sitze und die *Zanzibar and Pemba People's Party* drei Sitze. Die Vertreter der Parteien waren auch in den Ministerien vertreten.

4.1.5 Unabhängigkeit und Union

Die sansibarische Regierung hielt die exekutive als auch legislative Gewalt, außenpolitische Angelegenheiten sowie Verteidigung und innere Sicherheit waren bis zur Unabhängigkeit am 10. Dezember 1963 unter britischer Kontrolle. Ab dann fungierte der Sultan wieder als konstitutioneller Monarch. Zwar hatte die ASP in den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit erreicht, doch kam es 1963 zu einer Koalition zwischen ZNP und ZPPP, beide arabische

Interessensvertreter, was die privilegierte Stellung der arabischen Oligarchie sicherte. (Hanak 1994:62)

Die allgemeine Unzufriedenheit über die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen afrikanischer Mehrheit und arabischer Minderheit führte schließlich zum Ausbruch der Revolution am 12. Jänner 1964. (Mosare 1969:237) Anhänger der ASP stürmten das Waffenlager und andere strategisch wichtige Punkte. Nur einen Tag später kapitulierte die Regierung und der Sultan sowie ein Großteil der arabischen Oberschicht flohen aufs Festland. Unter der Führung von Abeid Amani Karume übernahm der sogenannte Revolutionsrat Sansibar. Am 25. April 1964 gründeten Karume und Julius K. Nyerere, Präsident Tanganyikas, eine konstitutionelle Union zwischen den beiden Staaten unter dem Namen Vereinigte Republik Tansania (Kiswahili: *Jamhuri ya Muungano wa Tanzania*), mit Nyerere als Präsidenten und Karume als Vizepräsidenten. Als Grund für diese Entscheidung wurde die historische Verbundenheit der beiden Länder und die Freundschaft und Verwandtschaft der beiden Völker, die durch die Union zusätzlich verstärkt werden sollte, sowie das Ziel der Erlangung einer „afrikanischen Einheit“ (Hanak 1994:64) angegeben.

Sansibar blieb innerhalb der Union semiautonom, ein Unionsvertrag regelt die Zuständigkeiten in verschiedenen Angelegenheiten, wobei die wichtigsten Punkte (Polizei, politische Vollmacht aufgrund des Notstandsgesetzes, Außenpolitik, Verteidigung, Staatsbürgerschaft, Einwanderung, Außenhandel und Kreditnahme, öffentlicher Dienst der VR, Einkommenssteuer, Zoll und indirekte Steuern, Hafenverwaltung, Zivilluftfahrt, Post und Telefon, Geldprägung, Devisen und Banken, höhere Bildung, Konzession für Industrie, Statistik und Bodenschätze) durch die Unionsregierung gesteuert werden und der sansibarischen Regierung lediglich die Landwirtschaft, Volksschulen und höhere Schulen, das Gesundheitswesen, der Straßenbau, das Rechtswesen und die wirtschaftliche Planung untersteht. (Hanak 1994:62)

Innerhalb der Revolutionsregierung gab es keinerlei Gewaltenteilung, der Revolutionsrat lehnte außerdem Wahlen ab:

„Ein seltsamer Aspekt der Verfassung von Tazania ist das fast totale Fehlen der Zusage für eine konstitutionelle Regierung in Zanzibar. Während das Festland Tanganyika ein Parlament und ein unabhängiges Rechtswesen hat, fehlen diese in Zanzibar.“ (Aumüller 1980:122)

Dazu kam die Unterdrückung der politischen Opposition. Die fehlende Legitimierung widersprach den verfassungsmäßig festgelegten Prinzipien der Republik und wurde international

kritisiert, dennoch wurde an der Union festgehalten. Inoffiziell wurde die Union wohl eher auf politischen Druck von außen gegründet. Die Revolutionsregierung Sansibars schlug zunächst eine sozialistische bzw. kommunistische Richtung ein, im Zuge dessen die großen Plantagen verstaatlicht und der Verwaltungsapparat „afrikanisiert“ wurde. Die politische Unsicherheit in der Zeit des Kalten Krieges und die Angst der USA vor der Ausbreitung des Kommunismus waren wohl wesentliche Faktoren bei der Gründung der Union:

„Nyerere had to do something about the Zanzibar problem [...] In the absence of action from Tanganyika the place would have been completely controlled by the communists.“
(Wilson 1989:75)

Für Nyerere sicherte dies die Unterstützung von außen, für Karume die militärische Unterstützung durch das Festland und seine illegitime Machtposition. Das Vorgehen der Revolutionsregierung und der Mangel an qualifizierten Führungskräften (Karume selber besuchte nur drei Klassen der Pflichtschule) führte zu einer Verschlimmerung der politischen und wirtschaftlichen Lage des Archipels: „Zanzibar, which once enjoyed the second highest per capita income in Africa, is now categorised by the UN as the poorest and least developed.“ (Wilson 1989:4f.)

1972 wurde Abeid Amani Karume bei einem Attentat auf Sansibar getötet. Unter seinem Nachfolger Aboud Jumbe beschlossen *Tanganyika African National Union* (TANU) und ASP sich zur *Chama cha Mapinduzi* (CCM, die Revolutionspartei) als einzige Partei der tansanischen Union zu vereinigen. (Maliyamkono 2000:66) Die neue Unionsverfassung 1977 sah erstmals auch Wahlen für Sansibar vor. Sansibar selbst erhielt 1980 eine neue Verfassung, die die Gewaltentrennung sicherte. (Hanak 1994:67)

1984 glich der sansibarische Präsident Ali Hassan Mwinyi die Verfassung jener der Union an und wurde daraufhin als Präsidentschaftskandidat für dieselbe nominiert. Die Stärkung der Einbindung in die Union wurde auf Sansibar allerdings stark kritisiert. Bis heute steht die Frage der Legitimität der Union im Zentrum des politischen Diskurses auf Sansibar.

4.1.6 Mehrparteiensystem und politische Unruhen

Auf internationalen Druck wurden auf Sansibar im Jahr 1995 erstmals Mehrparteien-Wahlen durchgeführt, die die CCM und ihr Präsidentschaftskandidat Dr. Salmin Amour mit 50,2% gewinnen konnten. (COG 2000:7) Die Oppositionsparteien sowie Mitglieder der internationa-

len Gemeinschaft, wie die Afrikanische Union (AU), die Europäische Union und Vereinigten Staaten von Amerika, kritisierten die Wahlen als irregulär und sprachen von einer Manipulation des Ergebnisses durch die CCM und die *Zanzibar Electoral Commission* (ZEC). Vor allem Anhänger der Partei *Civil United Front* (CUF) protestierten gegen den Wahlausgang und forderten Neuwahlen. Die Demonstrationen wurden vom sansibarischen Militär und der Polizei gewaltsam niedergeschlagen. Als Reaktion darauf verweigerte die CUF die Arbeit im Parlament (*House of Representatives*), während die internationale Gebergemeinschaft ihr Hilfszahlungen an Sansibar einstellte. 1999 unterzeichneten die rivalisierenden Parteien schließlich ein Versöhnungsabkommen (*Muafaka I*), die CUF beendete ihren Boykott. Vorschläge zu einer notwendigen Verfassungsänderung vor allem in Bezug auf den demokratischen Gleichheitsgrundsatz wurden aber von der Regierungspartei abgelehnt. (FIDH 2001:10)

Bei den zweiten Mehrparteien-Wahlen im Jahr 2000 hatte sich an den Spannungen zwischen den Parteien nichts geändert. Wieder kam es zu einem Sieg der CCM, wieder wurden die Wahlen sowie ihr Ergebnis international angefochten. Wahlbeobachter und Anhänger der Opposition forderten Neuwahlen, die von der Wahlkommission jedoch abgelehnt wurden. Daraufhin kam es zu Gewaltausschreitungen, die laut Berichten der *International Federation for Human Rights* mindesten 32 Opfer und zahlreiche Verletzte forderten. (FIDH 2001:15) 2001 wurde ein erneutes Versöhnungsabkommen unterzeichnet (*Muafaka II*).

Die Wahlen im Jahr 2005 liefen laut Wahlkommission sowie internationalen Beobachtern des *Commonwealth* und des *Southern African Centres* frei und fair ab. Dies widerspricht jedoch der allgemeinen Meinung der Bevölkerung sowie der *Unrepresented Nations and Peoples Organization* (UNPO) und des *East African Human Rights Institute* (EAHRI). Die beiden Organisationen stimmen zwar zu, dass die Wahlen friedlicher verliefen als in den Jahren zuvor, heben allerdings weiterhin Betrug bei den Auszählungen, Gewaltausschreitungen in Zanzibar Town und Verletzungen des Menschen- und Zivilrechts hervor (UNPO 2005:12). Auch wurde berichtet, dass CCM Anhänger in mehreren Wahlkreisen wählten:

„In Forodhani, at around 2pm, the police and the army carried dozens of evidently scared people and placed them in the queue of the polling station. The UNPO Observer discovered, by directly asking the persons involved, that the people were brought into Forodhani from the outside to vote in the Urban District. When the local inhabitants (some of whom did not have the right to vote in Forodhani, although they live in this neighborhood) protested, the Police charged and fired warning shots in the air.“ (UNPO 2005:12)

Nach den Wahlen boykottierte die CUF die Arbeit im ZHR erneut und hielt ihren Protest bis 2009 durch, als es innerhalb der Regierung zu einer Debatte über die Gründung des *Government of National Unity* (GNU) kam.

Zwar spielen frühere ethnische Kategorisierungen heute nicht mehr dieselbe Rolle wie im kolonialen Sansibar. Laut einer Befragung im Jahr 2000 sehen sich 75% der Bevölkerung als „Afrikaner“, 23% als Araber und nur 1% als Shirazi, was verdeutlicht, dass diese Kategorie faktisch nicht mehr existiert: „The Zanzibaris are by and large one people, who have lost their tribal distinction“ (Maliyamkono 2000:142). Dennoch spiegeln sich ethnische Selbstzuschreibungen im politischen Geschehen und den Wahlergebnissen wider, vor allem wenn es um die Frage der Union mit Tanganyika geht. Allerdings ist nicht mehr die Unterscheidung zwischen Shirazi und Arabern vorrangig, sondern die Abgrenzung zu „mainlandern“, also Menschen vom Festland Tansanias:

„Although most of the non-Arab Zanzibaris appear to be black, and would have been classified as black in other colour-bar situations such as pre-civil rights USA, they are in fact of mixed descent. Largely due to the historical-social factors referred to earlier, the mixed-race Zanzibaris have usually identified themselves as either Arabic or at least non-African. This has been more the case in Pemba than in Unguja [...] In general terms the mixed-race group also tended to support ZNP and ZPPP, and tends to support the CUF now [...] „Mainland“ Africans in Zanzibar, needless to say, have clearly tended to support the ASP and tend to support CCM now.“ (Maliyamkono 2000:45)

Neben Ethnizität spielt auch Religion eine nicht zu unterschätzende Rolle innerhalb der Politik. Die Frage nach der asymmetrischen Machtverteilung in der Union zwischen dem muslimischen Sansibar und dem überwiegend christlichen Tansania ist auch verbunden mit religiösen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Christen. Die Bevölkerung Sansibars, die zu 99% muslimisch ist (CIA 2012:o.S.), fühlt sich in der Union ungleich behandelt. Dem Druck der Unionsregierung nachgebend zog die sansibarische Regierung ihren Beitritt zur *Organization of the Islamic Conference* (OIC) nach nur einem Jahr wieder zurück. Forderungen nach einem Wiedereintritt werden aber weiterhin von der Bevölkerung erhoben. Einen weiteren Höhepunkt politischer Proteste und religiöser Unruhen stehen im Kontext der Forderung nach der politischen Unabhängigkeit Sansibars, die seit Mai 2012 durch die religiösen Nichtregierungsorganisation UAMSHO (*Jumuiya ya Uamsho na mihadhara ya kiislam*, dt. Vereinigung für islamische Mobilisierung und Verbreitung) erhoben wird. In der sansibarischen Bevölkerung konnte UAMSHO immer mehr Anhänger für sich gewinnen und brachte sie unter anderem auch dazu, die Volksabstimmung 2012 zu boykottieren. Als Reaktion auf

die neue Gewaltwelle hat die Unionsregierung erklärt, bis 2014 eine neue Verfassung zu formulieren. Zentrale Debatte wird dabei die Rolle Sansibars innerhalb der Union sein.

4.1.7 Regierung und Verwaltung

Um die anhaltenden politischen Spannungen zu beenden, formulierte die Regierung 2010 ein Referendum zur Bildung einer Regierung nationaler Einheit (GNU), das dem Parlament vorgelegt und von ihm ratifiziert wurde. Im Juli fand eine von der ZEC überwachte Volksabstimmung statt, bei der 66,4% der Bevölkerung der Bildung der GNU zustimmten. Im August 2010 wurde schließlich die Verfassung geändert und die neue Regierung gebildet. (Uki 2010:2ff.) Innerhalb der GNU wird der Präsident von der stimmenstärksten Partei gestellt, der erste Vize-Präsident von der zweitstärksten Partei, die Nennung des zweiten Vize-Präsident ist wiederum an keine Parteizugehörigkeit geknüpft.

Die Exekutivmacht hält der Präsident und die beiden Vizepräsidenten, die 18 Minister und der Generalstaatsanwalt (*Attorney General*). Zusammen bilden sie den sogenannten *Revolutionary Council*. Zur Legislative gehören der Präsident sowie das ZRP mit seinen 81 Mitgliedern, von denen fünfzig direkt und zehn vom Präsidenten in Absprache mit der Opposition gewählt werden. Jede der fünf Regionen Sansibars³⁴ hat einen vom Präsidenten ernannten *Regional Commissioner*, der zugleich auch Mitglied des Parlaments ist. Die restlichen Plätze werden von den Parteien besetzt, wobei 15 Plätze für Frauen reserviert sind. Die Legislative setzt sich zusammen aus dem sansibarischen Höchstgericht und diesem unterstellte Gerichte. Die Richter des Höchstgerichts werden vom Präsidenten ernannt. Neben diesem System existieren auch einflussreiche islamische Gerichte (*Khadi Courts*), die vor allem Angelegenheiten des Familienrechts regeln.

³⁴ Das Inselarchipel stellt derzeit fünf Verwaltungsregionen (*Mkoa*) innerhalb der sechsundzwanzig Regionen Tansanias: Kaskazini Pemba, Kusini Pemba, Kaskazini Unguja, Kusini Unguja, Mjini Magharibi. Jede Verwaltungsregion ist in zwei Distrikte (*Wilaya*) geteilt, die sich wiederum in 236 Bezirke (*Shahia*) gliedern. (RGoZ 2003:2)

4.2 Bevölkerung und Wirtschaft

4.2.1 Demographie

Die letzte Volkszählung des Jahres 2002 ergab eine Gesamtbevölkerung von 981.752 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3,1% jährlich. Das Bevölkerungswachstum ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, so betrug es beispielsweise im Jahre 1978 noch 2,7%. (ILO 2010:18) Wie in den meisten Ländern des subsaharischen Afrikas handelt es sich auch bei der sansibarischen Bevölkerung um eine sehr junge: 44,3% der Gesamtbevölkerung sind unter 15 Jahre alt, während jene über 64 Jahren lediglich 3% ausmachen (RGoZ 2010:22). Im Durchschnitt ist die sansibarische Bevölkerung 22,1 Jahre alt. Das geringe Durchschnittsalter der Bevölkerung stellt die sansibarische Regierung vor große Schwierigkeiten, vor allem im Bereich der Bildung, der Gesundheit und der Beschäftigung am Arbeitsmarkt. In Verbindung mit einem äußerst limitierten Zugang zu staatlichen Sozialleistungen birgt die Situation auch für die Zukunft große soziale und finanzielle Herausforderungen. Mit ihrer durchschnittlich höheren Lebenserwartung macht die Situation vor allem ältere Frauen zu einer besonders armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppe. (ILO 2010:18)

Dem globalen Trend folgend ist auch auf Sansibar ein deutliches Wachstum der städtischen Bevölkerung zu bemerken. Betrug sie 1978 noch 32,6% der Gesamtbevölkerung, waren es 2010 bereits 42,8%. Die schnelle Urbanisation impliziert die Notwendigkeit des Ausbaus sozialer Dienstleistungen, da in den Städten die Arbeitslosenraten am höchsten sind, gleichzeitig aber die Stadtmigration oft mit einem Wegfall der traditionellen Netzwerke verbunden ist. (ILO 2010:23) Auf der anderen Seite sind es mehrheitlich Männer, die auf der Suche nach Einkommensmöglichkeiten in die Städte ziehen und dabei ihre Familien zurücklassen.

4.2.2 Fertilität

Die Fertilitätsrate sinkt auf Sansibar nur sehr langsam. Während das HBS 2004/05 eine Rate von 5,3 Kindern pro Frau verzeichnet, betrug sie Jahr 2010 noch 5,1. (OCGS 2011:4) Bemerkenswert ist die Fertilitätsrate vor allem auch unter älteren Frauen über 30 Jahren, die im Gegensatz zum Festland Tansanias besonders hoch ist, während Frauen unter 19 Jahren im Vergleich noch deutlich weniger Kinder haben. (ILO 2010:21)

Die durchschnittliche Größe der Haushalte hat sich in den vergangenen Jahren nicht verändert und beträgt 5,5 Personen pro Haushalt, wobei urbane Haushalte generell größer sind (6,1).

4.2.3 Lebenserwartung und Mortalität

Die Lebenserwartung auf Sansibar ist seit dem Jahr 1988 von 47 auf 60,8 gestiegen. (RGoZ 2009:31) Der im Vergleich zu anderen subsaharischen Ländern Afrikas starke Anstieg in dieser Periode ist vermutlich auf die niedrige HIV-Prävalenzrate von 0,6% zurückzuführen. In ländlichen Gebieten sowie auf der Insel Pemba beträgt sie allerdings nur 55,9 Jahre. Die Säuglings- und Kindersterblichkeitsraten sind zwar in der Vergangenheit stark gesunken, aber immer noch hoch: 79 bzw. 101 pro 1.000 Lebensgeburten im Jahr 2007. (RGoZ 2009:33) Die Müttersterblichkeit auf Sansibar ist ein besonders großes Problem, da sie in der Vergangenheit kontinuierlich gestiegen ist und derzeit 422 von 100.000 beträgt. (RGoZ 2009:34)

Zu konstatieren sind für diese Daten deutliche Diskrepanzen in den Regierungsdokumenten: die Zahlen in den Erhebungen für das MKUZA II sind deutlich niedriger als jene des *Population and Housing Census*.

4.2.4 Wirtschaft und Beschäftigung

Die wichtigsten wirtschaftlichen Sektoren sind Tourismus, Handel, Industrie und Landwirtschaft. Letztere beinhaltet auch Fischerei und Forstarbeit und beschäftigt über 41% der arbeitsfähigen Bevölkerung, während der Tourismus insgesamt 17,2% beschäftigt. (ILO 2010:34) Das Wirtschaftswachstum ist zwar seit den neunziger Jahren stetig gestiegen und erreichte 2002 sogar einen Wert von 8,6%, doch fällt es in den letzten Jahren wieder merklich ab. Die Inflation (20,6%) steigt ebenfalls an, besonders deutlich sind Preisanstiege bei Lebensmitteln, Energie und Transport. Das staatliche Budgetdefizit betrug im Fiskaljahr 2009/2010 93,02 Milliarden TZS. Ohne ODA und Schuldenstreichung wären es 240,11 Milliarden TZS und damit 27,3% des BSP gewesen, was auf eine starke Abhängigkeit von ausländischen Hilfszahlungen hindeutet. (RGoZ 2010:120f.)

Laut ILO erwirtschafteten im Jahr 2006 78,3% der Bevölkerung über 15 Jahren ein finanzielles Einkommen: 83% der Männer, aber nur 73,8% der Frauen (2010:23), was vermutlich auf die traditionelle Perzeption von Geschlechterrollen zurückzuführen ist. Die Daten zu Arbeitslosigkeit (0,2% im urbanen und 2,6% im ruralen Gebiet) basieren auf der internationalen Definition der ILO³⁵ und sind daher für den sansibarischen Kontext nicht aussagekräftig. Es muss bedacht werden, dass die ILO ihre Daten nur aus dem formellen Sektor bezieht. Auf Sansibar bezogen gilt es aber, auf die Bedeutung von Beschäftigung im informellen Sektor und von Unterbeschäftigung einerseits, sowie auf eine ungleiche Verteilung zwischen den Geschlechtern, den Altersgruppen und den Regionen andererseits hinzuweisen: Lediglich 17,4% der arbeitenden Bevölkerung sind in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis im formellen Sektor. 45% arbeiten unbezahlt im Haushalt, 9% in der Subsistenzlandwirtschaft und 28% sind im nicht-landwirtschaftlichen Sektor selbstständig. (ILO 2010:35) 76% der Männer und 52% der Frauen über 60 Jahre sind noch beschäftigt, allerdings stehen nur 6% bzw. 1% in einem bezahlten Arbeitsverhältnis, während der Rest unbezahlter Arbeit im Haushalt und der Subsistenzlandwirtschaft nachgeht. (ILO 2010:36)

Das Pro-Kopf-Einkommen ist deutlich gestiegen, von 261.000 TSZ (251 USD) im Jahr 2002 auf 639.000 TSZ (534 USD) im Jahr 2008. Doch nur 29,3% der Gesamtbevölkerung beziehen einen regelmäßigen Gehalt, im ländlichen Gebiet nur 18,8%. (RGoZ 2009:52) Dieser Einkommensanstieg in Kombination mit der Tatsache, dass die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung einer unbezahlten Tätigkeit im Haushalt oder der Landwirtschaft nachgeht, sowie mit der Tatsache, dass der Anteil am Gesamtkonsum der unteren 20% der Bevölkerung von 9,3% im Jahr 2004/05 auf 8,8% im Jahr 2009/2010 gesunken ist, zeugt von einer äußerst ungleichen Verteilung des Wohlstandes.

Ein wichtiger Aspekt hierbei ist auch der fehlende Anspruch auf staatliche Sozialleistungen, der mit einer Beschäftigung im informellen Sektor einhergeht: nur 2% dieser Beschäftigten zahlen freiwillige Sozialversicherungsbeiträge. Doch auch die Beschäftigung im formellen Sektor ist offenbar keine Garantie dafür: so werden für 47% der Angestellte im öffentlichen Sektor als auch in der Privatwirtschaft keine Beiträge geleistet. Außerdem bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Gehältern von Frauen und Männern: Während Frauen im öffentlichen Bereich 26% weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, sind es in der Privatwirtschaft 45% und im informellen Sektor 46%. (ILO 2010:42)

³⁵ „The unemployed population is made up of persons above a specified age who are available to, but did not, furnish the supply of labour for the production of goods and services.“ (ILO 2013:o.S.)

4.3 Armut und soziale Ungleichheit

Als semiautonomer Teil der Republik Tansania gibt es für das Inselarchipel Sansibar keine gesonderten entwicklungspolitischen Daten im internationalen Vergleich. Tansania belegte im Jahr 2009 bei der Messung des HDI den 151. Platz von 177 Ländern. Mit einem Wert von 0,53 liegt es nur gering über dem Durchschnitt von 0,514 der subsaharischen Länder Afrikas und wird daher als Low Human Development Country eingestuft. (RGoZ 2009:26f.)

In einer Befragung von 4.296 Haushalten in ganz Sansibar wurden die Familienvorstände gebeten, über eine Periode von 28 Tagen ein Tagebuch über ihre Einnahmen und Ausgaben zu führen. Dabei wurden gekaufte und selbstproduzierte Waren, sowie Geschenke und durch Tauschhandel erstandene Güter berücksichtigt. Anhand dieser Daten wurden schließlich die Armutsgrenzen für Sansibar berechnet, wobei beachtet wurde, dass Kinder weniger konsumieren und die Preise zwischen den Regionen voneinander abweichen. Nicht berücksichtigt wurde die Inanspruchnahme öffentlichen Dienstleistungen. Die Auswertung der Daten ergab eine Festlegung der Armutsgrenzen auf 26.904 TZS (*Food Poverty Line*) bzw. 41.027 TZS (*Basic Needs Poverty Line*) pro Monat und Erwachsenen. (OCGS 2012:133) Während die *Food Poverty Line* ein Einkommen festlegt, das ausreicht um den Mindestkalorienbedarf eines Erwachsenen (es wird von einem Bedarf von 2200 Kalorien ausgegangen) decken zu können, werden für die *Basic Needs Poverty Line* auch andere Konsumgüter in die Berechnungen miteinbezogen. Derzeit leben 44,4% der sansibarischen Bevölkerung unter der *Basic Needs Poverty Line* und 13% unter der *Food Poverty Line*. (OCGS 2012:x)

Die Armutsgrenzen wurden seit den letzten Berechnungen deutlich angehoben: Die Befragung von 12.671 Haushalten im Jahr 2006 ergab eine *Food Poverty Line* von 12.573 TZS und eine *Basic Needs Poverty Line* von 20.185 TZS pro Monat und Erwachsenen. (OCGS 2012:97)

4.3.1 Vision 2020

Mitte der neunziger Jahre begann die sansibarische Regierung auf die sich verändernde politische und wirtschaftliche Situation und die immer weiter steigende Armut zu reagieren. Einerseits führten das Ende des Kalten Krieges zu geopolitischen Veränderungen und die fortschreitende Globalisierung zu neuen Entwicklungen am Weltmarkt, andererseits kam es im

Zuge der Strukturanpassungsprogramme zu verheerenden sozialen Veränderungen. Diese strukturellen Umwälzungen machten ein Umdenken in den langfristigen Entwicklungsplänen notwendig, das in unterschiedlichen Dokumenten präsentiert wurde. Unter den ersten Dokumenten befanden sich *Grassroots Initiatives for Poverty Reduction* (1996), die *Zanzibar Vision 2020* (1999), das *Common Country Assessment* (2001) und das *Poverty Reduction Strategy Paper* (2001). (REPOA 2003:3)

Die 1999 veröffentlichte Vision 2020 identifiziert die langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Ziele Sansibars und ist angelehnt an die von der Union formulierten Vision 2025. Ihr Inhalt wurde im Zuge von Seminaren mit Funktionären aller Ministerien, der *Zanzibar Chamber of Commerce, Industry and Agriculture*, der *Tanzania Federation of Free Trade Unions* sowie unterschiedlichen NGOs und religiöse Würdenträger diskutiert und von den UNDP finanziell sowie technisch unterstützt.

Im Hauptteil werden Bereiche von hoher Priorität und Zielgruppen identifiziert. Nach einer kurzen Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation, werden Ziele und Strategien formuliert und schließlich Maßnahmen zu ihrer Implementierung vorgestellt. Die meisten dieser Maßnahmen sind wirtschaftlicher Natur. Höchste Aufmerksamkeit wurde der Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors geschenkt. Im Einklang mit der *Zanzibar Agricultural Sector Policy* aus dem Jahr 2000, soll eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft nicht nur zur Ernährungssicherung durch das Land selbst, sondern auch zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung führen.

Auch bei der Analyse anderer Bereiche, wie Gesundheit oder Bildung, wird ihre Bedeutung für die Wirtschaft unterstrichen. Es wird deutlich, dass die Reduzierung der Armut in den Augen der sansibarischen Regierung direkt mit einem Wirtschaftswachstum verbunden ist. Obwohl im Dokument deutlich wird, dass der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre (Wachstum des BNP, Senkung der Inflation) nicht zur Reduzierung der Armut in der Bevölkerung beigetragen hat, sondern im Gegenteil, diese sogar noch gestiegen ist, ist die Verbindung zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung prägnant. Wachstumsfördernde Aktivitäten sollen daher in Zukunft armutsorientierter gestaltet werden, das heißt Wirtschaftswachstum soll gezielter für armutsreduzierende Maßnahmen genützt werden. Die

Vision 2020 spricht damit das Konzept „*Pro-Poor Growth*“³⁶ an, das in den folgenden Jahren Bedeutung in der entwicklungspolitischen Debatte gewonnen hat. Auf diese Weise soll es der Bevölkerung ermöglicht werden, durch vermehrte Partizipation am sozialen, politischen, aber vor allem wirtschaftlichen Geschehen teilzunehmen. Wirtschaftswachstum soll zur Schaffung von Arbeitsplätzen und einer Steigerung der Produktion beitragen und folglich auch zu einer Einkommenssteigerung führen. Dies wiederum verbessere den Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem, Wohnsituationen und ermögliche die Einrichtung von Sozialsystemen für die Versorgung von armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen.

Zu den Zielen der Vision 2020 zählen: ein Wirtschaftswachstum von 9-10% bis 2020, Vollbeschäftigung (50% im Tourismus, 20% in der Landwirtschaft), 60% Anteil der Industrieproduktion am BNP, die Erhöhung der Lebenserwartung auf 65 Jahre, eine 100% Einschulungsrate in den Primar- und Sekundarstufen, die Beseitigung des Analphabetismus und eine adäquate Trinkwasserversorgung. Weitere Ziele sind der verbesserte Zugang zur Gesundheitsversorgung und damit die Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, der Ausbau eines nachhaltigen Tourismus, die Sicherung von Frieden und Toleranz, sowie die Förderung von Frauen und benachteiligten Gesellschaftsgruppen unter der Bewahrung von Bräuchen und Traditionen. Sansibar soll so bis 2020 zu einem *Middle Income Country* werden.

4.3.2 Poverty Reduction Strategy Papers

1999 kam es im Kontext der bereits 1996 ins Leben gerufenen *Highly Indebted Poor Countries Initiative* der Internationalen Finanzinstitutionen zum sogenannten Kölner Beschluss der G-7 Länder, welcher einen Schuldenerlass für hochverschuldete arme Länder vorsah. Die somit frei werdenden Mittel sollten für Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Aus diesem Beschluss heraus entwickelten die Weltbank und der Internationale Währungsfond noch im selben Jahr die Idee der *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSP), in welchen die betroffenen Länder selbst ihre Armutsprogramme formulieren sollten: „National governments should take the lead and they should involve broad-based participation by civil society and the private sector in all operational steps.“ (AFRODAD 2003:10)

³⁶ Pro-Poor-Growth ist „ein strategischer Ansatz, bei dem Wirtschaftswachstum gezielt zur Armutsreduzierung genutzt wird. Die Förderung der wirtschaftlichen Potentiale der (extrem) armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen steht dabei im Mittelpunkt“. (BMZ 2006:3)

Die Formulierung der PRSPs war nicht nur die Voraussetzung für die damals bereits dringend notwendig gewordenen Schuldenerlässe, sondern ist seither eine Bedingung für die Vergabe weiterer Kredite und Hilfsleistungen durch die internationale Gebergemeinschaft. Die Formulierung der Papiere durch die Regierungen sowie die Forderung nach einer breiten Beteiligung der Zivilgesellschaft im gesamten PRSP-Politzyklus stellte eine Neuerung gegenüber dem früheren IFI-Ansatz der Strukturanpassungsprogramme dar.

Die tansanische Regierung legte der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond ihr erstes PRSP im März 2000 vor. Dem Land wurde im November 2001 ein Schuldenerlass von 50% zugesprochen. Als Teil der Republik war Sansibar in diesen Prozess selbstverständlich eingebunden, dennoch empfand es die sansibarische Regierung unter Präsident Karume für notwendig, eine eigene Armutsbekämpfungsstrategie zu entwerfen, nicht zuletzt um das Verhältnis mit der Gebergemeinschaft, welches seit den Unruhen und Ausschreitungen nach den Wahlen der Jahre 1995 und 2000 litt, wieder zu stabilisieren. Der *Zanzibar Poverty Reduction Plan* (ZPRP) wurde für einen Zeitraum von 2002 bis 2005 formuliert und orientierte sich stark an dem tansanischen PRSP. Er war vor allem auf die Reduzierung von Einkommensarmut und eine generelle Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Wohls der Bevölkerung ausgerichtet und konzentrierte sich auf die Bereiche Gesundheit, Wasserversorgung, Landwirtschaft, ländliche Infrastruktur, HIV/Aids und *Good Governance*. Der ZPRP wurde als Strategie für die Umsetzung der *Zanzibar Vision 2020* verstanden, die wiederum auf die Erreichung der *Millenniumsziele* der Vereinten Nationen ausgerichtet ist.

Für die Jahre 2007 bis 2010 wurde ein neues PRSP unter dem Namen *Zanzibar Strategy for Growth and the Reduction of Poverty* (ZSGRP) entworfen, bekannter unter dem Kiswahili Akronym MKUZA (*Mkakati wa Kukuza Uchumi na Kupunguza Umaskini Zanzibar*). 2010 schließlich wurde das MKUZA-II für einen Zeitraum von weiteren fünf Jahren veröffentlicht.

4.4 Zivilgesellschaftliche Partizipation

Das neu konzipierte Instrument der *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSP) beinhaltet nicht nur die Formulierung der Papiere durch die Regierungen, sondern auch die Forderung nach einer breiten Beteiligung der Zivilgesellschaft im gesamten PRSP- Politzzyklus. Partizipation und mit ihr auch Demokratieförderung, stellen bereits ein eigenständiges Entwicklungsziel dar, doch schaffte die explizite Forderung danach in vielen Ländern erstmals eine Möglichkeit zur Beeinflussung des politischen Entscheidungsprozesses durch die Gesellschaft selbst. (Nord 1999:19) Nicht nur stellt der Wunsch einer breiten Partizipation eine Neuerung gegenüber den Strukturanpassungsprogrammen dar, sie soll auch die Akzeptanz der Programme und ihre Wirksamkeit erhöhen und letztendlich zu gesteigertem *Country Ownership* führen, welches laut Eberlei im Bezug auf den PRSP-Prozess wie folgt zu definieren sei:

„Eine (deutliche) Mehrheit der Bevölkerung sowie ihrer Repräsentanten (demokratisch legitimierte Repräsentanten sowie Interessengruppenvertreter) waren an der Entwicklung der Strategie beteiligt, identifizieren sich mit Zielen und Strategieelementen und beteiligen sich an der Umsetzung und Weiterentwicklung der PRSP.“ (Eberlei 2002: 21)

Die neue Auflage der IFI wurde von den Regierungen der Länder unterschiedlich aufgenommen, manche sahen sich das erste Mal überhaupt dazu gezwungen, die Zivilgesellschaft in ihre Entscheidungen mit einzubeziehen, andere konnten auf bereits bestehende Formen der Partizipation aufbauen.

Im Gegensatz zu weiteren Kriterien der Strategiepapiere durch die IFIs, gibt es im PRSP-Leitfaden der Weltbank weder eine eindeutige Definition, noch Mindeststandards für zivilgesellschaftliche Beteiligung. (WB 2001:237) Die Bewertung erfolgt ausschließlich über den Vergleich mit früheren Formen der gesellschaftlichen Beteiligung. Worauf demnach genau geachtet wird und was eine Gesellschaft partizipativ werden lässt, steht also zur Debatte.

Wie viele Begriffe, die in der Entwicklungszusammenarbeit Gebrauch finden, gibt es auch im Bezug auf Partizipation und Zivilgesellschaft unterschiedliche Erklärungsansätze. Ein kurzer Versuch einer Definition soll im Folgenden unternommen werden:

Nohlen und Nuscheler haben bereits 1974 erkannt, dass alle Entwicklungsmaßnahmen ohne zivilgesellschaftliche Partizipation fruchtlos bleiben. (Nohlen; Nuscheler 1974) Diese Erkenntnis ist heute in der EZA unumstritten. Im Zusammenhang mit den PRSPs muss festge-

halten werden, dass die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Formulierung nur den ersten wichtigen Schritt eines langen Umsetzungsprozesses darstellt. Um diesen überhaupt erst zu ermöglichen, ist die Institutionalisierung der zivilgesellschaftlichen Partizipation unumgänglich und eine Voraussetzung für Demokratie. Partizipation ist demnach also selbst schon ein Schritt Richtung Armutsreduktion.

Laut BMZ wird „[p]artizipative Entwicklung [...] als ein Prozess definiert, der Menschen aktiv und maßgeblich an allen Entscheidungen beteiligt, die ihr Leben beeinflussen.“ (BMZ 1999: 2)

Für die Bewertung der PRSPs ist jedoch letztlich das Partizipationsverständnis der IFIs entscheidend. In ihrem Leitfaden definiert die Weltbank Partizipation wie folgt:

„The process by which stakeholders influence and share control over priority setting, policy making, resource allocations, and/or program implementation. There is no blueprint for participation because it plays a role in many different contexts and different purposes.“ (WB 2001:237)

Unter „*Stakeholdern*“ werden die allgemeine Öffentlichkeit, die Armen und Marginalisierten, die organisierte Zivilgesellschaft (also nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Verbände, Universitäten, Medien), der Privatsektor, Regierung, Parlament, Lokalregierungen und Ministerien, sowie bi- und multilaterale Geber verstanden (WB 2001:238). An anderen Stellen kann man auch lesen, dass von „*stakeholdern*“ und „*the poor*“ separat gesprochen wird. Abgesehen davon, dass die Verwendung des homogenisierenden Begriffs „die Armen“ problematisch ist, stehen „Arme“ demnach außerhalb des Partizipationsprozesses. Ihre Interessen werden durch Organisationen vertreten, eine „eigeninitiierte Partizipation in politischen Prozessen“ (Eberlei 2002:15) ist aufgrund mangelnder Ressourcen, Information, Zeit usw. eher selten möglich. Fraglich ist auch, inwiefern die internationale Gebergemeinschaft eine Interessensgruppe in einem Entwicklungsland darstellt und ob man angesichts dieser Tatsache von tatsächlicher *Ownership* sprechen kann.

Wer ist nun aber die „Zivilgesellschaft“? Antonio Gramsci versteht sie als „ein Feld politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung [...], auf dem um den gesellschaftlichen Grundkonsens bzw. die kulturelle Hegemonie gestritten wird, die jeweilige Entwicklungsziele determiniert.“ (Kößler; Melber 1993:81) Auf ähnliche Weise verwendet Peter Meyns den

Begriff „*contested terrain*“ und meint damit einen Raum, „in dem sowohl die herrschende Gruppe wie auch andere politische und soziale Kräfte um Einfluss ringen.“ (Meyns 1995:81) Die Vorstellung der IFIs ist allerdings von einem institutionellen Verständnis von Zivilgesellschaft geprägt und bezieht sich dabei eher auf Netzwerke und Organisationen als Opposition zur Regierung. Um die Intensität des partizipativen Engagements zu messen, entwarf McGee die sogenannte Partizipationsleiter, welche fünf Stufen der Beteiligung unterscheidet (McGee 2002:5):

- Teilen von Information
- Konsultation
- Mitwirkung
- Mitentscheidung
- Eigenverantwortung/Selbstbestimmung (*Empowerment*)

Bis zu welcher Stufe dieser Partizipationsleiter die Zivilgesellschaft eingebunden wurde, variiert von Land zu Land und steht in einem engen Zusammenhang mit der „Gewährung von partizipativen Rechten“ (Nord 1999:26), sowie mit der Ausgangssituation im jeweiligen Land. Weitere Faktoren, welche den Grad der Beteiligung bzw. des Ausschlusses beeinflussen, sind der sozioökonomische Status einer Person, ihre politische Sozialisation, ihr Zugang zu Information, ihre „*group consciousness*“ – das heißt das Wissen um die eigene Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe – und nicht zuletzt auch ihr Geschlecht, da Frauen in der Regel immer noch weniger Rechte und Chancen auf Teilhabe eingeräumt werden. (Nord 1999:26)

4.4.1 Historischer Überblick über zivilgesellschaftliche Partizipation auf Sansibar

In der Geschichte Sansibars spielte die Zivilgesellschaft zwar immer eine wichtige Rolle, ihr Einfluss auf Politik und Entwicklung blieb als Resultat mangelnder Selbstorganisation oder und aufgrund staatlicher Restriktionen eher beschränkt. Dennoch spielten unterschiedliche Gruppierungen vor allem im Kampf um die Unabhängigkeit Sansibars eine entscheidende Rolle. So formte sich die bis heute dominante Partei *Afro-Shirazi Party*, seit 1977 allerdings unter dem Namen *Chama Cha Mapinduzi* (CCM), ursprünglich aus der *African Civic and Social Association*. (Novak et al. 2012:9) Nach der Revolution im Jahre 1964 und der Gründung des Einparteienstaates wurden aber zivilgesellschaftliche Organisationen auf Sansibar

verboten oder unter die direkte Kontrolle der Regierungspartei gestellt und von dieser für ihre Zwecke instrumentalisiert. Dazu zählten vor allem Gewerkschaften, Jugendorganisationen, kulturelle Organisationen sowie Frauengruppen. Während der Krisenjahre der achtziger Jahre und der mit ihr einhergehenden Wirtschaftsliberalisierung, reduzierte der Staat die Restriktionen vor allem gegenüber dem Privatsektor, innerhalb dessen sich die Wirtschaftskammer (*Zanzibar Chamber of Commerce*) formte. Der Anstieg ausländischer Hilfsleistungen im Kontext internationaler Entwicklungsbemühungen trug ebenfalls dazu bei, dass die Anzahl der nichtstaatlichen Organisationen auf Sansibar in den vergangenen dreißig Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Mit der Einführung eines Mehrparteiensystems in den frühen neunziger Jahren begann die Regierung damit, die Organisationen der zivilgesellschaftlichen Akteure und des Privatsektors zu reformieren. Erste Schritte dafür waren das Inkrafttreten des *Societies Act* (1995) und des *Cooperative Act* (1998). Infolge politischer Unruhen und Instabilität nach den ersten Wahlen im Jahre 1995, führte die Mehrheitspartei CCM die verstärkte Kontrolle der Zivilgesellschaft und der Medienlandschaft wieder ein, in dem sie beispielsweise Organisationen, die vermeintlich mit der Oppositionspartei in Verbindung stand, die Registrierung verweigerte, soziale Dienstleistungen in Bezirken, in denen die Bevölkerungsmehrheit für die Opposition gestimmt hatte, beschränkte, oder mit der Regierung sympathisierenden Organisationen privilegierten Zugang zu staatlichen Ressourcen und Förderungen zusprach. (Novak et al. 2012:10) All dies führte zu einem generellen Misstrauen zwischen Staat und Zivilgesellschaft, das bis zur Gründung der GNU im Jahre 2010 und noch darüber hinaus anhält.

4.4.2 Überblick über zivilgesellschaftliche Akteure Sansibars

Zu zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Sansibar zählen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), gemeinschaftliche Organisationen (CBOs), religiöse Organisationen (FBOs), Medressen³⁷, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Handelskammern und -gesellschaften. Daneben existieren informelle Organisationen wie beispielsweise Sparinitiativen innerhalb einer Gemeinde, „UPATU“ genannt, oder Organisationen, die *Zakat* sammeln und verteilen.

Angaben über die genaue Anzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen auf Sansibar gehen weit auseinander, sie reichen von 129 bis 1024. Während das Büro des *Registrar General* von

³⁷ Koranschulen

1024 Registrierungen seit 1996 spricht, waren laut *NGO Policy 2009* lediglich 510 registriert. Die *Foundation for Civil Society* sprach 2009 von 676 Organisationen, während das *NGO Resource Centre* 256 Organisationen identifizieren kann, aber lediglich über 102 dieser Organisationen nähere Informationen hat. In einer Studie der NGO ZAYEDESa aus dem Jahr 2010 werden 167 Organisationen angeführt, die Gründerin der Organisation und ehemalige First Lady Sansibars, Shadya Karume, sprach bei einem Vortrag in Wien 2012 jedoch von über 700 Organisationen. In einer an der *Graduate School of Development Studies* in Den Haag verfassten Masterarbeit wird von 129 Organisationen berichtet. (vgl. Novak et al. 2012:25, RGoZ 2009:1, Ali 2010:42)

Angaben zur Anzahl registrierter Organisationen auf Sansibar erweisen sich aus unterschiedlichen Gründen als problematisch. Erstens herrscht Uneinigkeit darüber, was eine zivilgesellschaftliche Organisation eigentlich ist. Zweitens werden Organisationen je nach ihrer thematischen Ausrichtungen bei unterschiedlichen Instanzen und unter unterschiedlichen Gesetzen registriert. Drittens ist nicht ersichtlich, welche der Organisationen tatsächlich aktiv sind, da laut Büro des *Registrar General* lediglich 5% der registrierten Organisationen den gesetzlich vorgeschriebenen Bericht über Aktivitäten und Finanzen einreichen. (Novak et al. 2012:33)

Eine im Rahmen des *Zanzibar Non-state Actors Support Project* (ZANSASP, 2012-2016) der Europäischen Union durchgeführte Studie geht von 100 bis 200 aktiven NGOs aus, die in Entwicklungsaktivitäten involviert sind. Dazu zählen vor allem von internationalen Gebern geförderte nationale, sowie bekannte internationale Organisationen (INGOs). Diese nationalen NGOs gruppieren sich überwiegend unter der größten Schirmorganisation *Association of NGOs in Zanzibar* (ANGOZA) mit ihren 126 Mitgliedern, der *Zanzibar Association of Civil Society Organisations* oder der *Pemba Association of Civil Society Organisations*. (Vgl. Novak et al. 2011:25, ZANGOC 2013) Eine Vielzahl weiterer Netzwerke und Zusammenschlüsse findet sich sowohl auf der Insel Unguja, als auch auf Pemba. Zu den INGOs gehören unter anderem *Action Aid*, ACRA, die *Aga Khan Foundation*, *Care International*, *Save the Children* und *SOS Kinderdorf*.

Die Mehrheit der nationalen Organisationen sind CBOs, FBOs und Gemeindeinitiativen und operieren in ländlichen Gebieten, laut ZAYEDESa 81% (Novak et al. 2012:27), während größere, nationale NGOs, INGOs, Gewerkschaften und Kammern in der Stadt angesiedelt sind.

Nichtstaatliche Akteure haben ihre Arbeitsfelder und Zielgruppen stark den nationalen Entwicklungsplänen angepasst und konzentrieren sich auf Bereiche wie wirtschaftliche Entwicklung, Jugend- und Frauenförderung, Gesundheit, Bildung oder Umwelt. Laut der *Foundation for Civil Society* arbeiten 70% der Organisationen im Bereich Jugend und ländliche Entwicklung. (Novak et al. 2011:28) Die starke Harmonisierung mit dem nationalen PRSP hängt zusammen mit der finanziellen Abhängigkeit nationaler Organisation, gefolgt von privaten Spenden und erst an dritter Stelle staatlicher Unterstützung. Die ILO spricht von einem 78% Anteil ausländischer Finanzmittel. (Novak et al. 2012:35) INGOs sind gekoppelt an Tansania-übergreifende Projekte, in deren Budget Sansibar einerseits unterrepräsentiert ist, andererseits keine spezifischen Programme für die Insel vorsieht, wie viele sansibarische Organisationen und Instanzen beklagen: „They feel that donors implement a ‚one size fits all‘ approach, which does not suit Zanzibar’s specific characteristics.“ (Novak et al. 2012:36) So wird zum Beispiel der Bereich HIV/Aids von 26% der Organisationen abgedeckt, obwohl die Prävalenzrate auf Sansibar nur 0,6% beträgt, während sie am Festland durchschnittlich 5,7% beträgt, in einigen Regionen wie zum Beispiel in Iringa aber deutlich höher (16%) ist. (URT 2010a:1)

4.4.3 Medienlandschaft

In dem 2002 veröffentlichten Bericht der Weltbank *The Right to Tell: The Role of Mass Media in Economic Development* wird argumentiert, dass der Zugang zu Informationen und Pressefreiheit nicht nur ein Menschenrecht, sondern auch wesentlich ist für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes und somit auch für die Beseitigung von Armut. Der Bericht spricht sich deutlich die staatliche Kontrolle von Medien aus und veranschaulicht dies so:

„In countries with higher state ownership of the media we observe inferior school attainment, enrolment [sic!], and pupil to teacher ratios. Health outcomes, such as life expectancy, infant mortality, and malnutrition, are also worse in countries where the government owns more media outlets. Media ownership structures that are associated with better economic and political variables are also beneficial for social outcomes. The results for social outcomes are generally stronger than for economic and political variables, and hold for television as well as for the press.“ (WB 2002:163f.)

In MKUZA II unterstreicht die sansibarische Regierung die Rolle der Medien:

„The Zanzibar Revolutionary Government recognizes the positive role that the media and civil society can and should play in disseminating relevant and usable informa-

tion to the people [...] More freedom and facilitating environment for operations by media houses have been provided. As a result, there has been a proliferation of both public and private media corporations.” (RGoZ 2010:68)

Die im folgenden beschriebene Kritik der Bevölkerung am mangelnden Zugang zu Informationen oder an der Verfälschung von Informationen führt die Regierung auf den begrenzten Vertrieb von Printmedien und hohe Analphabetismusraten sowie mangelnde finanzielle Ressourcen vor allem in ländlichen Gebieten zurück.

Pressewesen

Die Geschichte der Medien auf Sansibar ist ein noch wenig bearbeitetes Forschungsfeld, vor allem die Periode vor der Einrichtung des britischen Protektorats. Dennoch scheint die Verbreitung von Printmedien auf Sansibar eine lange Geschichte zu haben. Mit dem von Sultan Bargash in Großbritannien erworbenen Drucker wurde Ende des 19. Jahrhunderts die erste Zeitschrift *Msimulizi* (Erzähler) gedruckt, die auf zunächst zwölf Seiten regionale Nachrichten verbreitete.

Nach dem Helgolandabkommen 1892, das Sansibar unter britische Herrschaft stellte, kam es zur Veröffentlichung der *Gazette of Zanzibar and the East African Protectorate*, die als Kommunikationsmittel zwischen den Beamten der ostafrikanischen Territorien diente. Daneben gab es zahlreiche Zeitungen der arabischen und indischen Gemeinschaft, die aber nicht über Politik, sondern über Handelsbelange berichteten und somit keiner Regulierung unterworfen wurden. (Sturmer 1998:275) Erst mit dem Zweiten Weltkrieg und der einsetzenden Unabhängigkeitsbestrebungen begann die britische Regierung damit, das Pressewesen zu kontrollieren. Das *Information Office* wurde eingerichtet und der *Newspaper Decree* verabschiedet, der ab 1938 die Registrierung aller Printmedien vorsah. Auf die lauter werdenden Forderungen nach Unabhängigkeit reagierte die Regierung mit der Konfiszierung der Drucker. Von starken Kontrollen betroffen war vor allem die erste afrikanische Zeitung *Afrika Kwetu* (Unser Afrika), die von der *African Association* veröffentlicht wurde und sich gegen britische Kolonialherrschaft und arabische Oligarchie einsetzte. (Sturmer 1998:279f.)

Nach der Revolution 1964 wurden im Einparteiensstaat alle Oppositionsparteien und ihre Zeitungen verboten. Das *Information Office* wurde in *Zanzibar Information and Broadcasting Services* (ZIBS) unbenannt und stellte alle Medien unter direkte staatliche Kontrolle. 1974

wurde das *Ministry of Information, Broadcasting and Television* und 1983 das *National Censor Board* eingerichtet, das von da an nicht nur Presse, sondern auch Radio und Fernsehen regulierte. Im *Zanzibar Newspaper Act* von 1988 heißt es:

„If the President is of the opinion that the importation of any publication would be contrary to the public interest he may in his absolute discretion prohibit the importation of such publication; and in the case of a periodical publication may prohibit the importation of any part of future issue thereof. Again if the President is of the opinion that the importation of the publication of any specified person would be contrary to the public interest, he may, in his absolute discretion, prohibit absolutely or subject to specified exceptions or conditions, the importation of the future publications of such person.” (nach Sturmer 1998:302).

Mit der Ermordung von Präsident Karume 1972 verlor das Pressewesen an Bedeutung. Bis 1974 verschwanden alle nationalen Zeitungen und wurden von am Festland veröffentlichten Zeitungen ersetzt. Erst 1992 veröffentlichte die Regierung ihre neue Zeitung *Nuru* (das Licht), deren Journalisten allerdings einer strenger Zensur unterworfen waren:

„We are totally under government obligation. *Nuru* follows orders of the government, which issues guidelines to us, and the ethics of journalism. To prevent criticism of the government as well as to attract oppositional readers, *Nuru* tries to avoid politics.” (Interview mit Herausgeber Ali Rashid Salim, am 13.08.1996, nach Sturmer 1998:292)

Auch zwanzig Jahre später ist es um die Pressefreiheit auf Sansibar nicht besser gestellt. Viele restriktive Gesetze sind immer noch in Kraft, auch wenn Minister Shamhuna behauptet: „Private media is fulfilling its role and the press freedom situation is very calm.“ (RAP21 2005:o.S.) Bei der Befragung von JournalistInnen wird jedoch deutlich, dass dies keineswegs der Fall ist. Um sich selbst und der Zeitung nicht zu schaden, erlegen sie sich eine Selbstzensur auf. Der unabhängigen Tageszeitung *Dira* (Kompass) wurde mit der Begründung, die nationale Sicherheit zu gefährden, im Jahr 2003 die Lizenz entzogen, nachdem sie die Familie des Präsidenten Nepotismus beschuldigt hatte. Trotz heftiger Kritik von *Amnesty International* und *Reporters Without Borders*, nahm die Regierung ihre Entscheidung nicht zurück, im Gegenteil, sie entzog dem Herausgeber der Zeitung, Ali M. Nabwa im Jahr 2006 die Staatsbürgerschaft und verwies ihn des Landes, nachdem er versucht hatte, eine Onlinezeitung einzurichten. Auch dem Journalisten Richard Mgamba wurde mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft gedroht, nachdem er in einem Dokumentarfilm die Regierung kritisiert hatte. 2009 wurde Mwinyi Sadala, der über den Choleraausbruch in der Gemeinde Karakana berichtete, angeklagt und sein Fotomaterial konfisziert.

Auch während politischen Wahlen ist die Arbeit der JournalistInnen starken Restriktionen unterworfen, so hat die ZEC sowohl für die Präsidentschaftswahlen 2005 als auch 2010 sogenannte *Codes of Conduct* für die Berichterstattung zu Wahlkampagnen und -vorbereitungen sowie zum Wahlverlauf selbst formuliert.³⁸ Nach einem kritischen Artikel über die WählerInnenregistrierung wurden Reporter der *Daily News* beschuldigt, die nationale Sicherheit zu gefährden und festgenommen.

Derzeit existiert lediglich eine einzige sansibarische Tageszeitung, die sich in Staatsbesitz befindende *Zanzibar Leo* (Sansibar heute). Die einzige unabhängige Zeitung, *Zanzibar Wiki Hii* (Sansibar in dieser Woche), erscheint einmal wöchentlich und behandelt keine politischen oder brisanten Themen. (Freedom House 2010:o.S.)

Radio

Im Jahre 1951 wurde die erste Sendung von *Sauti ya Unguja* (die Stimme Ungujas) ausgestrahlt. Zunächst sendete die Radiostation nur eine Stunde täglich, ihr Programm umfasste Koranrezitationen und lokale Musik, sowie Informationen zu Bildung und Landwirtschaft. Nach der Bildung der tansanischen Union wurde der Sender in *Sauti ya Tanzania Zanzibar* (STZ) umbenannt und mit Unterstützung der UNESCO und FAO ausgebaut. Neben nationalen und internationalen Nachrichten wurden auch Bildungsprogramme und Englischkurse in das Programm aufgenommen. Neben STZ operieren heute 22 private Radiosender.

Vor allen in den zwanzig Jahren, in denen es keine nationale Tageszeitung auf Sansibar gab, gewann das Radio an Bedeutung. 42% der Bevölkerung geben an, regelmäßig Radio zu hören. Es herrschen allerdings Diskrepanzen zwischen Stadt und Land. Die meisten HörerInnen sind StadtbewohnerInnen. In ländlichen Gebieten hat die Bevölkerung entweder nicht genügend finanzielle Ressourcen, um sich ein Radio oder Batterien leisten zu können, haben aufgrund ihrer Tätigkeiten als FischerInnen oder LandwirtInnen keine Zeit oder empfinden das Programm für sie als uninteressant. (Mwaffisi 2011:11) Die meisten Nachrichten kommen aus den Städten Zanzibar Town oder Chake Chake und Wete auf Pemba. 15% geben an, nur internationale Nachrichten zu hören, da nationale Nachrichten nicht der Wahrheit entsprechen. (Mwaffisi 2011:12)

³⁸ Zu den *Codes of Conduct* siehe <http://www.eisa.org.za/WEP/zan4.htm> [27.1.2013]

Fernsehen

Sansibar war 1973 das erste Land Subsahara Afrikas, das durch den staatlichen Sender *Television Zanzibar* (TVZ) das Farbfernsehen einführte. Erst seit dem Jahr 2000 sind daneben auch private und ausländische Sender erlaubt. 1997 wurde mit dem *Zanzibar Broadcasting Policy Act* die *Zanzibar Broadcasting Commission* gegründet, deren acht Mitglieder vom Ministerium gewählt werden. Die Kommission stellt Lizenzen für Radio und Fernsehsender aus und überwacht ihre Aktivitäten. Voraussetzung für die Vergabe von Lizenzen ist ein staatlicher Anteil von mindestens 20%. (Mwaffisi 2011:9)

Seit 2011 sind STZ und TVZ in der *Zanzibar Broadcasting Corporation* vereinigt. In einer Studie meinte der Direktor der *Tanzanian School of Journalism*, Samwilu Mwaffisi: „Zanzibar Broadcasting Corporation (ZBC) is not a public broadcaster per se, even with the coming competition, it remains the mouthpiece of the government.“ (Issa 2012g:o.S.) Vor allem nationale Nachrichten sind oft verfälscht. Ein Beispiel dafür war die Nachricht, die Regierung hätte in einem nördlichen Bezirk gratis Baumaterial und Düngemittel verteilt. In Wirklichkeit beschwerten sich die Bewohner, dass sie für das Baumaterial bezahlt hätten und Düngemittel gar nicht verfügbar gewesen wären.

Filme, Sport, Musik und religiöse Sendungen sind hingegen sehr beliebt. Daneben existieren auch pädagogische Sendungen, sowie Aufklärungsprogramme zu politischen, landwirtschaftlichen und gesundheitlichen Themen, die insgesamt allerdings nur von 0,94% der Bevölkerung gesehen werden. (Mwaffisi 2011:16) Internationale Sender, deren Programm auf Englisch läuft, können nur von 30% der Bevölkerung verstanden werden, vor allem Frauen und Kinder sind davon ausgeschlossen. Die UNESCO konstatierte im Jahr 2007 auch eine deutliche Ungleichheit zwischen rurelem und urbanem Raum.

Die Ressourcen der Fernsehsender sind sehr limitiert. Es herrscht notorischer Mangel an adäquater technischer Ausstattung und es bestehen aufgrund der schlechten Straßenverbindungen auf den Inseln Mobilitätsprobleme für Fernsehteams. Daneben gibt es sehr wenige Kinder- oder entwicklungsrelevante Programme.

4.4.4 Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Organisationen zu politischer Stabilität

Am 31. Juli 2010 stimmten 66% der sansibarischen Bevölkerung für die Bildung einer Regierung nationaler Einheit. Dies trug dazu bei, dass die Präsidentschaftswahlen am 31. Oktober 2010 im Gegensatz zu früheren Wahlen weitgehend friedlich verliefen. Entscheidend dafür war auch die Einrichtung des *Permanent Voters Register*, eine Reform innerhalb der zuvor oftmals kritisierten *Zanzibar Electoral Commission* (ZEC) und der verstärkte Einsatz unabhängiger nationaler und internationaler Wahlbeobachter. Der gesamte Wahlverlauf wurde unterstützt durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen der ANGOZA sowie der ZNCCIA.

Die ZEC involvierte vor dem Referendum und vor Wahlen 10 NGOs in der Durchführung von Aufklärungskampagnen für die Bevölkerung, vor allem von Jugendlichen und Frauen. Unter anderem waren dies die *JUWAUZA Women Civil Society Organisation of Zanzibar* und die *Pemba Youth Development Organisation*. Auch das *Zanzibar Legal Service Centre* in Kollaboration mit der *Tanzania Legal and Human Rights Centre* und der *Zanzibar Law Society* (ZLS) engagierten sich über die Medien und die Produktion von Informationsbroschüren in der Aufklärung von WählerInnen. Außerdem wurden Informationsveranstaltungen abgehalten, in denen es auch um Fragen der Verfassung ging. All diese Aktivitäten wurden von der internationalen Gebergemeinschaft unterstützt, unter anderem durch die UNDP, die EU und die Hauptgeberländer Norwegen, Schweden, Dänemark und Großbritannien.

Die UNIFEM half den Organisationen *Zanzibar Gender Coalition* und *Tanzania Media Women Association* (TAMWA) bei der Mobilisierung von Wählerinnen, aber auch von potenziellen Kandidatinnen, in dem sie nicht nur Seminare anboten und Plakate drucken ließen, sondern auch Kangas mit politischen Slogans verteilten³⁹. (Novak et al. 2012:11)

Während kleinere Organisationen aufgrund eines mangelnden Finanz- und Humankapitals immer noch Schwierigkeiten haben, sich in nationale Prozesse zu involvieren, spielen die größeren Netzwerke und Schirmorganisation eine immer bedeutendere Rolle im politischen Geschehen, vor allem seit es seit der Bildung der GNU keine offizielle Oppositionspartei mehr gibt, die die Massen mobilisieren könnte. Dennoch stoßen auch sie immer auf Hindernisse.

³⁹ Kangas sind bunt gemusterte Tücher, die von Frauen an der Swahiliküste traditionell als Wickelröcke oder Kopftücher getragen werden.

4.4.5 Die Zivilgesellschaft im MKUZA II-Prozess

Die äußerst begrenzte Zeit für die Formulierung der ersten Generation sansibarischer PRSPs führte dazu, dass die Zivilgesellschaft kaum in den Prozess involviert war. Auch während der Revision des PRSP sowie bei der Formulierung des zweiten PRSP, auch MKUZA I genannt, waren die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Partizipation eher beschränkt, was einerseits an einem fehlenden Interesse seitens der Regierung, andererseits an mangelnden Kapazitäten der Zivilgesellschaft selber lag.

2009 allerdings formulierte die Regierung die *NGO Policy*, die zu einer verbesserten Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen ihr und der Zivilgesellschaft beitragen sollte. Dennoch ist die Partizipation auf zwei große Schirmorganisationen beschränkt, und zwar einerseits die ANGOZA, die die NGOs vertritt und die *Zanzibar National Chamber of Commerce, Industry and Agriculture* (ZNCCIA), die den Privatsektor repräsentiert. Diese beiden Netzwerke waren bei der Formulierung des dritten PRSP, dem MKUZA II, auf allen Ebenen involviert, sei es bei der Revision des MKUZA I, des Entwurfs des MKUZA II oder des Monitoring. Der Kontakt zwischen ihnen und der Regierung wurde dabei über das *Ministry of Justice and Constitutional Affairs* (MoJCA) hergestellt.

Bereits bei den früheren PRSPs war ANGOZA in Monitoring Aktivitäten involviert. So führte sie im Jahr 2004 eine Studie unter dem Namen *Participatory Service Delivery Assessment* (PSDA) in den Bezirken Urban West in Unguja und Chake Chake in Pemba durch, bei der es um den Zugang und die Qualität von Wasser ging. Während der Laufzeit des MKUZA I führte die ANGOZA das *Public Expenditure Tracking System Project* (PETS) durch, das sich auf die budgetäre Verwendung in den vier Sektoren Bildung, Gesundheit, Wasser und Landwirtschaft konzentrierte. Im Zuge ihrer Untersuchungen stieß ANGOZA auf Diskrepanzen zwischen den offiziellen Budgetinformationen und den tatsächlich getätigten Investitionen. Da viele der betroffenen BewohnerInnen aber eingeschüchtert waren und befürchteten, dass ihre Aussagen zu Strafen durch die Regierung führen könnte, stagnierte die Arbeit von ANGOZA und war letztendlich nicht aussagekräftig genug.

Generell ist das Wissen über die PRSPs innerhalb der Bevölkerung äußerst mangelhaft. Ein Großteil kann mit dem Begriff nichts anfangen, während andere zwar schon davon gehört haben, mit den politischen, wirtschaftlichen und administrativen Belangen des Prozesses aber nicht vertraut sind. Ein großes Problem in diesem Bereich stellt immer noch die Sprache dar,

da offizielle Regierungsdokumente auf Englisch verfasst sind. Daher bemühten sich die NGOs *White Star Society* und die *Jongwe Development Association* darum, wichtige Regierungsstrategien beispielsweise ins Kiswahili zu übersetzen. Derzeit betrifft dies nur Bildungs- und Genderstrategien, eine Übersetzung des MKUZA-II, wie es am Festland Tansanias durch die NGO HakiKazi für frühere PRSP bereits gemacht wurde, bleibt auf Sansibar noch ausstehend. (Novak et al. 2012:14)

5. Analyse von Hauptarmutsgruppen

Wie im ersten Teil der Arbeit bereits dargestellt wurde, können unterschiedliche Armutskonzepte zu unterschiedlichen quantitative Ergebnisse gelangen. Die Wahl der Methode zur Messung von Armut hat zudem direkte Auswirkungen auf die Identifizierung von Hauptrisikogruppen der Armut. Die Frage, wer die Armen sind, ist einerseits wichtig, um Defizite im Sozialsystem zu erkennen und darauf aufbauend zielgruppenspezifische entwicklungspolitische und sozialpolitische Strategien zu formulieren, andererseits bietet eine Analyse auch „Hinweise auf die Ursachen von Armut und darauf, wo und wie tief die Spaltungen in der Gesellschaft verlaufen, und wie sich Armut in das Gesamtgefüge sozialer Ungleichheiten einfügt.“ (Groh-Samberg 2008:215)

Wird die Gesellschaft mit dem Begriff „Armut“ konfrontiert, hat sie meist ein von Klischees und Vorurteilen bestimmtes und von den Medien geprägtes Bild der „Armen“ vor Augen. In der Armutsforschung hingegen werden vor allem soziodemographische Merkmale wie Alter und Geschlecht, aber auch andere Variablen wie zum Beispiel Region, Bildung, Beruf, Klassenzugehörigkeit oder Haushaltstyp berücksichtigt. (Vgl. Macarov 2003; Groh-Samberg 2008:218) Global gesehen sind folgende Bevölkerungsgruppen überproportional armutsgefährdet: Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren), Frauen, die Alten, die Kranken, die Arbeitslosen und die von Erwerbsarmut betroffenen (die sogenannten *Working Poor*). (Macarov 2003:30)

Auf das Länderbeispiel Sansibars bezogen, können neben den bereits erwähnten folgende Gruppen identifiziert werden, denen innerhalb des Armutsdiskurses besonderes Interesse zukommt: Drogenabhängige (*drug and substance abusers*), Opfern von häuslicher und sexueller Gewalt (*rape victims and victims of gender based violence*), Opfer von Menschenrechtsverletzungen (*survivors of human rights violation*) sowie HIV-Positive bzw. Aids-Kranke. (RGoZ 2010:58,78) Weiters zählen zu der Gruppe der Armutsgefährdeten Landwirte, Witwen, Waisen, Prostituierte und AnalphabetInnen.

Im Folgenden möchte ich auf ausgewählte Hauptrisikogruppen - unter Berücksichtigung der Unterschiede in Darstellung ihrer Probleme und Strategien zur Überwindung dieser - in Regierungs- und Nichtregierungsdokumenten näher eingehen. Dazu sei angemerkt, dass in relevanten Regierungsdokumenten wie beispielsweise dem MKUZA II, eine tiefer reichende

Analyse zu den Hauptrisikogruppen wie auch eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Definition von Armut weitgehend ausbleiben.

Zu den von Armut am meisten gefährdeten Individuen zählen sansibarische Kinder und Frauen, da sie den Großteil der oben angeführten Risikogruppen ausmachen. Oft treffen in ihrem Fall mehrere bedrohende Kriterien gleichzeitig zu.

5.1. Kinderarmut

Laut dem *Child Poverty Research and Policy Centre* (CHIP) und dem *MDG Report* der Vereinten Nationen lebten 2010 eine Milliarde Kinder weltweit in absoluter Armut, in vielen Ländern sind über 60% der Kinder von Armut betroffen. Jedes Jahr sterben ca. 10 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Krankheiten, denen vorgebeugt werden könnte. Im Jahr 2005 besuchten 72 Millionen schulpflichtige Kinder die Grundschule nicht, 57% davon waren Mädchen (UN 2007:11). Zwei der acht Millenniumsentwicklungsziele stehen allerdings im direkten Zusammenhang mit Kinderarmut: MDG 2 sieht eine universelle Primarbildung bis 2015 vor, MDG 4 betrifft die Senkung der Sterblichkeitsrate von Kinder unter fünf Jahren um zwei Drittel.

Das CHIP definiert Kinderarmut wie folgt:

„Childhood poverty is the poverty experienced during childhood by children and young people. Childhood poverty means children and young people growing up without access to different types of resources that are vital for their wellbeing and for them to fulfill their potential. By resources we mean economic, social, cultural, physical, environmental and political resources. [...] Poverty experienced in childhood is poverty suffered during a stage of life crucial for development. While childhood poverty shares causes and manifestations with poverty experienced by adults, there are some important different causes and effects. Crucially, childhood poverty may have lifelong consequences.“ (CHIP o.J.:1)

Es wird deutlich, dass Armut, die in der Kindheit erlebt wird, weitreichende Konsequenzen auch für das spätere Leben haben kann. Wer bereits als Kind von Armut betroffen ist, wird in der Regel als Erwachsener öfter mit gesundheitlichen Problemen, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit, Gewalt und Ähnlichem konfrontiert werden. Dieser Ansatz wird auch als „Teufelskreis der Armut“ (*poverty cycle*) bezeichnet und zeigt unter anderem auch auf, wie Armut von einer Generation an die nächste vererbt werden kann. Dies veranschaulicht folgende Abbildung:

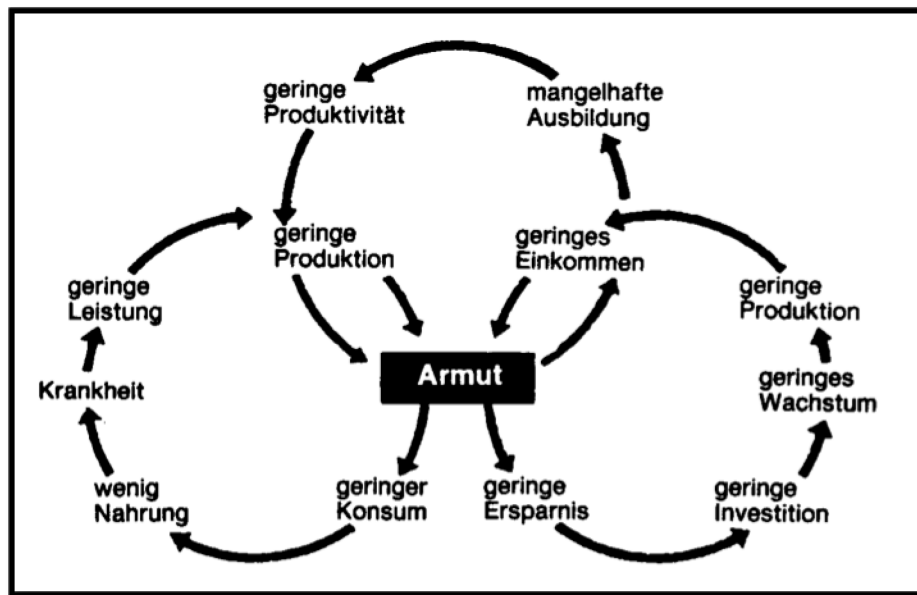


Abb. Teufelskreis der Armut⁴⁰

Ein Hauptfokus der Entwicklungszusammenarbeit liegt auf der Kinderarmut, dies vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit, wie auch die MDGs zeigen. Macarov (2003:30) meint jedoch, dass Kinderarmut normativ sei und nicht beseitigt werden könne, solange Armut generell existiert. Maßnahmen für die Reduzierung von Kinderarmut sind aber in der Regel identisch mit den übergeordneten Zielen zur Armutsreduzierung und betreffen nicht immer direkt die Kinder. Auch die Messung von Kinderarmut verdeutlicht dies: Sie ist eng an das Haushaltseinkommen gebunden. Generell wird auch dabei auf die 1-Dollar-Grenze zurückgegriffen. Den Messungen zufolge sind Kinder in einem größeren Ausmaß von absoluter Armut betroffen als Erwachsene und Alte. (UNICEF 2009:1)

Eine Alternative dazu hat die Organisation *Save the Children* in Zusammenarbeit mit der *School of Oriental and African Studies* in London entwickelt: Ihr *Child Development Index* (CDI) misst Kinderarmut anhand der drei Faktoren Bildung (Einschulungsraten), Gesundheit (Kindersterblichkeit) und Ernährungszustand (Untergewicht). Man erhält so einen Wert zwischen 0 (der Idealwert) und 100 für einen Ländervergleich. Österreich für den Zeitraum 2000-2006 liegt mit 1,5 Punkten auf dem 15 Platz von 137 Ländern, während Tansania sich auf Platz 91 befindet. Es gibt keinen eigenen Wert für Sansibar.⁴¹

⁴⁰ <http://www.ibim.de/epol/1.2.ht2.gif> [09.10.2012]

⁴¹ Aktuelles zum CDI bei Save the Children UK (2012): *The Child Development Index 2012. Progress, Challenges, Inequality*.

Zu hinterfragen ist auch die Bezeichnung „Kinderarmut“. Unter „Kinder“ sind gemeinhin Individuen unter 18 Jahren gemeint, eine breite Zeitspanne also, da das Konzept „Kind“ unter anderem vom kulturellen Kontext abhängig ist. In vielen Gesellschaften, wie zum Beispiel in der sansibarischen gelten Kinder schon vor ihrem 18. Geburtstag, mit dem Eintritt in die Pubertät, als Erwachsene.

In der EZA ist Kinderarmut ein Phänomen, mit dem politisch häufig und bevorzugt gearbeitet wird. Laut Maral-Hanak (2006:118) gehört die „Infantilisierung“ der Armut neben rassistischer und sexistischer Stereotypisierung zu einem der Hauptmechanismen der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Sie verdeutlichte dies mit folgendem Zitat von Gerd Valchars im Radio Orange 94.0 am 1. Juli 2003:

„Fast egal, wofür wir spenden sollen, es sind immer dieselben Bilder, die uns über Plakate, Folder oder das Fernsehen erreichen. Um Spenden lukrieren zu können, braucht es Opfer. Herzige Buben und Mädchen, die traurig in die Kamera und vom Plakat blicken. Einmal haben sie Hunger, das andere Mal sind sie ‚an den Rollstuhl gefesselt‘. Die Öffentlichkeitsarbeit der Spendenindustrie ist voll von Klischees und stark emotionalisierenden Bildern.“ (zitiert nach Maral-Hanak 2006:119)

5.1.1 Kinderarmut auf Sansibar

Kinderarmut wird in allen von mir untersuchten, sansibarischen Regierungsdokumenten angesprochen: in der *Zanzibar Vision 2020*, in MKUZA II für 2010-2015, im *Zanzibar Human Development Report 2009* und dem *Household Budget Survey (HBS)* von 2009/2010. Als Kinder gelten alle Individuen unter 15 Jahren. Sie bilden 44,3% der Gesamtbevölkerung der Insel, davon sind 41,7% weiblich und 44,5% männlich. (RGoZ 2010:22)

In der Vision 2020 fehlt eine Analyse der sozialen Situation der Kinder. Es werden lediglich Zielsetzungen formuliert, die Kinderarmut bis 2020 entgegenwirken sollen. Diese betreffen vor allem die Sektoren Bildung und Gesundheit und korrelieren mit den MDGs: so hat die Erreichung einer universellen Grundschulausbildung aller schulpflichtigen Kinder von sechs bis elf Jahren (MDG 2), sowie die Senkung der Kindersterblichkeit von 101 (1997) auf 20 von 1000 Lebendgeburten (MDG 4) auf Sansibar die höchste Priorität. Daneben wird auch angestrebt, Gesetze bezüglich sexueller und häuslicher Gewalt gegen Kinder neu zu formulieren und Programme zur Vorbeugung von Drogenmissbrauch und Kriminalität zu entwerfen. (RGoZ 1999:29)

Das HBS 2009/2010 und das MKUZA II liefern detaillierte Statistiken über die sozioökonomische Situation von Kindern auf Sansibar. Das MKUZA II orientiert sich an der Vision 2020 und der Erreichung der MDGs. Hier werden in Bezug auf die genannten Zielsetzungen auch Strategien vorgeschlagen sowie existierende Hindernisse aufgezeigt.

Bildung

Politische Strategien im Bildungsbereich orientieren sich primär an der Vision 2020, die Bildung als einen Hauptfaktor für die Reduzierung absoluter Armut versteht und bis 2015 eine 100%-ige Einschulungsrate an den Grundschulen sowie die Beseitigung von Analphabetismus vorsieht. Besonders unterstrichen wird dabei der verbesserte Zugang zu Bildung für die arme Bevölkerungsschicht, Mädchen und Kindern mit Behinderungen.

Nachdem Sansibar 1990 die *Jomtien Declaration on Education for All* (EFA) unterzeichnete und darauf basierend der *Zanzibar Education Master Plan* (1996-2006) entworfen wurde, wurde dieser 2006 von der *Zanzibar Education Policy* abgelöst, um einerseits die Erreichung der in der Vision 2020 formulierten Ziele, andererseits die Übereinstimmung mit dem MGD 2 sicherzustellen. Diese Strategie der Regierung ist vor allem durch zwei Neuerungen gekenn-

zeichnet: Erstens durch die Betonung der Wichtigkeit der Vorschulerziehung für Kinder ab vier Jahren, zweitens durch die Ausweitung der Schulpflicht auf zwölf Jahre. Die neu eingeführte Struktur im Schulsystem sieht nun also mindestens zwei Jahre Vorschulbildung, sechs Jahre Volksschulbildung und vier Jahre Sekundarschulbildung vor, gegebenenfalls gefolgt von zwei Jahren höhere Sekundarschulbildung und drei Jahren Ausbildung an einer höheren Bildungsanstalt.⁴² Das Einschulungsalter an den Volksschulen wurde von sieben auf sechs Jahre gesenkt. An den Volksschulen wird auf Kiswahili unterrichtet, ab der Sekundarschule ist die Unterrichtssprache Englisch. Mathematik und die naturwissenschaftlichen Fächern werden bereits ab der fünften Klasse auf Englisch unterrichtet.

Die Implementierung der *Zanzibar Education Policy 2006* wird begleitet vom *Zanzibar Education Development Programme (ZEDP) 2008/09-2015/16*, das von der Regierung in Zusammenarbeit mit Akteuren wie der Lehrergewerkschaft (*Zanzibar Teachers Union*), der *State University of Zanzibar* und zahlreichen internationalen und nationalen Organisationen, darunter UNESCO, UNICEF, UNFPA, die *Aga Khan Foundation*, CARE, *Aide et Action*, DAMA, FAWE *Zanzibar* und dem *Changamoto Life Preservation Fund* formuliert wurde. (RGoZ 2007:19)

Laut ZEDP konnten die Ziele des *Education Master Plan 1996-2006* aufgrund von Unterfinanzierung nicht erreicht werden. (RGoZ 2007:7) Das Bildungsbudget Sansibars ist allerdings in den letzten Jahren deutlich erhöht worden: betrug es im Jahr 2003/04 lediglich 5,0% des BNE, lag es 2007/08 bereit bei 18,7%. (UNICEF 2012:74)

Im Bereich der Bildung können in den vergangenen Jahren große Fortschritte beobachtet werden. So wurden an Kindergärten und Vorschulen im Jahr 2010 bereits 35% der Kinder zwischen vier und sechs Jahren eingeschult, während dies 2005 nur auf 15,9% zutraf. (RGoZ 2007:2) Gleichzeitig sind allerdings große regionale Disparitäten zu bemerken, da in Pemba lediglich drei bis vier Prozent der Vorschulkinder eine Bildungseinrichtung besuchen. (UNICEF 2012:59) Außerdem verfügen nur 78% der LehrerInnen und BetreuerInnen über eine pädagogische Ausbildung, allerdings meist keine speziell auf Klein- und Vorschulkinder ausgerichtete. (RGoZ 2007:11)

⁴² Die Universitäten auf Sansibar bieten bislang nur dreijährige Bachelorstudiengänge an.

Insgesamt sind die Einschulungsraten an den Volksschulen bis 2009/10 auf 89,8% gestiegen. Beachtet man aber das Alter der eingeschulten Kinder, so bemerkt man, dass nur 80,3% von ihnen zeitgerecht eingeschult werden.⁴³ (RGoZ 2010:37) Dabei existieren keine geschlechtsspezifischen Unterschiede mehr, im Gegenteil: der Prozentsatz eingeschulter Mädchen liegt sogar leicht über jenem der Jungen. Dies verändert sich aber mit dem Eintritt in die Sekundarstufe, in welcher auch die Einschulungsraten deutlich absinken: nach der Abschlussprüfung der Volksschule schaffen lediglich 46,1% der Schüler den Aufstieg in die nächste Klasse. Mit dem Eintritt in die Pubertät nimmt die Zahl der SchulabbrecherInnen drastisch zu. (Ziddy 2007:8)

Seitens der sansibarischen Regierung wird oft und gerne erwähnt, das MDG 2 (universale Grundschulbildung als Ziel) bereits erreicht zu haben. Tatsächlich kann ein großer Fortschritt bei den Einschulungsraten konstatiert werden. Dennoch wird von der Zivilbevölkerung die starke Konzentration auf die Erreichung des Zieles bei gleichzeitiger Vernachlässigung anderer Aufgaben im Bildungsbereich kritisiert:

Neben sinkenden Einschulungsraten in der Sekundarstufe, gibt es auch zahlreiche Hürden für die Qualitätssicherung im gesamten Schulwesen. Diese betreffen vor allem die große SchülerInnenzahl in den Klassen, die Disparitäten zwischen ruralen und urbanen Gebieten, die verspätete Einschulung der Kinder, die mangelnde Lehrerqualität und adäquate Verteilung von LehrerInnen und Schulen im Land, die Verbesserung von Wasser und Sanitäranlagen an Schulen, die Förderung der naturwissenschaftlichen und technischen Unterrichtsfächern sowie die Erweiterung von Sexualerziehung und HIV/Aids-Aufklärungsarbeit an Schulen⁴⁴. Die meisten dieser Kritikpunkte finden sich auch als Zielsetzung im MKUZA II (2010:91), jedoch gibt es von der Regierung kaum Stellungnahmen in Bezug auf den fehlenden Fortschritt in diesen Bereichen. Genaue Strategien zur Erreichung dieser Ziele fehlen im MKUZA II, auch wird auf die Überwindung der genannten Genderdisparitäten nicht näher eingegangen.

⁴³ Teilweise werden Kinder erst mit bis zu 14 Jahren in die erste Volksschulklasse eingeschult. (RGoZ 2007:13)

⁴⁴ Sexualkunde und Unterricht zu reproduktiver Gesundheit sind Gegenstand des Biologieunterrichts der *Form 2* und des Ethikunterrichts der *Form 3* der Sekundarschule, Schulstufen, die der Großteil der sansibarischen SchülerInnen nicht besucht

Auch von meinen InterviewpartnerInnen wurde hervorgehoben, dass in der Grundschule nicht nur die Quantität, sondern vor allem die Qualität von Belang ist. Schlechte Ergebnisse vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern im Rahmen der nationalen Prüfungen werden auf mangelnde Qualität der Lehrkörper und die generelle Unterfinanzierung sowie die inadäquate Budgetallokation des Bildungssektors zurückgeführt. Demnach werden über 80% des Gesamtbudgets für LehrerInnengehälter verwendet, während beispielsweise 0,3% in die Bereitstellung von Schulmaterialien investiert wird. (UNICEF 2012:75) Das Fehlen von Infrastruktur und Ressourcen kommt besonders in ländlichen Gebieten zum Tragen. Viele Schulen in ländlichen Gebieten haben nicht genug oder zu kleine Räume, der Unterricht muss daher im Freien, teilweise unter direkter Sonneneinstrahlung gehalten werden. Oftmals gibt es kein Wasser und keine Toiletten oder wenn, dann nur in sehr schlechtem Zustand. Es gibt kein Reinigungspersonal, das heißt, dass die LehrerInnen und Kinder selbst dafür verantwortlich sind, die Schule sauber zu halten, eine Aufgabe, die als Strafe vor allem jenen Kindern auferlegt wird, die zu spät zum Unterricht erscheinen. LehrerInnen und Eltern beschwerten sich über das Fehlen von Tischen und Stühlen und machen dies dafür verantwortlich, dass viele SchülerInnen Konzentrationsschwächen sowie Schmerzen im Nackenbereich und Rücken haben, was zu vermehrter Abwesenheit vom Unterricht führt. Mütter geben auch an, dass die Schuluniformen durch die mangelnden hygienischen Vorkehrungen in den Schulen täglich gewaschen werden müssten, was für sie zusätzlich Arbeit bedeutet. (Said 2010b:o.S.) Ein weiterer Kritikpunkt ist die geringe LehrerInnenzahl und deren ungleiche Verteilung im Land. Die daraus resultierenden langen Anfahrtswege, verbunden mit der niedrigen Bezahlung führt zu Unregelmäßigkeiten in der Anwesenheit der LehrerInnen sowie zu mangelnder Motivation, die auch auf die fehlende Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien seitens der Regierung zurückgeführt werden kann. Auch in der Novelle *Kombo's Juggernaut* von Amir Mohamed wird dies angesprochen: „Schools were built, but there were not enough teachers and textbooks.“ (Mohamed 2004:30)

Generell besteht ein Überschuss an VolksschullehrerInnen, wobei diese sehr ungleich über das Land verteilt sind. Nur 5,5% von ihnen verfügen über eine pädagogische Ausbildung, der Großteil hat lediglich einen Sekundarschulabschluss, 10,7% nicht einmal diesen. Nur 40% der SekundarschullehrerInnen verfügen über eine pädagogische Ausbildung. (RGoZ 2007:19) Aufgrund des Lehrermangels an den Sekundarschulen werden viele VolksschullehrerInnen nun in Sekundarschulen eingesetzt, ohne dafür qualifiziert zu sein. (UNICEF 2012:77) Die LehrerInnenausbildung auf Sansibar entspricht bei weitem nicht den ambitionierten Plänen

der Regierung: Laut ZEDP sind 73% der Colleges nicht an das Stromnetz angeschlossen und verfügen lediglich über dürftiges technisches Equipment wie Fotokopierer, Drucker, Computer, Internet und Ähnliches. (RGoZ 2007:40) Von den Absolventen dieser Institute sind 57% Arabisch- und ReligionslehrerInnen, 28% LehrerInnen der Geisteswissenschaften und 13% Mathematik- und NaturwissenschaftslehrerInnen. Ein großes qualitatives Hindernis im Unterricht stellt zudem die mangelnde Englischkompetenz der meisten LehrerInnen dar: „In practice, the poor level of English is a barrier to quality, and teaching is often done using a mixture of Swahili and English.“ (RGoZ 2007:19)

All die oben genannten Faktoren tragen zur mangelnden Qualität der Schulbildung auf Sansibar bei, die auch von einer Untersuchung durch die SACMEQ⁴⁵ konstatiert wurde: demnach ist die Kompetenz sansibarischer SchülerInnen in den Bereichen Lesen und Mathematik äußerst unbefriedigend. Kinder aus wohlhabenderen Familien werden daher in der Regel in eine der zahlreichen mehr oder weniger guten Privatschulen geschickt, was notwendigerweise zur Bildung eines Zweiklassensystems beiträgt.

Obwohl der Besuch einer staatlichen Schule auf Sansibar gratis sein sollte, ist er doch mit Kosten verbunden. Zwar gibt es keinen monatlichen Schulbeitrag wie an den Privatschulen, doch muss am Ende des Jahres ein Beitrag geleistet werden, der dem Kind den Aufstieg in die nächste Klasse ermöglicht. Außerdem kommen die Eltern für Schulmaterialien wie Bücher, Hefte und Stifte auf, hinzu kommen Kopiergeld und Gebühren für die nationalen Prüfungen am Ende des Jahres. Jedes Kind braucht eine Uniform und passende Schuhe, sowie eine Schultasche. All dies stellt für viele Familien eine große finanzielle Belastung dar.

„Die MDGs und ihre Indikatoren konzentrieren sich auf quantitative Zielgrößen und lassen qualitative Aspekte weitgehend unberücksichtigt. Dadurch spiegeln sie möglicherweise Fortschritte vor, die bei genauerem Hinsehen gar keine sind. Das Millenniumsziel 2, bis 2015 universelle Grundschulbildung für alle Kinder sicherzustellen, ist ein Beispiel dafür.“ (Martens 2007:25)

Schwangerschaft und Eheschließung

⁴⁵ Das *Southern and Eastern Africa Consortium for Monitoring Educational Quality* (SACMEQ) ist eine NGO, in der sich fünfzehn Bildungsministerien Subsahara Afrikas zusammengeschlossen haben, um Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu evaluieren. Unterstützt werden sie dabei von der UNICEF. Zwei große Studien wurden in den Jahren 1998 (SACMEQ I) und 2005 (SACMEQ II) über Sansibar angefertigt, sowie vier kleinere Evaluierungen zu bestimmten Bereichen des Bildungssystems.

Neben Defiziten im Bildungssystem selbst, spielt auch die sozioökonomische Lage einer Familie sowie die traditionellen Einstellungen Geschlechterrollen gegenüber einen entscheidenden Faktor bei Bildungsfragen. Vor allem in ländlichen Gebieten müssen Kinder auf den Feldern oder beim Fischen mitarbeiten und nehmen folglich unregelmäßig am Schulunterricht teil. Der Hauptgrund für Schulabbrüche männlicher Schüler sind mangelnde finanzielle Ressourcen: es fehlt das Geld für eine weitere Ausbildung bzw. dafür, noch länger auf ein Einkommen innerhalb der Familie zu verzichten. Bei Mädchen sind es vor allem traditionelle soziale Werte, die zu Schulabbrüchen führen: die Übernahme von Aufgaben im Haushalt, frühe Eheschließung und Schwangerschaften, Angst vor (sexueller) Belästigung, aber auch inadäquate sanitäre Einrichtungen in den Schulen. (RGoZ 2007:39; Ziddy 2007:12f.) Bereits unter den 5- bis 9-jährigen liegt der Anteil jener Kinder, die neben der Schule auch Arbeiten zuhause übernehmen müssen bei 28,6%, bei den 10- bis 14-jährigen bereits bei 62,7%, wobei der Anteil der Mädchen deutlich höher ist. Dazu gehören zum Beispiel Wasser holen, Kochen, das Suchen von Feuerholz oder die Aufsicht und Pflege von kleineren Geschwistern und kranken Familienmitgliedern. Betroffen sind davon vor allem Mädchen aus armen, ländlichen Gebieten wie Micheweni und Wete. In der Stadt steigt die Anzahl von Mädchen in der Unter- und Oberstufe jedoch langsam an, was Hoffnung für die Zukunft gibt. Der Schulabbruch von Mädchen steht auf Sansibar laut MKUZA II im direkten Zusammenhang mit hohen Fertilitäts- und niedrigen Beschäftigungsraten von Frauen aufgrund fehlender Bildung und Reproduktionsarbeit.⁴⁶ (RGoZ 2010:22)

„This trend promises immediate and future benefits to Zanzibar as regards reduction of fertility rates, improved maternal and infant health, as well as improved income earning levels at both household and community levels.“ (OCGS 2011:49)

Über den Zusammenhang zwischen der Lebensführung im Rahmen von traditionellen Werten und der daraus resultierenden mangelnden Schulausbildung schreibt der Autor Amir Mohammed, dass Bildung innerhalb der Gesellschaft zwar weitgehend als Schlüssel zur Entwicklung gesehen wird, diese Meinung aber durchaus nicht von allen geteilt wird:

„[T]he major hurdle was poverty, the traditional thinking and negative valued that had engulfed their local way of life. Another stumbling block was religion.“ (Mohamed 2004:17)

⁴⁶ Zu bedenken ist bei Formulierungen dieser Art, dass dahinter häufig eine politische Verschleierrungsstrategie liegt, die die Zuweisung von Verantwortung bzw. die Darstellung von Ursachen und Verursachern verhindert.

Vor allem bezieht er sich dabei auf die Bildung von Mädchen: „Most villagers were divided deeply on this issue of sending girls to school.“ (Mohamed 2004:18) Obwohl der Islam an und für sich kein Bildungsverbot oder ein Verbot von Berufstätigkeit für Mädchen und Frauen vorschreibt⁴⁷, ist es eine Tatsache, dass Mädchen in vielen islamischen Kulturen weltweit die Ausbildung aufgrund eines traditionellen Rollenverständnisses verwehrt wird. Dies führt auch auf Sansibar dazu, dass vor allem Mädchen aus ärmeren Familien in den ländlichen Gebieten mit dem Eintritt in die Pubertät die Schule verlassen. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einerseits gilt die Meinung, dass die weitere Schulbildung für junge Frauen, deren Rolle es in Zukunft sein soll, sich um Ehemann, Haus und Kinder zu kümmern, keinen Wert hat. Andererseits besteht die Angst, dass das Aufeinandertreffen von jugendlichen Mädchen und Jungen zu außerehelichen Schwangerschaften führen könnte.

In ihrem Artikel *Zanzibar: Early pregnancy cases increase* gibt die sansibarische Journalistin Salma Said und Betreiberin des Weblogs *Zanzibar Yetu* (Unser Sansibar) an, dass jährlich mindestens vierzig Mädchen wegen ungewollten Schwangerschaften die Schule abbrechen müssen (Said 2010d:o.S). Obwohl die Regierung Gesetze erlassen hat, die schwangeren Schülerinnen ermöglichen sollen, ihre Schulbildung fortzusetzen⁴⁸, wird dies in der Regel nicht durchgesetzt, wie auch die UNICEF kritisiert: laut ihrem Sprecher Ali Abdallah erhalten schwangere Mädchen und junge Mütter immer noch Schulverweise oder beschließen die Schule freiwillig zu verlassen, um der Diskriminierung durch MitschülerInnen und LehrerInnen zu entfliehen. Er belegt durch eine Studie von 2009, dass 66% der Bevölkerung der Meinung sind, das Mädchen trage die alleinige Schuld für die Schwangerschaft (Said 2010d:o.S.). Es sei ein Zeichen für den moralischen Verfall innerhalb der Gesellschaft, wie auch Amir Mohammed anführt:

„[P]eople are not afraid of stealing other peoples properties, their sexual behaviour is disgusting, teenage pregnancies and divorces are rampant, hooliganism and vandalism are obvious.“ (Mohamed 2004:44)

Um uneheliche Sexualbeziehungen zu unterbinden, wird vielen Mädchen nahegelegt, sich schon früh – also noch in jugendlichem Alter – zu verheiraten. (Ziddy 2007:13) So auch in

⁴⁷ „Das Erlangen von Wissen ist jedem Muslim eine Pflicht“, heißt es in einem Hadīth des Propheten Muhammad in der Sammlung der Hadīthgelehrten Imam Al-Baiḥāqī (Nr. 1471). Ahadīth sind Überlieferungen zu Aussagen, Handlungen und Anweisungen des Propheten, die das Fundament der islamischen Sunna bilden, die zusammen mit dem Koran die Grundlage der islamischen Jurisprudenz darstellt. URL: http://www.kaaba-online.de/daily_hadith_1471.html [27.1.2013]

⁴⁸ Vgl. *Spinster and Single Parent Children Protection Act* (2005)

Amir Mohammeds Novelle, in der die Schwester des erfolgreichen Schülers Kombo die Schule nicht weiter besuchen darf:

„[S]he was just thirteen, she might be married any time, gave up her schooling to start a family life. Subira was totally against early marriage, she wanted to continue to go to school, her mother saw it different, to her opinion and conservative view, girls should remain in the kitchen to do all the domestic works.“ (Mohamed 2004:18)

Obwohl das gesetzliche Heiratsalter auf Sansibar bei 18 Jahren liegt, darf ein Individuum laut islamischem Recht ab seinem Eintritt in die Pubertät heiraten.⁴⁹ Der neue *Childrens Act* schweigt über diese Angelegenheit und die daraus resultierenden Probleme, wie Save the Children kritisiert. Laut der Organisation werden 7,4% der Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren zum ersten Mal schwanger. Es gibt weder vertrauenswürdige Statistiken zur Heirat von Minderjährigen, noch zu Abtreibungen. In vielen Fällen wird schwangeren Mädchen und dem Vater des Kindes zur Heirat geraten. Manchmal aber werden Mädchen aus ärmeren Familien auch früh verheiratet, um die finanzielle Last der Eltern zu verringern. (STC 2010:25) Solche Arrangements wurden auch von Kindern während des *National Child Consultation Programme* im Rahmen der Vorbereitungen für das neue Gesetz angesprochen und problematisiert.

Das *Ministry of Education and Vocational Training* (MoEVT) und das *Ministry of Health and Social Welfare* (MoHSW) haben in Zusammenarbeit mit den Medien eine nationale Kampagne für Fernsehen und Radio entworfen, die die Bevölkerung für das Thema der frühen Schwangerschaft und Heirat sowie die Wichtigkeit der Schulbildung für junge Mütter sensibilisieren soll. UNICEF fordert die Regierung auf, Betreuungseinrichtungen für Babys, junger Mütter sowie alternative Ausbildungsstätten einzurichten, um ihnen die weitere Schulbildung zu ermöglichen. Des Weiteren plädiert die Organisation für eine flexiblere Zeiteinteilung für diese Schülerinnen. In der Praxis werden diese Forderungen zumindest in naher Zukunft nur schwer umzusetzen sein, sind die Schulkapazitäten und finanziellen Ressourcen im Bildungsbereich ohnehin bereits strapaziert sind. Bei einer Veranstaltung der Organisation *Women Without Borders*, die im November 2012 in Wien stattfand, erläuterte die frühere First Lady Sansibars und Gründerin der großen NGO ZAYEDES, Shadya Karume, dass SchülerInnen die Schule in Schichten besuchen, da eine SchülerInnenanzahl von 90 und mehr für die LehrerInnen nicht zu bewältigen seien. So kommt die eine Hälfte der SchülerInnen morgens,

⁴⁹ Die Bezeichnung für die Ehe im Islam ist *Nikah*, als Vertrag zwischen einer Frau und einem Mann im heiratsfähigen Alter, das im Koran mit dem Eintritt in die Pubertät festgelegt ist. (Surat Al-'Isra' 17:34; Surat Ghāfir 40:67)

die andere Hälfte nachmittags zum Unterricht. In Kooperation mit der panafrikanischen NGO *Forum for African Women Educationalists* (FAWE) bietet ZAYEDESa Kurse für Schulabbrecherinnen und spezielle Camps für die Förderung von Mädchen in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern an.

Die Forderung nach Betreuungseinrichtungen für Babys und Kleinkinder wird auch außerhalb dieser Debatte zunehmend laut. Die sansibarische Pädagogin Bishara Thaniani bemängelt die Qualität der Betreuung von Kleinkindern heftig. Berufstätige Mütter sähen sich aufgrund des Mangels an Alternativen vor allen in ländlichen Gebieten gezwungen, ihre Kinder pädagogisch unqualifizierten Nachbarn oder Verwandten zu überlassen.

„The majority of children between birth and four years do not have access to quality early childhood care and learning. Formal and regulated day-care centres and pre-schools only reach few children from wealth families in the urban.“ (Said 2011:o.S.)

Dies führt einerseits zu Stadt-Land-Unterschieden in den späteren schulischen Leistungen, andererseits hindert es viele Frauen daran, nach der Schwangerschaft wieder arbeiten zu gehen und beeinflusst somit nicht nur das Haushaltseinkommen, sondern auch ihr *Empowerment*.

Gewalt und Kinderarbeit

Schulabbrüche von Mädchen gehen oft mit der Angst vor sexueller Belästigung und Gewalt einher: die Studie *Violence Against Children in Tanzania* von 2011 bestätigt, dass ein Großteil der sexuellen Übergriffe auf Mädchen auf dem Schulweg oder in der Schule selbst stattfinden. (UNICEF 2011:91)

„Sexual harassment sometimes starts from the home by in laws or even step fathers. The girls are denied of all types of support directly or indirectly if they refuse to give in to their demands. Girls are harassed on their way to school, on the road and by those who offer them lifts to school. They also face sexual harassment from male students and sometimes from teachers. Some of girls leave school because of harassment.“ (Ziddy 2007:12)

Tatsächlich ist Gewalt und Strafe an Sansibars Schulen weit verbreitet und trägt zur großen Anzahl der Schulabbrüche bei. (STC 2010:29) Durch die Erfahrung von Gewalt nicht nur durch LehrerInnen, sondern auch innerhalb der Familie, wird körperliche Bestrafung zur Norm erhoben und reproduziert. Dies führt so weit, dass ein 17-jähriges Mädchen in Unguja

Strafe sogar befürwortet: “Children need discipline; if there is no corporal punishment they will not respect the teachers and their parents.” (STC 2010:30)

Im MKUZA II wird der Schutz von Kindern vor physischer und psychischer Gewalt zwar angesprochen und die Gesetzeslage diesbezüglich ist eindeutig, doch sind die rechtlichen Mechanismen noch unausgereift und werden kaum in Anspruch genommen. (RGoZ 2010:97) Dies gilt auch für sexuelle Gewalt: rechtliche Schritte werden in den wenigsten Fällen eingeleitet:

„In Zanzibar sexual abuse is often considered a hidden crime and families often prefer to deal with cases within the home or community environment and police often even encourage cases to be dealt with in this way. National, district or shehia authorities are rarely involved at all.“ (STC 2010:21)

Kinderarbeit ist ebenfalls eine Hürde für die Verbesserung des Bildungsstandards. Kinder aus armen Familien gehen nicht regelmäßig zum Unterricht oder brechen die Schule ganz ab, da sie zum Haushalteinkommen beitragen, oder aber ihre Mütter im Haushalt entlasten müssen, damit diese arbeiten gehen können. Am meisten davon betroffen sind die ländlichen Gebiete, allen voran die Region Micheweni. Im Steinbruch von Micheweni kommen häufig Kinder ums Leben. (Mussa 2012a:8-9) Die Arbeit im Steinbruch zählt zu den in der UN-Kinderrechtskonvention aufgelisteten gefährlichsten Formen von Kinderarbeit, was auch in den Studien von Save the Children angeführt und heftig kritisiert wird. Weitere schwere oder gefährliche Arbeiten, die Kinder auf Sansibar ausführen, sind zum Beispiel die Kokosnussernte, Fischen, Wasserholen, Tischlern, Bauarbeiten oder auch Prostitution. (STC 2010:23)

Auch bei Amir Mohammed wird zwar nicht dezidiert, aber immer beiläufig darauf hingewiesen, in welchem Ausmaß Kinder, vor allem Mädchen, im Haushalt helfen müssen. (z.B. 2004:22,31) Viele haben neben der Arbeit keine Zeit mehr, sich auf die Schule zu konzentrieren oder kommen wegen ihren Haushaltspflichten morgens zu spät zur Schule und werden auch noch dafür bestraft, was dazu führt, dass sie es vorziehen, gar nicht hin zu gehen.

Fatma Rashid, die ILO-Korrespondentin auf Sansibar macht für das Problem der Kinderarbeit die mangelnde Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Regierung verantwortlich und fordert diese dazu auf, Informationen zu Kinderrechten in das Schulcurriculum aufzunehmen und die *Shehas* mit der Aufklärung in den Gemeinden zu beauftragen. (IRIN 2010:o.S.)

In einem in *The Voice of Africa* erschienenen Artikel beschwert sich eine Pädagogin über den Mangel an Plätzen, auf denen Kinder sicher spielen könnten und die nicht voller Müll sind. (o.A. 2010:o.S.) Im Rahmen einer Befragung, bei der Kindern unter vierzehn Jahren gebeten wurden, ihre Wünsche und Bedürfnisse in Bildern auszudrücken, zeichnete der Großteil neben einem gemauerten Haus und Nahrungsmitteln vor allem spielende Kinder (STC 2010:18). Die Regierung ist daher aufgefordert, genügend Räume für Kinder zu schaffen sowie die Kinderarbeitsgesetze besser durchzusetzen. Natürlich ist dies ein Teufelskreis, denn wer wird die Frauen im Haushalt dann unterstützen? Wer kümmert sich um jüngere Geschwister und kranke oder gebrechliche Familienmitglieder? Wer erwirtschaftet statt der Mutter ein (zusätzliches) Einkommen für die Familie?

Kinderarmut nur durch Maßnahmen für Kinder zu beseitigen ist unmöglich. Um all diese Schwierigkeiten überwinden zu können, braucht es viel mehr als Gesetze. Es braucht zunächst gesicherte, hinreichende Einkommen der Familien. Es braucht dann aber auch leistbare und qualitative Betreuung für Kleinkinder und Ältere, einen Ausbau der gesundheitlichen und sozialen Dienstleistungen und nicht zuletzt ein Überdenken traditionell festgeschriebenen Normen um beiden Eltern den Zugang zu Erwerbsarbeit überhaupt erst zu ermöglichen.

Zahlreiche internationale und nationale NGOs konzentrieren ihre Arbeit auf die Kinder Sansibars. Zu den wichtigsten unter ihnen gehören die UNICEF, *Save the Children*, *SOS Kinderdorf*, die *African Muslim Agency*, *Istikama*, *Association of Children Living with HIV/AIDS and Children with Special Needs* (ZAPHA+) und *Zanzibar Advancement of Children Association* (ZACA). Diesen Organisationen spielen eine große Rolle bei der Unterstützung der Regierung in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Gewaltbekämpfung oder der Betreuung von Waisenkindern. Obwohl Sansibar als Teil Tansanias im Jahr 1991 die *United Nations Charter on the Rights of the Child*, im Jahr 2003 die *African Charter on the Rights and Welfare of the Child* und das *Optional Protocol on the Sale of Children, Child Prostitution and Child Pornography*, sowie 2004 das *Optional Protocol on the Involvement of Children in Armed Conflict* ratifiziert hat (STC 2010:9), ist die Regierung weit davon entfernt, die darin enthaltenen Standards einzuhalten und die Implementierung der Gesetze zu sichern. Mit der Hilfe der UNICEF hat das *Ministry of Labour, Youth, Women and Child Development* (MoLYWCD) daher im Jahr 2010 den *Zanzibar Childrens Act* erlassen, das die Einhaltung der Konventionen forcieren soll. Eine besondere Herausforderung stellen dabei die bereits erwähnten islamischen Kadhi Gerichte dar, die parallel zum staatlichen Rechtssystem existieren und vor allem im Bereich des islamischen Familienrechts tätig sind, das teilweise

von den Inhalten der internationalen Gesetze abweicht. Dies betrifft Angelegenheiten wie Eheschließungen, Scheidungen, Polygamie, aber eben auch die Versorgung und Rechte von Kindern. Es wird ersichtlich, wie wichtig es für den sansibarischen Kontext ist, die Rechte von Kindern im Islam anzusprechen sowie eventuelle Divergenzen mit der Judikatur zu erläutern. Die UNICEF argumentierte in ihrer Studie (2012), dass Gesetze und Initiativen, die dem Islam und den sansibarischen Traditionen widersprechen, von der Bevölkerung nicht zur Gänze akzeptiert und unterstützt würden. Daher sollte die Regierung und die Gebergemeinschaft den Dialog mit Islamgelehrten suchen, vor allem im Bezug auf Bereiche wie Eheschließung und Familienplanung, Bildung sowie Frauen- und Kinderrechte. Dabei sollte auch die Verantwortung der Gemeinde und der ganzen Gesellschaft unterstrichen werden.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen empfehlen, die Bevölkerung selbst, aber vor allem Kinder und Jugendliche vermehrt in politische Strategien, die sie betreffen, zu involvieren und kinderfreundliche Informationsmaterialien zu produzieren und zu verbreiten. (STC 2010:64; UNICEF 2012:77) Dazu gehört auch der Entwurf eines landesweites Programms und einer medialen Kampagne, um Bereiche wie Kinderrechte und -bedürfnisse anzusprechen. Im Bezug auf Geschlechterdisparitäten und die Auflösung festgeschriebener Rolleneinteilungen soll eine breite öffentliche Debatte angeregt werden. (Ziddy 2007:10) Dabei wird auch auf die Sensibilisierung von Jungen gesetzt. Ein Hindernis für die Auflösung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist der Mangel an weiblichen Vorbildern in öffentlichen Ämtern und angesehenen Jobs wie Ärzten, Ingenieuren, Unternehmern etc. Außerdem unterstreichen sie die Wichtigkeit einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen ihnen und der Regierung.

Gesundheit

Kindersterblichkeit und Ernährung

Im Bereich Gesundheit wird in den Regierungspapieren vor allem auf Ernährung und Grundimmunisierung eingegangen. Die Zielsetzungen orientieren sich dabei am MDG 4 (Senkung der Kindersterblichkeit).

Die Kindersterblichkeit auf Sansibar ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, doch auch auf dem Gesundheitssektor lassen sich regionale Unterschiede feststellen. Verbesserungen sind zurückzuführen auf die erfolgreiche Bekämpfung von Malaria auf Sansibar, sowie auf eine breit angelegte Grundimmunisierung und Abdeckung mit Vitaminen. Mittlerweile betreffen fast 40% der Fälle von Kindersterblichkeit Neugeborene in den ersten 28 Tagen nach ihrer Geburt. (UNICEF 2012:3) Säuglingssterblichkeit steht in engem Zusammenhang mit der Gesundheit der Mutter und dem Schwangerschafts- sowie Geburtsverlauf. Mangelernährung und Infektionen der Mutter in der Schwangerschaft, sowie Geburtskomplikationen tragen zum Großteil der Todesfälle bei. Anämie der Mutter, Unter- oder Mangelernährung und der Mangel an Vitamin A, Eisen und anderen Mineralstoffen führen zu einem niedrigen Geburtsgewicht der Babys und zu Entwicklungsverzögerungen: davon betroffen sind mindestens 27% der Kinder in Unguja und 36% der Kinder in Pemba. (UNICEF 2012:47) Lediglich die Hälfte der Frauen gebären unter Aufsicht von Gesundheitspersonal: 67,6% in Unguja und 33,6% in Pemba. (UNICEF 2012:33)

Die hohe Kindersterblichkeit ist auch auf die fehlende Bildung vieler Mütter zurückzuführen: im Gegensatz zu einer Kindersterblichkeitsrate von 101 von 1000 Kindern im Falle von Müttern ohne jegliche Schulbildung, beträgt die Rate nur 56 von 1000 bei Müttern, die zumindest die Unterstufe besucht haben. (RGoZ 2010:77)

50% der Fälle von Kindersterblichkeit sind auf Mangel- und Unterernährung zurückzuführen, die wiederum eng mit Armut in Verbindung steht:

„Inequities in nutritional status continues to persist, with children from the very poor households being three times as likely to be chronically malnourished as those from better off households.“ (RGoZ 2010:57)

Ein weiterer Grund für Kindersterblichkeit sind hygienische Bedingungen, die Kinder der Gefahr von Infektionen aussetzen. 24,9% der sansibarischen Haushalte haben keine Latrine, 79,5% keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. (UNICEF 2012:4)

Viele Eltern vernachlässigen das Abkochen des Trinkwassers und das Händewaschen nach dem Gang auf die Toilette, ihre Kinder spielen im Freien an verschmutzten Plätzen und in kontaminiertem Wasser, wie ein Arzt aus dem *Mnazi Mmoja Hospital* in einem Zeitungsartikel kritisiert. (Ame 2012:1f.) Allein im Mai 2012 wurden 65 Kinder im Alter von einem Monat bis fünf Jahren wegen Durchfallerkrankungen in das Krankenhaus eingeliefert, wovon vier starben.

Die Erreichung des MDG 4 steht folglich in engem Zusammenhang mit der Verwirklichung anderer Entwicklungsziele, wie der Beseitigung von Armut, Hunger und Unterernährung, der Förderung von weiblicher Bildung und Gesundheit, der Bekämpfung von Infektionskrankheiten, dem Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäranlagen.

Strategien im Bereich Gesundheit auf Sansibar sind die Entwicklung und Verbreitung von Aufklärungsprogrammen für Mütter bezüglich Ernährung und Pflege, die Bereitstellung von Vitaminen und Mineralstoffen für Schwangere und Neugeborene sowie Frühwarnsysteme zur Feststellung und Behandlung von Unterernährung. (RGoZ 2010:96)

Im *Tanzania Country Report on the Millenium Development Goals 2010* finden sich drei große Kritikpunkte, die sich auf das sansibarische Gesundheitssystem beziehen. Erstens sei der Gesundheitssektor chronisch unterfinanziert und die budgetäre Verteilung im Land sei nicht an die Zielsetzungen der Regierung angepasst. Zweitens gefährde der Mangel an qualifizierten GeburtshelferInnen und Hebammen das Ziel der Senkung der Kinder- als auch Müttersterblichkeit (MDG 5). Drittens müssten verbessernde Maßnahmen in Absprache mit anderen Ministerien getroffen werden. Ein Beispiel wäre der effiziente Ausbau des Straßennetzes, der einerseits den Zugang zu medizinischen Einrichtungen erleichtern würde, andererseits die Instandhaltung und kontinuierliche Ausstattung der Einrichtungen zu gewährleisten helfen könnte. (UNICEF 2011:28)

Kinder mit Behinderung

Auch Kinder mit Behinderung sehen sich auf Sansibar großen Benachteiligungen ausgesetzt und vom sozialen Leben weitgehend ausgeschlossen. Vor allem betrifft das den Zugang zu Schulbildung und zur Gesundheitsversorgung.

Obwohl es sich die Regierung zum Ziel gemacht hat, den Anteil von Kindern mit Behinderung an den Schulen jährlich um 5% zu erhöhen, steht die mangelnde Barrierefreiheit in Schulgebäuden sowie ungeeignete Toiletten und Sanitäranlagen diesem Anliegen im Weg. (RGoZ 2010:39) Jungen werden dabei noch häufiger eingeschult als Mädchen. 30,2% der Frauen mit Behinderung sind Analphabetinnen, im Gegensatz zu 17,5% der Männer. (RGoZ 2010: 77)

Auch die fehlende Ausbildung und Rücksichtnahme durch Lehrkörper und Mitschüler sind ein Hemmnis in der Verwirklichung der Ziele. (RGoZ 2010:39,77; STC 2010:57) Oft sind die Kinder auch physischer Gewalt ausgesetzt.

Mit diesen Problemen konfrontiert sehen sich auch von HIV/AIDS betroffene Kinder, die in der Gesellschaft besonders stigmatisiert werden, wenngleich es sich hierbei nicht um eine körperliche Behinderung handelt. Letzteres hängt nicht zuletzt mit der mangelnden Aufklärung über die Ansteckungsrisiken zusammen:

„People in the community associate HIV and AIDS with prostitution, multiple partners and homosexual intercourse but are not aware that you can get it from your parents at birth.” (STC 2010:53)

Aber auch abseits der Schulen stoßen Menschen mit Behinderung auf Hürden, zum Beispiel in der Benützung von Transportmitteln und dem Zugang zu öffentlichen Gebäuden. Sie haben in der Vergangenheit nur eine untergeordnete Rolle in der Entwicklungsdebatte eingenommen, ihre Bedürfnisse wurden von der Regierung und der Gesellschaft insgesamt weitgehend vernachlässigt, was auch mit einem Mangel an Repräsentation durch zivilgesellschaftliche Gruppierungen zusammenhing. (Khalfan 1992:o.S.) Die zwei größten Organisationen, die mittlerweile in diesem Bereich tätig sind, sind die *Umoja wa Watu Wenye Ulemavu Zanzibar* (UWZ, *Zanzibar Organisation of Disabled People*) und die *Zanzibar Association for People with Development Disabilities* (ZAPDD), die sich vermehrt für Menschen mit Behinderung einsetzen und Gehör verschaffen können.

Khalfan H. Khalfan, dem Vorsitzenden der UWZ kritisiert beispielsweise die fehlende Sensibilität der Regierung der Frage nach Barrierefreiheit gegenüber:

„The question of accessibility of non-handicapping environment in the Zanzibar Stone Town area as in other parts of the Islands has not received any attention. Almost all residential and public buildings in the Stone Town are inaccessible for persons with disabilities because of the nature of the Town, and because of lack of awareness and consideration on the part of disabled people. Most of the old buildings have big steps before the entrances and some of the buildings have steps in various areas within the building. This makes it very difficult for persons with disabilities and elderly people to have a degree of independence in using these buildings. Most of the streets are difficult to use on tricycles because the lanes are either narrow or congested. As for wheelchairs, the streets need a lot of maintenance and the terrain is corrugated and full of potholes. This also applies to even new developed structures like the airport and hotels. Almost all hotels and guest houses are inaccessible for people with disabilities. They have steps and their bathrooms have very narrow inaccessible doors.“ (Khalfan 1992:o.S.)

Vernachlässigt wird auch die Versorgung geistig behinderter Menschen, obwohl laut Schätzungen derzeit auf Sansibar mindesten 2500 Menschen davon betroffen sind. Für ihre Behandlung stehen auf ganz Sansibar lediglich zwei Psychiater zur Verfügung. Laut ZAPDD sehen sich diese Menschen neben Diskriminierung im Schul- und Gesundheitswesen sowie auf dem Arbeitsmarkt auch starker Vernachlässigung und psychischer und physischer Gewalt sowie sexuellem Missbrauch ausgesetzt, was auch mit mangelnder Aufklärung der Gesellschaft zusammenhängt: „Some members of the society including parents believe that mental illness is evil and that the afflicted are possessed by bad spirits.“ (Issa 2012h:o.S.) Die Stigmatisierung führt dazu, dass Kinder mit Behinderung oft von ihren Familien zuhause eingeschlossen werden und ein sozial isoliertes Leben führen. (vgl. auch Haji 2012:11)

Die Regierung hat es bislang verabsäumt, die Rechte von Menschen mit Behinderungen genügend zu artikulieren und diese Bevölkerungsgruppe zu schützen. Die UWZ und ZADP sind daher unter anderem bemüht, durch mediale Kampagnen und die Errichtung von Integrationsklassen an den Schulen ein Bewusstsein hinsichtlich des Umganges mit Behinderung zu schaffen. Sie fordern die Regierung dazu auf, Bauvorschriften für öffentliche Gebäude zu erlassen, um barrierefreie Zugänge zu ermöglichen. Außerdem verlangen sie in diesem Zusammenhang eine drastische Erhöhung des Budgets auf dem Bildungs- und Gesundheitssektor sowie die Verbesserung der Ausbildung des medizinischen und pädagogischen Personals. (o.A. 2012a:5)

Der Journalist Oscar Samba fordert die Regierung in seinem Artikel *Serikali ziwe mbele kusaidia wenye ulemavu* auf, eine gesellschaftliche Vorbildfunktion einzunehmen und Menschen mit Behinderung vermehrt in die Öffentlichkeit treten zu lassen, in dem sie in der Politik, bei Gericht, der Polizei u.ä. Posten an sie vergibt. Er fordert für das Parlament eine Quote für Menschen mit Behinderung, ähnlich der bereits erfolgreich eingeführten Frauenquote. Des Weiteren plädiert er für kostenlose medizinische Behandlung und den Ausbau der Schulen für Kinder mit Behinderungen sowie die Fortbildungen für BeamtInnen, im Rahmen derer sie für den Umgang mit Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden und die Gebärdensprache erlernen sollen. (Samba 2012:5)

Waisenkinder

Auf die Unterstützung von Waisen wird nicht gesondert eingegangen, sie scheinen in der Vision 2020 lediglich als „*special group*“ (1999:29) und im MKUZA II als „*vulnerable group*“ (RGoZ 2010:96) auf, obwohl Waisenkinder auf Sansibar zu den am meisten von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen gehören (STC 2010:43). Zwar stehen sie unter der Verantwortung des *Department of Social Welfare*, doch betreibt dieses lediglich ein einziges Waisenhaus im ganzen Land und auch das mit sehr limitierten finanziellen Ressourcen. (STC 2010:44) Bis 2006 befand sich die Einrichtung im Stadtzentrum Zanzibar Towns und bot vierundvierzig Kindern unter vierzehn Jahren Unterkunft, bevor es in den Außenbezirk Mazizini verlegt und ausgebaut wurde und nun Platz für bis zu achtzig Waisen bietet. Dies wurde allerdings nicht durch die Regierung, sondern vor allem durch die NGO ZAYEDESa in Zusammenarbeit mit der UNDP, der *Aga Khan Foundation* und der Saudi Arabischen *Al-Yousouf Charitable Society* ermöglicht. Neben dem Waisenhaus versorgen andere Organisationen wie das SOS Kinderdorf, die *African Muslim Agency* und die Organisation *Istikama* 281 Waisenkinder im Land (STC 2010:42) Diese Maßnahmen unterliegen jedoch keinerlei staatlicher Kontrolle:

„These organisations work completely independently from the Department of Social Welfare, with no existing procedures for supervision or guidance on the implementation of minimum standards.“ (STC 2010:44)

Aus islamischer Sicht ist Armut Schicksal und Prüfung Gottes. Gleichzeitig gibt es für das Individuum dadurch die Möglichkeit, mittels Almosen und gute Taten Belohnung im Jenseits zu erlangen. Die Bedeutung der Waisenhilfe sowie die damit verbundene Belohnung werden im Koran besonders hervorgehoben.⁵⁰ Der Großteil der Bevölkerung ist der Meinung, dass die Versorgung der Waisen eine gesellschaftliche Verantwortung und nicht nur die der Regierung ist. Die meisten Menschen sind allerdings aufgrund ihrer eigenen Armut nicht dazu imstande, diese gesellschaftliche Pflicht wahrzunehmen. Ihre Unterstützung beschränkt sich vor allem auf die Zeit des islamischen Fastenmonats Ramadan und den darauf folgenden Feiertag Eid ul Fitr, an welchem die Pflicht zu Spenden (Zakāt) besteht.

⁵⁰ "Und sie geben Speise, aus Liebe zu Ihm, dem Armen und der Waise und dem Gefangenen: 'Wir geben euch Speise um des Antlitzes Allahs willen. Wir möchten von euch kein Vergelten und keinen Dank. Wir fürchten von unserem Herrn einen Tag von Sorgen, äußerst schwer.' Also schützt sie Allah vor dem Bösen dieses Tages und überwirft sie mit Glanz und Freude. Und Er vergilt ihnen, weil sie geduldig ausharrten, mit einem Garten und Seide." (Surat Al- 'Insān 76:8-12)

Ein umstrittener Punkt im Zusammenhang mit der Waisenhilfe auf Sansibar ist das islamische Adoptionsverbot. Der Islam kennt keine Adoption, dafür aber die sogenannte *Kafalah* (Bürgerschaft), eine staatlich geregelte Übernahme der Vormundschaft und Pflegschaft eines fremden Kindes in die Familie. Mit dem neuen *Childrens' Act* wird dieses Verfahren auf Sansibar auch außerhalb der Kadhi Gerichte erstmals rechtlich codiert. (STC 2010:38)

5.2 Genderaspekte der Armutsbekämpfung

Frühe Ansätze feministischer Kritik in der Entwicklungszusammenarbeit kritisieren die Ausgrenzung von Frauen im Modernisierungsdiskurs. Dieser war von Androzentrismus und geschlechtsspezifischer Rollenzuweisung geprägt:

„Der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Entwicklungsdiskurs war auf Modernisierung ausgerichtet, von *male bias* geprägt und in Afrika zum Teil noch kolonialen Projekten verpflichtet Zielgruppe waren meist ausschließlich Männer, ob als „fortschrittliche Bauern“ oder als „Haushaltsvorstände“. Frauen blieben weitgehend ausgeschlossen, die wenigen Programme, die auf Frauen fokussierten, sprachen diese in ihrer reproduktiven Rolle an, also mit Programmen zur Ernährung, Kinderpflege und Verhütung.“ (Maral-Hanak 2006:181)

In den frühen Siebziger Jahren untersuchte die dänische Ökonomin Ester Boserup in ihrem Werk *Women's Role in Economic Development* die Auswirkungen des Entwicklungsprozesses auf Frauen. Sie befand, dass Geschlechtergleichheit einen wirtschaftlichen Nutzen hätte, in dem sie sich positiv auf Produktivität und Wirtschaftswachstum eines Landes auswirken würde. Ungleichheiten seien demnach ein Hemmnis für Entwicklung. Darauf aufbauend formte sich im Entwicklungsdiskurs der *Women in Development* (WID) Ansatz. Er forderte die Einbindung der „Ressource Frau“ in den Entwicklungsprozess (Kerner 2000:10). Um dies zu erreichen sollten frauenspezifische Maßnahmen in Projekte und Programme integriert werden. Dies suggerierte die Isoliertheit von „Frauenproblemen“ und blendete die patriarchale gesellschaftliche Struktur als Ursache für Disparitäten zwischen den Geschlechtern aus. Statt das System zu verändern, wurde angestrebt, Geschlechtergleichheit innerhalb dieses Systems zu schaffen. (Maral-Hanak 2006:182)

Bereits 1949 argumentierte Simone de Beauvoir, dass man nicht als Frau geboren, sondern von der Gesellschaft erst dazu gemacht wird. (1980:265) Diesen Gedanken griff die britische Soziologin Ann Oakley 1972 in ihrem Werk *Sex, Gender, Society* auf. Sie unterschied das biologische (*Sex*) vom sozialen (*Gender*) Geschlecht und sprach dabei die Dichotomie von

Natur und Kultur an: während Sex eine natürliche Konstante ist, ist Gender kulturell konstruiert und daher variabel.⁵¹

Dieses Konzept fand auch Eingang in die Entwicklungszusammenarbeit. Nicht mehr der Status und die Rolle von Frauen und Männern, sondern ihr Verhältnis zueinander stand von nun an zur Debatte. Der WID-Ansatz wurde nach der Frauendekade⁵² und dritten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen schrittweise von *Gender and Development* (GAD) abgelöst. Das Frauennetzwerk *Development Alternativen for Women for a New Era* (DAWN)⁵³ kritisierte Mitte der achtziger Jahre den WID-Ansatz und argumentierte, dass Frauen nicht ausgeschlossen, sondern durch Herrschaftsverhältnisse und die geschlechtliche Arbeitsteilung benachteiligt und subordiniert werden. DAWN forderte die Analyse der Geschlechterdisparitäten zugrundeliegenden Mechanismen und Prozesse, um am bestehenden Normgefüge und Machtstrukturen zu rütteln. Als Strategie dafür wurde das Konzept von *Empowerment* eingeführt, unter dem folgendes verstanden wurde:

„Weg und Ziel einer umfassenden politischen Vision von weltweiter Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden; Ungleichheiten bezogen auf die drei Kategorien Klasse, Geschlecht und ‚Rasse‘ sollten dabei ebenso beseitigt werden wie Armut und Gewalt; Institutionen sollten sich öffnen für partizipative, demokratische Prozesse, Grundbedürfnisse sollten sich in Grundrechte verwandeln.“ (Kerner 2000:10)

Bedeutend für den GAD-Ansatz war Caroline Mosers Konzept des *Gender Planing*. Sie plädierte dafür, entwicklungspolitische Maßnahmen an Frauen zu orientieren, da diese durch ihre dreifache Rollenbelastung (reproduktiv, produktiv und sozial)⁵⁴ die eigentlichen „Lenkerinnen“ von Entwicklung seien. Moser unterscheidet dabei *Practical Gender Needs* (PGN) von *Strategic Gender Needs* (SGN), wobei erstere sich auf die Befriedigung der Bedürfnisse, die

⁵¹ Später wurde Oakleys Einteilung von den Queer Theories kritisiert, da diese Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität normierte. (Siehe dazu z.B. Butler, Judith (1990): *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. New York und London: Routledge).

⁵² Das Jahr 1975 wurde von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Frauenjahr“ erklärt, doch anschließend zur „Frauendekade“ 1975 bis 1985 verlängert, in der drei Weltfrauenkonferenzen in Mexiko, Kopenhagen und Nairobi stattfanden.

⁵³ DAWN ist ein Netzwerk von AktivistInnen und ForscherInnen, das 1984 in Indien gegründet wurde, um einerseits die Auswirkungen von Entwicklung und Globalisierung auf Frauen zu untersuchen, andererseits alternative Strategien aufzuzeigen. Diese präsentierten sie erstmals bei der dritten Weltfrauenkonferenz in Nairobi und veröffentlichten sie zwei Jahre später in dem Buch *Development, Crises and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives* (1987).

⁵⁴ Unter reproduktive Arbeit fällt laut Moser sowohl die biologische Reproduktion, als auch die Pflege von Kindern und Kranken sowie die Haushaltsführung. Produktive Arbeit ist die Lohnarbeit und landwirtschaftliche Produktion. Unter sozialer Arbeit verstand Moser gesellschaftsbezogene Aktivitäten, die der Gemeinde zugute kommen, wie etwa die Bereitstellung von Gütern für den kollektiven Konsum, die Organisation von Festen etc. (Vgl. Heigl 2009:13)

sich aus Frauen zugewiesenen Rollen ergeben, konzentrieren, während weitere Faktoren betreffen, die diese Rollenzuweisung aufbrechen können (z.B. rechtliche Gleichstellung). (Kerner 2000:12) Das Einbeziehen von Geschlechterverhältnissen in die Planung und Gestaltung von entwicklungspolitischen Maßnahmen soll diese transformieren und Frauen emanzipieren, um so „Gleichheit, Gerechtigkeit und *Empowerment*“ zu erzielen. (Moser 1993:1)

Bei der vierten Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 wurde Armut als multidimensionales und gegendertes Phänomen anerkannt und – als Bekräftigung des 1979 von den Vereinten Nationen verabschiedeten *Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau*⁵⁵ - Frauenrechte erstmals als Menschenrechte deklariert. Regierungen und andere Akteure verpflichteten sich dazu, Initiativen zur Geschlechtergleichstellung zu ergreifen und so die sozioökonomische Entwicklung voranzutreiben. Das Instrument des *Gender Mainstreaming* wurde dabei als Strategie in der sogenannten Aktionsplattform (*Beijing Action Platform*) verankert:

“In addressing the inequality between men and women in the sharing of power and decision-making at all levels, Governments and other actors should promote an active and visible policy of mainstreaming a gender perspective in all policies and programmes so that before decisions are taken, an analysis is made of the effects on women and men, respectively.” (UN 1995b:§189)

Weiters wurde thematisiert, dass die Globalisierung kein geschlechtsneutraler Prozess sei und die Forderung nach „einer demokratischen, an Überlebensbedürfnissen orientierten, umweltverträglichen und geschlechtergerechten Umgestaltung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ gestellt. (Wichterich 2001:1)

Kritisiert wurde die Aktionsplattform vor allem von Nichtregierungsorganisationen des Südens. Sie sprachen sich gegen eine von „westlichen Unterdrückungserfahrungen“ (Kerner 2000:10) abgeleitete Homogenisierung von Lebenssituation, Zielen und Bedürfnissen sowie der Viktimisierung von Frauen weltweit aus.

„Our understanding of feminism structures our visions for society and for women. We recognize that there can be diverse meanings of feminism, each responsive to the

⁵⁵ Die *Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women* (CEDAW) wurde am 18. Dezember 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Die 187 Mitgliedsstaaten, die die Konvention unterzeichnet haben, verpflichteten sich zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen und legen alle vier Jahre einen nationalen Fortschrittsbericht vor.

needs and issues of women in different regions, societies, and timer.“ (Sen;Grown 1988:79).

Chandra T. Mohantrý spricht in *Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses* (1991) von der Konstruktion der Dritten-Welt-Frau als einer neuen Form von Kolonisierung und Machtausübung. FeministInnen des Südens forderten eine Analyse der Überschneidungen von Gender und anderen Analysekategorien wie Klasse, Rassismus und Imperialismus, also das Verhältnis verschiedener Herrschaftsverhältnisse zueinander. (Maral-Hanak 2006:180) Außerdem hinterfragen sie den vermeintlichen „Emanzipationsfortschritt“ von Frauen im Norden mit dem Argument, dass diese die angestrebte Geschlechtergleichheit schließlich auch nicht erreicht hätten. (Frey 2000:9)

Auch in der Milleniumserklärung der Vereinten Nationen, in der Armutsbekämpfung als übergeordnetes globales Entwicklungsziel verankert wurde, rückte die überproportionale Betroffenheit von Frauen und Mädchen durch extreme Armut und Deprivation sowie geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf politischer, rechtlicher und sozialer Ebene ins Interesse der Analysen und Maßnahmen der bi- und multilateralen Gebergemeinschaft. Die internationalen Politikrichtlinien, die im vergangenen Jahrzehnt ausgehandelt wurden, verpflichten die Regierungen dazu, ungleiche soziale Beziehungen und Ausgrenzungsmechanismen zu beseitigen sowie geschlechterspezifische Interessen und Leistungen sowie die Auswirkungen von entwicklungspolitischen Maßnahmen auf die Situation von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Dennoch bestehen bis heute immer noch massive Geschlechterungleichheiten in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Wirtschaft oder politische Partizipation. Zur Messung wurden geschlechtsspezifische Entwicklungsindikatoren entwickelt, so zum Beispiel der *Gender-related Development Index* (GDI)⁵⁶ und der *Gender Empowerment Measure* (GEM)⁵⁷. Im *Global Gender Report* des *World Economic Forum* wird jährlich eine Rangordnung der Nationen über die Geschlechtergleichheit veröffentlicht. Er berücksichtigt unter anderem Faktoren wie den Zugang zu medizinischer Versorgung, Mütter- und Kindersterblichkeit, Alphabetisierungsraten, Erwerbsbeteiligung, Lohnunterschiede und die politische Partizipation.

⁵⁶ Der GDI misst die Lebenserwartung bei der Geburt, die Alphabetisierungsrate und die reale Kaufkraft nach Geschlechtern aufgeschlüsselt.

⁵⁷ Der GEM misst den Anteil von Frauen an Parlamentssitzen, an höheren Posten wie Abgeordnete, Beamte und Manager, an Fachkräften und schließlich auch die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen.

Trotz beachtlicher Fortschritte, die im 20. Jahrhundert im Bereich der Geschlechtergleichheit erreicht wurde, hat sich die Kluft zwischen Frauen und Männern weiter vergrößert. Weltweit sind mittlerweile 70% der Armen Frauen. Obwohl sie 66% der arbeitenden Weltbevölkerung darstellen, erwirtschaften sie nur 10% des Einkommens und haben lediglich zu 1% der Ressourcen wie Land oder Kredite Zugang. (Unmüßig 2010:2) Zwei Drittel der Frauen arbeiten unter prekären Bedingungen oder in unbezahlten Tätigkeiten, sprich Haus- und Sorgearbeit. In Subsahara Afrika und Südasien sind es sogar 80%. (UNIFEM 2009b:10f.)

Die Diskriminierung von Frauen und Mädchen hat eine Vielzahl wirtschaftlicher, soziokultureller und religiöser Ausprägungen und zieht sich durch unterschiedliche Lebensbereiche. Zwar ist global gesehen das Bildungsniveau von Frauen gestiegen, dennoch haben noch lange nicht alle Mädchen Zugang zu Bildungsangeboten. Trotz höherer Bildung bleiben Frauen in Führungspositionen unter- im informellen Sektor hingegen überrepräsentiert. Die Mehrfachbelastung durch Haushalt und Pflegearbeit, sowie das geringere Bildungsniveau führen Frauen in weniger geachtete Positionen mit meist schlechten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und niedrigem Einkommen. Vor allem in Zeiten der Globalisierung und des Abbaus sozialer Dienstleistungen sind Frauen besonders armutsgefährdet, man spricht auch von einer „Feminisierung der Armut“.

Auch beim Zugang zu medizinischer Versorgung bestehen große Geschlechterdisparitäten. So sterben jährlich über eine halbe Million Frauen während Schwangerschaft, Geburt oder an ihren direkten Folgen. Die meisten dieser Todesfälle könnten laut UNIFEM durch adäquate Versorgung und durch Schwangerschaftsverhütung vermieden werden. (UNIFEM 2009b:11) Zu bedenken gilt dabei, dass damit gesundheitliche Probleme, die sich aus Unterernährung, mangelnder Hygiene, fehlender Krankenstationen, schlecht ausgebildetem medizinischem Personal und Überbelastung durch körperliche Arbeit dennoch als potenzielle Risikofaktoren bestehen bleiben.

Frauen sind stärker von einer HIV/AIDS-Infektion betroffen als Männer: in Subsahara Afrika sind 67% der Infizierten Personen Frauen. Studien belegen, dass nur 19% aller Frauen im gebärfähigen Alter ausreichend über das Virus aufgeklärt sind. Im Jahr 2012 hatten über zweihundert Millionen Frauen trotz Bedarf keinen Zugang zu Schwangerschaftsverhütung, was nicht nur Familienplanung unmöglich macht, sondern auch das Risiko von Schwangerschaften Minderjähriger oder unsicherer Abtreibungen erhöht. (Singh/Darroch 2012:1) Laut WHO

waren zwischen 15% und 71% von Frauen weltweit bereits Opfer physischer oder sexueller Gewalt. (WHO 2005:5)

Zwar wurden auch bei der politischen Partizipation von Frauen Fortschritte erreicht, was teilweise mit der Einführung von Quotensystemen zusammenhängen dürfte, dennoch beträgt der Anteil von Frauen in Parlamenten weltweit nur 18,4%, wobei in den Parlamenten einiger Länder keine einzige Frau zu finden ist. (UNIFEM 2009b:10)

Oft erfahren Frauen auch rechtliche Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung, die dazu führen kann, dass sie trotz existierender Gesundheits-, Bildungs- oder Erwerbsangeboten nicht über ausreichende Handlungsfreiheit verfügen, um diese auch wahrnehmen zu können.

Dies sind nur einige Indikatoren, die verdeutlichen, dass Unterschiede zwischen den Geschlechtern noch weit davon entfernt sind, abgebaut zu werden. Die MDGs haben Ziele formuliert, die diese Unterschiede beseitigen sollen, wie etwa im Bereich der Bildung und der Gesundheit. Dennoch bleiben substanzielle Missstände, wie mangelnde Rechte und fehlende Eigentumstitel unthematisiert, und auch reproduktive und sexuelle Rechte von Frauen wurden außer Acht gelassen, was nach dem 1979 verabschiedeten *Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* und der *Aktionsplattform von Beijing 1995* als „absoluter Rückschritt“ (Unmüßig 2008a:2) gewertet werden muss.

5.2.1 Gender in Armutsbekämpfungsstrategien auf Sansibar

Die demographischen Merkmale Sansibars wurden in Kapitel 4 bereits ausführlich beschrieben, dennoch soll im Folgenden ein kurzer Überblick jener Daten gegeben werden, die für die Analyse von Geschlechterdifferenzen relevant sind.

Die Bevölkerung Sansibars ist nicht nur jung (44,3% unter 15 Jahren), sondern auch überwiegend weiblich: 51,4% sind Frauen. (UNICEF 2011:5) Die Lebenserwartung bei der Geburt beträgt 57 Jahre, wobei es keine gesonderten Berechnungen für Frauen und Männer gibt. Laut Schätzungen der ILO (2010:105) jedoch beträgt sie für Frauen 59,6 Jahre, für Männer 56,2 Jahre. Die Fertilität liegt bei 5,1 Kindern pro Frau (OCGS 2011:4), das Bevölkerungswachstum beträgt 3,1%. (ILO 2010:18) 21,3% der Haushalte werden von alleinstehenden Frauen geführt. (UNICEF 2011:xi)

Die sansibarische Regierung erkennt in Geschlechterungleichheit einen Grund für ein reduziertes Wirtschaftswachstum und mangelnde Effektivität von makroökonomischen Strategien, und versteht dies als Hemmnis für die Entwicklung des Landes. Daher wurde in der *Policy on Protection and Development of Women* (2001) sowie in den wichtigsten Regierungsdokumenten (wie in der Verfassung, der *Vision 2020* oder dem MKUZA II) Gender als prioritäres Querschnittsthema und die Notwendigkeit von Gender Mainstreaming in allen Regierungsmaßnahmen anerkannt und hervorgehoben. Ein durch die UNFPA unterstütztes *Gender Unit* wurde im Jahr 2002 innerhalb des Ministry of Social Welfare, Youth, Women and Children Development Zanzibar (MLYWCD) gegründet, das für die Sensibilisierung aller Regierungsapparate im Bezug auf Gender verantwortlich ist und die Einhaltung von internationalen Konventionen und Zielsetzungen (MDGs) überprüfen soll. (MLYWCD 2012:o.S.)

Während in den ersten beiden PRSPs Geschlechterdifferenzen noch wenig thematisiert wurden, weist das MKUZA II diesbezüglich deutliche Verbesserungen auf. So wird eine Gleichheit in allen Bereichen angestrebt: auf Haushaltsebene, in der Wirtschaft, am Arbeitsmarkt sowie in der Gesellschaft. Ziel ist es: „[to] empower both gender and all ages to participate in the development process.“ (RGoZ 2010:28) Vorrangig für die Realisierung sind laut MKUZA II rechtliche Gleichstellung und politische Partizipation sowie die gerechte Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen. (RGoZ 2010:28) In jedem Kapitel des Dokuments finden sich Hinweise auf betreffende Geschlechterdisparitäten und Strategien zu ihrer Überwindung. Die bislang geringe Einbindung von Frauen in den Entwicklungsprozess wird auf mehrere

Faktoren zurückgeführt: ihre niedrige Stellung innerhalb der stark religiös geprägten, islamischen Gesellschaft, niedrige Bildungsraten, mangelnde Richtlinien und Förderung von Geschlechteraspekten im öffentlichen Sektor sowie mangelnde geschlechtsspezifische Daten. (RGoZ 2010:64; RGoZ 2009:48)

Bei einer genaueren Analyse der Regierungsdokumente wird allerdings ein weiteres bedeutendes Hindernis für die Realisierung von Geschlechtergleichheit deutlich: obwohl die Rede von „Gender“ ist, sind Analysen und Maßnahmen ausnahmslos auf Frauen und Mädchen ausgerichtet. Das weist auf ein mangelndes Verständnis darauf hin, was Gender eigentlich bedeutet. Mitunter wird – wie im gesamten Entwicklungspolitischen Diskurs durchaus üblich – in bestehenden Strategien der Begriff „Frauen“ einfach durch „Gender“ ersetzt. Edward Mhina, der Genderexperte der *PRSP Review Teams*, macht dafür vor allem einen Mangel an politischem Willen, fehlende Expertise und Kapazitäten, sowie eine generelle Unterrepräsentation von Frauen in den Formulierungsprozessen verantwortlich. (Mhina 2009:5) Eine weitere Schwäche ist laut Mhina auch das Fehlen einer geschlechtersensiblen Analyse des makroökonomischen Rahmens, was darauf zurückzuführen ist, dass diese wirtschaftlichen Aktivitäten sich stark an den Vorgaben der IFIs orientieren, die generell von niedriger Partizipation von Zivilgesellschaft, Gender SpezialistInnen oder FrauenaktivistInnen gekennzeichnet sind und Armut vor allem auf wirtschaftliche Dimensionen reduzieren, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass sie sich für Männer, Frauen, Kinder unterschiedlich manifestiert. (Mhina 2009:5)

Gesundheit

Reproduktive Gesundheit

Die Notwendigkeit der Senkung von Mütter- und Kindersterblichkeit wird in internationalen und nationalen Beschlüssen hervorgehoben, so zum Beispiel in den MDGs⁵⁸, der *Vision 2020*, dem MKUZA II oder dem *Health and Sector Reform Strategic Plan II* (2006/07-2010/11). Auf Sansibar ist schlechte Mütter- und reproduktive Gesundheit vor allem durch die hohen Fertilitätsraten und eine niedrige Verhütungsrate bedingt. Diese beträgt je nach Bezirk auf Pemba bis zu 11,1%, auf bis zu 33,1%. (URT 2010b:16)

⁵⁸ MDG 5: Improve Maternal Health

Da Kindersterblichkeit im Kapitel „Kinderarmut“ bereits diskutiert wurde, soll nun lediglich auf Müttersterblichkeit eingegangen werden.

Frauen aus wirtschaftlich schwachen Familien sind davon häufiger betroffen, was damit zusammenhängt, dass sie während der Schwangerschaft und bei der Entbindung meist zu spät oder gar keine medizinische Hilfe in Anspruch nehmen können. Das hat viele Gründe: es sind einerseits finanzielle Hürden, andererseits auch Unwissenheit und die Distanz zu Gesundheitseinrichtungen, die vor allem im ländlichen Bereich vor begrenzten Kapazitäten stehen. (MoHSW 2008:2) Direkt zurückzuführen sind die meisten Fälle von Müttersterblichkeit auf Blutungen, schwangerschaftsinduzierte Hypertonie, Geburtsstillstand, Infektionskrankheiten und unsichere Abtreibungen. (MoHSW 2008:1)

Indirekte Faktoren für die hohe Müttersterblichkeit auf Sansibar sind schlechte Infrastruktur und eingeschränkter Zugang zu medizinischen Einrichtungen, unqualifiziertes Personal, sowie geringes Budget und schwaches Management im Gesundheitssektor. Abgesehen davon tragen auch Armut, Geschlechterungleichheit, kulturelle Gegebenheiten, schwache Beteiligung von Männern und der Gemeinden in Programmen zu reproduktiver Gesundheit und Familienplanung dazu bei. (MoHSW 2008:1) Geburtshilfe wird derzeit von fünfundzwanzig Einrichtungen angeboten. (MoHSW 2008:2) Im MKUZA II wird auf die ungleiche Verteilung zwischen den Inseln Unguja und Pemba sowie zwischen urbanen und ländlichen Gebieten hingewiesen. (RGoZ 2010:47)

Die Regierung hat eine Vielzahl von Strategien formuliert, um Herausforderungen in diesem Bereich anzusprechen: *Women Protection and Development Policy* (2001), die *Zanzibar Reproductive and Child Health Strategy* (2006-2010), der *Health Sector Reform Strategic Plan II* (2006/07-2010/11), der *Road Map to Accelerate Reduction of Maternal, Infant and Child Deaths* (2008-2015), *Childrens' Act* (2010) und die *Zanzibar Health Sector Policy* (2011). Um diese umzusetzen, wurde das *Reproductive and Child Health Program* des MoHSW initiiert, das die Aktivitäten der involvierten Akteure koordiniert.

Als Zielsetzungen werden genannt: Steigerung der Quantität und Qualität von GeburtshelferInnen, Verbesserung der medizinischen Grundversorgung, Ausbau weiterer Einrichtungen, Verbesserung des Zugangs zu Informationen bezüglich Familienplanung und zu Verhütungsmitteln und ein Ausbau von Infrastruktur wie Straßen und Wohnmöglichkeiten für medizinisches Personal. (RGoZ 2010:93)

Kritisch ist auch die hohe Rate von Schwangerschaften unter Jugendlichen: 9% der Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren waren bereits mindestens einmal schwanger. Gründe dafür sind mangelnde Sexualerziehung und Schulbildung, frühe Heirat und sexuelle Gewalt. Im Durchschnitt haben Frauen ohne Grundschulbildung 6,9 Kinder, während jene mit Sekundarschulabschluss nur 3,3 Kinder gebären. (RGoZ 2010:77) Lediglich 22% der weiblichen Bevölkerung ohne jegliche Schulbildung verwendet eine Form von Schwangerschaftsverhütung, während es bei Frauen mit Sekundarschulabschluss oder höherer Ausbildung 51,8% sind. (URT 2010b:16) 22% der Mädchen und 12,6% der Jungen sind bereits vor dem 18. Lebensjahr sexuell aktiv (RGoZ 2010:48), zusätzlich zu den oben genannten Maßnahmen sind also auch der verbesserte Zugang von Mädchen zu Bildung und innerhalb dessen der Ausbau des Sexualkundeunterrichts von höchster Priorität. Jugendliche sind nicht nur einem höheren Risiko von Schwangerschaftskomplikationen ausgesetzt, sondern gefährden sich zudem durch unsichere Abtreibungsmethoden, sexuell übertragbare Krankheiten und einer höheren Armutsgefährdung, aufgrund sinkender Partizipation im Bildungswesen, am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. (RGoZ 2010:48,58)

Eine bedeutende Debatte bezüglich der hohen Müttersterblichkeit brach innerhalb der sansibarischen Gesellschaft im Frühjahr 2012 aus, als eine in den Wehen liegende Schwangere vom Krankenhauspersonal abgewiesen wurde, weil sie nicht für die Kosten einer Entbindung aufkommen konnte: Zwar sind der Zugang zu Verhütungsmitteln und die meisten pränatalen Untersuchungen kostenlos, dennoch fallen bei einer Entbindung im Krankenhaus für die Mutter Kosten an: Kosten für die Aufnahme, die Bereitstellung von Medikamenten u.ä.⁵⁹ und schließlich auch Reinigungskosten. Bei Geburten per *Sectio caesarea* fallen außerdem Operationskosten und Kosten für den stationären Aufenthalt über mehrere Tage für die Mutter sowie für die Begleitperson an.⁶⁰ Zeitungen berichteten von dem Fall der abgewiesenen Mutter, die schließlich am Parkplatz vor dem Krankenhaus ihr Kind zur Welt brachte.⁶¹ Kurz darauf forderten diverse zivilgesellschaftliche Organisationen, die Kosten für Entbindungen in Krankenhäusern zu streichen, um auf diese Art allen Frauen die sichere Entbindung zu ermöglichen und so zu einer Senkung der Müttersterblichkeit beizutragen. Außerdem

⁵⁹ Nach einer ärztlichen Untersuchung im Krankenhaus bekommen PatientInnen ein Rezept ausgestellt, auf dem Medikamente sowie beispielsweise die Anzahl der Einweghandschuhe aufgelistet sind, die für eine Behandlung notwendig sind. Diese müssen von den PatientInnen selbst gekauft und den ÄrztInnen übergeben werden.

⁶⁰ Bei einer stationären Aufnahme muss eine Begleitperson die Mutter mit Essen versorgen und sich auch um die Pflege des Neugeborenen kümmern, da dies nicht vom Krankenhauspersonal übernommen wird. Begleitperson und Mutter teilen sich in der Regel ein Krankbett.

⁶¹ Vgl Vuai 2012:1-2 und o.A. 2012b:5.

forderten sie die Regierung dazu auf, die Bevölkerung stärker für das Thema zu sensibilisieren. Das medizinische Personal soll Schwangere bereits bei den pränatalen Untersuchungen eindringlich auf die Vorteile einer Geburt mit Anwesenheit einer GeburtshelferIn hinweisen. Als Reaktion darauf erklärte das Gesundheitsministerium (MoHSW), dass die Übernahme von Geburtenkosten aus seinem Budget für das Fiskaljahr 2012/2013 nicht gewährleistet werden könnte, Präsident Dr. Ali Mohamed Shein deutete aber an, dass künftig zumindest Kosten für Kaiserschnittgeburten übernommen werden sollen.⁶² Bis heute gibt es diesbezüglich allerdings immer noch keinen Beschluss der Regierung, die Kosten bestehen auch weiterhin.⁶³

Ernährung

Eine große Herausforderung ist auch der schlechte Ernährungszustand vieler Frauen und Mädchen. Laut MKUZA II (2010:60) sind Frauen doppelt so häufig von Mangelernährung betroffen wie Männer. Besonders gefährdet sind Kinder, Schwangere und ältere Frauen. (RGoZ 2010:78)

Besonders in der Schwangerschaft hat dies, gepaart mit beschränktem Zugang zu sauberem Trinkwasser und schlechten Hygienebedingungen, gravierende Auswirkungen. Zwar hat die Regierung Maßnahmen für die Versorgung von Schwangeren getroffen, doch nur wenige Frauen machen davon Gebrauch: so haben weniger als 10% Eisenpräparate und lediglich 13% Vitamin A Kapseln zu sich genommen. (RGoZ 2010:58)

HIV/AIDS

HIV und AIDS sind nicht nur ein prioritäres Thema und Querschnittanliegen in Armutsreduzierungsprogrammen, sondern spielen auch in Bezug auf Geschlechterungleichheit eine wesentliche Rolle. So weisen Frauen eine höhere Infektionsrate auf als Männer (0.7% im Vergleich zu 0,5%). (URT 2010a:1) Ausschlaggebend dafür ist die niedrige Akzeptanz von Kondomen, männliche Kontrolle über die Entscheidung zu Verhütung, sexuelle Gewalt, Polygamie sowie Prostitution. (RGoZ 2010:19,77)

Ein wichtiger Faktor für reproduktive Gesundheit ist niedrige Verhütungsrate innerhalb der sansibarischen Gesellschaft. Obwohl der Zugang zu Verhütungsmitteln auch in ländlichen Ge-

⁶² Vgl. ZL vom 17.5.2012, S.1-2.

⁶³ Laut der Rede des Präsidenten (Vuai 2012:1-2) fallen für eine Kaiserschnittentbindung 40.000,- TZS an. Laut meinen InterviewpartnerInnen ist dies weit von der Realität entfernt. Tatsächlich betragen die Kosten zwischen 150.000,- und 250.000,- TZS.

bieten unkompliziert und kostenlos ist, nehmen in der von den Autoren untersuchten Gemeinde Matemwe, im Nordosten Ungujas lediglich 2% der Familien am von UNICEF finanzierten Programm zu Familienplanung teil. (Keele/Forste/Flake 2005:32) Die meisten Frauen in der Gemeinde sind Analphabetinnen, nicht erwerbstätig und somit abhängig von ihren Ehemännern. Ihr Widerstand gegen Verhütungsmittel ist bedingt durch die Unkenntnis der islamischen Gesetzgebung⁶⁴, welche von vielen Männern dazu benutzt wird, ihren Frauen einzureden, Verhütung sei im Islam generell verboten. (Keele/Forste/Flake 2005:36) Viele vertreten die Meinung, dass Verhütung durch die Frau zu Untreue führe. Die gängigen Methoden, die von vielen als erlaubt anerkannt werden, sind der *coitus interruptus*, Abstinenz und das Stillen über einen Zeitraum von zwei Jahren.

Die Autoren empfehlen daher, islamische Rechtsgelehrte in die Familienplanungsprogramme Sansibars mit einzubeziehen. Sie führt dabei das Beispiel Indonesiens an, wo seit den Sechziger Jahren religiöse Führer von der Bedeutung von Familienplanung für die Gesundheit von Müttern und Kindern sowie für die Entwicklung des Landes überzeugt und in die Planung und Durchführung der Programme erfolgreich integriert werden konnten. (Keele/Forste/Flake 2005:39)

Die Betonung von gesundheitsförderlichen Aspekten von Familienplanung ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg und die Akzeptanz der Programme:

„Rather than trying to convince villagers that contraceptives are not prohibited by their religion, family planning programmes might be more effective if they emphasise in particular that contraceptive use enables couples to have large healthy families in compliance with religious beliefs.“ (Keele/Forste/Flake 2005:39)

Auch der Mangel an Engagement von Männern in Fragen der Verhütung und reproduktiven Gesundheit wird in der Studie angesprochen. Da Entscheidungen diesbezüglich vorrangig von diesen getroffen werden, stellt die überwiegende Konzentration auf Frauen einen Mangel bei der Programmplanung dar. Da die ländliche Bevölkerung Sansibars von großen Bildungsdefi-

⁶⁴ Keine Sure des Koran verbietet Schwangerschaftsverhütung explizit, die islamische Rechtssprechung (*Fiqh*) bezieht sich auf mehrere Ahadith, die belegen, dass Verhütung im Islam unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt ist, beispielsweise wenn die Gesundheit der Mutter gefährden ist (z.B. durch zu kurze Geburtsabstände) oder sie eine Krankheit auf das Kind übertragen könnte. Aus islamischer Sicht beginnt eine Schwangerschaft mit der Befruchtung der Eizelle, weshalb Methoden, die diese verhindern erlaubt sind. Eine befruchtete Eizelle abzutreiben, oder eine Schwangerschaft dauerhaft (durch Sterilisation) unmöglich zu machen, sind hingegen verboten. Entscheidungen bezüglich Familienplanung muss laut islamischem Gesetz mit beidseitigem Einverständnis getroffen werden. (Für detaillierte Informationen: Rizvi, Sayyid Muhammad (1994): *Marriage and Morals in Islam*. Scarborough: Islamic Education & Information Centre.)

ziten sowie beschränktem Medienzugang gekennzeichnet ist, ist die Verbreitung von Informationen über die religiösen Führer ein erfolgsversprechender Ansatz, wie auch von der UNFPA Tanzania unterstrichen wird:

"It is not just an issue of getting contraceptive commodities to people, you have to be sure they want to use them, and are able to use them when they want to, whether to plan children, space them out or not have children at all." (Carrington 2011:o.S.)

Die *Zanzibar Imams Association* und die *Zanzibar Interfaith Association for Development and Aids* (ZIADA) haben diesbezüglich bereits erste Schritte unternommen. Imam Zuberi Muhudin argumentiert in einem Interview, dass die Empfehlung im Koran⁶⁵, ein Kind zwei Jahre zu stillen, auf den dabei entstehenden (wenn auch unzuverlässigen) Empfängnisschutz zurückzuführen sei, Familienplanung im Islam also keineswegs verboten sei. Um dies zu unterstreichen, hat der sansibarische Gelehrtenrat die Verwendung von Verhütungsmethoden in einer *Fatwa*⁶⁶ offiziell erlaubt. (Carrington 2011:o.S.) Dies allerdings unter bestimmten Voraussetzungen: so ist vorehelicher Geschlechtsverkehr im Islam untersagt, Verhütungsmittel sollen deshalb laut Hamid Nasser, dem Koordinator der FBOs auf Sansibar und Mitarbeiter der Zanzibar Aids Commission (ZAC), in Krankenhäusern auf Rezept ausgestellt werden, um außereheliche sexuelle Beziehungen zu unterbinden. Dies würde einerseits Schwangerschaften von Jugendlichen verhindern, andererseits auch der Ansteckung mit HIV entgegenwirken.

Obwohl der Zugang zu Verhütungsmitteln auf Sansibar aber weiterhin für alle Personen, unabhängig von Familienstatus und Alter frei ist und die Verwendung von Verhütungsmitteln in den vergangenen Jahren gestiegen ist, steigt die Anzahl der jugendlichen Schwangeren dennoch stetig. Felister M. Bwana, Programmkoordinator für reproduktive Gesundheit der UNFPA Tanzania, kritisiert diesbezüglich die starke Konzentration auf HIV/AIDS durch Gebergemeinschaft und Regierung, bei gleichzeitig niedriger Prävalenzrate auf Sansibar. Seiner Meinung nach wäre es vorrangig, der hohen Fertilitäts- und Sterblichkeitsraten entgegenzuwirken. (Carrington 2011:o.S.)

Menschen mit Behinderungen

⁶⁵ „Die Mütter haben ihre neugeborenen Kinder zwei volle Jahre zu stillen, wenn sie das Stillen zu Ende führen wollen. [...] Sollten die Eltern sich dafür entscheiden, das Kind (vor Ablauf der zwei Jahre) abzustillen, so dürfen sie das tun, vorausgesetzt, dass sie sich darüber beraten und dieses gemeinsam vereinbart haben.“ (Surat al-Baqarah 2:233)

⁶⁶ Eine *Fatwa* ist ein Rechtsgutachten, das von einem Islamgelehrten (*Mufti*) als Reaktion auf ein innerhalb der muslimischen Glaubengemeinschaft auftretendes Problem. Im Unterschied zu einem Gerichtsurteil ist sie allerdings nicht bindend und wird heute oft als praktische Lebensberatung erlassen. (vgl. Elger, Ralf (2001): Kleines Islam-Lexikon. München:Beck, S.101).

Ein von Seiten der Regierung unangesprochenes Problem der gesellschaftliche Umgang und die Diskriminierung von mit Menschen, vor allem Frauen, mit Behinderungen. Dass diese Problematik innerhalb der sansibarischen Gesellschaft aber durchaus relevant ist, zeigt sich anhand der starken Thematisierung durch Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Die Journalistin Salma Said spricht in ihrem Blog davon, dass Frauen mit Behinderungen innerhalb der Gesellschaft Opfer zweifacher Diskriminierung seien: einerseits durch ihr Geschlecht, andererseits durch ihre Behinderung:

„Persistence of certain cultural, legal and institutional barriers makes women and girls with disabilities the victims of two-fold discrimination: as women and as persons with disabilities.“ (Said 2010a:o.S.)

Aus einer 2004 von Jabulani Manombe Mcube durchgeführten Studie geht hervor, dass Gender Mainstreaming innerhalb der UWZ nicht erreicht wurde, sondern lediglich Frauenanliegen in die Zielsetzungen und Programme aufgenommen wurden. (Mhina 2012:o.S.) So trägt die UWZ zwar zu Bewusstseinsbildung bezüglich Frauenrechte und dem wirtschaftlichen Empowerment von Frauen mit Behinderung bei, thematisiert allerdings keinesfalls die der Diskriminierung zugrundeliegende Geschlechterhierarchie. Auch innerhalb der Organisation ist man von Gleichheit weit entfernt: vor allem die Organisationsleitung wird von Männern dominiert. (Mhina 2012:o.S.) Der Mangel an Frauen in führenden Positionen führt dazu, dass auf das Geschlecht basierende Diskriminierung kaum angesprochen wird. Edward Mhina, der die Strategie der UWZ auf Gender Mainstreaming untersucht hat, schreibt in seinem Resumee:

„In sum, the constitution is gender blind; it misses completely any gender differences and does not try to address any such differences at all. It assumes that the situation is equally similar for both male and female peoples with disabilities, while reality proves this as not the case.“ (Mhina 2012:o.S.)

Stella Marenga vom *Training Center for Development Cooperation* (TCDC) stellte im Jahr 2003 die Vielschichtigkeit der Benachteiligungen, die Frauen mit Behinderungen gegenüber Männern erfahren dar. Ihr zufolge werden Jungen mit Behinderung im Bezug auf Schulbildung bevorzugt, so haben sie als Männer auch weitaus höhere Chancen eine Anstellung zu finden und werden auch besser bezahlt. Frauen mit Behinderung haben schlechten Zugang zu Informationen und medizinischer Versorgung, sie sind überproportional von physischer, psychischer und vor allem sexueller Gewalt betroffen. Außerdem haben sie geringe Chancen zu

heiraten, was sie bei gleichzeitig niedrigen Bildungs- und Erwerbschancen und schlechter medizinischer Versorgung einem besonders hohen Armutsrisiko aussetzt. (Mhina 2012:o.S.)

Bildung

Die Bedeutung von Geschlechtergleichheit im Bildungssystem ergibt sich aus den multiplikativen Effekten von Bildung. Sie steht in Zusammenhang mit verbessertem Gesundheits- und Ernährungszustand, niedriger Fertilitätsrate, zivilgesellschaftlicher Partizipation und wirtschaftlicher Entwicklung. (SAQMEQ 2011:2) Disparitäten zwischen den Geschlechtern bestehen im Zugang zu Schulbildung, Lehrmethoden und Curriculum, Lernerfolge, Anteil der weiblichen Lehrkörper, spätere Berufswahl und somit auch Chance und Gestaltungsmöglichkeiten im Leben. (SAQMEQ 2011:2) Geschlechtergleichheit nimmt deshalb auf der Agenda der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einen hohen Stellenwert ein, was sich auch in den MDGs widerspiegelt⁶⁷. Das mit den MDGs korrelierende nationale Ziel der Genderparität an den Grundschulen im formellen Bildungssystem auf Sansibar wurde bereits im vorherigen Kapitel „Kinderarmut“ besprochen.

Neben der Grundschulbildung betont das MKUZA II auch die Dringlichkeit des Ausbaus weiterführender Bildungsmöglichkeiten. Damit einhergehen soll die qualitative Verbesserung der Arbeitskräfte vor allem in Bereichen, die direkt zu einem Wirtschaftswachstum beitragen könnten, wie zum Beispiel der Tourismus, in welchem derzeit überwiegend ausländische Arbeitskräfte tätig sind.

“At present there is a very limited capacity for technical and vocational education training in the country [...] [A]s a result, a significant proportion of skilled labour in Zanzibar is imported from outside the country.” (MoEVT 2011:o.S.)

Dies soll auch zu einer drastischen Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, von der vor allem junge Frauen betroffen sind, führen. Da das Grundschulsystem auf Sansibar in seinem Curriculum keine Förderung von technischen (z.B. Computerkenntnisse) oder praktischen Fertigkeiten vorsieht, möchte die Regierung den Ausbau von Berufsschulen und weiterbildenden Schulen fördern. Dies war bereits in früheren Strategien, wie dem *Zanzibar Youth Policy and Youth Employment Action Plan* (2007) vorgesehen.

Verantwortlich für weiterführende Bildung nach der Grundschule, die neben Berufsausbildungen auch Alphabetisierungskurse (auch speziell für Frauen: *Women Programme*) beinhaltet

⁶⁷ MDG 2: Achieve universal primary education.

(RGoZ 2010:39), ist das *Ministry of Education and Vocational Training* (MoEVT) innerhalb dessen die *Vocational Training Authority* (VTA) gegründet worden ist.

Eine Berufsausbildung steht allen offen, die die Grundschule abgeschlossen haben, aber auch den SchulabrecherInnen. Dafür hat die Regierung zwei Einrichtungen eröffnet (*VET Skills Development Centres*), eines auf Unguja und eines auf Pemba. (RGoZ 2010:39)

Jugendliche, die die Grundschule nie besucht oder abgebrochen haben, können im sogenannten *Alternative Learning System* aufgenommen werden. Es gibt zwei unterschiedliche Gruppen, eine für 12- bis 14-jährige, die andere für 15- bis 19-jährige. Die erste Stufe orientiert sich am Lehrplan der Grundschule, während bei der zweiten eine Berufsausbildung im Vordergrund steht. (RGoZ 2010:39) Das im Jahr 2004 in Zusammenarbeit mit der *African Development Bank* initiierte *Alternative Learning and Skills Development Project* hat beispielsweise 55 Mädchen, die zwischen 2006 und 2008 die Schule wegen Schwangerschaft verlassen mussten, den Wiedereinstieg ins Bildungssystem ermöglicht. (AFDB 2011:8) Es wird erwartet, dass von diesem Großprojekt 2500 unqualifizierte, junge Arbeitslose profitieren werden.⁶⁸ Besonders soll hier der Zugang für junge Frauen und Menschen mit Behinderung erleichtert werden. (AFDB 2011:8) Auch Themen wie Familienplanung, HIV/AIDS, Drogenmissbrauch und Gender wurden angeblich in den Lehrplan aufgenommen.

Aus einer im Jahr 2005 durchgeführten Studie geht allerdings hervor, dass die vielversprechenden Pläne des Projekts nicht in die Realität umgesetzt werden konnten. So würde Geschlechtergleichheit im Lehrplan keinesfalls berücksichtigt werden, was anscheinend auf keine der berufsbildenden Schulen auf Sansibar zutrifft: „[T]here is no consideration of gender equity in all designed curriculum at vocational centers in Zanzibar.“ (Ngowi 2005:48)

Vorherrschende Vorstellungen über Geschlechterrollen spiegeln sich im Kursangebot für Frauen wieder: sie besuchen vor allem Kurse zu Haushaltsführung, Nahrungsmittelproduktion und dem Gastgewerbe (Kellnern). Der Großteil nimmt außerdem nur an Kurzlehrgängen teil und viele treten schlussendlich nicht zur Abschlussprüfung an. (Ngowi 2005:48) Die politisch Verantwortlichen im Ministerium sind der Meinung, dass die niedrige Teilnahme von Frauen an den Kursen an der grundsätzlichen gesellschaftlichen Einstellung ihnen gegenüber liegt (siehe auch die Ausführungen weiter oben). Obwohl dieser Aspekt natürlich nicht zu unterschätzen ist, macht Ngowi auch den fehlenden Zugang zu Informationen über

⁶⁸ Laut Projektbeschreibung sind mindestens 20% der Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos, davon 51,8% junge Frauen. (AFDB 2011:iii)

Bildungschancen dafür verantwortlich. Sie fordert Seminare und Workshops zum Thema Gender für Angestellte und LehrerInnen, Beratung für Jugendliche, sowie die Verbreitung von Informationsmaterial an Schulen, Gemeinden und Unternehmen, das über den Nutzen von Frauenbildung aufzuklären hat und der Diskriminierung am Arbeitsmarkt entgegenwirkt. (Ngowi 2005:25) Außerdem sollte das Kursangebot ausgebaut werden: für Fremdsprachenkurse und Kurse für FremdenführerInnen sowie Computerkurse bestehe große Nachfrage. Wichtig wäre es auch, Unterricht über Kommunikation und Unternehmensführung in alle Kurse zu integrieren. Eine effiziente Verbesserung der technischen sowie infrastrukturellen Einrichtung sei dringend notwendig: beispielsweise wären Wohnmöglichkeiten für SchülerInnen angesichts der Distanzen zu ihren Wohnorten besonders wichtig. (Ngowi 2005:49) Auffällig sei auch, dass die Ausstellung von Zeugnissen teilweise bis zu einem Jahr dauert.

Ngowis Beobachtungen stimmen auch mit einer von der *Canadian Technical Vocational Group* (CTVG) veröffentlichten Studie aus dem Jahr 2004 überein, in der es bezugnehmend auf berufsbildenden Schulen auf Sansibar heißt:

„[F]acilities are poor and there is great deficit of enough tools and equipments. Training centers were found with poor teaching materials, lack of expertise and poor quality training. Moreover, training and skills provided by the centers are not geared to the changing labor market demands.“ (Ngowi 2005:42)

Von Seiten der Regierung werden weder Studien durchgeführt, die die Nachfrage am Arbeitsmarkt analysieren, noch existieren Evaluationen über die Ausbildungsstätten. So gibt es für InteressentInnen keine aussagekräftigen Informationen im Vorfeld ihrer Ausbildung, die ihnen dabei helfen könnten, durch die richtige Kurswahl ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. (Ngowi 2005:51)

Die auf Sansibar durchgeführten Interviews ergaben, dass finanzielle Hürden den Besuch einer Ausbildungseinrichtung oft erschweren. Neben den Kosten für die Inskription, den Kursbesuch selbst und die Abschlussprüfungen, müssen SchülerInnen oft für Materialkosten aufkommen: so müssen zu Kochkursen beispielsweise die benötigten Lebensmittel, zu Nähkursen unter anderem Stoffe zum Unterricht mitgebracht werden. Da viele dieser Zentren in städtischen Gebieten angesiedelt sind, kommen für SchülerInnen vom Land auch noch Fahrtkosten dazu.

Bei einer Befragung gaben Eltern und SchülerInnen an, dass Fertigkeiten, die für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben nötig sind, bereits in den Unterricht der Grundschule integriert werden sollten. Ein Großteil der SchülerInnen steigt nach der Grundschule direkt ins (informelle) Berufsleben ein und erwartet sich deshalb von der Schulbildung vor allem erhöhte Chancen am Arbeitsmarkt. Dies sollte ihrer Meinung nach im Curriculum zum Ausdruck kommen: Sie wünschen sich zum Beispiel „[v]ocational skills to do with farming, cars and carpentry that give employment or a steady job like teaching.“ (VSO 2011:33)

Eine Möglichkeit für Erwachsene, die die Grundschulbildung nicht abschließen konnten, wird auch am 2006 gegründeten *Raha Leo Alternative Learning Centre* angeboten. Hier kann die Grundschule innerhalb von drei Jahren nachgeholt und der Kursbesuch am Ende durch ein Zertifikat bestätigt werden. Im Jahr 2008/09 waren am *Centre* 6.840 SchülerInnen, davon 5.701 Frauen, angemeldet.

Einkommen und Beschäftigung

Betrachtet man den Zugang zu finanziellem Einkommen und Beschäftigung generell, werden die Geschlechterungleichheiten auf Sansibar besonders deutlich. Zwar ist die offizielle Frauenbeschäftigungsrate hoch - 73,8% im Jahr 2006 (ILO 2010:23) - dennoch sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt Männern gegenüber immer noch benachteiligt. So arbeitet die überwiegende Mehrheit im informellen Sektor oder geht einer unbezahlten Tätigkeit im Haushalt oder in der Subsistenzlandwirtschaft nach.

Lediglich 17,4% der sansibarischen Bevölkerung ist im formellen Sektor beschäftigt (ILO 2010:35), der von prekären Arbeitsbedingungen, niedrigen Einkommen, hoher Arbeitsbelastung, fehlender gewerkschaftlicher Interessensvertretung und rechtlichem Schutz gekennzeichnet ist.

„The majority of women are employed in the informal economy (subsistence farming, informal sector activities and as casual labourers in commercial plantations). Workers in the informal economy experience serious poor working environment including limited coverage of social protection limited labour legislation and absence of organisational capacity. They perform unskilled or semi skilled jobs, which are time consuming with low pay“. (RGoZ 2010:75)

Aufgrund der Benachteiligung beim Zugang zu Bildung und wirtschaftlichen Ressourcen (Eigentum, Kredit, Technologie) sowie der ungleichen Rollenverteilung innerhalb der Familie, führen Frauen meistens Arbeiten mit niedriger Produktivität und in niedrigeren Positionen aus. Ein Großteil dieser Frauen zählt zu den sogenannten *Working Poor*: trotz Erwerbstätig-

keit reicht ihr Einkommen nicht aus, um der Armut zu entkommen: „The link between working in the informal economy and being poor, especially in the lowest-return activities, is stronger for women than for men.“ (ILO 2002:14)

Die Einkommensschere ist auf Sansibar außerordentlich hoch. In der Regel verdienen Männer durchschnittlich dreimal so viel wie Frauen:

„For example in rural areas, men earn an average annual income of Tshs. 598,243 compared to Tshs. 180,328 for women, while in urban areas men earn an average annual income of Tshs. 1,029,701 compared to Tshs. 420,626 for women.“ (RGoZ 2010:75)

Landwirtschaft und Waldnutzung

Der Landwirtschaftssektor wird von kleinbäuerlichen Betrieben und Subsistenzlandwirtschaft dominiert, in denen Frauen überrepräsentiert sind. Schwache Ernten, mangelnde Infrastruktur und Technologie, beschränkter Zugang zu Krediten und anderen Dienstleistungen sowie Geschlechterdifferenzen nicht berücksichtigende politische und wirtschaftliche Maßnahmen führen zu einer niedrigen Produktivität der sansibarischen Landwirtschaft. Auch institutionelle Schwächen sind dafür verantwortlich:

„[T]here is low capacity amongst the relevant institutions both at national and district levels to implement the policies and programmes/plans that are designed to reduce poverty and food insecurity. [...] Some of the capacity constraints include inadequate technical expertise, low capacity for financial planning, inadequate management skills, insufficient financial resources and lack of adequate tools to manage and control the development process.“ (RGoZ 2010:24)

Obwohl Frauen einen Großteil der landwirtschaftlichen Arbeit verrichten und zusätzlich noch die Verantwortung für den Haushalt tragen, besitzen lediglich 9,6% von ihnen das Land, auf dem sie Ackerbau betreiben, und 17,1% das Land, auf dem sie Vieh halten. (OCGS 2011:96) Darüber hinaus haben 70,1% der Männer die alleinige Entscheidung darüber, wie das Einkommen verwendet werden soll. Nur 6% der Frauen verfügen frei über ihr in der Landwirtschaft erwirtschaftetes Einkommen. (OCGS 2011:95)

CARE Tanzania macht dafür vor allem das niedrige Bildungsniveau und die schwache Partizipation von Frauen in den Gemeinden verantwortlich, die dazu führt, dass Frauen nicht über ihre Rechte Bescheid wissen und diese auch nicht vertreten können. Während Männer über Erbschaft, Erwerb oder Pacht Zugang zu Land haben, haben Frauen meistens nur die Möglichkeit, Land zu erben und auch dann bleibt ihnen wenig Kontrolle darüber, vor allem wenn sie verheiratet sind. (CARE 2012:4) Viele Frauen denken, dass sie rechtlich nicht dazu befugt seien, Land zu erwerben bzw. wissen nicht, welche Vorgangsweisen dazu notwendig sind.

Vom Gemeinderat und anderen Behörden bekommen sie diesbezüglich nur selten weiterführende Informationen. (CARE 2012:5)

Zum Schutz der Waldbestände vor exzessiver Nutzung wurden eine Vielzahl von Projekten initiiert, wie das *Sustainable Management of Land and Environment* (SMOLE) und *Hifadhi ya Misitu ya Asili* (HIMA). HIMA, das sich auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen konzentriert, wurde von *CARE Tanzania* auf seine Berücksichtigung von Genderaspekten untersucht. Dabei wurde vor allem das mangelnde Mitspracherecht von Frauen kritisiert. Die eingerichteten *Village Forest Committees*, die von dem jeweiligen *Sheha* der Gemeinde geleitet werden, sind für die Vergabe von Lizenzen für die Waldnutzung verantwortlich und von Männern dominiert. Die wenigen weiblichen Mitarbeiter können sich nur schwer durchsetzen und brauchen in der Regel die Erlaubnis ihres Ehemannes, um überhaupt an Sitzungen teilnehmen zu können. Das Komitee beschließt, wofür die eingenommenen Gelder innerhalb der Gemeinde verwendet werden sollen, wobei vorrangig auf die Wünsche der Männer Rücksicht genommen wird. So wird in den Bau eines Fußballfeldes oder den Ausbau einer Moschee, aber weniger in Infrastruktur investiert, die Frauen zugute kommen würde, wie beispielsweise Brunnen oder Wasserentnahmestellen, Straßenbeleuchtung oder medizinische Einrichtungen. (CARE 2012:7)

Die *Forest Policy* fordert zwar die aktive Partizipation der Gemeinde, aber nicht ausdrücklich jene von Frauen. Die Forderungen nach einem Gender Training für diese Komitees wurden nicht erfüllt, dabei wäre dies dringend notwendig:

„Shehas do not put enough emphasis on women’s participation in public decision-making. Many local leaders themselves are very restrictive of women participating in decision-making bodies and if a woman is persistent, they would not give her the opportunity to speak.“ (CARE 2012:8)

Der ungleiche Zugang zur Waldnutzung verstärkt die finanzielle Benachteiligung von Frauen innerhalb der Familie und führt sie so in vermehrte Abhängigkeit: während Frauen den Wald aufgrund ihrer eingeschränkten zeitlichen Ressourcen vor allem für den häuslichen Gebrauch als Feuerholzspender zum Kochen nutzen, sind Männer vorwiegend am Handel beteiligt und ziehen daraus finanziellen Gewinn. Dieses Einkommen wird allerdings innerhalb des Haushaltes ungleich verteilt: viele Männer sind der Meinung, lediglich für die Versorgung mit Lebensmitteln verantwortlich zu sein und den Rest des Geldes für sich nutzen zu können, während die Frauen für andere Konsumgüter aufkommen müssen:

„The income I make from the farm is used to purchase food for the household, my wives are expected to use their income to meet other need of the households, such as school fees for the children and clothing.“ (CARE 2012:6)

In ihrem Artikel *Empowering women through electrification: experiences from rural Zanzibar* unterstreicht die Autorin daher die Bedeutung der Elektrifizierung ländlicher Haushalte durch die Regierung, um Frauen den großen Aufwand, den die Suche nach Feuerholz und das Kochen über Feuer, zu ersparen und ihnen so mehr Zeit für produktive Arbeit zu ermöglichen. (Winther 2008:10)

Meeresalgenproduktion

Die Produktion von Meeresalgen ist ein fast ausschließlich von Frauen dominierter Bereich und hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung erlebt. Seit den Achtziger-Jahren fördert die Regierung den Anbau aktiv, um ausländische Investoren anzulocken. Meeresalgen sind seither zu einem gefragten Exportgut geworden. (Tobisson 2009:135) Doch aufgrund internationaler Handelsvereinbarungen darf Sansibar jährlich nur 7500 Tonnen ausführen, der Ausbau dieses Sektors, der für viele Bewohner der Ostküsten Sansibars mittlerweile die Haupteinnahmequelle darstellt, bleibt also beschränkt. (RGoZ 2010:25)

Trotz der großen Nachfrage bleiben Auswirkungen auf die Lokalbevölkerung minimal, wie aus Interviews im Rahmen einer von SIDA in Auftrag gegebenen Studie aus dem Jahr 2009 hervorgeht: nach der höchst arbeitsintensiven Vorbereitung und dem Anbau auf sogenannten *Kunde* (Kisw. Anbaufläche), vergehen bis zu sechs Wochen bis zur Ernte, die in der Regel fünf bis sieben Säcke mit je 25 Kilogramm Algen ergibt. Nach dreitägigem Trocknen an der Sonne haben die Algen ein Nettogewicht von sieben bis acht Kilogramm. Im Durchschnitt verkaufen die Frauen diese um 5.000,- TZS (etwa 5 USD) und bewirtschaften meist vier bis fünf Flächen. (Tobisson 2009:134) Durch den großen Aufwand müssen viele Frauen die Subsistenzlandwirtschaft, die sie früher betrieben, aufgeben, um ein – wenn auch geringes – finanzielles Einkommen zu erwirtschaften.

In einem Interview meinten BewohnerInnen aus Jambiani, jemand sei nicht arm, wenn er oder sie früh Abendessen könne (*anakula mapema*, Kisw. „sie isst zeitig“): Die hohe zeitliche Belastung durch lange Arbeitsstunden für geringes Einkommen in Kombination mit der anschließenden Suche nach Feuerholz und dem Wasserholen für das Kochen wird erkennbar. (Tobisson 2009:136)

Tourismus

Die sansibarische Regierung konzentriert sich im Bereich der Beschäftigung vor allem auf den Ausbau des Tourismussektors, der eine starke Wachstumsrate aufweist und etwa 25% des BSP ausmacht. (RGoZ 2009:80f.) In den Strategien wird auch die Bedeutung des Tourismus für die Schaffung von Arbeitsplätzen und der vermeintliche Beitrag zur Armutsbekämpfung hervorgehoben:

„Secondly, it is well known that tourism can create mass employment, particularly to the poor and to the women [...] which means there is a potential for using tourism for poverty eradication. Lange (forthcoming) estimated that 40 percent of employees in tourists' hotels in Zanzibar are women. Very few dynamic sectors hire such a high proportion of women. Tourism can also offer employment to large number of unskilled people, which means the poor can find employment in the sector relatively easy. Indeed, the UN Commission on Sustainable Development urged governments to “maximize the potential for tourism for eradicating poverty” (UN 1999).“ (RGoZ 2009:77)

Dennoch beschäftigt der Sektor lediglich 0,4% der arbeitenden Bevölkerung und ist außerdem starken saisonalen Schwankungen ausgesetzt. Die Regierung merkt selber an:

„It is clear that tourism does not generate mass employment and that even expansion of tourism in Zanzibar would not create a significant increase in employment.“ (RGoZ 2009:90)

Dies wird auf den hohen Anteil ausländischer Angestellter im Tourismus sowie auf die fehlende Qualifikation der sansibarischen Arbeitskräfte zurückgeführt:

„Foreigners or Tanzania mainlanders have taken up most direct employment opportunities. Some are brought to Zanzibar by foreign investors whilst others are illegal immigrants.“ (ActionAid 2003: 4)

Vor allem Frauen sind im Tourismussektor benachteiligt und arbeiten überwiegend in schlecht bezahlten Positionen als Reinigungskraft oder Küchenhilfe. (ActionAid 2003:6) Teilweise werden sie auch von männlichen Verwandten und Ehemännern davon abgehalten, in dieser Branche zu arbeiten, die einen sehr schlechten Ruf innerhalb der Gesellschaft besitzt und in Verbindung gebracht wird mit dem erhöhten Aufkommen von Sexarbeit, Drogen und Alkoholkonsum sowie dem moralischen Verfall und Nichteinhalten islamischer Kleidervorschriften. Kritisiert wird auch der Umstand, dass Kinder davon abgehalten werden, die Schule zu besuchen, da sie versuchen, von Touristen Geld zu erbetteln, kleine Arbeiten zu übernehmen oder Beziehungen mit TouristInnen einzugehen: „They go to the beach and look for someone who can take them to Europe.“ (ActionAid 2003:5)

In einem Bericht der NGO *ActionAid* werden die negativen Auswirkungen des Tourismus deutlich dargestellt. Trotz der von der Regierung und der *Zanzibar Commission for Tourism* hervorgehobenen Rolle des Tourismus für Arbeitsplatzschaffung und den Gewinn ausländischen Kapitals, der 63 Millionen USD, die seit 1986 in den Tourismus investiert wurden und einer jährlich steigenden Wachstumsrate, sowie der Nutzen, den die Landwirtschaft und Fischerei durch die verstärkte Nachfrage daraus ziehen könnte, ist ein Gewinn für die lokale Bevölkerung nicht festzustellen.

ActionAid argumentiert, dass außer frischem Fisch der Großteil der von den Hotels gekauften Güter mittlerweile importiert wird. Darunter würden vor allem Frauen leiden:

„They are the ones who used to have small poultry farms and dairy farms. Now chicken and milk is imported and there is no longer a market for women's products.“, wie das *Tanzania Gender Network Programm* angibt. (ActionAid 2003:7)

Die enorme Nachfrage nach Fisch und Meerestieren hat aber einerseits zu steigenden Preisen, andererseits zu einer Gefährdung der Fischbestände und der Umwelt geführt. Ein Fischer in Jambiani meinte dazu:

„Some people sell fish to the hotels but most of the villagers do not get the fish that they need. People come from town and fish and the hotels pay a good price, but the people from the villages here get nothing. Now local people have to buy frozen fish because the price of fish has gone up so much. Fresh fish is no longer available to us. [...] We also used to observe the breeding season but because of the hotels' demand for fish we no longer do that. This decreases the stock of fish in the sea.“ (ActionAid 2003:4)

Hamza Rijali vom *Ministry of Agriculture, Livestock and Environment* (MALE) bestätigt, dass der exzessive Fischfang teilweise unter Einsatz von Dynamit, die große Zahl an Tauchgängen und der Abfall der Hotels an den Küstengebieten bereits zu Zerstörungen der Korallenriffe und Meeresalgen und der Kontamination des Wassers vor allem in den Tourismusgebieten im Norden Ungujas geführt hat, wie auch eine Studie des *Environment Programms* der Vereinten Nationen festgestellt. (Said 2010c:o.S.)

Des Weiteren hat die Förderung des Tourismus und die große Nachfrage ausländischer Investoren nach Landflächen an den Küstengebieten Sansibars eine Debatte über Landrechte ausgelöst. Investoren kauften oder pachteten profitabel gelegene Grundstücke zu niedrigen Preisen von der lokalen Bevölkerung, die weder über ihre Rechte noch über den eigentlichen Wert ihres Besitzes bescheid wusste. Mitunter wurden sogar Fehlinformationen verbreitet und Einschüchterungsversuche unternommen:

„The people from the tourist commission came here and told the villagers that if they did not sell their land to the investors the Government would take it away from them.“ (ActionAid 2003:5)

ActionAid argumentiert daher berechtigt:

„To the majority of local Zanzibaris, who despite rapid growth of the tourism sector still struggle to get by on less than a dollar a day, tourism development is more closely related to poverty, unemployment and social disruption.“ (ActionAid 2003:8)

Kredit- und Sparvereine

Da die überwiegende Mehrheit der sansibarischen Bevölkerung einerseits durch ihre Beschäftigung im informellen Sektor aus dem staatlichen Sozialversicherungssystemen (Zanzibar Social Security Fund, ZSSF) ausgeschlossen ist, andererseits beschränkten Zugang zu Finanzdienstleistungen wie Krediten hat, schließen sich Frauen auf Sansibar vermehrt in informellen Kredit- und Sparvereinen zusammen. Eine Definition dafür findet sich bei Shirley Ardener:

„Eine Gruppe formiert durch Personen, die regelmäßig Zuwendungen zu einem Fonds macht, welcher dann abwechselnd in Rotation ganz oder zum Teil den einzelnen Gruppenmitgliedern ausgeschüttet wird, solange bis jedes Mitglied einmal begunstigt wurde und der Zyklus damit beendet ist.“ (Ardener; Burman 1995:viii zitiert nach Bauer 2004:83)

Größere Beträge zu sparen, ist für viele eine große Herausforderung. Durch den Beitritt in eine solche Kooperative wird dies leichter möglich. Neben dem Ansparen einer größeren Summe, die am Zyklusende ausbezahlt wird, bestehen bei größeren Vereinen auch die Möglichkeiten, gegen Zinsen einen Kredit aufzunehmen oder in Kooperation mit den anderen Mitgliedern ein Unternehmen zu gründen. Hauptgrund für den Beitritt in einen Kredit- und Sparverein sind wirtschaftliche Ziele, daneben spielt aber der Bedarf nach Deckung von Schulgebühren, medizinischer Versorgung, Baumaterial und anderer Konsumgüter eine entscheidende Rolle. (Bauer 2004:85)

Die Vereine stellen auch eine Form der Versicherung dar: so leisten Mitglieder kleinere Beiträge für Krankheits- oder Todesfälle in den Familien anderer Mitglieder. In einer Studie der ÖFSE heißt es, dass sie damit „in ihrer Art das alte System der Gemeindehilfe wider [spiegeln], die in Zeiten von Krisen wie Tod oder Krankheit durch Spenden den betroffenen Gemeindemitgliedern halfen und Sympathie ausdrückten.“ (Bauer 2004:84)

Auf Sansibar werden solche Vereine vermehrt von großen Organisationen unterstützt und sind sehr erfolgreich. Das Projekt WEZA beispielsweise basierte auf einer Einmalinvestition von 200 Millionen TZS, eine Summe, die sich laut Ananilea Nkya, Leiterin von TAMWA, durch Spareinlagen nach der vierjährigen Projektlaufzeit auf 700 Millionen erhöht hatte. Nachdem Mitglieder zunächst lediglich 200 TZS pro Monat sparen konnten, erhöhten sich die Beiträge mit der Zeit auf 1.000 TZS pro Woche. (Balile 2012:o.S.)

Auch die ILO initiierte 2005 ein Großprojekt zur Unterstützung von Kredit- und Sparvereinen auf Sansibar. 250.000 USD wurden in die Akiba Commercial Bank eingezahlt, um bei der Gründung von Vereinen zu helfen, die sich bei einer der beiden Dachorganisationen (WARIDI SACCOS auf Unguja oder PESACCOS auf Pemba) registrieren mussten. Die Dachorganisationen wurden unter dem *Zanzibar Cooperatives Act* registriert. Die Mitgliedschaft stieg zwischen 2005 und 2008 um 19% pro Jahr (ILO 2008:12), die Kreditsummen reichen von 50.000 TZS bis 2.000.000 TZS und müssen innerhalb eines Jahres zurückbezahlt werden. (ILO 2008:14)

Die Mitgliedschaft bei WARIDI SACCOS oder PESACCOS verpflichtet auch zur Teilnahme an Seminaren und Workshops, bei denen neben Unternehmensführung und Buchhaltung auch Frauenrechte und der Aufbau von Selbstvertrauen im Vordergrund stehen. Viele Frauen konnten davon profitieren, ein Mitglied von PESACCOS wurde sogar zum *Sheha* ihrer Gemeinde gewählt. (ILO 2008:16)

Die Erfahrungsberichte von Vereinsmitgliedern sind durchaus positiv. Aber nicht allen Frauen ist der Zugang problemlos offen. So berichten einige vom Widerstand der Ehemänner, die befürchten, dass Frauen durch finanzielle Unabhängigkeit den Respekt vor ihnen verlieren. (CARE 2012:9) Frauen in den Kredit- und Sparvereinen sind daher häufiger Opfer von häuslicher Gewalt. WEZA hat sich daher auch der Miteinbeziehung der Männer gewidmet, um die Akzeptanz unter ihnen zu verstärken und so der häuslichen Gewalt entgegenzuwirken. Viele haben nach ihrer Einwilligung erkannt, dass auch sie von dem Projekt profitieren können: teilweise nahmen Frauen schlussendlich auch Kredite auf, um ihre Männer bei dem Aufbau eines Geschäfts zu unterstützen (MEWC 2012:o.S.).⁶⁹

„The micro-insurance product initiated by women groups was viable product which had positive impact on the lives of women and their families; which justifies the need to strengthen, expand and complement with policies and provisions that will help

⁶⁹ Mehr zu Kredit- und Sparvereinen auf Sansibar bei Anyango, Ezra [u.a.] (o.J.); ILO (2008); Groverman, Verona/Catherine Jura Sentamu (2011).

majority of low income women manage the occurrence of incidences of shocks.“
(ILO 2008:21)

Trotz des Erfolgs und der positiven Erfahrungen mit Kredit- und Sparvereinen auf Sansibar, können sie den beschränkten Zugang zu Sozialversicherungsleistungen nicht ersetzen. Die ILO setzt sich daher dafür ein, diesen informellen Zugang zu Finanzdienstleistungen und Versicherungen in das bestehende ZSSF zu integrieren. Dieses Anliegen ist seit 2008 wiederholt thematisiert worden, bis heute konnte von der sansibarischen Regierung aber noch keine adäquate Strategie vorgelegt werden.

Rechtliche Gleichstellung und Partizipation

In Bezug auf gesellschaftliche und politische Partizipation ist eine Gleichstellung zwischen Frauen und Männern auf Sansibar noch nicht erreicht. Zwar hat der Anteil von Frauen in der Politik zugenommen, dies jedoch vor allem in niedrigen Positionen, weshalb sie von wichtigen Entscheidungsprozessen weiterhin ausgeschlossen bleiben.

Von neunzehn MinisterInnen sind nur vier, von zweiundzwanzig Stellvertretenden MinisterInnen und VerwaltungssekretärInnen (*Principal Secretary*) nur drei und von fünfzehn BezirksvorsteherInnen nur zwei Frauen. Im Parlament befinden sich unter den 77 Abgeordneten achtzehn Frauen. Fünfzehn davon sind durch das Quotensystem ins Parlament gekommen und wurden nicht gewählt. Ähnlich ist das Bild auch bei der Stadtverwaltung Zanzibar Towns: 54 der 145 Sitzen werden von Frauen besetzt, was vermutlich der 30%-Quote zu verdanken ist: von den 20 Sitzen, die durch Wahlen vergeben werden, wurde nur einer einer Frau zugesprochen. (RGoZ 2009:46) In der Stadtverwaltung auf Pemba ist hingegen keine einzige Frau zu finden.

Das Ungleichgewicht auf Ebene der *Shehias* ist besonders dramatisch: 17 von 318 *Shehias* unterstehen einer Frau. (RGoZ 2010:68) Dies ist sehr problematisch, da die meisten alltäglichen Anliegen der Bevölkerung auf dieser Ebene geregelt werden:

„[G]overning bodies at Ward as well as Shehia level play a significant role in conflict and dispute resolution at community level. They have been active in resolving community social relations based disputes such as marriage conflicts, break-ups, gender based violence, women abuse etc, which are very common and growing overtime. The dispute settlements are pre-requisites for peace and security among families which are fundamental for development.“ (RGoZ 2009:113)

Die niedrige Repräsentation von Frauen im öffentlichen Bereich spiegelt die schwache Implementierung von Gesetzen und Konventionen sowie kulturelle Barrieren wieder, die Frauen

diskriminieren. Ein niedriger Bildungsstatus und wirtschaftliche Benachteiligung sind ebenfalls ein Hemmnis für Partizipation.

Das Projekt *Support Women in Accessing Leadership Positions* (SWALP) von TAMWA und UNWOMEN, das 2012 ins Leben gerufen wurde, soll daher mindesten 3.600 Frauen in Positionen innerhalb der Gemeinderäte und –komitees sowie NGOs in Seminaren zu Lobbying und Interessensvertretung schulen, um aktiv an der politischen Gestaltung des Landes teil zu nehmen und Frauenrechte in der Gesellschaft durchsetzen zu können:

„Once women are able to participate at a local level and realise they can influence public life, many of them feel motivated to get involved in political competition and decision-making groups from grassroot“, so Halima Msellem, die Projektmanagerin. (Issa 2012d:o.S.)

Gewalt an Frauen

Obwohl in den Regierungsdokumenten nicht besonders hervorgehoben, wird in der zivilgesellschaftlichen Debatte das Thema *Gender Based Violence* massiv problematisiert. Während beispielsweise das MKUZA II lediglich in einem Unterpunkt davon spricht, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Strafen für sexuelle Gewalttaten einzuführen (RGoZ 2010:101), wird die Bedeutung von Gewalt von fast allen zivilgesellschaftlichen Akteuren hervorgehoben. Die Zunahme von Meldungen von physischer Gewalt in den Statistiken von Polizei und Gericht wird auf ein verbessertes Wissen über Rechte zurückgeführt. (Issa 2011:o.S.) Eine Vielzahl von Organisationen haben in den vergangenen Jahr Kampagnen gestartet, um vor allem Frauen über ihre Rechte zu informieren. Eines dieser Projekte ist *Womens' Empowerment in Zanzibar* (WEZA, 2008-2012), eine Kooperation von TAMWA und *CARE Tanzania*, mit Unterstützung von *CARE Österreich*, der österreichischen Regierung und der Europäischen Union. Hauptziel von WEZA ist es, Frauen durch die Bildung der bereits erwähnten Kredit- und Sparvereine die Möglichkeiten zu finanziellem Einkommen zu bieten, ihnen zu finanzieller Unabhängigkeit zu verhelfen und so ihre gesellschaftliche Position zu stärken. Im Rahmen des Programms wurden auch Seminare und Workshops zu Gewalt und Rechten von Kindern und Frauen abgehalten. Laut Projektberichten konnten 6.000 Frauen in 60 Gemeinden Sansibars davon profitieren. Aus Interviews mit beteiligten Frauen geht hervor, dass die Aufklärungsarbeit große Erfolge erzielen konnte. „In some areas, bullying by men has been reduced, because women now know their rights, which they fight for.“ (Issa 2011:o.S.)

Zwar werden Gewalttaten jetzt öfter gemeldet als früher, dennoch werden nur selten rechtliche Schritte gegen die Täter eingeleitet. Das liegt zunächst an bürokratischen Hürden und fehlenden Kapazitäten der Polizei und der Gerichte, wie Rehema Abbasi Mkanga von WEZA meint:

„Sometimes evidence is lost due to delays by passive police response, inadequate knowledge in handling rape cases. Insufficient funds to run businesses have been other obstacles to attain our achievements.“ (Issa 2011:o.S)

Aida Kianga von ActionAid Tanzania ist zwar auch der Meinung, dass viele Frauen jetzt aufgeklärter hinsichtlich ihrer Rechte seien, der Großteil sich derer aber immer noch nicht bewusst sei, bzw. ihre Scham, das Recht einzufordern, überwiege. Sie stellt dar, dass die Erfahrung von Gewalt zu psychischen Problemen wie zum Beispiel Depressionen führen kann, die dann in Schweigen enden. Sie kritisiert, dass es zwar Einrichtungen gibt, an die Frauen sich wenden können, ihnen aber in der Folge keinerlei psychologische Betreuung zuteil werde. (Magomba 2012:o.S.)

TAMWA fordert außerdem die Sensibilisierung von Polizei und Mitarbeitern der Gerichte bezüglich des Umgangs mit Opfern und Beweisen. Die Organisation hat begleitend ein *Gender Based Violence (GBV) Manual* für Journalisten und Reporter erstellt, das diese in ihrer bedeutenden Rolle im Kampf gegen Gewalt unterstützen soll. (Issa 2011:o.S.)

Häusliche Gewalt und Ehestreitigkeiten werden in der Regel am Familiengericht, den sogenannten *Kadhi Courts* abgehandelt, das bei seinen Entscheidungen der islamischen Gesetzgebung folgt. Obwohl diese Fälle vor allem innerhalb der Familie geregelt werden, stieg die Anzahl der eingereichten Klagen in den vergangenen Jahren kontinuierlich an. Die Mehrheit wird dabei mittlerweile von Frauen eingereicht, wobei es sich vor allem um Scheidungsanträge⁷⁰ und Unterhaltsforderungen handelt. (Majamba 2007:10)

⁷⁰ Bezüglich der Scheidungsarten wird nach zwei Kriterien unterschieden: ob die Scheidung vom Mann (*Talāq*), oder von der Frau (*Khul'*) ausgeht und ob sie wieder aufgehoben werden kann oder nicht. Beim *Talāq* teilt der Mann seiner Frau mit, dass er sich von ihr trennen möchte. Daraufhin beginnt eine Wartezeit (*'Idda*), während der die Ehepartner sich wieder versöhnen können. Ist diese Wartezeit abgelaufen, ist die Scheidung gültig. Aufgehoben kann sie nur mehr durch einen neuen Ehevertrag und eine erneute Auszahlung der Brautgabe (*Mahr*) werden. Geht die Scheidung von der Frau aus, muss der Mann sie freigeben, nach der Wartezeit ist aber die Aufhebung der Scheidung nicht mehr möglich. (Zu vielen weiteren Details das islamische Eherecht betreffend: Reidegeld, Ahmad A. (2008): Handbuch Islam. Die Glaubens- und Rechtslehre der Muslime. Kandern im Schwarzwald: Spohr, S.756-789).

Der Anstieg der Klagefälle wird immer häufiger begleitet von einer praktizierten Vermischung von islamischem Gesetz und bürgerlichem Recht. Majamba gibt dafür zwei Beispiele an: im ersten Fall gestand der Kadhi der Mutter das Sorgerecht für den über siebenjährigen Sohn zu, obwohl dieses laut Scharī'a dem Vater zugestanden wäre. Der Richter bezog sich dabei auf das Kindeswohl und der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. (Majamba 2007:15) Beim zweiten Fall handelte es sich um eine Scheidung, bei der der Mann die Auflösung seiner Ehe zurücknahm, was unter bestimmten Bedingungen – so auch in diesem Fall – möglich gewesen wäre. Die Frau aber war nicht mehr dazu bereit zu ihrem Exmann zurückzukehren. Der Kadhi berief sich zwar unter anderem auf islamische Quellen, seine Entscheidung traf er schließlich allerdings zu Gunsten der Frau mit Bezug auf die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen. (Majamba 2007:12)

Die übermäßig hohe Scheidungsrate auf Sansibar wird auf den oftmaligen Missbrauch des Talāq-Rechts der Männer zurückgeführt. An den Kadhi Gerichten kam es daher zu einer Debatte darüber, das Scheidungsrecht zu reformieren.⁷¹ Islamgelehrte haben zwar versucht, die Männer ihrer Gemeinden über die Rechte der Frauen und Aufgaben der Männer im Islam aufzuklären, sind dabei aber weitgehend erfolglos geblieben. Fortschritte in diesem Bereich werden vor allem den Kampagnen der NGOs zugesprochen.

⁷¹ Zu Scheidungen an den Kadhi-Courts siehe auch Hanak 1994 und Stiles 2009

6. Conclusio

Die Einführung des Mehrparteiensystems Anfang der neunziger Jahre und die Formulierung des *Society Acts* 1995 schafften auf Sansibar erstmals Voraussetzungen für die Erstarkung zivilgesellschaftlicher Akteure. Unruhen und Gewaltausbrüche nach den ersten Präsidentschaftswahlen und darauf folgende Restriktionen und Behinderung ihrer Arbeit führten unter der Zivilgesellschaft zu Argwohn und Misstrauen gegenüber der Regierung, die bis heute spürbar sind.

Die Formulierung der ersten, im Jahr 2002 veröffentlichten nationalen Armutsbekämpfungsstrategie, dem *Zanzibar Poverty Reduction Plan*, boten einem erneuten Aufleben der Zivilgesellschaft eine Chance, da von den Internationalen Finanzinstitutionen nicht nur die eigenständige Formulierung der Papiere durch die Regierung, sondern auch eine breite Beteiligung der Bevölkerung gefordert wurde. Die Auflagen wurden zwar von der sansibarischen Regierung akzeptiert, der Grad der zivilgesellschaftlichen Beteiligung blieb aber gering. Obwohl im Dokument von einem intensiven Konsultationsprozess die Rede war, handelte es sich tatsächlich um ein einziges Treffen im Dezember 2000. (Tobisson 2009:116) Auch das zweite PRSP, das sogenannte MKUZA, war durch eine äußerst beschränkte zivilgesellschaftliche Partizipation gekennzeichnet. Als Reaktion auf die Kritik der Zivilgesellschaft formulierte die sansibarische Regierung im Jahr 2009 daher die *NGO Policy*, die die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure für die Entwicklung des Landes unterstreichen sollte:

„Civil Society Organizations, especially Non Governmental Organizations are recognized by the Government as an important force and necessary instrument in strengthening economic and social development. The Civil Society Organizations are important partners in development and national building and an important force in the promotion of democracy and contributing in the growth of national income and poverty reduction.“ (RGoZ 2009:ii)

Dennoch können auch bei der Formulierung und Implementierung des MKUZA II diesbezüglich keine drastischen Verbesserungen konstatiert werden. Zwar waren zivilgesellschaftliche Akteure in Form von punktuellen Konsultationen und Mitgestaltung des Dokuments beteiligt, die sich daraus ergebenden Effekte blieben aber marginal. Die finanzielle und technische Abhängigkeit Sansibars von ausländischen Gebern und Organisationen ermöglicht diesen, großen Einfluss auf Armutsdiskurs, Prioritäten- und Maßnahmensetzung auszuüben, was sich unter anderem darin zeigt, dass internationale Organisationen bei der Formulierung von Do-

kumenten und der Durchführung von Programmen und Projekten überproportional beteiligt sind, während lokale Akteure außer Acht gelassen werden.

Die Möglichkeit der Mitgestaltung von politischen Prozessen ist auch aufgrund der restriktiven politischen Rahmenbedingungen sehr gering. Die Zivilgesellschaft wird von Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen und nur dort miteinbezogen, wo es der Regierung einen direkten Nutzen bringt. So sind beispielsweise Dienstleistungsorganisationen, die in Bereichen wie Bildung und Gesundheit Projektarbeit leisten, gerne gesehen, während Organisationen, die im Bereich von politischer Anwaltschaft und Korruptionsbekämpfung tätig sind, von der Regierung als Bedrohung wahrgenommen und in ihrer Arbeit gehindert werden. Die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft ist auch aufgrund fehlender finanzieller und technischer Ressourcen und mangelnder Vernetzung von Interessensgruppen begrenzt. Ihre Präsenz bleibt vor allem auf den städtischen Raum beschränkt, doch auch hier können ihre Anliegen noch nicht wirksam durchgesetzt werden. Die staatliche Kontrolle der Medien erschwert die Verbreitung von Information zusätzlich, da nur ein äußerst kleiner Teil der sansibarischen Bevölkerung der Zugang zu sogenannten neuen Medien hat. Repressive Bestimmungen der Regierung betreffen nicht nur institutionelle Rahmenbedingungen, sondern auch die politischen Rechte der Bevölkerung, was sich unter anderem in Wahlmanipulationen und gewaltsamen Niederschlagen von Protesten widerspiegelt, so zum Beispiel im vergangenen Jahr im Zuge der Forderungen nach einer Auflösung der Union mit dem Festland Tansanias und einer neuen Verfassung. Wachsende Unzufriedenheit der Gesellschaft ist das Resultat dieser politischen Handlungen.

Dass zivilgesellschaftliche Akteure weitgehend unbeachtet bleiben, spiegelt sich auch in den dargestellten Prioritäten- und Maßnahmensetzung der Regierung wider, die wiederum sehr darauf bedacht ist, den Vorgaben der IFIs und internationaler Organisationen zu folgen. Das Vorwort des MKUZA II verdeutlicht, dass dieses sich zwar - wie schon frühere Strategien - an der *Zanzibar Vision 2020* orientiert, unterstreicht daneben aber auch explizit dessen Rolle zur Verwirklichung der MDGs:

„Beyond the broad aspirations of the Vision 2020 of transforming and modernizing Zanzibar’s economy and eradicating poverty, MKUZA II is a tool that the Revolutionary Government of Zanzibar will deploy to realize the Millennium Development Goals, improve living standards and strengthen good governance.“ (RGoZ 2010:1)

Die Evaluierung der Strategien und getroffenen Maßnahmen erfolgt im *Household Budget Survey* und dem *Zanzibar Human Development Report* (erstmalig 2009). Tatsächlich hat Sansibar seit der Formulierung in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Seit den neunziger Jahren ist ein deutliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, Pro-Kopf-Einkommen und Konsum steigen kontinuierlich. An den Grundschulen betragen die Einschulungsraten fast 100%, die Alphabetisierungsraten unter Erwachsenen liegen über dem Durchschnitt Subsahara Afrikas. (UNESCO 2012:o.S.) Im Gesundheitssektor können Erfolge vor allem bezüglich der Steigerung der Lebenserwartung, der niedrigen HIV-Raten und der effektiven Zurückdrängung von Malaria wahrgenommen werden. Fortschritte im Bereich der Infrastruktur betreffen unter anderem den Ausbau des Straßennetzes, die Sanierung von Flughafen und Haupthafen von Malindi in Zanzibar Town, sowie Verbesserungen bei der Strom- und Wasserversorgung.

Die Erfolge sind allerdings auf einige wenige Bereiche beschränkt: betrachtet man die wirtschaftlichen und sozialen Daten der Insel eingehender, bemerkt man schnell, dass der vermeintliche wirtschaftliche Aufschwung und Investitionen in die Infrastruktur keinen Beitrag zur Beseitigung extremer Armut leisten konnte, wie von *Zanzibar Vision 2020* und MDGs angestrebt. Zwar ist die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens auf den ersten Blick hoch, doch ergibt es einen Durchschnitt von 1,5 USD pro Tag und dies nicht in Kaufkraftparitäten. Bedenkt man nun, dass ein durchschnittlicher sansibarischer Haushalt aus 5,5 Personen besteht und in vielen nur eine einzelne Person zum finanziellen Einkommen beiträgt, wird die 1-Dollar-Grenze nicht erreicht: 2010 befanden sich 44,4% der Bevölkerung unter dieser Armutsgrenze und 13% unter der *Food Poverty Line*. Die Tatsache, dass der Anteil am Gesamtkonsum der unteren 20% der Bevölkerung von 9,3% im Jahr 2004/05 auf 8,8% im Jahr 2009/2010 gesunken ist, zeugt von einer mangelnden Verteilung des Wohlstandes. Arbeitsplätze wurden geschaffen, doch steigen die realen Lohnverhältnisse nur schleppend. Die Konzentration auf Sektoren mit geringer Beschäftigungswirkung wie dem Tourismus, der noch dazu großen saisonalen Schwankungen ausgesetzt sind, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Landwirtschaft, die den Großteil der Bevölkerung beschäftigt, führen zu unregelmäßigen Haushaltseinkommen, fehlender Ernährungssicherheit und einem großen Armutsrisiko. Auffällig sind auch die Disparitäten zwischen den beiden Hauptinseln Unguja und Pemba. Unguja, das durch die Nähe zur tansanischen Metropole Dar es Salaam das sansibarische Zentrum für Handel, Transport und Tourismus ist, weist drastisch bessere wirtschaftliche und soziale Daten auf als seine Schwesterninsel, was von einer schlechten budgetären Allokation zeugt.

Wie im ersten Teil der Arbeit dargestellt wurde, ist die Diskussion um Ursachen und Definitionen für Entwicklung und Armut eine äußerst kontroverse. Nachdem Unterentwicklung und Armut nach dem zweiten Weltkrieg vor allem endogenen und wirtschaftlichen Faktoren zugeschrieben wurden, hat sich in den neunziger Jahren schrittweise ein komplexeres Armutsverständnis durchgesetzt. Entwicklungsstrategien basierten mittlerweile neben einem Wirtschaftswachstum auf der gezielten Beseitigung von Armut als multidimensionalem Phänomen. Zur Erreichung dieser Ziele wurden erstmals neben ökonomischen auch soziale Aspekte und Verteilungsfragen hervorgehoben: So spricht das PRSP-*Sourcebook* von einem direkten Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Einkommensverteilung und der Beseitigung von Armut. (WB 2011:51) Paradoxiertweise hat diese Ausweitung des Armutsverständnisses nicht zu einer gleichzeitigen Hinterfragung neoliberaler Wirtschaftspolitik geführt. So wird ein ausreichendes Wirtschaftswachstum immer noch als wichtigster Garant für Entwicklung gesehen und von einem *Trickle-Down* Ansatz ausgegangen. Machtverhältnisse und soziale Ungleichheit werden dabei als Ursachen ausgeblendet, stattdessen wird Armut weiterhin ausschließlich auf einen Mangel an finanziellen Ressourcen zurückgeführt.

Folglich liegt der Fokus auch in den sansibarischen Strategien vorrangig auf wirtschaftlichen Maßnahmen. Soziale Faktoren werden nur dann berücksichtigt, wenn sie zum Wachstum beitragen können, bzw. mit den MDGs korrelieren. Die MDGs sind wohl das derzeit wichtigste Instrument der Entwicklungszusammenarbeit und bildeten die Basis für die Formulierung des sansibarischen PRSPs. Dabei werden gerade diese acht von den Vereinten Nationen gesetzten Ziele für ihr Armutsverständnis kritisiert, denn ihnen liegen ein einkommensorientiertes Armutsverständnis zugrunde (1 US-Dollar-Grenze), das die in den Jahren zuvor erarbeiteten komplexeren Definitionen völlig ausblendet. Das oberste Ziel, die Halbierung extremer Armut, deutet darauf hin, dass nicht mehr die Beseitigung der weltweiten Armut im Vordergrund steht. Durch das Ausklammern struktureller Ursachen für Armut und Ungleichheit wird deutlich, dass nicht eine nachhaltige Veränderung in globalen Machtstrukturen, sondern lediglich statistische Erfolge und das Lindern von Armutssymptomen angestrebt werden. (Wichterich 2005:1) Dass Armut aber nicht nur einen Mangel an finanziellen Ressourcen, sondern auch Aspekte wie Einkommensverteilung, Exklusion, regionale Disparitäten, Geschlechterungleichheit, oder rechtliche Fragen betrifft, wurde ausreichend dargestellt.

Die sansibarische Regierung identifiziert in ihren Strategien zwar Bevölkerungsgruppen, die einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind, eine tiefgreifende Analyse zu den strukturellen

Ursachen ihrer Armut bleibt aber aus. Stattdessen werden Maßnahmen formuliert, die den Auswirkungen entgegenwirken sollen. Dabei werden ihre Interessen nur in einzelnen Sektoren angesprochen, die wie erwähnt wiederum in direktem Zusammenhang mit der Erreichung der MDGs stehen. So fokussieren Maßnahmen zur Beseitigung von Kinderarmut und Geschlechterdisparitäten vor allem auf die Sektoren Bildung und Gesundheit.

Kinderarmut ist kein isoliertes Problem, sondern steht im direkten Zusammenhang mit prekären Lebenslagen ganzer Familien und hat langfristige Auswirkungen auf Gesundheit, Bildungsniveau und spätere Arbeits- und Einkommenschancen. Sie stellt somit für den Staat selbst ein zukünftiges Wachstumshemmnis.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen können bereits in der Schwangerschaft entstehen, ergeben sich aus Mangelernährung, fehlendem Zugang zu Gesundheitsversorgung, psychischer Belastung und einem hohen Verletzungsrisiko beispielsweise bei Kinderarbeit. Niedrige Einschulungsraten bzw. ein hoher Anteil an SchulabbrecherInnen sind die ärmsten Bevölkerungsschichten charakteristisch. Häufig sind diese Beeinträchtigungen auch geschlechtsspezifisch: Mädchen sind beim Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheit und Bildung häufiger benachteiligt. Neben der Übernahme von Aufgaben im Haushalt ergeben sich die Disparitäten auch durch frühe Schwangerschaften, Eheschließung oder der Erfahrung physischer Gewalt. Trotz der Genderparität im Grundschulbereich kommen diese Disparitäten mit steigendem Bildungsniveau immer deutlicher zum Vorschein, was direkte Auswirkungen auf den Zugang zu qualifizierter Erwerbsarbeit und finanziellem Einkommen für Frauen hat.

Dabei ist die Meinung, dass höhere Bildung und Einkommensstärke von Müttern direkten Einfluss auf Gesundheits- und Bildungsstandards ihrer Kinder hat mittlerweile weit verbreitet. Die effektivste Maßnahme gegen Kinderarmut wäre daher die finanzielle Stärkung der Familien und dabei im Besonderen der Mütter. Einkommenschancen für Frauen zu schaffen sollte somit prioritär auf der entwicklungspolitischen Agenda eines Staates stehen.

Zwar ist die Beschäftigungsrate von Frauen auf Sansibar in den letzten Jahren gestiegen, dennoch haben sich die Lebensbedingungen der Familien kaum zum Positiven entwickelt, was einerseits mit den vorwiegenden Arbeitsverhältnissen, andererseits mit ihrer Mehrfachbelastung zusammenhängt. Frauen sind überproportional im informellen Sektor unter unsicheren Arbeitsbedingungen, hohem Zeitaufwand und niedrigen Einkommen beschäftigt. Im formellen Sektor hingegen bekleiden sie vor allem niedrigere und schlecht bezahlte Positionen. Gleichzeitig darf nicht ausgeblendet werden, dass ein finanzielles Einkommen nicht

unbedingt mit Empowerment einhergeht. Es wurde dargelegt, dass Frauen auf Sansibar innerhalb des Haushalts oft keine Entscheidungsmacht und Kontrolle über ihre finanziellen Ressourcen besitzen und zusätzlich mit steigender Finanzmacht öfter Opfer häuslicher Gewalt werden.

Aufgrund deutlicher Diskriminierungen beim Zugang zu Finanzdienstleistungen sind Aufstiegschancen für Frauen äußerst begrenzt. Die erwähnten Sparvereine bieten zwar vielen Frauen erstmals die Möglichkeit einen kleinen Kredit aufzunehmen, stellen aber für die Regierung ein bequemes Mittel dar, den Ausbau von Finanzdienstleistungen und sozialen Sicherungsnetzen zu umgehen. Das Fehlen solcher Sozialleistungen für die Mehrheit der Bevölkerung führt zur Mehrfachbelastung von Frauen. Die steigende Erwerbsarbeit von Frauen geht nicht automatisch mit der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Rollenverteilungen einher: Weiterhin verrichten Frauen den größten Teil unbezahlter Arbeit im Haushalt und der Subsistenzlandwirtschaft, kümmern sich um Kinder, Alte oder Kranke und übernehmen Aufgaben in der Gemeinde. Neben dem verstärkten Zugang zu qualifizierter Erwerbsarbeit durch höhere Bildungschancen sind also auch familienpolitische Maßnahmen, wie der Ausbau von Kinder- und Altenbetreuung, der sozialen Dienstleistungen und der öffentlichen Wasser- und Energieversorgung dringend notwendig.

Die Regierung Sansibars hat in diesen Bereichen allerdings kaum Erfolge vorzuweisen. Stattdessen konzentriert sie sich auf wachstumsfördernde Wirtschaftsmaßnahmen wie die Stärkung des Privatsektors, die oft einhergeht mit der Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, deren Auswirkungen auf Geschlechterdisparitäten in zahlreichen Publikationen zur Genüge dargestellt wurden. Nationale Armutsbekämpfungsstrategien (PRSPs), als ein von der Weltbank und dem IMF initiiertes Prozess, sind letztlich ein weiterer Ausdruck ihrer neoliberalen Politik und haben nicht den zunächst erhofften Paradigmenwechsel herbeigeführt. Der Gender-Ansatz innerhalb der Papiere findet Anlehnung an die konzeptionellen Ansätze in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die Frauen vorrangig als „ungenutzte Humanressource“ verstehen und Geschlechterungleichheit, als Ausdruck sozialer Ungleichheit, als Hemmnis (wirtschaftlicher) Entwicklung sehen. Was ihnen allen gemein ist, ist die fehlende Wirkungsanalyse von Wirtschafts- und Finanzpolitik, also die Genderblindheit des wirtschaftspolitischen Rahmens, sowie das beschränkte Verständnis von Gender (ausschließlich als Frauenfrage und nicht als Ausdruck von Machtverhältnissen).

Die Vorgaben der IFIs und internationalen Gebergemeinschaft bieten keinen Spielraum für alternative Entwicklungsstrategien, vor allem im ökonomischen Bereich. Inwiefern hier von ownership und Partizipation die Rede sein kann bleibt zur Debatte.

Bibliographie

Abendroth, Wolfgang/Lenk, Kurt (1968): Einführung in die politische Wissenschaft. München: Francke.

ActionAid (2003): Islands of Development. What do poor women in Zanzibar get out of tourism liberalisation? URL: http://www.actionaid.org.uk/_content/documents/islands.pdf [23.1.2013]

Adami, Astrid (2010): Armut und Armutsberichterstattung in Vorarlberg. Wien Univ. Dipl.-Arb.

Adigwe, Hypolite A./Grau, Ingeborg (2007): When God Says Yes - Who Can Say No? Religion as a Factor in Political Discourse in Nigeria Since the 1960s. In: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien Nr. 13/2007, 7. Jg., S. 79-110.

African Development Fund (2011): Project: Alternative Learnings and Skills Development Project (Phase II). URL: <http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Project-and-Operations/Tanzania%20-%20AR%20ALSD%20II%20Project.pdf> [23.1.2013]

African Forum and Network on Debt and Development (2003): Prospects for Poverty Reduction in Zambia. A Critical Analysis of Poverty Reduction Strategy Paper. Process and Outcomes. In: http://www.sarpn.org.za/documents/d0001720/P2051-Zambia_PRSP_Afrodad_Apr2003.pdf [Zugriff: 28.03.2010]

AG Globale Verantwortung (2009): Geschlechter(Gender)gerechte Sprachregelung. Richtlinien. URL: http://www.globaleverantwortung.at/images/doku/aggv_richtlinie_gendergerechtesprache_21102009.pdf [27.1.2013]

Ahnert, Jacqueline (2004): Max Weber: Soziologische Grundbegriffe, Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. München: GRIN.

Ali, Aziza Juma (2010): Ownership on Aid, Rhetoric or Reality? The case of Zanzibar: The Semi-Autonomous State of Tanzania. The Hague: Graduate School of Development Studies.

Alpers, Edward A. (1969): The coast and the development of the caravan trade. In: Kimambo, Isaria N./ Temu, Arnold J.: A History of Tanzania. Nairobi: East African Publishing House, S.35-56.

Amin, Samir (1974): Accumulation on a world scale: a critique of the theory of underdevelopment. New York: Monthly Review Press.

Anderson, Uwe (2005): Internationale Akteure der Entwicklungspolitik. URL: <http://www.bpb.de/izpb/9068/internationale-akteure-der-entwicklungspolitik> [21.1.2013]

Anyango, Ezra [u.a.] (o.J.): Village Savings and Loan Associations: experience from Zanzibar. URL: http://www.microsave.org/DFS/village_savings_and_loan_associations_in_zanzibar.pdf [3.1.2012]

Aumüller, Ingeborg (1980): Dekolonisation und Nationwerdung in Sansibar. München [u.a.]: Weltforum Verlag.

Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hg.) (2011): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung, Wien: Mandelbaum.

- Bakari, Mohammed A.** (2001): The Democratisation Process in Zanzibar: A Retarded Transition. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Bauer, Johanna** (2004): Spar- und Kreditgruppen von Unternehmerinnen südlich der Sahara. Diplomarbeit. ÖFSE Forum 25.
- Beauvoir, Simone de** (1980): Das andere Geschlecht. Zweites Buch. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Bliss, Frank/Schlichting, Florian** (1999): Julius Nyerere (1922-1999). Ideale eines dörflichen Sozialismus. In: E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 12, Dezember 1999, S. 345-347.
- Booth, Charles (Hg.)** (1889): Labour and Life of The People. Volume 1. London: Williams and Norgate.
- Booth, Charles (Hg.)** (1903): Life and Labour of The People in London. London: Williams and Norgate.
- Brandt, Willy (Hg.)** (1980): North-South: a programme for survival. the report of the Independent Commission on International Development Issues. London: Pan Books.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (1999): Übersektorales Konzept Partizipative Entwicklungszusammenarbeit (Partizipationskonzept). In: BMZ Konzepte Nr. 102.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (2006): „Pro Poor Growth“. Das entwicklungspolitische Thema Breitenwirksames Wachstum. URL: <http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/spezial142pdf.pdf> [27.1.2013]
- Burchardt, Hans-Jürgen** (2003): Poverty Reduction Strategy Papers und Sozialfonds: Neue Impulse für die globale Armutsbekämpfung? URL: <http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/ilas/archiv/arbeitspapiere/arbeitspapiere13.pdf> [22.1.2013]
- Burger, Dietrich/Mayer, Claudia** (2003): Ernst machen mit nachhaltiger Entwicklung: Die Rolle von Sozial- und Ökostandards. URL: <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/03-5540.pdf> [22.1.2013]
- Böhler, Thomas/ Döring, Daiva/Kühberger, Christoph** (2003): Armut als Problem. Wie gehen fünf Einzelwissenschaften mit dem Phänomen der Armut um? Working Papers 11 „facing poverty“, FWF. Salzburg: Universität Salzburg.
- Böhm, Renate/Buggler, Robert/Mautner, Josef (Hg.)** (2003): Arbeit am Begriff der Armut. Working Papers 11 „facing poverty“, FWF. Salzburg: Universität Salzburg.
- Central Intelligence Agency** (2012): The World Factbook. Tanzania. URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/tz.html> [23.1.2013]
- Chachage, Seithy L.** (2000): Environment, aid, and politics in Zanzibar. Dar es Salaam: DUP.
- Care International Tanzania** (2012): Gender Analysis of the HIMA Project, Zanzibar. Summary. URL: <http://gender.care2share.wikispaces.net/file/view/Summary+HIMA+Gender+Analysis.pdf> [23.1.2013]

Child Poverty Research and Policy Centre (o.J.): Briefing 1: Children and Poverty. URL: <http://www.childhoodpoverty.org/index.php/action=documentfeed/doctype=pdf/id=46/> [14.11.2012]

Commonwealth Observer Group (2000): The Elections in Zanzibar, United Republic of Tanzania, 29. October 2000. URL: http://www.thecommonwealth.org/shared_asp_files/uploadedfiles/%7BB076DC5E-6608-41FA-91A8-3F4DC3193851%7D_Zanzibar%202000.pdf [26.1.2013]

Dauber, Heinrich (1997): Lernfelder der Zukunft: Perspektiven humanistischer Pädagogik. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Demery, Lionel/Marchant, Timothy (o.J.): Can we really measure poverty? URL: <http://isi.cbs.nl/iamamember/cd2/pdf/601.PDF> [23.1.2013]

Decker, Karola (2003): Poverty Reduction Strategy Papers: ein taugliches Instrument der politischen Konditionalität? In: http://www.giga-hamburg.de/openaccess/nordsuedaktuell/2003_3/giga_nsa_2003_3_decker.pdf [21.10.2010]

Devereux, Stephen (2003): Conceptualising destitution. IDS Working Paper 216.

Dietz, Berthold (1997): Soziologie der Armut. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.

Dixon, Lawrence G. (2002): The Antidote to Patronage, Power Politics, and Structural Poverty? Humanitarianism and Rights: Thoughts from a Practitioner. URL: <http://fletcher.tufts.edu/Praxis/Archives/~media/Fletcher/Microsites/praxis/xvii/Dixon.pdf> [23.1.2013]

Donati, Paolo R. (2001): Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In: Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich, S.146–175.

Eberlei, Walter (2002): Partizipation in der Armutsbekämpfung. Mindeststandards für zivilgesellschaftliche Beteiligung in nationalen PRS-Prozessen. In: Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Arbeitspapier 96.

Eckes, Tim (2005): Über den Prozess der Zivilisation: Norbert Elias. URL: http://www.ifs.tu-darmstadt.de/fileadmin/soziologie/Schmiede_Lehre/Textbesprechung/Eckes-Textbesprechung-Elias.pdf [16.1.2013]

Egger, Miriam (2006): Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen zwischen Entwicklungs- und Transformationskontext: Eine Untersuchung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika und Osteuropa. Eine Studie zum organisierten Lernen. Freie Universität Berlin, Univ. Diss.

Eisele, Mirjam (2010): Entwicklung ohne Fortschritt? Eine Bewertung aktuell diskutierter Ansätze der Entwicklungspolitik aus historischer Perspektive. München: GRIN.

The Electoral Institute for Sustainable Democracy in Africa (2005): Zanzibar Presidential, House of Representatives and Local Government Elections 30. October 2005. EISA Election Observer Mission Report No 22. URL: <http://www.eisa.org.za/PDF/zanomr05.pdf> [3.1.2013]

Elias, Norbert (1997): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. 2. Band: Wandlungen der Gesellschaft: Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Engels, Dietrich** (2007): Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. ISG Working Paper No. 1. URL: http://isg-institut.de/papers/ISG_working_paper1_Armut_Partizipation_Engels.pdf [23.1.2013]
- Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Maral-Hanak, Irmi/Parnreiter, Christof (Hg.)** (2006): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum.
- Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof** (2006): Entwicklung – Eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin [u.a.] (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, S.13-54.
- Freedom House** (2010): Freedom of the Press Report 2010, Tanzania. URL: http://expression.freedomhouse.org/reports/freedom_in_the_world/2010/tanzania [05.12.2012]
- Frey, Regina** (2000): Begriffs-Konstruktionen. Zum theoretischen Subtext des entwicklungspolitischen Gender-Diskurses. . In: Informationszentrum 3. Welt: Malestreaming gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik. IZ3W Sonderheft Gender. S. 6-9.
- Geremek, Bronislaw** (1988): Geschichte der Armut. Elend und Barmherzigkeit in Europa. München: Artemis.
- Gomes, Bea de Abreu Fialho** (2006): Geber-Empfänger-Beziehungen: Partnerschaften und Hierarchien. In: Gomes, Bea de Fialho/ Maral-Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum.
- Grau, Ingeborg** (1991): Die igbo-sprechenden Völker Südostnigerias: Fragmentation und fundamentale Einheit in ihrer Geschichte: zentrale Themen der Igbo-Forschung: Igbo Ukwu/Nri, Aro und der Krieg der Frauen. Wien. Univ. Diss.
- Grau, Ingeborg** (2008): Das Entstehen einer missionarischen „Weltkirche“ und die Verbreitung „westlicher“ Werte in Westafrika im langen 19. Jahrhundert. In: Fischer, Karin/Zimmerman, Susan: Internationalismen: Transformation weltweiter Ungleichheit im 19. und 20. Jahrhundert. Wien: Promedia.
- Green, Maia** (2007): Representing poverty and attacking representations: some anthropological perspectives on poverty in development. In: Journal of Development Studies, 42:7, 1108-1129.
- Groh-Samberg, Olaf** (2008): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur: Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Groverman, Verona/Catherine Jura Sentamu** (2011): Women empowerment in Zanzibar project. End-term evaluation. Final Report. URL: http://expert.care.at/uploads/media/Final_report_WEZA_end-term_evaluation_final.pdf [3.1.2012]
- Gruber, Petra C.** (2001): Armut und Entwicklung im Wandel der Zeit. URL: http://www.iufe.at/download/OEFSKBeitrag_iufe.pdf [16.1.2013]
- Gruber, Petra C.** (2003): Umwelt – Friede – Entwicklung. Globale Herausforderungen für eine Zukunftsfähige Welt. URL: http://www.iufe.at/download/beitrag_petra_c_gruber.pdf [23.1.2013]

- Hahn, Hans Peter** (2010): Ethnologische Perspektiven auf Armut. In: Entwicklungsethnologie. Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V. Heft 1+2, 2010, 18. Jg.
- Hamilton, Alexander** (1791): Report on Manufactures. URL: http://constitution.org/ah/rpt_manufactures.pdf [16.1.2013]
- Hanak, Irmi** (1994): Gericht – Sprache – Macht. Überlegungen zur Realisierung von Dominanzverhältnissen in und durch sprachliche Kommunikation am Beispiel des Familiengerichts in Zanzibar. Beiträge zur Afrikanistik Band 47. Wien: Afro-Pub.
- Hanak, Irmi** (1997): Gender-Ansatz, Partizipation und Empowerment: Ein Legospiel? In: Analysen und Alternativen zu einer neoliberalen Welt - Ein Reader, Wien, ARGE Entwicklungspolitische Hochschulwochen, S.92-98.
- Haughton, Jonathan/Khandker, Shahidur R.** (2009): Poverty and Inequality Handbook. URL: http://siteresources.worldbank.org/INTPA/Resources/429966-1259774805724/Poverty_Inequality_Handbook_FrontMatter.pdf [23.1.2013]
- Heigl, Ursula** (2009): Genderperspektive und Frauenförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Arbeitspapier Nr. 110. URL: <http://www.ifeas.uni-mainz.de/workingpapers/AP110.pdf> [5.1.2013]
- Heintz, Bettina/Münch, Richard/Hartmann, Tyrell** (2005): Weltgesellschaft: Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Hein, Wolfgang** (2001): „Autozentrierte Entwicklung“ – Überlegungen zur Neufundierung eines immer noch wichtigen Konzepts. URL: <http://www3.giz.de/imperia/md/content/berreich3-intranet/3-04-internet-publik/th-10-hein.pdf> [16.1.2013]
- Hilton, John** (2003): People of Azania. In: Studies in Classical Antiquity, Vol. 3 (1993), S. 3-16. URL: <http://scholar.lib.vt.edu/ejournals/EIAnt/V1N5/hilton.html> [23.1.2013]
- Hoffmann, Elisabeth** (2003): Empowerment als Strategie der Entwicklungshilfe. In: Schriftenreihe des Kurt-Eisner-Vereins für politische Bildung, Heft 5 (2003).
- Iliffe, John** (1987): The African Poor. A History. Cambridge: Cambridge University Press.
- International Federation for Human Rights** (2001): Zanzibar Wave of Violence. URL: <http://www.fidh.org/IMG/pdf/zanzi0501.pdf> [23.1.2013]
- International Labour Organisation** (1976): Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse. Ein weltweites Problem. Genf: ILO.
- International Labour Organisation** (2002): Women and men in the informal economy. A statistical picture. URL: <http://www.ilo.org/dyn/infoecon/docs/441/F596332090/women%20and%20men%20stat%20picture.pdf> [23.1.2013]
- International Labour Organisation** (2008): Good Practices on Social Protection and Coping Strategies used by Low Income Women Workers in the Informal Economy in Zanzibar to Mitigate Against Social and Economic Risks. URL: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@dgreports/@gender/documents/publication/wcms_098172.pdf [3.1.2012]
- International Labour Organisation** (2010): Zanzibar. Social protection expenditure and performance review and social budget. URL:

<http://www.socialsecurityextension.org/gimi/gess/RessShowRessource.do?ressourceId=16253>
[23.1.2013]

International Labour Organisation (2013): Employment and Unemployment Statistics. URL: <http://www.ilo.org/global/statistics-and-databases/statistics-overview-and-topics/employment-and-unemployment/lang--en/index.htm> [23.1.2013]

Isenmann, Eberhard (2005): In: Buchheim, Christoph [u.a.]: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. München: Franz Steiner Verlag, S.469-524.

Keele, Jeremy/Forste,Renate/Flake,Dallan (2005): Hearing native voices: contraceptive use in Matemwe Village, East Africa. URL: <http://www.jstor.org/discover/10.2307/3583158?uid=3737528&uid=2129&uid=2&uid=70&uid=4&sid=21101715337387> [23.1.2013]

Kerner, Ina (2000): Empowerment durch Geschlechterplanung? Postkoloniale Kritik am Genderansatz. In: Informationszentrum 3. Welt: Malestreaming gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik. IZ3W Sonderheft Gender. S. 10-14.

Khalfan, H. Khalfan (1992): UWZ efforts in improving accessibility in Zanzibar Stone Town. URL: <http://www.independentliving.org/cib/cibharare10.html> [23.1.2013]

Kilman, Larry (2004): Pressefreiheit. Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung. URL: <http://www.wan-press.org/article1075.html> [05.12.2012]

Kimambo Isaria N./ Arnold J. Temu (1969): A History of Tanzania. Nairobi: East African Publishing House.

Klocke, Andreas (2000): Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs--, Deprivations und Sozialhilfekonzent im Vergleich. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 29, Heft 4, August 2000, S. 313-329.

Kolland, Franz/Gächter, August (Hg.) (2005): Einführung in die Entwicklungssoziologie. Themen, Methoden, Analysen. Wien: Mandelbaum.

Kolland, Franz (2005): Entwicklung und sozialer Wandel im globalen Kontext. Kolland, Franz; Gächter, August (Hg.): Einführung in die Entwicklungssoziologie. Themen, Methoden, Analysen, Wien 2005, S.9-42.

Kolland, Franz (2006): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin [et al.] (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, S.79-104.

Köbler, Gerhard (1995): Deutsches Etymologisches Wörterbuch. URL: <http://www.koeblergerhard.de/derwbhin.html> [16.1.2013]

Köbler, Reinhart/ Melber, Henning (1993). Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Ladurner, Anna/Sperr, Christian (2011): Nigeria. Traditionelle Religion, Okkultismus, Hexerei und Geheimgesellschaften. URL: http://www.ecoi.net/file_upload/90_1308311441_accord-bericht-nigeria-traditionelle-religion-okkultismus-geheimges-20110617.pdf [27.1.2013]

Lehmann, Axel (2000): Der Marshall-Plan und das Neue Deutschland. Münster [u.a.]: Waxmann.

- Lobner, Naja** (2005): Politikwissenschaftliche Erkundungen zur Macht des Armutsdiskurses. Working Papers 11 „facing poverty“, FWF. Salzburg: Universität Salzburg.
- Macarov, David** (2003): What the market does to people. Privatization, globalization and poverty. London: Clarity Press.
- Majamba, H.I.** (2007): Perspectives on the Kadhis' Courts in Zanzibar. URL: <http://xa.yimg.com/kq/groups/20674633/390109494/name/Paper> [23.1.2013]
- Makambu, Mulopo A.** (2011): Die Nord-Süd-Beziehungen im Ost-West-Konflikt, München: GRIN.
- Maliyamkono, Ted L.** (2000): The Political Plight of Zanzibar. Dar es Salaam: TEMA.
- Malthus, Robert T.** (1992): An Essay on the Principles of Population. Edited by Donald Winch. Cambridge: Cambridge University Press.
- Maoulidi, Salma** (2009): Zanzibar GBV advocacy: important lessons for future legal reform strategies. Concerned African Scholars Bulletin N°83 Fall 2009. URL: <http://concernedafricascholars.org/docs/Bulletin83-3maoulidi.pdf> [3.1.2013]
- Maral-Hanak, Irm** (2006): Gender-Mainstreaming in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Zur Etablierung frauenpolitischer Planungsinstrumente in Geberorganisationen. In: Gomes, Bea; Schicho, Walter (Hg.) (2006): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen, Handlungsmuster. Wien: Mandelbaum.
- Martens, Jens** (2007): Armutszeugnis. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Halbzeitbilanz – Defizite – Perspektiven. URL: http://www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/armutszeugnis_gpf.pdf [23.1.2013]
- Martius, Ulrike** (2001): Lebenslagen in Deutschland – Armut, Unterversorgung und Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. München: GRIN.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich** (1962): Werke. Band 23. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich** (1983): Werke. Band 42. Berlin: Dietz.
- McGee, Rosemary** (2002): Assessing Participation in Poverty Reduction Strategy Papers: A Desk-Based Synthesis of Experience in Sub-Saharan Africa. Brighton: Institute of Development Studies.
- McNamara, Robert S.** (1973): The Nairobi Speech. Address to the Board of Governors. Nairobi, Kenya, September 24, 1973. URL: http://www.juerg-buergi.ch/Archiv/EntwicklungspolitikA/EntwicklungspolitikA/assets/McNamara_Nairobi_speech.pdf [14.11.2012]
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis I./Randers, Jorgen/Behrens, William W.** (1972) : The Limits to Growth. A Report to the Club of Rome. Short version. URL: <http://web.ics.purdue.edu/~wggray/Teaching/His300/Illustrations/Limits-to-Growth.pdf> [16.1.2013]
- Media Council of Tanzania** (2009): Zanzibar media scene 2009, in: Media Council of Tanzania: State of the Media Report 2009. URL: <http://www.mct.or.tz/mediacouncil/images/stories/Publications/Books/State%20of%20Media%20Report%202009.pdf> [3.1.2013]
- Meier Kressig, Marcel** (2003): Armutpolitik im Wandel der Zeit. In: <http://www.socialia.ch/Armutspolitik.pdf> [22.1.2013]

- Menzel, Ulrich** (2010): Entwicklungstheorie. Geschichte und Hauptkontroverse. In: http://digisrv-1.biblio.etc.tu-bs.de:8080/docportal/servlets/MCRFileNodeServlet/DocPortal_derivate_00009965/Menzel-Entwicklungstheorie.pdf;jsessionid=01CE20C448C0FA316AE33436831A7240 [19.10.2012]
- Meyns, Peter** (1995): Zambia in der 3. Republik. Demokratische Transition und politische Kontinuität. Analyse und Dokumentation. In: Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, 48.
- Mhina, Edward Hiza** (2009): Analytical Report on Gender Issues for Each MKUZA Cluster. Consultant's Report, 28th December 2009. Unveröffentlicht.
- Mhina, Edward** (2012): Engendering the Zanzibar Association of the Disabled. URL: <http://mgossi.blogspot.co.at/2012/03/engendering-zanzibar-association-of.html> [27.1.2013]
- Ministry of Education and Vocational Training** (2011): Technical Education, Vocational Education & Training. URL: <http://www.moez.go.tz/index.php?cq=syst&sys=7> [27.1.2013]
- Ministry of Health and Social Welfare** (2008): Road Map to Accelerate the Reduction of Maternal, Newborn and Child Mortality in Zanzibar (2008-1015). URL: http://www.afro.who.int/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=1987 [23.1.2013]
- Ministry of Social Welfare, Youth, Women and Children Development** (2013): Gender Unit. URL: http://mlywcd.org/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=68 [23.1.2013]
- Minujin, Alberto** (2009): Making the Case for Measuring Child Poverty. New York: UNICEF. URL: http://www.unicef.org/socialpolicy/files/Insights_Eng_Aug.pdf [14.11.2012]
- Mohamed, Amir A.** (2004): Zanzibar Kombo's Juggernaut. Zanzibar: Kiwengwe and Hemed.
- Mollat, Michel** (1984): Die Armen im Mittelalter. München: Beck.
- Montchrétien, Antoyne de** (1615): Traicté de l'oeconomie politique. URL: <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k106383n> [16.1.2013]
- Mosare, Johannes** (1969): Background to the revolution in Zanzibar. . In: Kimambo, Isaria N./ Temu, Arnold J.: A History of Tanzania. Nairobi: East African Publishing House, S.214-238.
- Moser, Caroline** (1993): Gender Planning and Development – Theory, Practice and Training. London: Routledge.
- Moser, Patrick** (1993): „Ein kühnes neues Programm“. Das Point-Four-Programm der USA, das Erweiterte Technische Hilfsprogramm der UNO (EPTA) und die Schweiz. In: <http://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc.do?ID=80000123> [19.09.2012]
- Mukangara, Daudi** (2000): Race, Ethnicity, Religion and Politics in Zanzibar. In: Malyamkono, Ted L.: The Political Plight of Zanzibar. Dar es Salam: TEMA.
- Mwaffisi, Samwilu** (2011): Performance of Public Broadcasting in Zanzibar in Age of Stiff Competition. Media Council of Tanzania.
- Nafziger, Wayne** (2006): From Seers to Sen: The Meaning of Development. URL: <http://www.rrojasdatabank.info/widerconf/Nafziger.pdf> [22.1.2013]
- Newman, H.S.** [1989] (1969): Banani: The Transition from Slavery to Freedom in Zanzibar and Pemba. Negro Universities Press, New York.

Ngowi, Maria Ainaso (2005): Alternative Learning and Skills Development Porject at Zanzibar and the Impact of Gender Equality Testing Certification and Evaluation. The Open University of Tanzania & Southern New Hampshire University.

Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hg.) (1993): Handbuch der Dritten Welt. Band 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn: Dietz.

Nohlen, Dieter (Hg.) (2002): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Nord, Antonie K. (1999): Politische Partizipation in einer Blockierten Demokratie. Das Beispiel Äthiopien. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.

Novak, Adam [u.a.] (2012): Mapping Study of Non State Actors in Zanzibar. URL: <http://nonstateactors.files.wordpress.com/2012/10/mapping-study-of-non-state-actors-in-zanzibar-2012-novak-fwc-2011-2625051.pdf> [23.1.2013]

Novy, Andreas (2007): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

NRO-Frauenforum (2002): Soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit aus Geschlechterperspektive. In: http://www.newworld.at/wide/dokumente/%D6kologischeNachhaltigkeit_14%20Punkte.pdf [21.10.2010]

Nuscheler, Franz (1998): Warum brauchen wir Entwicklungstheorien? In: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr.11, November 1998, S. 284-287.

Nuscheler, Franz (2006): MDGs: großer Wurf oder Kurieren an Symptomen? URL: http://www.ageg.de/_ageg/news-events/MDGs%20Grosser_Wurf_oder_Kurieren_an_Symptomen.pdf [3.1.2012]

o.A. (2011): Modernisierungstheorie und Dependenztheorie. URL: <http://neuesoziologie.files.wordpress.com/2011/01/modernisierungstheorie-und-dependenztheorie.pdf> [16.1.2013]

Office of the Chief Government Statistician (2011): Household Budget Survey 2009/2010. Draft. Unveröffentlicht.

Office of the Chief Government Statistician (2012): Household Budget Survey 2009/2010. URL: <http://www.ocgs.go.tz/index.php/publication> [23.1.2013]

Organisation for Economic Co-Operation and Development (o.J.): The 0,7% ODA/GNI target – a history. URL: <http://www.oecd.org/dac/aidstatistics/the07odagnitarget-ahistory.htm> [21.1.2013]

Organisation for Economic Co-Operation and Development (2005): Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. URL: <http://www.oecd.org/dac/aideffectiveness/35023537.pdf> [23.1.2013]

Organisation for Economic Co-Operation and Development (2008): Aktionsplan von Accra. URL: <http://www.oecd.org/dac/aideffectiveness/42564567.pdf> [23.1.2013]

Osborne, Robin (2006): Introduction: Roman poverty in context. In: Atkins, Margaret/Osborne, Robin: Poverty in the Roman World. Cambridge: Cambridge University Press, S.1-20.

- Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung** (2010): Zahlen zur Internationalen Entwicklungsfinanzierung – Vorläufige ODA-Daten 2010. URL: http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/oepol/Beiblatt_oepol2010.pdf [21.1.2013]
- Paul, Axel T.** (2007): Die Gewalt der Scham. Elias, Duerr und das Problem der Historizität menschlicher Gefühle. In: Mittelweg 36, 16/2007, Nr. 2, S. 77-99.
- Pearson, Lester (Hg.)** (1969): Partners in Development. Report of the Commission on International Development. London: Pall Mall.
- Porter, Raewyn** (2011): SMOLE II Gender and Land Final Report. URL: <http://www.smole.or.tz/doc/Gender%20and%20Land%202011.pdf> [23.1.2013]
- Pouwels, Randall L.** (1987): Horn and Crescent. Cultural change and traditional Islam on the East African coast, 800-1900. Cambridge: Cambridge University Press.
- Research on Poverty Alleviation** (2003): Access to Formal and Quasi-Formal Credit by Smallholder Farmers and Artisanal Fishermen: A Case of Zanzibar. URL: http://www.repoa.or.tz/documents_storage/Publications/Reports/03.6_-_Mohamed.pdf [23.1.2013]
- The Revolutionary Government of Zanzibar** (1999): The Zanzibar Vision 2020. URL: http://planipolis.iiep.unesco.org/upload/Tanzania%20UR/Zanzibar/Zanzibar_Vision_2020.pdf [23.1.2013]
- The Revolutionary Government of Zanzibar** (2003): Local Governance in Zanzibar. URL: <http://www.dege.biz/Zanzibar.pdf> [23.1.2013]
- The Revolutionary Government of Zanzibar** (2004): Zanzibar Poverty Reduction Plan Progress Report for the Year 2003. URL: <http://planipolis.iiep.unesco.org/upload/Tanzania%20UR/Zanzibar/Zanzibar%20Poverty%20Reduction%20Plan%20ZPRP%202003.pdf> [23.1.2013]
- The Revolutionary Government of Zanzibar** (2007): Zanzibar Education Development Programme (ZEDP) 2008/09-2015/16. Draft 3. URL: http://planipolis.iiep.unesco.org/upload/Tanzania%20UR/Zanzibar/Zanzibar_ZEDP_2007.pdf [23.1.2013]
- The Revolutionary Government of Zanzibar** (2009): Zanzibar Human Development Report 2009. URL: <http://www.zifa.ac.tz/data/ZPHDR.pdf> [23.1.2013]
- The Revolutionary Government of Zanzibar** (2010): The Zanzibar Strategy for Growth and Reduction of Poverty: 2010-2015 (ZSGRP-MKUZA II). URL: <http://planipolis.iiep.unesco.org/upload/Tanzania%20UR/Zanzibar/Zanzibar-Mkuza-II-2010-2015.pdf> [23.1.2013]
- Ricardo, David** (1821): On the Principles of Political Economy and Taxation. URL: <http://www.econlib.org/library/Ricardo/ricPCover.html> [16.1.2013]
- Rostow, Walt W.** [1960] (1997): The Stages of Economic Growth – A non-communist Manifesto, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rowntree, Benjamin S.** (1941). Poverty and Progress. A Second Social Survey of York. New York: Longmans, Green & Co.
- Rowntree, Benjamin S.** [1901] (2000): Poverty. A Study of Townlife. Bristol: Policy Press.
- Rubin, Deborah S./ Mushi, R.** (2003): Gender Assessment for USAID/Tanzania. Dar es Salaam.

- Ruggeri Laderchi, Caterina/Saith, Ruhi/Stewart, Frances** (2003): Does it Matter that we don't Agree on the Definition of Poverty? A Comparison of Four Approaches? In: Oxford Development Studies, Vol.31, No.3 (September 2003), S.243-274.
- Sadie, Johannes L.** (1960): The Social Anthropology of Economic Underdevelopment. In: The Economic Journal, No. 70, 1960, S. 294-303.
- Save The Children** (2010): Capturing Children's Views on the Children's Bill 2010. URL: <http://www.savethechildren.org.uk/resources/online-library/capturing-childrens-views-on-the-childrens-bill-2010-the-national-child-consultation-programme-in-zanzibar> [23.1.2013]
- Schlichter, Henrys** (1891): Ptolemy's Topography of Eastern Equatorial Africa. In: Proceedings of the Royal Geographical Society, 13 (1891), S.513-533.
- Schubert, Klaus** (2003): Innovation und Ordnung. Grundlagen einer pragmatischen Theorie der Politik. Münster, Hamburg, London: LIT.
- Schweizer Arbeiterhilfswerk** (2007): Informelle und prekäre Arbeit. Ein globales Phänomen. URL: http://www.solidar.ch/data/1C50C974/dossier_prekArbeit.pdf [23.1.2013]
- Schäuble, Gerhard** (1984): Theorien, Definitionen und Beurteilung der Armut. Berlin: Duncker & Humblot.
- Seers, Dudley** (1967): The Meaning of Development. IDS Communication 44. URL: <http://www.id21.org/classics/Seers.html> [16.1.2013]
- Sen, Gita/Grown, Caren** (1988): Development, Crises and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives. London: Earthscan.
- Sen, Amartya** (1993): Capability and Well-Being. In: Martha Nussbaum; Sen, Amartya (Hg.): The Quality of Life. Oxford: Clarendon.
- Sen, Amartya** (2000): Social Exclusion. Concept, Application, and Scrutinity. Social Development Papers No.1. URL: http://housingforall.org/Social_exclusion.pdf [23.1.2013]
- Senghaas, Dieter** (1977): Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Shafaeddin, Mehdi** (2000): What did Frederik List Actually Say? Some Clarifications on the Infant Industry Argument. UNCTAD Discussion Paper No. 149. URL: http://unctad.org/en/docs/dp_149.en.pdf [16.1.2013]
- Sheriff, Abdul/Tominaga, Chizuko** (1990). "The Ambiguity of Shirazi Ethnicity in the History and Politics of Zanzibar". Christianity and Culture (Sendai) 24: 1–37.
- Siebold, Thomas** (1995): Die sozialen Dimensionen der Strukturanpassung. Eine Zwischenbilanz. URL: <http://inef.uni-due.de/cms/files/report13.pdf> [23.1.2013]
- Simmel, Georg** (1906): Zur Soziologie der Armut. URL: <http://socio.ch/sim/arm06.htm> [27.1.2013]
- Simmel, Georg** [1908] (1992): Der Arme, in: Rammstadt, Otto (Hg.): Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Bd. 11. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 512- 555.
- Singh, Susheela/Darroch, Jacqueline E.** (2012): Adding It Up: Costs and Benefits of Contraceptive Services. Estimates for 2012. URL: <http://www.guttmacher.org/pubs/AIU-2012-estimates.pdf> [5.1.2013]

- Smee, Sharon** (2012): Wall of Silence: A look at Violence Against Women on Northern Zanzibar. URL: http://www.actionaid.org/sites/files/actionaid/wall_of_silence_a_look_at_violence_against_women_in_northern_zanzibar.pdf [3.1.2013]
- Smith, Adam** (1776): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of the Nations. URL: <http://www.gutenberg.org/files/3300/3300-h/3300-h.htm> [16.1.2013]
- Southern and Eastern Africa Consortium for Monitoring Educational Quality** (2011): Progress in Gender Equality in Education: Zanzibar. URL: http://www.sacmeq.org/downloads/Genderpolicybriefs/06_ZAN_Policy_brief%20-%20Gender_NewFormat_ver7_Final_111004.pdf [23.1.2013]
- Spicker, Paul/ Leguizamón, Sonia Alvarez/Gordon, David** (2007): Poverty. An International Glossary. London: Zed Books.
- Stiles, Erin** (2009): An islamic court in context. An ethnographic study of judicial reasoning. New Work: Palgrave Macmillan.
- Stockmann, Reinhard/Menzel, Ulrich/Nuscheler, Franz** (2010): Entwicklungspolitik. Theorien – Strategien – Probleme. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Straeten, Jonas Van Der** (2009): Der Erste Bericht an den Club of Rome von 1972 und seine Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland. München: GRIN.
- Sturmer, Martin** (1998): The Media History of Tanzania. Ndanda: Ndanda Mission Press.
- Suter, Christian** (2002): Soziale Ungleichheit, Armut und Sozialpolitik. In: <http://homepage.swissonline.ch/bmuerner/soz/pdfs/2002SS%20SozialeUngleichheit.pdf> [21.03.2012]
- Teubl, Carmen** (2010): Armutsbekämpfungsstrategien in PRSPs – „Eigene Konzepte?“ – analysiert anhand Tanzanias zweitem Poverty Reduction Strategy Paper. Wien Univ. Dipl.-Arb.
- Thomas, Northcote W.** (1913): Anthropological report on the Ibo-speaking peoples of Nigeria. London: Harrison.
- Tobisson, Eva** (200): Notions of Poverty and Wealth in Coastal Zanzibar. The Policy Relevance of Local Perspectives. Uppsala: Uppsala Universitet.
- Többe Gonçalves, Bianca** (2005): Entwicklungstheorie. Von der Modernisierung zum Antimodernismus. Münster: LIT.
- Truman, Harry S.** (1949): Inaugural Address. January 20, 1949. URL: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=13282> [16.1.2013]
- Uki, Ali** (2010): Maridhiano and the Government of National Unity, its Impact on Elections and Constitutionalism in Tanzania. URL: http://www.kituoachakatiba.org/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=1307&Itemid=27 [23.1.2013]
- Underrepresented Nations and Peoples Organization** (2005): The 2005 Zanzibar Elections. URL: http://www.tz.undp.org/ESP/docs/Observer_Reports/2005/UNPO_Zanzibar_Report_2005.pdf [23.1.2013]
- The United Nations** (1974): The Cocoyoc-Declaration (23. October 1974). URL: <http://websie.eclac.cl/mmp/doc/Cocoyoc%20declaration%201974.pdf> [14.11.2012]

The United Nations (1987): Our Common Future: Report of the World Commission on Environment and Development. Chapter 2 : Towards Sustainable Development. URL: <http://www.un-documents.net/ocf-02.htm> [22.1.2013]

The United Nations (1995a): Report of the World Summit for Social Development, Copenhagen 6-12 März 1995. URL: <http://www.un.org/documents/ga/conf166/aconf166-9.htm> [23.1.2013]

The United Nations (1995b): Beijing Declaration and Platform for Action. In: <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/pdf/BDPfA%20E.pdf> [21.10.2010]

The United Nations (2000): United Nations Millenium Declaration. In: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf> [21.10.2010]

The United Nations (2007): The Millenium Development Goals Report 2007. URL: <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/mdg2007.pdf> [14.11.2012]

The United Nations (2009a): Rethinking Poverty. Report on the World Social Situation 2010. URL: <http://www.un.org/esa/socdev/rwss/docs/2010/fullreport.pdf> [23.1.2013]

The United Nations (2009b): World Survey on the Role of Women in Development. Women's Control over Economic Resources and Access to Financial Resources, including Microfinance. New York: United Nations Publications.

The United Nations Development Fund for Women (2010): Making the MDGs Work Better for Women. URL: http://www.unifem.org/materials/item_detailfb83.html [5.1.2013]

The United Nations Development Programm (2006): A Strategic Partnership for Development. URL: <http://www.juliepudlowski.com/publications/UNDPZanzibarbook.pdf> [23.1.2013]

The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2013): URL: Statistical Tables. <http://stats.uis.unesco.org/unesco/TableViewer/tableView.aspx?ReportId=210> [27.1.2013]

The United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women (2001): Gender Mainstreaming: Strategy for Promoting Gender Equality. URL: <http://www.un.org/womenwatch/osagi/pdf/factsheet1.pdf> [23.1.2013]

The United Nations International Children's Emergency Fund (2005): Childhood under Threat: State of the World's Children 2005. URL: <http://www.unicef.org/sowc05/> [3.1.2013]

The United Nations International Children's Emergency Fund (2011): Violence against children in Tanzania. URL: http://www.unicef.org/media/files/VIOLENCE_AGAINST_CHILDREN_IN_TANZANIA_REPORT.pdf [23.1.2013]

The United Nations International Children's Emergency Fund (2012): Women and Children in Tanzania. Volume 2, Zanzibar, 2012. URL: [http://www.unicef.org/tanzania/SITUATION_ANALYSIS_VOL_2_ZANZIBAR\(1\).pdf](http://www.unicef.org/tanzania/SITUATION_ANALYSIS_VOL_2_ZANZIBAR(1).pdf) [29.12.2012]

The United Republic of Tanzania (2009): Poverty and Human Development Report 2009. Dar es Salaam, Tanzania.

The United Republic of Tanzania (2010a): UNGASS Reporting for 2010 (Tanzania Mainland and Zanzibar). URL: http://www.unaids.org/en/dataanalysis/knowyourresponse/countryprogressreports/2010countries/tanzania_2010_country_progress_report_en.pdf [3.1.2013]

The United Republic of Tanzania (2010b): Tanzania Demographic and Health Survey 2010. Preliminary Report. URL: http://hdptz.esealtd.com/fileadmin/documents/DPGH_Meeeting_Documents_2010/TDHS_Prelim_Report_16_Sept_2010_Final_DocumentPrinter.pdf [23.12.2013]

Unmüßig, Barbara (2008a): Millenium-Entwicklungsziele – (k)ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung? URL: http://www.boell.de/downloads/weltweit/unmuessig_nachhaltige_entwicklung.pdf [23.1.2013]

Unmüßig, Barbara (2008b): Nachdenken über Gender Mainstreaming. Bilanz eines radikalen gesellschaftspolitischen Konzepts zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking. URL: <http://www.boell.de/downloads/GMS-Thesen-BU-FemmeGlobale.pdf> [5.1.2013]

Unmüßig, Barbara (2010): Armut bleibt weiblich. URL: http://www.boell.de/downloads/2010-10-21-barbara_unmuessig_frau_macht_veraenderung.pdf [23.1.2013]

Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (2007): Paris Deklaration, Armutsbekämpfung, Partizipation. Passt das Zusammen? Bonn und Berlin: VENRO

VSO International (2011): Leading Learning. A report on effective school leadership and quality education in Zanzibar. URL: http://www.vsointernational.org/Images/vso-zanzibar-leading-learning-report_tcm76-35043.pdf [27.1.2013]

Vossler, Otto (1943): Bismarcks Sozialpolitik. In: Historische Zeitschrift, Bd. 167 (1943), S. 336-357.

Weber, Max (2006): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus: München: Beck.

Weidinger, Bernhard (2001): Partnerschaft, "Eignerschaft", Vormundschaft? Bekenntnisse zu Partnerschaftlichkeit und "Ownership" in der EZA der Europäischen Union. In: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien 2/2001, Jg.1, S. 45-61.

Wichterich, Christa (2001): Globalisierungskritik aus Frauensicht. In: <http://www.oneworld.at/wide/dokumente/GlobalisierungskritikausFrauensicht.pdf> [21.10.2010]

Wichterich, Christa (2005): Die Milleniums-Entwicklungsziele und Frauenrechte. URL: <http://www.oneworld.at/wide/dokumente/MDGsundFrauenrechte.pdf> [3.1.2012]

Wilson, Amrit (1989): US Foreign Policy and Revolution. The Creation of Tanzania. London: Pluto Press.

Win, Everjoice (2004): "If It Doesn't Fit on the Blue square It's Out!" An Open Letter to My Donor Friend. In: Groves, Leslie/ Hinton, Rachel (Hg.): Inclusive Aid. Changing Power and Relationships in International Development. London: Earthscan.

Winkler, Helmut (1996): Malthus. Krisenökonom und Moralist, Innsbruck und Wien: Studien-Verlag.

Winther, Tanja (2008): Empowering women through electrification. Experiences from rural Zanzibar. In: Energia News, Vol.11, Nr.1 (2008), S.8-10.

The World Bank (1990): World Development Report. Poverty. Washington D.C.: The World Bank.

The World Bank (2001): PRSP Sourcebook. Chapter 1: Poverty Measurement and Analysis. URL: http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/383606-1205334112622/5467_chap1.pdf [23.1.2013]

The World Bank (2002): The Right To Tell. The Role Of Mass Media In Economic Development. Washington D.C.: The World Bank.

The World Bank (2003): Pages from World Bank History: The Pearson Commission. URL: <http://go.worldbank.org/JYCU8GEWA0> [16.1.2013]

The World Health Organisation (2005): Summary Report. WHO Multi-country Study on Women's Health and Domestic Violence against Women. URL: http://whqlibdoc.who.int/publications/2005/9241593512_eng.pdf [5.1.2013]

Zanzibar NGO Cluster for HIV/AIDS Prevention and Control (2013): Our Members. URL: <http://zangocweb.org/our-members/> [23.1.2013]

Ziai, Aram (2007): The Meaning of ‚Development‘: A Critical Poststructuralist Perspective. In: Journal für Entwicklungspolitik, vol. XXIII 2-2007, S.64-79.

Ziai, Aram (2010): Zur Kritik des Entwicklungsdiskurses. URL: <http://www.bpb.de/apuz/32908/zur-kritik-des-entwicklungsdiskurses> [3.1.2013]

Ziddy, Issa (2007): Challenges Facing the Implementation of a Policy on Girls' Education in Zanzibar. URL: <http://www.hsrb.ac.za/Document-2088.phtml> [3.1.2013]

ZPRP-Popularisation Task Force (2002): Zanzibar Without Poverty. A Plain Language Guide to the Revolutionary Government of Zanzibar's Poverty Reduction Plan (ZPRP) of January 2002.

Zeitungs- und Online-Artikel:

Zanzibar Leo

Abdalla, Kauthar (2012): Kwa pamoja tutashinda mapambano ya ukatili kwa watoto. In: Zanzibar Leo, Nr. 3763 vom 23. Mai 2012, S.7.

Abdalla, Mbarouk (2012): JODA yawapiga msasa wanakijiji wa Jongwe. In: Zanzibar Leo, Nr. 3756 vom 16. Mai 2012, S.6.

Ame, Mwatanga (2012): 65 walazwa kwa kuharisha. In: Zanzibar Leo, Nr. 3767 vom 27. Mai 2012, S.1-2.

Golo, Hafsa / Bulaya, Mwajumba (2012): Uhaba walimu wa sayansi bado tatizo..In: Zanzibar Leo, Nr. 3766 vom 26. Mai 2012, S.1-2.

Haji, Juma (2012): Jamii yatakiwa kutowatenga watu wenye ulemavu. In: Zanzibar Leo, Nr. 3758 vom 18. Mai 2012, S.11.

Issa, Madina (2012): ZOP: Jumuiya yenye nia ya kuharakisha maendeleo Zanzibar. In: Zanzibar Leo, Nr. 3756 vom 16. Mai 2012, S.7.

Khamis, Juma (2012): Tuvunje ukuta wa ukimya tushinde ukatili wa kijinsia. In: Zanzibar Leo, Nr. 3754 vom 14. Mai 2012, S.5.

Mkasaba, Rajab (2012): Kuondoshwa ada za uzazi ni ukombozi. In: Zanzibar Leo, Nr. 3767 vom 27. Mai 2012, S.1-2.

- Mohammed, Husna** (2012a): Ndoa, ujauzito wakatisha masomo wanafunzi Mahonda. In: Zanzibar Leo, Nr. 3767 vom 27. Mai 2012, S.6.
- Mohammed, Husna** (2012b): Mimba kwa wanafunzi, ndoa za mapema tatizo sugu Zanzibar. In: Zanzibar Leo, Nr. 3767 vom 27. Mai 2012, S.8-9.
- Mussa, Bakar** (2012a): Uchimbaji mawe unavyopoteza maisha ya watu Micheweni. In: Zanzibar Leo, Nr. 3751 vom 11. Mai 2012, S.8-9.
- Mussa, Bakar** (2012b): Watu wenye ulemavu Pamba wadai kudharauliwa. In: Zanzibar Leo, Nr. 3756 vom 16. Mai 2012, S.11.
- Mussa, Bakar** (2012c): Wanawake washauriwa kupanga uzazi. In: Zanzibar Leo, Nr. 3761 vom 21. Mai 2012, S.11.
- Nassor, Haji** (2012a): Wanaume watakiwa kuondoa dhana potofu. In: Zanzibar Leo, Nr. 3751 vom 11. Mai 2012, S.11.
- Nassor, Haji** (2012b): Kuwalazimisha ndoa wanafunzi ni sawa na kuwatelekeza. In: Zanzibar Leo, Nr. 3768 vom 28. Mai 2012, S.7.
- o.A** (2012a): Tuwafikirie kimaendeleo watu wenye ulemavu. In: Zanzibar Leo, Nr. 3757 vom 17. Mai 2012, S.5.
- o.A** (2012b): Uamuzi kuondoa ada kwa wajawazito usiwekewe vikwazo na wataalamu. In: Zanzibar Leo, Nr. 3758 vom 18. Mai 2012, S.5.
- Samba, Oscar** (2012): Serikali ziwe mbele kuwasaidia wenye ulemavu. In: Zanzibar Leo, Nr. 3763 vom 23. Mai 2012, S.5.
- Vuai, Salum** (2012): Wizara yafafanua agizo malipo ya uzazi. In: Zanzibar Leo, Nr. 3757 vom 17. Mai 2012, S.1-2.

Online-Artikel

- Balile, Deodatus** (2012): Ananilea Nkya gives voice to Tanzania's voiceless. In: Sabahi Online, vom 03.04.2012. URL: http://sabahionline.com/en_GB/articles/hoa/articles/features/2012/04/03/feature-02 [27.1.2013]
- Carrington, Damian** (2011): Zanzibar's Islamic scholars tackle sex, contraception, and HIV and Aids. In: The Guardian, vom 31.10.2011. URL: <http://www.guardian.co.uk/global-development/poverty-matters/2011/oct/31/zanzibar-islamic-scholars-contraception-population> [27.1.2013]
- Integrated Regional Information Networks** (2010): Too much work, too little school. In: IRIN, vom 07.04.2010. URL: <http://www.irinnews.org/Report/88720/TANZANIA-Too-much-work-too-little-school> [27.1.2013]
- Magomba, Leonard** (2012): Why violated Zanzibar women are silent. In: East African Business Week, vom 23.09.2012. URL: <http://allafrica.com/stories/201209250217.html> [27.1.2013]
- o.A.** (2010): Early Childhood. In: Africa News, vom 07.12.2010. URL: http://www.africanews.com/site/early_childhood/list_messages/36490 [27.1.2013]
- o.A** (2011a): Zanzibar women empowered to run economic projects, in: The Guardian, 15. Februar 2011. URL: <http://www.ippmedia.com/frontend/index.php?l=26084> [3.1.2013]

o.A (2011b): TAMWA marks 25 years with success story. Shipeka Chibanda. The Guardian, 20. September 2012. URL: <http://www.ippmedia.com/frontend/index.php?l=46037> [3.1.2013]

o.A. (2011c): Giving a voice to the voiceless in Zanzibar. In: Capacity for Development, vom 15.03.2011. URL: <http://capacity4dev.ec.europa.eu/public-gender/article/giving-voice-voiceless-zanzibar> [27.1.2013]

Réseau Africain de Presse pour le 21ème Siècle (2005): Private media is fulfilling its role and the press. In: RAP21, vom 04.08.2005. URL: <http://www.rap21.org/article18601.html> [27.1.2013]

Said, Salma (2010a): Zanzibar: Crippled woman becomes creative. In: Africa News, vom 18.05.2010. URL: http://www.africanews.com/site/Zanzibar_Crippled_woman_becomes_creative/list_messages/32076 [27.1.2013]

Said, Salma (2010b): Zanzibar: Kids want desks in classrooms. In: Africa News, vom 26.05.2012. URL: http://www.africanews.com/site/Zanzibar_Kids_want_desks_in_classrooms/list_messages/32244 [27.1.2013]

Said, Salma (2010c): Zanzibar hit by erosions. In: Africa News, vom 23.08.2010. URL: http://www.africanews.com/site/Zanzibar_hit_by_erosions/list_messages/34232 [27.1.2013]

Said, Salma (2010d): Zanzibar: Early Pregnancy Cases Increase. In: Africa News, vom 06.09.2010. URL: http://www.africanews.com/site/Zanzibar_Early_pregnancy_cases_increase/list_messages/34504 [27.1.2013]

Said, Salma (2011): Zanzibar: Neighbours as babysitters. In: Africa News, vom 03.01.2011. URL: http://www.africanews.com/site/Zanzibar_Neighbours_as_babysitters/list_messages/36880 [27.1.2013]

Said, Salma (2012): Girls' war on early marriages. In: The Citizen, vom 18.10.2012. URL: <http://www.thecitizen.co.tz/news/4-national-news/26651-girls-war-on-early-marriages.html> [27.1.2013]

Yussuf, Issa (2011): Why WEZA Project succeeded in Zanzibar. In: Tanzania Daily News, vom 18.08.2011. URL: <http://dailynews.co.tz/feature/?n=22920> [27.1.2013]

Yussuf, Issa (2012a) Zanzibar Intensifies Efforts to Reduce Maternal Mortality. In: Tanzania Daily News, vom 23. Mai 2012. URL: <http://allafrica.com/stories/201205230430.html> [27.1.2013]

Yussuf, Issa (2012b): Tanzania: Zanzibar Men Still Beat Their Wives, Says Report. In: Tanzania Daily News, 29. August 2012. URL: <http://allafrica.com/stories/201208290414.html> [3.1.2013]

Yussuf, Issa (2012c): Gender abuses: Enhanced media can minimize gender abuses. In: Tanzania Daily News, 5. Dezember 2012. URL: http://www.afriquejet.com/index.php?option=com_content&view=article&id=2769:gender-abuses-enhanced-media-can-minimize-gender-abuses&catid=2:news&Itemid=111

Yussuf, Issa (2012d): Plan to increase role of women in development. In: Tanzania Daily News, vom 12.12.2012. URL: <http://allafrica.com/stories/201212120970.html> [27.1.2012]

Yussuf, Issa (2012e): Zanzibar: Violence against women hinders economic development. In: Tanzania Daily News, 19. Dezember 2012. URL: <http://allafrica.com/stories/201212190011.html?viewall=1> [3.1.2013]

Yussuf, Issa (2012f)Tanzania: Promoting the Rights of People With Mental Disabilities. In: Tanzania Daily News, am. 19. Dezember 2012. URL: <http://allafrica.com/stories/201212190003.html?page=3> [30.12.2012]

Yussuf, Issa (2012g): Zanzibar State Media Still Government Mouthpiece. In: Tanzania Daily News, vom 17.03.2012. URL: <http://dailynews.co.tz/index.php/local-news/3029-zanzibar-state-media-still-government-mouthpiece> [27.1.2013]

Yussuf, Issa (2012h): Promoting the rights of people with mental disabilities. In: Tanzania Daily News, vom 19.12.2012. URL: <http://www.dailynews.co.tz/index.php/features/popular-features/12807-promoting-the-rights-of-people-with-mental-disabilities> [27.1.2013]

Zusammenfassung

Obwohl in der internationalen Entwicklungsgemeinschaft spätestens seit der Verabschiedung der Millenniumserklärung und der Formulierung der Millenniumsziele ein Konsens über die Dringlichkeit der Beseitigung der weltweiten Armut besteht, existiert innerhalb dieses Diskurses keine einheitliche Meinung über eine allgemeingültige Armutsdefinition. Da das Armutsverständnis aber ausschlaggebend ist für die Formulierung entwicklungspolitischer Maßnahmen, ist der Konflikt darüber, was Armut eigentlich ist, ein wichtiger Bestandteil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Armut. Die gewählte Definition diktiert, wo der Bruch zwischen „arm“ und „nicht-arm“ zu setzen ist und beeinflusst so die Wahrnehmung von Armut und Darstellung der Armen. Dieser Bruch wird gemeinhin anhand einer Armutsgrenze festgelegt, unter der ein Individuum seine Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann. Dabei ist allerdings auch die Definition von existenziellen Bedürfnissen problematisch.

Innerhalb des Entwicklungsdiskurses dominiert ein Armutskonzept, das vor allem die wirtschaftliche Dimension von Armut hervorhebt und zur Messung die 1-Dollar-Grenze, die von der Weltbank 1990 festgelegt wurde, heranzieht. Die sogenannten *Poverty Reduction Strategy Papers* sind das neue Instrument der Armutsbekämpfung und sollen vor allem stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, um Wirtschaftswachstum und die Stärkung des Privatsektors zu ermöglichen. Auch die sansibarische Regierung hält sich strikt an diese Vorgaben der IFIs und verfolgt ihre neoliberalen Ziele und Strategien.

Anhand einer Analyse des zivilgesellschaftlichen Diskurses soll dargestellt werden, wie die Regierung es verabsäumt, der Armut zugrundeliegende Mechanismen und Prozesse sowie die unterschiedlichen Auswirkungen, die Politik- und Budgetentscheidungen auf die Bevölkerung haben, kritisch zu analysieren und anhand dessen übersektorale Strategien zu formulieren, um soziale Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft beseitigen zu können. Im sansibarischen PRSP werden vor allem Kinder und Frauen als Hauptrisikogruppen für Armut identifiziert, die Unterstützung von familien- und geschlechterpolitischer Maßnahmen erfolgt allerdings vorrangig im Rahmen der MDGs und nur in vereinzelten Sektoren wie Bildung und Gesundheit. Die Strategien orientieren sich weder an einer nachhaltigen Strukturveränderung, noch an einem ganzheitlichen Modell von Entwicklung und können daher lediglich zu einer kurzfristigen Minderung von Armutssymptomen beitragen.

Summary

Although there is consensus on the urgency of the elimination of worldwide poverty within the international development community since the *United Nations' Milleniums Declaration* and the framing of the *Millenium Development Goals*, there is no consistent view of a universal definition of poverty within this discourse. However, the definition of what poverty means is crucial for the formulation of development policies and therefore, the conflicting views about poverty are an important part of the scholarly discussion on this topic. The chosen definition determines, where the boundary between “poor” and “not-poor” lies. This boundary is generally identified as a poverty line, under which a person is not able to fulfill his basic needs. However, even the definition of basic needs is disputable.

Within the developmental discourse a concept of poverty, which emphasizes the economic dimension of poverty, is dominating. As a threshold, which was defined by the World Bank in 1990, one dollar per day is used to determine this poverty line. The so-called *Poverty Reduction Strategy Papers*, as tools to fight poverty, are supposed to establish a general framework to enable economic growth and the strengthening of the private sector. The Zanzibarian government is following those requirements strictly and therefore pushes those neo-liberal aims and strategies.

On the basis of an analysis of discourses within the civil society I would like to demonstrate how the government fails to analyze the underlying causes of poverty and the consequences of its political and budgetary decisions and therefore fails to shape strategies to eliminate inequality within the society of Zanzibar. The Zanzibarian PRSP especially identifies children and women as groups with the highest risk of poverty. However, the support of policies relating to family and gender are carried out prior within the framework of MDGs and only within social sectors like education and health, while excluding these social groups from the economic sector. The governmental strategies are thus not based on sustainable structural changes or on any kind of holistic model of development, hence can only contribute to a short term reduction of poverty symptoms.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Name	Mussa, Valerie Claire (geb. Seidler)
Geburtstag und –ort	01.08.1987 in Wien
Geschlecht	Weiblich
Staatsbürgerschaft	Österreich

Schulische Ausbildung:

1992-1997	Volksschule - Lycée Français de Vienne
1997-2003	Gymnasium - Lycée Français de Vienne
2003-2005	Gymnasium - BRG Rahlgasse (neusprachlicher Zweig)
2005	Matura

Universität

2005-2008	Veterinärmedizinische Universität Wien
Seit 2007	Universität Wien
	- Diplomstudium Afrikawissenschaften
	- BA Internationale Entwicklung
	- BA Hungarologie
07.-09.2008	Aufenthalt in Tansania und Sansibar zur Vertiefung der Kiswahili Sprachkenntnisse (weitere Aufenthalte im Dezember 2008, Februar 2009, Juli bis September 2009)
02.-07.2010	Forschungsstipendium für die University of Dar-es-Salaam, College for Arts and Social Sciences und Institute for Development Studies
07.-09.2010	Forschungsaufenthalt auf Sansibar, Vorarbeiten zur Diplomarbeit
05.2012	Forschungsaufenthalt auf Sansibar, abschließende Materialsammlung für die Diplomarbeit

Beruflicher Werdegang:

Seit 11.2012	Bibliothekarin, Universität Wien Fachbereichsbibliothek für Rechtswissenschaften
--------------	---

01.2012-06.2012	Erstellung einer Datenbank und Erhebung der Daten im Rahmen des Projektes "Datenbank zur wissenschaftlichen und kulturellen Tätigkeit einzelner Mitglieder der ungarischen Volksgruppe in Österreich" des Österreichisches Institut für Ungarische Studien
03.2007-06.2012	Projektassistentin („Der deutschsprachige Diskurs über Sprache und kollektive Identität im habsburgischen Königreich Ungarn von 1740 bis 1918“) - Historische Medienforschung. Universität Wien, Institut für Europäische und Vergleichende Literatur- und Sprachwissenschaft
02.2008-12.2011	Bibliothekarin, Universität Wien Fachbereichsbibliothek für Germanistik, Nederlandistik und Skandinavistik
09.2005-03.2007	Bibliothekarin, Universität Wien Universitätsbibliothek Abteilung für Bibliotheks- und Archivwesen
<u>Sprachkenntnisse:</u>	Deutsch und Ungarisch (Muttersprache) Englisch Französisch Kiswahili Spanisch Wolof